

SPD

2005

## **Franz Müntefering Bundestag Juni 2005 (SPD): FMB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15181.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-  
2 gen! Anlass für die heutige Debatte ist dreierlei: zum Ersten der Brüsseler Gipfel, der  
3 heute beginnt und zu dem der Kanzler über die wichtigsten Punkte informiert hat, die dort  
4 zu besprechen sind; zum Zweiten die Situation, in der sich Europa insgesamt im Umgang  
5 mit dem Verfassungsvertrag befindet; und zum Dritten natürlich auch die Instrumentali-  
6 sierung des Themas Europa durch die Opposition und im Speziellen durch die CDU/CSU.

7 Wie eben schon gesagt worden ist, stimmten wir vor einem Monat im Deutschen Bun-  
8 destag mit großer Mehrheit dem Verfassungsvertrag zu. Am 27. Mai tat dies der Bundes-  
9 rat in gleicher Weise. Deutschland hat also seine Zustimmung zu diesem Verfassungs-  
10 vertrag gegeben. Damit haben insgesamt zehn Länder in Europa bisher mit Ja gestimmt;  
11 zwei Länder, in denen Referenden stattfanden, haben mit Nein gestimmt.

12 Dies ist die Grundlage für Sie, Frau Merkel, in dieser Woche einen Bericht an Ihre Frak-  
13 tion zu fertigen, in dem steht: ... wird die CDU/CSU-Fraktion die Mitverantwortung der  
14 Regierung Schröder an der schwierigen Situation der EU deutlich machen.

15 Zehn Länder dafür und zwei dagegen – Sie aber schreiben Ihrer Fraktion: Lasst uns jetzt  
16 im Deutschen Bundestag die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür verant-  
17 wortlich machen, dass bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden mit Nein  
18 gestimmt worden ist. Dazu kann ich nur sagen: Eine famose Opposition!

19 Aber Sie werden noch ein bisschen genauer. In Ihrem an die Fraktion gerichteten Papier  
20 schreiben Sie außerdem, das habe mit dem EU-Beitritt der Türkei – Sie schreiben nicht  
21 „Beitrittsverhandlungen“, sondern „EU-Beitritt der Türkei“ –, der Schwächung des Sta-  
22 bilitätspaktes und der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu  
23 tun. Das sind die drei Vorwürfe, die Sie der Bundesregierung entgegenhalten und die Sie,  
24 wie Sie ankündigen, auch heute alle miteinander wieder erheben wollen. Darüber wird  
25 im Einzelnen noch zu sprechen sein.

26 Zum Vorwurf der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich: Die Ge-  
27 schichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit kennt meine Generation noch.

28 Frankreich und Deutschland waren Feinde. Sie haben sich gegenüber gestanden. Das ist  
29 Gott sei Dank seit über 60 Jahren vorbei.

30 Die Art und Weise, wie Sie heute die Freundschaft zwischen unseren Völkern und unse-  
31 ren Regierungen kommentieren, ist unter dem Niveau, das sich eine Opposition hier leis-  
32 ten sollte.

33 Dagegen – das kann man wohl sagen – ist Absurdistan geradezu ein Hort der Logik. Sie  
34 wissen, dass Ihre Beweisführung Unsinn ist.

35 Mit dem Verhalten, das Sie nach den beiden Referenden in Frankreich und den Nieder-  
36 landen gezeigt haben, verbinden Sie ein einziges Interesse: Sie wollen das Diffamierbar-  
37 keitspotenzial von Fremdenfeindlichkeit in dem anziehenden Wahlkampf der nächsten  
38 Monate hier in Deutschland parteitaktisch für sich nutzen. Das Diffamierbarkeitspoten-  
39 zial von Fremdenfeindlichkeit nutzen – darauf stellen Sie es ab. Das ist eine famose Op-  
40 position, die sich bei dem ersten Gegenwind zum europäischen Projekt in die Büsche  
41 schlägt, statt mit uns zusammen für die Sache einzustehen und den Menschen zu sagen:  
42 Jawohl, es gibt Probleme und Dinge, die geklärt werden müssen, aber wir wollen gemein-  
43 sam dieses Europa. Wir reden es nicht herunter, sondern machen uns daran, die Probleme  
44 zu lösen und die Details zu klären, und sorgen dafür, dass es in diesem Europa wieder  
45 vorangeht.

46 An Ihrem Verhalten gegenüber dieser Frage, Frau Merkel, wird Ihre Handlungsweise und  
47 die Ihrer Fraktion sehr plastisch. Es geht Ihnen nicht um die Klärung von Details. Es geht  
48 Ihnen nicht um die Lösung von Problemen. In Ihrer Rede eben haben Sie säuberlich auf-  
49 gezählt, was es für Probleme gibt. Die kennen wir auch. Sie haben aber nichts dazu ge-  
50 sagt, was man tun kann, um diese Probleme zu lösen und aus dem Weg zu räumen. Darum  
51 geht es aber.

52 Es geht Ihnen nicht um die Lösung der Probleme, es geht Ihnen auch nicht um unser  
53 Land, es geht Ihnen nicht um Europa, sondern es geht Ihnen um Ihre persönliche Macht.

54 Ihre Sprüche über Patriotismus werden an dieser Stelle besser entlarvt, als wir es vorher  
55 mit unseren Worten hätten tun können. Sie führen sich selbst ad absurdum in der Art und  
56 Weise des Umgangs mit diesem Thema.

57 1990, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wurde die deutsche  
58 Einheit möglich und auch Realität. 1990 wurde auch die europäische Einheit möglich.  
59 Wir sind auf dem Weg dahin. Neue Demokratien entstanden nach Jahrzehnten, die von  
60 Diktaturen und Kriegen geprägt waren. Die Kommunisten haben nicht nur Mauern gebaut  
61 und eiserne Vorhänge heruntergelassen, sie haben auch die Volkswirtschaften dieser Län-  
62 der schrottreif gemacht und demokratische Bestrebungen unterdrückt.

63 Die westeuropäische Union – das waren wir: eine westeuropäische Union – hat nun die  
64 Chance, zu einer europäischen Union zu wachsen. Seitdem sind wir auf dem Weg dahin.  
65 Sie aber wissen nichts Besseres, als das Ganze parteitaktisch zu wenden und vor dieser  
66 Folie zu argumentieren. Es geht um das Ergreifen einer riesigen historischen Chance, wie  
67 sie Europa noch nie gehabt hat. Aber Sie als Oppositionsvorsitzende reden kleinkariert.

68 Die Erweiterung der EU, das wissen wir alle, ist einer der wichtigsten Prozesse im Rah-  
69 men der Neuordnung der Welt in diesem Jahrzehnt und hat damit wahrlich eine histori-  
70 sche Dimension. Das Gelingen dieses Prozesses ist die Bedingung dafür, dass dieses Eu-  
71 ropa ein friedliches und Frieden stiftendes Europa ist, ein ökonomisch reiches und ein  
72 sozial gerechtes Europa ist. Dies wollen wir miteinander erreichen. Dafür streiten wir und  
73 daran arbeiten wir. Wir lassen uns auch nicht irremachen durch Rückschläge, die es gibt,  
74 oder Zweifel, die berechtigt sind oder nicht.

75 Wir arbeiten an den Lösungen, zum Beispiel was die praktische Organisation und die  
76 demokratische Legitimation dieses Gebildes angeht, dieses Gebildes, das einmalig auf  
77 der Welt ist, das kein Bundesstaat ist, das kein Staatenbund ist, das ein Verbund ist, der  
78 seine Wege sucht, wie man demokratisch legitimiert Politik in Europa organisieren kann.  
79 Dazu ist dieser Verfassungsvertrag ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das  
80 glauben wir und deshalb versuchen wir, daran zu arbeiten.

81 Aber ist es denn so verwunderlich, dass es beim Erwachsenwerden von Europa auch  
82 Schwierigkeiten gibt, dass dieses Zusammenwachsen, das so einmalig ist und das es noch  
83 nie gegeben hat, dazu führt, dass diese 25 Völker nach dem richtigen Weg suchen müs-  
84 sen? Das ist doch keine Schande. Was sollen denn die Generationen nach uns dazu sagen,  
85 dass, wenn zehn Länder in Europa beschließen, dem Verfassungsvertrag zuzustimmen,  
86 und zwei das noch nicht wollen, uns – bzw. Ihnen, Frau Merkel – nichts Besseres einfällt,

87 als für Panik zu sorgen und das mit kleinkariierter Parteipolitik zu verbinden? Wir müssen  
88 doch den nachfolgenden Generationen sagen: Wir haben an dieser Stelle nicht mal eben  
89 nachgegeben, sondern wir suchen einen Weg, weil wir dieses Europa wollen.

90 Wir arbeiten an den Lösungen, zum Beispiel was die Verlässlichkeit von Verträgen an-  
91 geht. Frau Merkel hat eben mit Blick auf Rumänien und Bulgarien gesagt, dass sie deren  
92 zukünftigem Beitritt positiv gegenübersteht. Das will ich so zur Kenntnis nehmen; das  
93 freut einen ja auch. Ich empfehle Ihnen, Frau Merkel, allerdings: Schicken Sie einmal  
94 einen Rundbrief an die eigene Partei, damit das auch alle erfahren.

95 Ich habe da in der letzten Zeit alle möglichen Geschichten gelesen und gehört. Möglich-  
96 erweise ist das, was Sie gesagt haben, Ihre persönliche Meinung; aber offensichtlich wis-  
97 sen das längst noch nicht alle in Ihrer Partei.

98 Wenn Sie einen solchen Rundbrief schreiben, dann schreiben Sie auch gleich zur Türkei  
99 etwas dazu und erklären Sie Ihren Mitgliedern einmal eindeutig, was denn nun gilt: Ver-  
100 handlung ergebnisoffen oder in Richtung „auf keinen Fall Mitgliedschaft“? Sie müssen  
101 sich einmal für eines von beiden entscheiden.

102 Entweder stehen wir am Beginn einer Verhandlung, die ergebnisoffen ist, oder wir stehen  
103 am Beginn einer Verhandlung, die nie zu einer Mitgliedschaft führen soll. Klären Sie  
104 einfach einmal dieses kleine Problem untereinander und lassen Sie Herrn Glos gleich sa-  
105 gen, was er an dieser Stelle meint: ergebnisoffen oder Ausschluss der Mitgliedschaft? Sie  
106 müssen sich schon für eines von beiden entscheiden.

107 Wir arbeiten an den Lösungen und dazu gehört auch die Bekämpfung von unerwünschten  
108 Folgen nach Öffnung der Grenzen. Das hat übrigens relativ wenig mit der Vergrößerung  
109 der EU zu tun. Das ist etwas, was in den Jahren 1989/90 begonnen hat. Oder wollen Sie  
110 uns ernsthaft erzählen, das sei eine Konsequenz aus der Erweiterung der EU um zehn  
111 Länder zum 1. Mai des vergangenen Jahres? Oder wollen Sie uns erzählen, das habe et-  
112 was damit zu tun, ob Bulgarien oder Rumänien zur EU gehören oder nicht? Seit es den  
113 Eisernen Vorhang nicht mehr gibt, ist die Grenze offen – Gott sei Dank. Seitdem haben  
114 wir in Deutschland diese Problematik, die uns allen miteinander Sorge macht, die dazu  
115 geführt hat, dass es in unserem Land in hohem Maße illegale Beschäftigung und Schwarz-  
116 arbeit gibt, dass es die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach

117 Deutschland gibt. Dagegen müssen wir etwas tun. Eines, was man dagegen tun kann, ist,  
118 diese Länder in die EU aufzunehmen und mit ihnen ordentliche Verträge abzuschließen.  
119 Das ist besser als nicht geregelte Verhältnisse zwischen diesen Ländern.

120 Wir arbeiten daran, dass es in diesem Europa in Sachen Mitbestimmung und Arbeitneh-  
121 merrechten vorangeht. Da sind wir Sozialdemokraten ganz besonders stolz auf das, was  
122 die Bundesregierung – der Bundeskanzler, aber auch der Wirtschafts- und Arbeitsminis-  
123 ter – geleistet hat. Die Idee der Arbeitnehmerrechte und der Mitbestimmung ist in keinem  
124 anderen europäischen Land so ausgeprägt wie bei uns in Deutschland; nirgendwo sind sie  
125 so umfangreich. Wir haben diese Idee nach Europa getragen und den anderen Ländern  
126 gesagt: Schaut euch das an! Damit ist Deutschland gut gefahren. Wir haben gelernt, dass  
127 soziale Marktwirtschaft einschließlich Arbeitnehmerrechte ein konkurrenzfähiges Sys-  
128 tem ist. Der soziale Frieden in Deutschland hängt ganz eng damit zusammen, dass wir  
129 solche Arbeitnehmerrechte haben und gehabt haben. Bitte, seid in Bezug auf Europa klug!  
130 Macht etwas Vergleichbares! Nehmt uns zumindest unsere Möglichkeiten nicht! Wir ha-  
131 ben mit verschiedenen europäischen Verträgen dazu beigetragen, dass die Mitbestim-  
132 mung in deutschen Betrieben durch die europäische Dimension nicht zerstört wird. Wir  
133 treten dafür ein, dass in Europa das Verständnis dafür wächst, dass man mit sozialem  
134 Frieden im eigenen Land politisch und auch ökonomisch besser als in denjenigen Ländern  
135 dasteht, wo das nicht an der Tagesordnung ist.

136 Wir arbeiten für dieses Europa, auch was die Lösung der Probleme im Hinblick auf die  
137 soziale Ordnung angeht. Der Verfassungsvertrag, um den es geht, enthält entsprechende  
138 Vorgaben. Sie haben diesem Vertrag zugestimmt, auch wenn Sie darüber jetzt nicht mehr  
139 sprechen.

140 Frau Merkel, würden Sie diesem Vertrag heute noch einmal zustimmen, ja oder nein?  
141 Wie soll ich Ihre in der Zwischenzeit abgegebenen Kommentare verstehen?

142 In der europäischen Verfassung steht, dass wir eine soziale Marktwirtschaft wollen. Eine  
143 soziale Marktwirtschaft zu schaffen, das ist eine große Herausforderung. Damit verbun-  
144 den ist die Chance, die Region Europa zu einer Wirtschaftsregion mit sozialem Hinter-  
145 grund in einer globalisierten Welt zu machen. In einer Zeit, in der Märkte und Geld ent-  
146 grenzt sind, kann dieses Europa die große Chance sein, in unserem Land und auch in den

147 anderen europäischen Ländern dafür zu sorgen, dass die soziale Ordnung nicht wegge-  
148 spült wird, und zu zeigen, dass die Ökonomisierung eben nicht das Einzige ist, was diese  
149 Welt zusammenhält. Ich wiederhole: Wir wollen eine soziale Ordnung – in unserem  
150 Land, aber auch in Europa.

151 Wir arbeiten an der Lösung der Probleme. Das kann man zum Beispiel daran erkennen,  
152 dass wir eine Steuerpolitik in Europa anstreben, die nicht zu einem Steerdumpingwett-  
153 bewerb zwischen den europäischen Ländern führt. Die Bundesregierung versucht, Be-  
154 messungsgrundlagen zu finden, die für alle Länder gelten. Mit anderen Worten: Die Bun-  
155 desregierung bemüht sich, einen Korridor zu finden, in dem man sich vernünftig bewegen  
156 kann. Das ist vernünftig, auch für unsere eigene Volkswirtschaft. Es macht doch keinen  
157 Sinn, dass sich die europäischen Länder mit Lohndumping und mit Steerdumping ge-  
158 genseitig bekämpfen. Wir müssen die Stärken Europas bündeln, um daraus die Stärke  
159 Europas zu entwickeln, die es braucht, um als Wirtschaftsregion im Wettbewerb mit an-  
160 deren Regionen der Welt bestehen zu können. Daran arbeiten wir.

161 Bundeskanzler und Bundesregierung haben deshalb die Dienstleistungsrichtlinie in der  
162 hier vorgelegten Fassung zurückgewiesen. Sie haben in Richtung Europa gesagt: So geht  
163 das nicht. Wir wissen, dass der Dienstleistungsmarkt in Europa harmonisiert werden  
164 muss. Wir sind da nicht blauäugig. Wir wissen: Da muss man sich bewegen. Wir wollen  
165 es aber nicht so, wie es Bolkestein und Co aufgeschrieben haben, und deshalb wird das  
166 so auch nicht kommen. Was wäre daraus geworden, wenn Sie darüber zu entscheiden  
167 gehabt hätten? Was wäre dann auf dem Dienstleistungsmarkt in Deutschland eigentlich  
168 los? Dazu sollten Sie einmal etwas sagen. Millionen Menschen sind dort beschäftigt und  
169 sie haben Angst vor dem, was aus ihnen wird, wenn es in diesem Bereich zu großen Ver-  
170 änderungen kommt.

171 Wir arbeiten an den Lösungen der mit dem Entsendegesetz verbundenen Probleme. Schö-  
172 nen Gruß! Vielleicht sollten Sie sich an dieser Stelle bewegen und einmal etwas Kon-  
173 struktives dazu sagen, was Sie davon halten, die Entsenderichtlinie so zu gestalten, dass  
174 der Geltungsbereich des Entsendegesetzes bei uns in Deutschland verbreitert werden  
175 kann, wodurch die Fragen in den Niedriglohnbereichen in vernünftiger Weise beantwor-  
176 tet werden können.

177 Wir haben in Europa einiges unternommen, um gegen Terrorismus und organisierte Kri-  
178 minalität gemeinsam vorzugehen. Wir sind längst der größte Handelspartner, was Inves-  
179 titionen angeht, aber auch was den Handel mit allen neuen Mitgliedstaaten betrifft. Auf  
180 die Nettobeiträge und auf Deutschlands Engagement in Europa ist der Bundeskanzler  
181 eben eingegangen.

182 Frau Merkel, da Sie es angesprochen haben, möchte ich zum Thema „Forschung in Eu-  
183 ropa“ Folgendes nachtragen: Der Lissabon-Prozess verläuft gut. Die Entscheidung der  
184 Bundesregierung und dieser Koalition, im Jahre 2010 so weit zu sein, dass wir 3 Prozent  
185 unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Technologie ausgeben, bleibt eine der  
186 Grundlagen dafür, dass Europa an seinem 3-Prozent-Ziel festhalten kann.

187 Diese 3 Prozent – dieses Ziel hat sich Europa gesteckt – werden doch nicht aus der euro-  
188 päischen Kasse gezahlt; vielmehr werden sie zu 85 Prozent oder zu 90 Prozent in den  
189 Haushalten der einzelnen Nationalstaaten ausgewiesen. Unsere Koalition hat seit der Re-  
190 gierungsübernahme 1998 den Haushalt für Forschung und Entwicklung um 35 Prozent  
191 erhöht.

192 Sie, Frau Merkel, Herr Kohl und auch die FDP haben diesen Haushalt in den 90er-Jahren  
193 dagegen heruntergefahren. Wir wollen, dass Europa 3 Prozent seines Einkommens für  
194 Forschung und Entwicklung ausgibt; aber das muss vor allen Dingen über die national-  
195 staatlichen Haushalte und damit über die entsprechenden Wirtschaften, also unter ande-  
196 rem über die Unternehmen in den jeweiligen Ländern, finanziert werden.

197 Eines ist heute Morgen noch in ganz besonderer Weise anzusprechen. Es geht nicht nur  
198 um die Lösung solcher Probleme, an der wir arbeiten, sondern auch darum, dass wir uns  
199 voll bewusst sind, dass dieses Europa eine Friedensmacht ist, auf die viele in dieser Welt  
200 gucken. Die Integration Europas bleibt im Kern ein Friedensprojekt. Frieden zu schaffen  
201 und zu bewahren, ist der Kern des europäischen Einigungsprozesses. So ist er entstanden.  
202 Als man sich nach dem Krieg 1945 zusammentat, war das die große und erste Idee: Das  
203 darf nicht mehr passieren. Wir müssen aneinander rücken. Wir müssen Freunde werden.

204 Wir haben durch Europa seit mehr als fünf Jahrzehnten Frieden. Wir haben Demokratie.  
205 Wir haben Schutz der Menschenrechte. Wir dürfen uns im Klein-Klein der europäischen



206 Integration nicht von dieser großen Perspektive abbringen lassen. Friedenserhalt im In-  
207 nern ist Voraussetzung für eine aktive Friedenspolitik nach außen.

208 Die Erwartungen an die EU sind in der ganzen Welt groß. Mehr europäisches Engage-  
209 ment in den Bereichen humanitäre Hilfe und Konfliktbewältigung erwartet die Welt von  
210 uns. Unsere Partner bei der UNO und anderswo in der Welt wissen: Europa hat wertvolle  
211 Erfahrung, wie man mit Konflikten umgeht, wie man Frieden schafft, wie man friedliche  
212 Zusammenarbeit und Wohlstand organisiert.

213 Die Bundesregierung von Gerhard Schröder steht zu dieser Politik, und nicht nur das: Sie  
214 prägt diese Politik der Friedensstiftung und der Friedenserhaltung in ganz entscheidender  
215 Weise mit, nicht nur in Europa, sondern weit darüber hinaus in der ganzen Welt.

216 Die Haltung der CDU/CSU in der Irakfrage ist nicht vergessen. Damals, als Bundeskanz-  
217 ler Gerhard Schröder eine schwierige und richtige Entscheidung traf, stahlen Sie sich da-  
218 von und wetterten im Ausland gegen die Politik Deutschlands. Frau Merkel, deutsche  
219 Interessen in Europa und der Welt vertreten, das können Sie nicht.

220 Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen weiter für dieses Europa  
221 kämpfen und streiten. Wir wissen: Da wird es auch Rückschritte geben. Wir wissen: Da  
222 liegt mancher Stein im Wege. Aber wir wollen diesen Weg weitergehen. Wir wollen hel-  
223 fen, dass Europa in eine gute Zukunft geht. Soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung,  
224 sozialer Fortschritt, Förderung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Schutz, Gleichstellung  
225 von Frauen und Männern, Solidarität zwischen den Generationen und der Kampf gegen  
226 soziale Ausgrenzung und Diskriminierung sind Ziele europäischer Politik geworden. Das  
227 soll so bleiben. Europa ist und bleibt für uns zu wichtig, um uns auf dem bislang Erreich-  
228 ten auszuruhen. Wir wollen, dass es mit Europa vorangeht.

229 Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Gerhard Schröder Bundestag Juni 2005 (SPD): GSB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15181.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollten wir am Don-  
2 nerstag und Freitag dieser Woche in Brüssel die finanzielle Vorausschau für die Jahre  
3 2007 bis 2013 – und nur diese – beschließen. Aber es besteht kein Zweifel: Die Referen-  
4 den in Frankreich einerseits und in den Niederlanden andererseits haben die Europäische  
5 Union in eine besondere Situation – es ist durchaus erlaubt, zu sagen: in eine Krise –  
6 gebracht. Die Frage, über die wir zu reden und die wir zu entscheiden haben, ist: Wie  
7 wird in der Europäischen Union auf diese Krise reagiert?

8 In der europäischen und auch in der deutschen Debatte zeichnen sich zwei Reaktions-  
9 möglichkeiten ab: Die eine besteht darin, dass man in durchaus populistischer Weise vor-  
10 handene Schwierigkeiten diskutiert und beschreibt, um das Integrationskonzept Europas  
11 über diese Schwierigkeiten mindestens infrage zu stellen, wenn nicht sogar ernsthaft zu  
12 gefährden. Die andere Reaktionsmöglichkeit ist, das Projekt Europa weiterhin als ein ei-  
13 niges, alle Europäer und alle europäischen Länder umfassendes Projekt, als ein integrati-  
14 ves Projekt, zu begreifen und auf dieser Basis die aufgetretenen Schwierigkeiten zu lösen  
15 und das, was noch vor uns steht, offensiv anzugehen.

16 Es wird Sie nicht überraschen, dass es die Politik der Bundesregierung ist, die zweite  
17 Strategie zu verfolgen. Das hat Gründe. Diese Gründe liegen darin, was Deutschland im-  
18 mer von und für Europa gedacht und wonach es sich gerichtet hat. Insbesondere Deutsch-  
19 land – seine Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt das – hat – ökonomisch wie  
20 politisch – ein großes Interesse daran, dass dieses Europa zusammengeführt wird, dass es  
21 zusammenbleibt, dass es nicht nur als Markt existiert, auf dem das Wirtschaften stattfin-  
22 det, sondern auch als politische Union, also integriert und als ein besonderes Gesell-  
23 schäftsmodell existiert, das ökonomische Effizienz mit sozialer Sensibilität verbindet.

24 Darum geht es gegenwärtig und jeder europäische Mitgliedstaat hat sich zu entscheiden.  
25 Der Verfassungsvertrag, den wir gemacht haben, ist ein Vertrag, der den ernst gemeinten  
26 Versuch unternimmt, dieses Europa einerseits als ganzes Europa, andererseits aber auch  
27 als integriertes Europa zusammenzuhalten, ihm ein Fundament zu geben. Wir haben die-  
28 sen Verfassungsvertrag vor knapp vier Wochen mit überwältigender Mehrheit hier im

29 Hohen Hause beschlossen. Bis auf eine Enthaltung wurde er auch im Bundesrat einstimmig  
30 beschlossen. Wenn ich mir gelegentlich kritische Debatten über diese Verfassung  
31 anschau, frage ich mich: Was hat sich eigentlich verändert, was die Substanz dieser Verfassung  
32 angeht und die Zustimmungsfähigkeit zu dieser Verfassung aus Deutschland heraus,  
33 aus beiden Hohen Häusern heraus? Da hat sich gar nichts verändert. Das, was wir  
34 diskutiert haben, als der Verfassungsvertrag hier zur Entscheidung anstand, nämlich ein  
35 erweitertes, integriertes Europa mit einem sicheren Fundament zu versehen, galt damals  
36 und gilt auch heute noch.

37 Deswegen stehe ich ohne Wenn und Aber zu dieser Entscheidung, zur gemeinsamen Entscheidung  
38 Deutschlands für diesen Verfassungsvertrag. Ganz nebenbei: Mit der Entscheidung in beiden  
39 Häusern hat Deutschland Ja gesagt und nicht Nein – damit wir uns richtig verstehen.  
40

41 Wir sollten aufpassen, dass die Entscheidung, die hier getroffen wurde, nicht uminterpretiert  
42 werden kann, von wem auch immer.

43 Nein, meine Damen und Herren, der Verfassungsvertrag war richtig, er ist richtig und ich  
44 glaube, es wird sich auch erweisen, dass er ein Stück Zukunft einer einigen Europäischen  
45 Union sein wird. Im Übrigen: Alle Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, zu ratifizieren,  
46 jeweils nach den nationalen Notwendigkeiten und Gesetzlichkeiten. Zehn haben ratifiziert –  
47 wir auch. Andere haben angekündigt, zu ratifizieren. Denen jetzt mit Sprüchen zu  
48 kommen, wie ich sie aus dem Europäischen Parlament höre – die Verfassung sei tot; oder  
49 was auch immer –, ist nach meiner festen Überzeugung ganz falsch und diskreditiert auch  
50 unser eigenes Abstimmungsverhalten.

51 Hinzu kommt: Wer wollte den Dänen, den Portugiesen, den Polen, in deren Ländern demnächst  
52 Referenden bevorstehen – Luxemburg kommt dazu –, vorschreiben, wie sie mit der neuen Lage  
53 umzugehen haben? Es ist die souveräne Entscheidung eines jeden Landes, ob und nach welchem  
54 Verfahren es ratifizieren will oder nicht. Der Europäische Rat, der am heutigen Donnerstag  
55 und am morgigen Freitag vermutlich noch länger über diese Fragen diskutieren wird, kann  
56 natürlich Vorschläge machen, aber er kann doch nicht die Ratifizierungsprozesse abbrechen  
57 oder darüber befinden, in welcher Form, in welchen Zeiträumen sie stattfinden haben. Das  
58 sind souveräne, nationale Entscheidungen, die

59 wir zu respektieren haben. Ich füge hinzu: Wir haben doch das Dokument – Nr. 30 ist es,  
60 glaube ich – gemacht, in dem steht, dass der Europäische Rat neu zusammenkommen  
61 muss, wenn eine bestimmte Anzahl von Ratifizierungen nicht erfolgreich ausgegangen  
62 sein sollte. Insofern ist das, was wir vorgeschlagen haben – eine Zwischenbilanz zu zie-  
63 hen, vermutlich während der österreichischen Präsidentschaft; das ist zu Beginn des  
64 nächsten Jahres –, die richtige Vorgehensweise, jedenfalls eine, die andere nicht bevor-  
65 mundet, sondern ihnen ihr souveränes Recht lässt, über diese Verfassung zu entscheiden,  
66 eine Verfassung im Übrigen, in der sehr viel mehr von sozialem Zusammenhalt drinsteht,  
67 als in den Diskussionen bisher deutlich geworden ist.

68 Wir haben doch diese Verfassung gemacht – sie ist doch maßgeblich unter deutscher Be-  
69 teiligung zustande gekommen –, weil wir einen verbindlichen Grundrechtskatalog für die  
70 Europäische Union wollten. Wir haben diese Verfassung doch gemacht, weil wir eine  
71 gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wollten und weiter wollen, ja, wollen müssen.  
72 Wir haben diese Verfassung doch auch deshalb gemacht, weil in ihr steht, dass es in Eu-  
73 ropa nicht nur um ökonomische Effizienz, sondern auch und gerade um sozialen Zusam-  
74 menhalt geht.

75 Neben der finanziellen Vorausschau, zu der ich gleich etwas sagen werde, werden wir  
76 auch darüber zu reden haben, wie es mit der Erweiterung weitergeht. Wir müssen damit  
77 ganz offen und für meine Begriffe auch offensiv umgehen. Was ist denn der Hintergrund  
78 für die stattgefundenen Erweiterungsprozesse? Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn  
79 und die anderen Länder sind doch nicht Teil der Europäischen Union geworden, weil uns  
80 nichts anderes eingefallen ist, sondern sie sind als alte europäische Kulturnationen Teil  
81 der Europäischen Union geworden, weil der Fall des Eisernen Vorhangs genau diesen  
82 Prozess ermöglicht hat.

83 Der Fall des Eisernen Vorhangs hat natürlich auch weitere Konsequenzen. Es wird über  
84 die zehn neuen Mitgliedstaaten hinausgehen, die am 1. Mai 2004 Mitglied geworden sind.  
85 Ich warne all diejenigen, die jetzt meinen, man könnte die eingegangenen Verpflichtun-  
86 gen wenn nicht auflösen, so doch zumindest auf die lange Bank schieben.

87 Ich warne davor, den Rumänen und Bulgaren, mit denen wir Verträge abgeschlossen ha-  
88 ben, zu sagen, dass es uns Leid tut, dass wir die eingegangenen Verpflichtungen nicht

89 erfüllen können, weil die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden nicht so  
90 ausgegangen sind, wie sich die Europäer das wünschten. Ich warne deshalb davor, weil  
91 die Rückkehr zu alten Nationalismen und zu mehr als dem die sichere Konsequenz in  
92 diesen Ländern wäre. Es würde zu einer Rückkehr zu alten Nationalismen, zum Verlust  
93 der ökonomischen Möglichkeiten und damit zu mehr statt weniger Schwierigkeiten für  
94 Europa und auch Deutschland, das sich mittendrin befindet, kommen.

95 Nein, ich glaube: Wenn die Länder, um die es geht, ihre Verpflichtungen erfüllen – bei  
96 der Justiz, beim Inneren und bei der Korruptionsbekämpfung sind noch einige Fragen  
97 offen, aber sie sind auf dem Weg dorthin –, dann muss die Europäische Union auch zu  
98 ihren Verpflichtungen stehen. Eine andere Politik halte ich nicht für denkbar.

99 Was tun wir denn auf dem Balkan, wenn wir, wie einige es jetzt vorschlagen, den Ländern  
100 des westlichen Balkans zum Beispiel die europäische Perspektive abschneiden oder sie  
101 ad calendas graecas vertagen? Was sind die politischen Lösungsansätze, die dann zur  
102 Verfügung stehen? Sind sie besser, weil sie in einem sehr umfassenden Sinne preiswerter  
103 für Europa und Deutschland sind, oder ist nicht vielmehr das Gegenteil der Fall? Wenn  
104 wir diese Länder des westlichen Balkans allein lassen und ihnen die Perspektive abschnei-  
105 den, sind die mutmaßlichen Konflikte dann nicht in einem umfassenden Sinne – übrigens  
106 auch materiell – allemal teurer, als es Vorbeitrittshilfen und Beitrittshilfen je sein könn-  
107 ten?

108 Wer sich einmal anschaut, was wir als Europäer und besonders als Deutsche in den Kon-  
109 flikten auf dem Balkan zu leisten haben und welche materiellen Anforderungen gestellt  
110 werden, der wird sehr schnell ausrechnen können, dass Frieden in einem sehr umfassen-  
111 den Sinne allemal preiswerter als solche Konflikte ist, die wir alle kennen.

112 Ich habe mal eine sehr konkrete Frage. Entweder war es übertrieben oder aber er hat die  
113 Wahrheit gesagt. Frau Merkel, Herr Stoiber, was sagen Sie denn Herrn Sanader, dem Sie  
114 im Wahlkampf geholfen und versprochen haben, dass Sie eine ganz schnelle Beitrittspers-  
115 spektive für Kroatien unterstützen würden?

116 Was sagen Sie ihm denn, wenn er das erfüllt, was der Internationale Strafgerichtshof und  
117 damit auch die Europäische Union zu Recht von ihm erwarten? Sagen wir diesem Land  
118 „Eine Aufnahme von Verhandlungen gibt es nicht“ oder sagen wir ihm „Wir nehmen

119 Verhandlungen auf“? Dazu werden Sie sich verhalten müssen. Ich bin der Meinung, dass  
120 Kroatien ein Land ist, das ökonomisch und, wenn die Bedingungen erfüllt sind – ich habe  
121 sie genannt –, politisch dazugehört. Das kann doch gar keine Frage sein.

122 Aber man kann sich nicht so verhalten, diesem Land in bestimmten Gesprächen Unter-  
123 stützung für die Aufnahme von Verhandlungen zuzusagen, aber dann öffentlich mög-  
124 lichst gar nicht darüber zu reden oder sogar das Gegenteil zu erklären. Das ist keine son-  
125 derlich rationale und auch keine sonderlich ehrliche Politik.

126 Im Prinzip gilt das Gleiche für die Türkei. Wir haben hier darüber debattiert. In diesen  
127 Debatten ist deutlich geworden, dass wir der Türkei – vorneweg die Regierung Kohl,  
128 massiv unterstützt vom Abgeordneten Glos, gegen manchen Zweifel auf der Seite der  
129 demokratischen Linken im Hause – immer wieder versichert haben: Wenn die Bedingun-  
130 gen durch eine entsprechende Reformpolitik und durch die Klärung eures Verhältnisses  
131 zu Zypern erfüllt sind, dann werden Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Diese  
132 lange Diskussion wurde schon über 40 Jahre geführt.

133 Dann hat man erklärt: Man kann sich ja eines Besseren besinnen. Das ist aber in der in-  
134 ternationalen Politik ein bisschen schwierig, weil sich natürlich sehr viele auf die Gültig-  
135 keit von Vereinbarungen und Zusagen verlassen haben.

136 Außerdem gilt das, was wir gesagt haben. Gelänge es, eine Beziehung zwischen einem  
137 nicht fundamentalistischen islamischen Land, der Türkei, und der europäischen Aufklä-  
138 rung herzustellen und wirksam werden zu lassen – das kann nur in europäischen Zusam-  
139 menhängen geschehen –, wäre das sowohl ökonomisch als auch politisch ein Segen für  
140 die Sicherheit Europas und auch für die Sicherheit unseres Landes.

141 Die Risiken solcher Verhandlungen, die ich gar nicht verschweige, sind beherrschbar.  
142 Wir haben immer gesagt: Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei werden zehn bis  
143 15 Jahre dauern. Das Verhandlungskonzept sieht vor, dass die Zuwanderung in den Ar-  
144 beitsmarkt anderer EU-Länder bis auf Null begrenzt werden kann. Das Verhandlungs-  
145 konzept sieht auch vor, dass jede der beiden Seiten die Verhandlungen jederzeit aussetzen  
146 oder abbrechen kann. Damit ist dieses Verhandlungskonzept ein angemessenes Instru-  
147 ment zur Erreichung des Zieles, einen Beitritt der Türkei herbeizuführen, ohne ein Mit-

148 gliedsland der Europäischen Union – Deutschland zumal – in unüberwindbare Schwie-  
149 rigkeiten zu bringen. Nein, wer in der jetzigen Situation, in der es sicherlich eine krisen-  
150 hafte Entwicklung in Europa gibt, meint, die Probleme mit Kleinmut, mit Wegducken  
151 lösen zu können, der irrt gründlich.

152 Er wird auch erleben, dass er seiner historischen Verantwortung in einer Weise nicht ge-  
153 recht wird, die ihm noch Kinder und Kindeskinde, so es sie denn gibt, vorwerfen werden.

154 Ich glaube, dass man damit einen guten Einstieg für die Debatten hat, die am heutigen  
155 Donnerstag und am Freitag, bezogen auf die finanzielle Vorausschau, beginnen werden  
156 und sollen. Ich habe immer gesagt, dass unsere materiellen Ressourcen begrenzt sind,  
157 was die Möglichkeiten Deutschlands angeht, europäische Kompromisse zu finanzieren,  
158 um in der europäischen Geschichte als große Europäer dazustehen. Für diese Möglichkeit  
159 Deutschlands, eine solche Strategie zu verfolgen, die doch sehr lange getragen hat, sind  
160 die Ressourcen nicht mehr vorhanden, selbst wenn man sie denn nutzen wollte.

161 Man muss sich also in das tägliche Geschäft der europäischen Verhandlungen schon im  
162 Interesse Deutschlands einmischen. Das war übrigens der Grund, warum wir gesagt ha-  
163 ben: Wir möchten gerne erreichen, dass das Budget der Europäischen Union auf 1 Prozent  
164 des Bruttonationaleinkommens begrenzt wird. Das hätte immer noch eine Menge für  
165 Deutschland bedeutet, wäre aber auskömmlicher gewesen als jeder andere denkbare  
166 Kompromiss.

167 Dann wurden wir mit der Forderung der Europäischen Kommission nach 1,24 Prozent  
168 des Bruttonationaleinkommens konfrontiert. In Zahlen ausgedrückt hätte dies bedeutet,  
169 dass wir mit dem Betrag in Höhe von etwa 22 Milliarden Euro brutto, den wir jetzt an das  
170 europäische Budget abführen, im Jahre 2013 bei deutlich über 40 Milliarden Euro gelan-  
171 det wären, und das bei im Verhältnis sinkenden Rückflüssen, was damit zusammenhängt,  
172 dass es den neuen Ländern in vielen Bereichen wirtschaftlich besser geht, als das noch  
173 vor fünf oder acht Jahren der Fall war. Sie werden leicht einsehen, dass wir eine solche  
174 Position nicht einnehmen konnten.

175 Nun gibt es – das sage ich wegen der Einheitlichkeit der Argumentation – den berühmten  
176 Bericht des Europäischen Parlaments, den so genannten Böge-Bericht. Böge ist ein Ab-  
177 geordneter der CDU, der dort haushaltspolitischer Sprecher ist. Er hat für die  
178 CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gesagt, dass unter

179 1,18 Prozent des BNE gar nichts laufe. Dazu sollten Sie sich einmal verhalten; denn das  
180 ist sehr teuer, was Herr Böge da aufgeschrieben hat.

181 Es geht natürlich nicht, mich hier zum Sparen aufzufordern und dann munter durch die  
182 Angehörigen der mittleren Ebene die Forderungen immer weiter nach oben zu treiben.  
183 Das ist eine Form von Politik, die nicht trägt, jedenfalls nicht auf Dauer.

184 Lassen wir also einmal den Böge-Bericht beiseite und reden wir über das, was im Zusam-  
185 menhang mit dem zu diskutieren ist, was die Präsidentschaft vorgeschlagen hat. – Ich  
186 komme gleich zu dem, was ich machen muss. – Es sind ganz vernünftige Vorschläge, die  
187 da auf dem Tisch liegen.

188 Das, was dort veröffentlicht worden ist – das will ich sagen –, reicht noch nicht. Wir  
189 haben noch einige Probleme; denn wir müssen in der Tat darauf achten, dass die Netto-  
190 salden nicht uferlos steigen. Das ist auch die Mahnung all derer, die sich im Europaaus-  
191 schuss unter Leitung des sehr verehrten Vorsitzenden dazu gestern geäußert haben. Nur,  
192 damit es nicht so ganz im Unklaren bleibt, wie sich die Nettosalde in der letzten Zeit  
193 entwickelt haben, will ich das einmal vorlesen. Wir hatten 1993 einen Nettosaldo von 12  
194 Milliarden, 1994 von 14 Milliarden, 1998 – wir sind erst im Oktober in das Amt gekom-  
195 men; Sie werden das nicht vergessen haben – von rund 12 Milliarden. Dann sinkt dieser  
196 Nettosaldo von 12 Milliarden über 10 Milliarden auf 8,754 Milliarden im Jahr 2004. Wer  
197 mich also auffordert, für entsprechende Rückflüsse zu sorgen, der sollte wenigstens ein  
198 bisschen selbstkritisch mit der Frage umgehen, was er bzw. sie in den 90er-Jahren ge-  
199 macht hat.

200 Ich bin der Meinung, dass Deutschlands Ressourcen begrenzt sind und wir deswegen auf-  
201 passen müssen, dass dieser sehr positive Trend, den meine Regierung erreicht hat, nicht  
202 wieder abbricht oder sich gar in das Gegenteil verkehrt. Das ist ein ganz wichtiger Ge-  
203 sichtspunkt.



204 Nun habe ich gesagt, dass wir bei 1 Prozent des BNE starten und dass wir, was Zahlungen  
205 angeht, möglichst dicht in die Nähe kommen wollen. Wir starten da und es wäre wirklich  
206 wichtig, wenn das gelänge. Gerade in der jetzigen Situation wäre es wunderbar, wenn von  
207 Brüssel das Signal ausginge, dass die Union in dieser so wichtigen Frage der finanziellen  
208 Vorausschau bei allen Schwierigkeiten handlungsfähig ist. Ich bin dafür – weil wir gute  
209 Europäer sind –, dass wir einen Beitrag leisten, damit das gelingt.

210 Aber wie kann dieser Beitrag nur aussehen? Es gibt Länder, die sagen: Es muss alles, was  
211 die Erwartungen und Forderungen bei den Strukturfonds und den Kohäsionsfonds be-  
212 trifft, so bleiben, wie es ist, jedenfalls dann, wenn es uns angeht. – Das kann nicht ange-  
213 hen. Dann gibt es Länder – das sind die neuen Mitgliedstaaten –, die völlig zu Recht  
214 sagen: Der durchschnittliche Wohlstand in unseren Ländern liegt unter dem der Länder,  
215 die bisher von der Solidarität profitiert haben. Das Mindeste, was wir wollen, ist, gleich  
216 behandelt zu werden. – Das ist nachvollziehbar, aber schwer zu bezahlen.

217 Einige Länder sind Nettozahler, vorneweg die Niederlande, Schweden und Deutschland.  
218 Deutschland zahlt in absoluten Zahlen das Meiste, die Niederlande in relativen Zahlen,  
219 also pro Kopf. Schweden liegt dazwischen. Diese Länder sagen zu Recht: Wir brauchen  
220 eine Entlastung von dieser Nettozahlerposition und wir kämpfen darum, dass das auch  
221 geschieht. Ich bin guter Hoffnung, dass wir dabei weiterkommen. Auch dabei wird nicht  
222 jeder Blütentraum reifen; das ist keine Frage. Das sage ich auch den Kollegen, die im  
223 selben Boot sitzen. Aber wir müssen damit weiterkommen.

224 Dreh- und Angelpunkt ist indessen nicht nur, dass die Länder entlastet werden müssen,  
225 die viel zahlen – ohne dass ihre Nettozahlerposition deswegen aufhört zu existieren –,  
226 und die Länder, die viel bekommen oder viel wollen, ihre Erwartungen zurückschrauben  
227 müssen – auch das ist notwendig –, sondern Dreh- und Angelpunkt ist auch ein bestimm-  
228 tes Instrument, über das man ein paar Worte verlieren muss. Dieses Instrument nennt sich  
229 „britischer Rabatt“. Er ist nicht von dieser Regierung ausgehandelt worden; damit wir uns  
230 völlig klar verstehen.

231 Dieser britische Rabatt – er liegt zurzeit bei etwa 4,5 Milliarden Euro, wenn ich es richtig  
232 im Kopf habe – würde, wenn er unverändert beibehalten würde, im Zeitraum der finan-

233 ziellen Vorausschau auf 7 Milliarden Euro und mehr hochschnellen. Angesichts der Tat-  
234 sache, dass Großbritannien beim Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung die Nummer  
235 sechs ist, aber bei den Pro-Kopf-Zahlungen weit im Hinterfeld liegt, gibt es für den Rabatt  
236 überhaupt keine wirkliche Rechtfertigung mehr. Allerdings ist damals, anders als bei vie-  
237 len anderen finanziellen Gegebenheiten, beschlossen worden, dass dieser Rabatt nur ein-  
238 stimmig geändert werden kann. Angesichts der vorgegebenen Einstimmigkeit ist die Auf-  
239 forderung an mich, ich sollte – bei Landwirtschaftsverhandlungen oder sonst wo – mal  
240 eben dafür sorgen, dass dieser Rabatt verschwindet, ein bisschen naiv. Trotzdem hat die  
241 Oppositionsführerin der britischen Presse zufolge gemeint, das tun zu sollen.

242 Dann werden Sie, Frau Merkel, sich zum britischen Rabatt – ich entnehme das britischen  
243 Zeitungserichten – äußern müssen. Darin steht nämlich, Tony Blair habe nach einem  
244 Gespräch mit Ihnen Hoffnung; denn Sie hätten seinen Rabatt mit dem Hinweis darauf,  
245 dass er weniger Agrarsubventionen bekäme als Frankreich, ausdrücklich verteidigt.

246 Wenn das stimmen sollte und die Zeitungen nichts Falsches berichtet haben, dann haben  
247 Sie Juncker und Deutschland damit einen Bärendienst erwiesen. Das muss man sehr deut-  
248 lich sagen, meine Damen und Herren.

249 Es wäre gut, wenn Sie sich in aller Klarheit hier dazu äußern würden, ob Sie mit der  
250 Bundesregierung der Auffassung sind, dass ein Ergebnis nur dann zustande kommen  
251 kann, wenn sich auch die britische Regierung beim Rabatt bewegt, wie sich auch alle  
252 anderen bewegen müssen.

253 Das ist die Erwartung, die ich an Sie habe, wenn Sie sich nicht vorwerfen lassen wollen,  
254 die Verhandlungsposition in große Schwierigkeiten gebracht zu haben.

255 Ich habe wenig Hoffnung – ich bin mir darin mit dem luxemburgischen EU-Ratspräsi-  
256 denten Jean-Claude Juncker einig –, dass das, was wir wollen – dass sich alle bewegen –  
257 , zu den gleichen Einsichten führt wie bei uns, nämlich dass man sich bewegen muss. Ich  
258 weiß nicht, ob alle der europäischen Idee folgen. Ich habe mir gelegentlich in diesem  
259 Hause von der rechten Seite anhören müssen, jemand zu sein, der zu rational, zu wenig  
260 emotional mit der europäischen Frage umgeht. – Ja, ist klar. Aber in der Krise zeigt sich,  
261 wer steht und wer nicht steht. Ich fahre heute einigungsbereit nach Brüssel. Deutschland

262 wird sich bewegen. Es darf nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes überstei-  
263 gen. Diese haben wir im Blick zu behalten.

264 Aber gleichermaßen hat diese Regierung für Deutschland im Blick, dass dieses unser  
265 Land ökonomisch in ungeheurer Weise von einem gemeinsamen Markt profitiert. Wir  
266 sind in all den Ländern, um die es geht – sowohl in denjenigen, die beigetreten sind, als  
267 auch in denjenigen, mit denen verhandelt wird –, im Handel die Nummer eins. Wir haben  
268 unserer Außenwirtschaft und der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze wegen das  
269 größte Interesse daran, dass dieses Europa als ein einiges, integriertes Europa funktio-  
270 niert. Gerade in einer Situation wie der jetzigen kommt es darauf an – daran haben wir  
271 aus politischen Gründen das allergrößte Interesse –, dass man bei dem Unterfangen nicht  
272 nachlässt, dieses Europa durch Erweiterung und Integration zu einem Ort dauerhaften  
273 Friedens und dauerhaften Wohlergehens seiner Menschen zu machen. Das und nichts an-  
274 deres ist unser Ziel. An dem werden wir unbeirrt festhalten.

275 Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

## Kanzlerduell Merkel gegen Schröder 2005: GSK05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Hybsgj1MIZ4> (eigene Transkription)

1 **Herr Schröder:** Ich denke nicht. Vertrauen ist ein Begriff, der sehr umfassend ist, der  
2 sich auf den gesamten Politikansatz bezieht. Und ich bitte um Vertrauen für eine Politik,  
3 die ich bisher gemacht habe. Eine Politik, die sich darum dreht die sozialen Sicherungs-  
4 systeme, die in den 90er Jahren sträflich vernachlässigt worden sind, neu zu justieren,  
5 damit sie auch noch unseren Kindern und Enkelkindern zur Verfügung stehen. Eine Po-  
6 litik, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, zum Beispiel durch eine Energiepo-  
7 litik, die auf erneuerbare Energien sehr stark setzt. Diskreditiert gelegentlich aus der Ge-  
8 sellschaft heraus. Und eine Politik nach außen, die Deutschland positioniert hat als mitt-  
9 lere Macht des Friedens, die dafür gesorgt hat, und ich hab dafür einiges an Kritik einste-  
10 cken müssen, dass Deutschland heraus gehalten wird. Zum Beispiel aus dem Irak-Krieg.  
11 Für diese Politik erbitte ich Unterstützung und neues Vertrauen.

12 **Herr Schröder:** Zwischen 1,40 und 1,45 schätze ich. Ich glaube das ist eine ziemlich  
13 korrekte Schätzung.

14 **Herr Schröder:** Wie viel Prozent davon? Das ist unterschiedlich. Ökosteuer sind 15,  
15 etwas Prozent davon und insgesamt sind Steuern etwas über 60 Prozent, äh über 60 Cent  
16 davon, bezogen auf den Preis, davon. Wobei interessant ist das die Ökosteuer, die letzte  
17 Erhöhung war 2003. Damals war der Preis für ein Liter Super Benzin in etwa bei 1,10.  
18 Er ist jetzt bei 1,40 1,45. Die Differenz streichen die Mineralölkonzerne ein und ich halte  
19 das für unverantwortlich das muss ich klar sagen. Ich erwarte auch von großen Konzer-  
20 nen, dass sie auch ein Stück weit ethische Verantwortung wahrnehmen und nicht nur ans  
21 Geldverdienen denken.

22 **Herr Schröder:** Das glaube ich nicht, dass das zu viel ist. Deswegen wird es auch von  
23 niemanden ernsthaft in Frage gestellt. Denn ich sage es noch einmal 15,4 Prozent sind  
24 davon Ökosteuer und die gehen bis auf 10 Prozent in die Beiträge für die Rente. Um die  
25 stabil zu halten. Als wir sie übernahmen waren sie bei 20, 3 Prozent jetzt sind sie stabil  
26 bei 19,5 Prozent. Und wir hätten mit Zitronen gehandelt, wenn wir zuließen das auf der  
27 einen Seite die Lohnnebenkosten steigen, auf der anderen Seite die Ökosteuer deswegen  
28 reduziert wird. Also das kann man nicht verantworten. Und deswegen glaube ich, dass

29 wir richtig liegen. Was man jetzt aber nicht tun darf, das ist nun wirklich die Mehrwert-  
30 steuer zu erhöhen. Denn das treibt den Preis weiter nach oben. Und was ganz falsch wäre  
31 Herr Klöppel jetzt die Pendlerpauschale abzuschaffen oder zu kürzen. Denn das muss ich  
32 nun wirklich sagen, belastet die Menschen, die darauf angewiesen sind mit dem Auto zur  
33 Arbeit zu fahren. Deswegen sollten solche Pläne ganz ganz schnell aufgegeben werden.

34 **Herr Schröder:** Ich möchte einen Moment zu dem Thema was sagen. Frau Merkel hat  
35 vorgeschlagen, dass drei Prozent, die nicht zur Stabilisierung der Rente dienen, äh drei  
36 Cent, die nicht zur Stabilisierung der Rente dienen, den Bürgerinnen und Bürgern zurück  
37 zu geben. Wie immer das gehen mag, technisch. Wie wir das im Moment mal unterstellen.  
38 Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass etwa 15 Cent in der Mineralölsteuer Ökosteuer  
39 sind. Zehn Prozent davon sind 1,5 Cent. Die hätte sie zur Verfügung. Die würden aber  
40 aufgefressen, wenn sie die Mehrwertsteuer erhöht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer  
41 würde den Benzinpreis um 2,2 2,5 Prozent nach oben treiben. Im Ergebnis hätten die  
42 Menschen also Steine statt Brot. Kein bisschen weniger, sondern mehr, wenn die Vor-  
43 schläge von Frau Merkel realisiert würden. Und die dürfen, was die Ökosteuer angeht,  
44 fällt mir ja auf das sie das zwar kritisiert aber erklärt hat sie wolle sie nicht abschaffen,  
45 denn das wäre doch die logische Konsequenz, wenn Sie so sehr kritisieren.

46 **Herr Schröder:** Ich glaube das die gerade im Gange ist. Aber unabhängig davon, würde  
47 ich gerne etwas zu den steuerpolitischen Fragen sagen, wenn Sie mir gestatten. Denn das  
48 Modell Kirchhoff ist nicht nur eine Vision. Man kann ja nicht ein Volk zum Versuchska-  
49 ninchen von Herrn Kirchhoff machen wollen. Sondern es ist in sich in einer Weise unge-  
50 recht, die kaum zu überbieten ist. Was passiert denn da? Es soll jeder, ob Millionär oder  
51 Krankenschwester 25 Prozent bezahlen an Steuern. Und finanziert werden soll das mit  
52 dem Streichen der Steuerprivilegien für Nachtarbeit, für Schichtarbeit, für Feiertagsar-  
53 beit. Also bezahlen soll das ganze Modell, die Menschen, die für unser aller Wohl, nachts,  
54 in Schichtarbeit, an Feiertagen härtestens arbeiten. Das sind die Krankenschwestern, das  
55 sind die Polizisten. Das sind die Feuerwehrleute. Das kann doch nicht ernsthaft Visionen  
56 genannt werden. Außerdem, gerade auf dem Felde der Finanzpolitik muss Seriosität schon  
57 wichtig sein. Denn das Kirchhoff-Modell, das ist eine Rechnung aller Finanzminister, ob  
58 CDU oder SPD. In den Ländern, würde etwa 43 Milliarden Euro im ersten Jahr an Aus-  
59 fällen bedeuten. Das heißt weniger in Bildung. Das heißt weniger in Kinderbetreuung.

60 Das heißt weniger in innere und äußere Sicherheit. Das heißt weniger in Forschung und  
61 Entwicklung. Das kann man doch nicht ernsthaft verantworten. Da kann man doch nicht  
62 sagen wir machen jetzt den ersten Schritt, der Zweite kommt dann irgendwann einfach  
63 mal. Ich finde, gerade wenn man auf Ehrlichkeit pocht und anderen, wie Sie getan haben,  
64 Betrug vorwirft, dann sollte man sehr zurückhaltend sein mit dieser Art der Argumenta-  
65 tion.

66 Wir haben dem entgegenzusetzen, dass was wir gemacht haben.

67 **Herr Schröder:** Moment mal. Als ich ins Amt kam, war der Spitzensteuersatz, Sie wis-  
68 sen das, bei 53 Prozent. Jetzt ist er bei 42. Da bleibt er auch. Der Eingangssteuersatz, der  
69 die kleinen Steuerzahler interessiert, war bei 25,9 Prozent. Jetzt ist er bei 15 Prozent. Ich  
70 finde das ist Leistung, die man würdigen muss. Und was Sie zur Reichensteuer sagen: Ich  
71 habe in der Tat gesagt, diejenigen die als verheiratet versteuerbares Einkommen in einer  
72 Größenordnung von 500 000 Euro verdienen, die können strikt gebunden an Forschung  
73 und Entwicklung, an Betreuung von Kindern und an Bildung, die können 3 Prozent drauf-  
74 legen und davon bezahlen. Ich halte das nicht für problematisch. Und übrigens kenne ich,  
75 war nicht persönlich aber über meinen Beruf eine Menge von Menschen, die sagen, wenn  
76 ihr so strikt bindet und das ist deren Voraussetzung, dann haben wir keinen Einwand.

77 **Herr Schröder:** Aber Frau Merkel wir kommen so nicht weiter. Sie sagen die Leistungs-  
78 träger äh versteuern im Ausland. Ich finde, dass die Leistungsträger in dieser Gesellschaft  
79 die Facharbeiter sind, die Ingenieure sind, und die versteuern nicht im Ausland. Die ver-  
80 steuern hier.

81 **Herr Schröder:** Die sind angewiesen auf die Zuschläge. Sie sagen, die sollen sie sich  
82 arbeitsrechtlich wiederholen, von den Arbeitgebern. Wir haben das mal rechnen lassen.  
83 Ein Facharbeiter in der Chemieindustrie, der 2500 Euro verdient im Monat, der müsste  
84 bezogen auf seinen Bruttolohn, und zwar der Nettobetrag, der müsste bezogen auf seinen  
85 Bruttolohn, wenn er das was Sie ihm verweigern, wiederholen wollte, eine Tariferhöhung  
86 von 17,7 Prozent bekommen. Dies ist völlig undenkbar, dass die Menschen das wieder-  
87 holen. Es sei denn wir wollen die wirtschaftlichen Zusammenhänge gröblich missachten.  
88 Deswegen ist das ungerecht, was Sie dort vorgeschlagen haben. Und es bleibt ungerecht.  
89 Und deswegen darf es auch so nicht gemacht werden. Kirchhoff hin Kirchhoff her. Das  
90 ist ein Steuerrecht das zu gravierenden Einnahmen im Staat führen würde. Der Staat

91 könnte seine Leistungen nicht mehr erbringen. Und im Übrigen in einer Weise ungerecht,  
92 wie es kaum noch geht. Und sich dahinter zu verstecken, zu sagen wir machen das Schritt  
93 für Schritt und das sei eine Vision, das verstehe ich nicht. Wieso ist etwas, was so in  
94 dieser Weise in die Lebensverhältnisse von Menschen negativ eingreift eine Vision. Ich  
95 habe unter Visionen immer positive Dinge verstanden.

96 **Herr Schröder:** Das kann ich schon sagen. Und wenn Sie nach den Streichungen fragen:  
97 ein großer Teil der Kritik der ich ausgesetzt worden bin hat doch zu tun mit den Belas-  
98 tungen, die wir beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme um sie für unsere Kinder  
99 erhalten zu können. Alles versäumt in den 90er Jahren wo die Skandinavier, wo die Hol-  
100 länder das längst gemacht haben, hat doch zu tun damit, dass wir Menschen auch Belas-  
101 tungen zugemutet hatten. Glauben Sie mir Frau Illner das sind doch Belastungen, das sind  
102 doch Einsparmaßnahmen, die natürlich auch im Bundeshaushalt wirksam geworden sind.  
103 Und glauben Sie mir, mir ist das wirklich nicht leicht gefallen. Ich weiß wo ich herkomme  
104 und mir ist es nicht leicht gefallen. Und ich habe auch noch eine Beziehung zu den Le-  
105 bensverhältnissen, zu den Menschen um die es da geht. Das können Sie mir schon glau-  
106 ben. Und deswegen haben wir, wir sind diejenigen die die strukturellen Leistungen er-  
107 bracht haben. Wir sind diejenigen die rangegangen sind und wir haben aus den Schulden  
108 der Krankenkassen inzwischen Überschüsse gemacht. Wir haben es gemeinsam gemacht.  
109 Aber wir haben die Vorschläge gemacht und wir sind diejenigen gewesen die Riesterrente  
110 aufgebaut haben, die dann dafür gesorgt haben das Betriebsrenten besser gibt als jemals  
111 zuvor. Und wir sind diejenigen die damit angefangen haben auf dem Arbeitsmarkt ein  
112 Prinzip durchzusetzen das die Menschen nicht längst in der Sozialhilfe sondern dass man  
113 sie reinnimmt in die Vermittlungshilfe. Das sind alles Dinge gewesen, weswegen ich ja  
114 härtestens kritisiert worden bin. So und jetzt sage ich dazu es wird über Belastungen auch  
115 im Bundeshaushalt geredet zu keinem Zweifel. Aber wenn mir vorgeworfen wird in mei-  
116 ner Amtszeit seien die Schulden des Bundes exorbitant gestiegen, dann kann ich nur sa-  
117 gen bitte mit den Fakten auseinandersetzen. Zwischen 92 und 98 ist der Schuldenstand  
118 des Bundes um 395 Milliarden Euro größer geworden. In meiner Regierungszeit, wahr-  
119 scheinlich bis Ende bis zu 150 Milliarden bis zum Ende dieses Jahres. Und ich finde, das  
120 ist schon ein Unterschied. Ein Grund mehr, um deutlich zu machen; wir sind rangegan-  
121 gen, haben die Strukturprobleme, auch im Bundeshaushalt angefasst und ich finde auch  
122 ein Grund um uns zusätzlich für die nächste Legislaturperiode Vertrauen zu schenken.

123 **Herr Schröder:** Wir haben deutlich gemacht, dass wir Subventionsabbau betreiben wol-  
124 len und zwar bei den Steuersubventionen. Es ist eben gesagt worden, dass man da ran  
125 wolle. Herr Kirchhoff und so weiter. Als wir 2002 vorgeschlagen haben, das strukturelle  
126 Defizit das es gab aufzulösen durch das Streichen von sehr sehr vielen Steuersubventio-  
127 nen, ist das blockiert worden im Bundeshaushalt. Wir sind damals wegen des Versuchs  
128 Steuersubventionen zu streichen als Steuererhöhungspartei diskreditiert worden. Da wer-  
129 den wir wieder rangehen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Und da müssen wir  
130 auch wieder rangehen.

131 **Herr Schröder:** Seien Sie sicher, sie wird kommen und wir werden das nicht tun. Weil  
132 wir meiner Auffassung [nach] bei der gegenwärtigen Situation und bei der, die man ins  
133 Auge fassen muss, angesichts der Verwerfungen, die durch die Ölpreise, die wir gegen-  
134 wärtig haben, der Weltwirtschaft zugefügt werden können, halte ich es für falsch. Wir  
135 müssen die Binnenkonjunktur stützen und da ist Mehrwertsteuererhöhung äußerst kontra  
136 produktiv.

137 **Herr Schröder:** Frau Merkel Sie irren. 97 regierten Sie ja mit. Sind Vertreter aus Ihrer  
138 Partei, sind Arbeitgeberverbände zu mir gekommen und haben zu mir gesagt, ich war  
139 damals Ministerpräsident, können wir die Mehrwertsteuer um einen Punkt erhöhen, damit  
140 die Rentenbeiträge nicht weit über 20 Prozent steigen. Und ich habe damals gesagt, dass  
141 kann man machen. Denn es ging um die Lohnzusatzkosten. Insofern verstehe ich gar nicht  
142 die Kritik in gar keiner Weise. Ich möchte aber noch eine Bemerkung machen, zu dem,  
143 was Sie gesagt haben. Sicher zwei Prozent mehr Mehrwertsteuer würden circa 16 Milli-  
144 arden bedeuten. Aber Sie haben dabei übersehen, dass die Hälfte an die Länderhaushalte  
145 fließt. Und wie ich die Ministerpräsidenten der Länder kenne, ich war ja selber mal einer,  
146 werden sie große Schwierigkeiten haben, die Hälfte von denen, die andere Hälfte, wie-  
147 derzubekommen. Sie bräuchten um zwei Prozent runter zu gehen mit der Arbeitslosen-  
148 versicherung, etwa 15 Milliarden. Sie haben sie aber nicht. Unabhängig davon, dass Sie  
149 sie auch für andere Dinge, wie etwa in der Gesundheitsreform haben wollen. Sie haben  
150 sie nicht und Sie werden sie auch nicht bekommen. Also werden Sie, wenn Sie das Ziel  
151 erreichen wollen, massiv in die Leistungen der Bundesagentur eingreifen müssen. Dann  
152 müssten Sie schon sagen welche Leistungen das sein sollen. Sollen das die Leistungen  
153 sein für die Wiedereingliederung? Wenn Sie das wollen, treffen Sie besonders den Osten



154 unseres Landes. Wenn Sie das nicht wollen, müssten Sie sagen, wo Sie es sonst herneh-  
155 men wollen. Ihr Finanzierungskonzept Frau Merkel ist wahrlich auf Sand gebaut. Zumal  
156 Sie ja sagen, und ich weiß gar nicht wo Sie es hernehmen wollen: Sie brauchen 25 Milli-  
157 arden für Ihre Ideen in der Gesundheitspolitik mit Ihrer berühmten pro Kopfpauschale  
158 um auch nur einigermaßen so zu organisieren, dass Menschen nicht die Lebensgrundlage  
159 genommen wird. Das kann alles nicht funktionieren, was Sie sagen. Und im Übrigen,  
160 dass was Sie zum Wachstum sagen, übersieht das wir dafür gesorgt haben, dass Deutsch-  
161 land in den letzten drei Jahren Exportweltmeister werden konnte. Das sind unsere Struk-  
162 turreformen, die wir gemacht haben. Das ist unsere Unternehmenssteuerepolitik die wir  
163 gemacht haben und niemand anders welche. Sie müssen erstmal den Beweis antreten,  
164 dass Sie mit Ihren Konzepten irgendeinen Erfolg haben. In der Zeit wo Sie mit Herrn  
165 Kohl zusammen regiert haben, hatten Sie diesen Erfolg jedenfalls nicht. Das steht fest.

166 **Herr Schröder:** Ich kann nicht verantwortlich gemacht werden für dümmliche Werbe-  
167 sprüche. Das kann ich nun wirklich nicht. Das ist ganz interessant, dass Sie das fragen.  
168 Wir tragen ja durch solche Diskussionen selber dazu bei. In der Tat ist es so: der Blick  
169 aus dem Ausland auf Deutschland ist weit besser, als wir uns selbst leisten. Und genau  
170 das muss sich ändern. Nur dazu kann Politik etwas tun. Wir versuchen das auch zu tun,  
171 indem wir die positiven Aspekte unserer Gesellschaft betonen. Und das gelingt ja auch.  
172 Deutschland ist inzwischen ein geachtetes Land in der Welt. Das hat auch etwas mit un-  
173 serer Friedenspolitik zu tun, keine Frage. Es hat etwas mit unserer Entwicklungspolitik  
174 zu tun. Es hat etwas zu tun mit unserer wirtschaftlichen Kraft. Und noch einmal zum  
175 Wachstum: das worauf wir setzen, das hab ich doch sehr deutlich gesagt: Wir setzen da-  
176 rauf, dass wir die Forschungsinvestitionen erhöhen. In meiner Regierungszeit sind die um  
177 30 Prozent, ist der entsprechende Haushalt um 30 Prozent erhöht worden, einschließlich  
178 dass was Studenten angeht. Wir haben inzwischen weit mehr Studentinnen und Studenten  
179 als wir sie 1998 hatten. Wir sind die gewesen, die gesagt haben: Wenn wir mittelfristig  
180 wieder noch stärker werden wollen, dann müssen wir mehr tun um in Betreuung unserer  
181 Kinder zu investieren, damit die Frauen eine Chance haben Erwerbstätig zu sein. Und wir  
182 haben das gemacht. Wir haben 4 Milliarden in die Hand genommen und haben die Ganz-  
183 tagsbetreuung erhöht. Das sind die Dinge, die über die Zukunft unserer Gesellschaft ent-  
184 scheiden.

185 **Herr Schröder:** Dann denken Sie doch mal mit, dass dieser Geist, den ich sehr wohl  
186 haben will. Nämlich ein Geist, der nach vorne gerichtet ist, wirklich das Land erfasst. Ist  
187 doch gar keine Frage, dass man das muss. Und ich finde mit all dem was wir getan haben,  
188 sowohl in der Außenpolitik als auch vor allem in dem was wir in den ökologischen Fragen  
189 tun, ist dieses Land stärker geworden. Und das wird auch so bleiben. Denn ich bin fest  
190 davon überzeugt, dass wir einen erneuten Auftrag bekommen. Diese Politik, die das Land  
191 nach vorne gebracht hat, die es erneuert hat, auch wirklich fortzusetzen.

192 **Herr Schröder:** Wir haben in der Tat im letzten Jahr sozialversicherungspflichtige Be-  
193 schäftigungen verloren. Wir haben mehr in der Selbstständigkeit, auch durch die Förde-  
194 rung, die wir gemacht haben. Und wir haben natürlich eine wirkliche Veränderung bei  
195 den Erwerbsbürgern. Wir haben ja einen Niedriglohnsektor, der inzwischen 6 Millionen  
196 Menschen trägt, die natürlich nicht alle sozialversicherungspflichtig gezählt werden.  
197 Also hat es da, das ist überhaupt nicht zu bestreiten, Verluste gegeben. Seit dem 1.1.  
198 diesen Jahres, das ist nur interessant, gilt die Arbeitsmarktreform, die wir in Kraft gesetzt  
199 haben. Übrigens auch gemeinsam beschlossen haben. Man will das nur nicht mehr so  
200 wirklich wahr haben. Macht nichts. Werde ich auch allein mit fertig mit der Kritik. Sie  
201 beginnt aber zu wirken. Denn, dass ist die andere Zahl, die ist genauso wichtig. Seit April  
202 beginnt diese Reform zu wirken und es entstehen jeden Tag 1500 sozialversicherungs-  
203 pflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Das ist erst seit April der Fall. Aber die Reform ist  
204 ja auch erst seit dem 01.01. diesen Jahres in Kraft. Die lässt sich nun nicht bestreiten. Und  
205 im Übrigen: die andere Zahl, die immer vor sich hergetragen wird, jene 5 Millionen. In  
206 der stecken 300 000 - 400 000 frühere Sozialhilfeempfänger, die da gehalten wurden in  
207 der Sozialhilfe. Alleine 180 000 junge Leute, unter 25 Jahren. Obwohl sie arbeitsfähig  
208 waren und sind. Jedenfalls partiell arbeitsfähig. Und dies muss man, wie ich finde, aner-  
209 kennen, wenn man fair über die Situation in Deutschland reden will. Ich sag doch nicht,  
210 dass mich das befriedigt. Wir käme ich denn darauf? Aber es zeigt sich, dass die Refor-  
211 men, die wir in Gang gesetzt haben, zu dem niemand der Mut hatte bisher, dass die zu  
212 wirken beginnen und genau deshalb muss diese Politik fortgesetzt werden.

213 **Herr Schröder:** Natürlich stimme ich zu. Natürlich ist das so, dass man hätte auch dif-  
214 ferenzieren können in der Statistik. Das ist ja offenkundig gemeint. Aber was hilft es

215 denn? Wir müssen erklären, warum es diese Zahl gibt. Und sie ist ja gemeinsam beschlos-  
216 sen worden. Das man aus wahltaktischen Gründen sich dazu nicht bekennen will; gut so  
217 ist es nun mal. Macht Auseinandersetzung in einer Demokratie. Das will ich überhaupt  
218 nicht kritisieren. Das stimmt trotzdem was ich sage und vor allen Dingen stimmt, dass  
219 dürfen Sie nicht übersehen, dass durch diesen Reformprozess, den es ja nicht gegeben hat  
220 in den 90 er Jahren als die Skandinavier das gemacht haben, als die Holländer das ge-  
221 macht haben., durch diesen Reformprozess, dass man wirklich nach vorne gebracht wor-  
222 den ist. Ich hab doch die Prügel dafür bekommen, Sie haben es doch selber gesagt. In den  
223 Landtagswahlen, obwohl meine gesamte Politik nicht zur Abstimmung stand. Aber ich  
224 hab sie bekommen und allmählich setzt sich durch, dass dieses Land erneuert werden  
225 muss. Und das wir auf dem richtigen Dampfer sind. Und was spricht denn dafür, dass  
226 diejenigen, die das in den 90er Jahren versäumt haben, es jetzt können würden?

227 **Herr Schröder:** Aber nach dem Winter wollten Sie dafür sorgen, dass die nicht abnimmt.  
228 Aber lassen wir das doch. Sie werden keine Gelegenheit dazu haben. Jetzt nochmal ein  
229 Punkt. Sie reden immer über Deutschland als ein Land, das hinten ist. Das ist so falsch  
230 Frau Merkel und auch so gefährlich im internationalen Wettbewerb. Schlichtweg deswe-  
231 gen weil es nicht stimmt. Über Export haben wir geredet. Wir haben die gleiche Zahl von  
232 Patenten wie Frankreich und England zusammengenommen. Wir sind die absoluten Füh-  
233 rer bei Innovationen in Europa. Wir geben 4 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für  
234 den Transfer. Was nötig ist und was wir gerne tun, für den Osten aus. Keine andere Volks-  
235 wirtschaft auf der Welt, auch keine europäische hat diese Belastung zu tragen. Wir tragen  
236 sie gerne. Aber das müssen Sie doch, wenn Sie Anspruch erheben, ein Amt in dieser  
237 Republik zu bekommen, nach außen auch deutlich werden lassen, dass Sie stolz sind auf  
238 dieses Land. Denn es ist doch viel leistungsfähiger, als Sie es zu machen versuchen.  
239 Schauen Sie sich die Situation rings um uns an: Die Skandinavier sind besser, dass geb  
240 ich doch zu. Und diese Versäumnisse sind in den 90er Jahren gemacht worden. Aber  
241 wollen Sie mir ernsthaft erzählen, dass die Italiener im Moment wirtschaftlich besser sind  
242 als die Deutschen. Wollen wir mal über Frankreich, über Spanien, über andere diskutie-  
243 ren. Das können wir doch gerne. Dann werden Sie sehen, dass die Wirtschaftskraft  
244 Deutschlands von einer Größe ist, auf die man wirklich stolz sein kann. Denn wir sind es  
245 gewesen, die bei einer stagnierenden Weltwirtschaft, und die hatten wir von 2000-2003,  
246 Marktanteile als einziges G7-Land, als einziges G7-Land, die wirtschaftstärksten Länder

247 der Welt, hinzugewonnen haben. Wie man vor diesem Hintergrund über sein eigenes  
248 Land derart negativ reden kann, das verstehe ich wirklich nicht Frau Merkel. Denn Sie  
249 reden doch nicht über mich dadurch negativ. Sie reden über die Kraft dieses Landes, über  
250 die Menschen in diesem Land negativ. Das sollten Sie wirklich noch einmal überdenken.

251 **Herr Schröder:** Ich finde wir sollten mal konkret werden. In der Gentechnologie sagen  
252 Sie Frau Merkel, wollen Sie ein anderes Haftungsrecht. Die Menschen müssen ja verste-  
253 hen, was das dann bedeuten würde. Es gibt Menschen, die wollen genmanipulierte Pflan-  
254 zen und Lebensmittel essen. Das sollen sie doch dann auch tun. Es gibt die wenigsten die  
255 das wollen. Es gibt Hersteller, die wollen Bio-Produkte herstellen und es gibt andere, die  
256 wollen genveränderte Pflanzen herstellen. So. Man muss einen Ausgleich schaffen.

257 **Herr Schröder:** Nein pass auf. Man muss sich. Sie müssen sich zwischen denen die Bio-  
258 Produkte herstellen wollen, also nichts mit Gentechnikveränderung zu tun haben wollen,  
259 und denen die das wollen, einen vernünftigen Ausgleich schaffen. Sie müssen also beant-  
260 worten wer muss bezahlen, wenn etwas von einem gentechnisch veränderten Feld etwas  
261 auf ein Bio-Feld übergeht. Da haben wir gesagt, dass sollen dann diejenigen bezahlen,  
262 die das verursacht haben. Frau Merkels Position ist, dass der Staat das bezahlen muss.  
263 Das finde ich falsch. Denn das ist nicht Aufgabe des Staates. Sonst sagen Sie doch immer  
264 das Gegenteil. Ich finde wenn man über Wachstum redet, müssen Sie konkret werden.  
265 Und da sag ich Ihnen noch was zur Gentechnologie. Da sind wir beide vielleicht mehr  
266 zusammen als unsere Parteien und die im Bundestag. Ich habe gesagt: wir brauchen auch  
267 rote Gentechnologie. Das ist die, die Krankheiten heilen kann. Wir brauchen dort For-  
268 schung. Zum Beispiel brauchen wir die Möglichkeit des therapeutischen Klonens. Das ist  
269 in einer Bundestagsmehrheit nicht gemacht worden. Nicht von der Regierung, sondern  
270 von einer Mehrheit aus Ihrer Partei, einer Minderheit aus meiner, das kann ich gar nicht  
271 bestreiten, und den Grünen. Und das halte ich inzwischen für eine Forschungsbremse. Ich  
272 hab das immer gesagt. Aber in der Tat gegen diese Phalanx, die Sie unterstützt haben,  
273 Frau Merkel, konnten wir uns nicht durchsetzen. Dann reden Sie auch bitte nicht über  
274 Forschungsförderung, wenn Sie die zentralen Bereiche, wie die Gentechnologie abwür-  
275 gen wollen. Das ist dann nicht redlich.

276 **Herr Schröder:** Ich glaube es war kein Fehler. Aber zunächst war es richtig mit der  
277 Riesterrente das aufzubauen, was man eigene Vorsorge nennt. Ein anderes Wort heißt

278 Kapitaldeckung. Übrigens Frau Merkel: das hat mit dem demographischen Faktor nichts  
279 zu tun. Denn der ist bei der gesetzlichen Rentenversicherung relevant. Aber das nur ne-  
280 benbei bemerkt. Wir haben das aufgebaut. Wir haben die Möglichkeiten der Betriebsren-  
281 ten erheblich ausgeweitet. Und das führt dazu, dass wir diesen Teil, diese Säule, die das  
282 Dach der Rentenversicherung trägt, neu aufgebaut haben und damit die andere Säule, die  
283 Umlagefinanzierung, entlastet haben. Ach, wir müssen doch dafür sorgen, dass zum Bei-  
284 spiel bei der Riesterreute, die auch wirklich eingesetzt wird für die Altersvorsorge. Und  
285 nicht vorher für Konsumausgaben benutzt werden darf. Denn sonst stehen wir doch am  
286 Ende wieder mit den Menschen in der Grundsicherung oder in der Sozialhilfe. Darf ich  
287 einen Punkt sagen, der wichtig ist, wenn man über Rente redet. Der entscheidende Punkt,  
288 was die Finanzierung des Rentensystems insgesamt angeht, ist das Renteneintrittsalter,  
289 das tatsächlich genutzt wird, das tatsächliche Renteneintrittsalter zu erhöhen. Und das  
290 haben wir begonnen. Und das haben wir auch geschafft um nur ein Jahr zunächst. Wir  
291 haben ein tatsächliches Renteneintrittsalter von 65 und hatten ein tatsächliches von 59,  
292 etwas. Jetzt ist es etwas über 60 Jahre. Und je mehr wir es schaffen, die älteren Arbeit-  
293 nehmerinnen und Arbeitnehmer nicht aus dem Produktionsprozess raus zu drängen, son-  
294 dern durch flexible Arbeitszeitgestaltung Ihnen zu ermöglichen, dass zu tun, was sie noch  
295 können. Je mehr wir das schaffen und das muss im Vordergrund aller Bemühungen ste-  
296 hen, desto sicherer wird die Rentenfinanzierung ohne dass man an die nominale, an das  
297 nominale Rentenalter heran muss. Darum geht es uns und das werden wir auch leisten.  
298 Und im Übrigen ist es vernünftig das wir sehr deutlich sagen, in der Rentenpolitik das die  
299 großen Parteien möglichst gemeinsame Konzepte entwickeln. Deswegen und das will ich  
300 auch sagen glaube ich Frau Merkel das Sie Herrn Kirchhoff gestoppt hat. Sie sollten das  
301 Herrn Öttinger aus dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, auch sagen. Ich  
302 glaube Ihnen das, denn ich glaube, dass wir einen riesen Fehler machten, wenn wir nicht  
303 beide Säulen benutzen, sondern das täten, was dieser Professor aus Heidelberg vorge-  
304 schlagen hat. Nämlich die Rentenversicherung ähnlich aufzubauen wie die KFZ-Versi-  
305 cherung. Damit sagt der Mann doch, man müsse Menschen genauso behandeln wie Sa-  
306 chen. Und das zeigt, dass er wirklich die Beziehung zur Lebenswirklichkeit verloren hat.  
307 Sie sollten ihn vielleicht doch ernster nehmen, mit dem was er so erzählt und nicht nur  
308 auf Visionen verweisen. Das ist jedenfalls sehr stark verunsichernd. Das verunsichert  
309 doch Menschen.

310 **Herr Schröder:** Frau Merkel. Ich zitiere Herrn Kirchhoff, der vergleicht die Rentenver-  
311 sicherung mit der KFZ-Versicherung. Das kann ich doch wohl als das bezeichnen was es  
312 ist, nämlich absurd. Und ich konsitiere Ihnen doch ausdrücklich, dass das nicht Ihre Po-  
313 sition ist. Bitte Sie aber ihm zu sagen er soll das nachlassen. Das verunsichert mögliche  
314 Rentner.

315 **Herr Schröder:** Das ist eine sehr merkwürdige Betrachtungsweise. Also meine Frau, die  
316 politische Journalistin ist, die klug ist und die engagiert ist, die darf sich nicht einmischen.  
317 Das ist sehr merkwürdig. Natürlich darf sie das. Wie jeder andere von uns auch. Und ich  
318 will hier sagen: Ich bin stolz auf ihr Engagement. Ich bin stolz darauf, dass sie sich in  
319 dieser Weise äußert und sich einmischt in eine ja wirklich notwendige Diskussion. Die  
320 im Übrigen auch wahrhaftig ist. Meine Frau sagt was sie denkt. Sie lebt was sie sagt. Und

321 **Herr Schröder:** Warum darf meine Frau sich nicht äußern wie jeder andere von Ihnen  
322 das auch darf? Das ist doch sehr merkwürdig. Aber darf ich das mal zu Ende führen? Ja  
323 aber ich meine Frau Merkel wird doch auch noch Kritik ertragen können? Ich muss sie  
324 doch auch ertragen. Was haben wir nicht alles erleben müssen? Mitten aus der CSU her-  
325 aus, was unsere Familie angeht. Also so mimosenhaft sollte man nun wirklich sein. Ob  
326 es klug ist oder nicht darf ich sagen um was es wirklich geht. Ich sage meine Frau hat das  
327 gute Recht erstens die Wahrheit zu sagen, denn es ist die Wahrheit und zweitens sich zu  
328 äußern wann immer sie das für richtig hält. Und sie äußert sich engagiert und ich sag es  
329 noch einmal: Sie lebt das, was sie sagt und, ich füge hinzu, das ist nicht zuletzt der Grund  
330 warum ich sie liebe.

331 **Herr Schröder:** ich möchte gerne zu dem Thema sagen, was wir gemacht haben. Wir  
332 haben nicht nur das Kindergeld erhöht. Wir sind hergegangen und haben gesagt, vier Mil-  
333 liarden gibt es für Ganztagsbetreuung. Hat bisher keiner gemacht. Wir haben ein gesetz  
334 gemacht, indem die Kommunen verpflichtet werden, von den 2,5 Milliarden, die sie be-  
335 kommen, weil wir die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammengelegt haben, 1,5  
336 Milliarden in die Betreuung der unter 3-Jährigen zu investieren. Das ist diskreditiert wor-  
337 den, dieses Gesetz. Und ich finde, man sollte dann wenigstens sagen, wenn ich schon was  
338 vorhabe, dann hab nicht ich gelernt, sondern Frau Merkel hat gelernt. Und dass was wir  
339 dort angefangen haben, gerade auf dem Sektor der Betreuung, das wurde höchste Zeit.  
340 Nur wir werden es fortführen.

341 **Herr Schröder:** Ja natürlich. Zunächst mal habe ich eine Meinung. Frau Merkel hat auf  
342 Ihre Frage überhaupt nicht geantwortet. Der amerikanische Präsident selber, das hätte sie  
343 doch sagen dürfen, es sei unakzeptabel, die Hilfeleistung, wie sie abgelaufen sei. Also  
344 kritisiert man ihn gar nicht, wenn man das bestätigt. Und das ist in der Tat so. Und das  
345 zeigt aber was anderes. Das wir gut daran tun bei der Frage wie viel Staat wir brauchen  
346 und wie viel wir nicht brauchen, sehr genau hinzuschauen. Denn wenn Sie sich mal an-  
347 anschauen, wie auf der anderen Seite, wir solche nationalen Katastrophen bewältigt haben,  
348 dann hat das schon deutliche Unterschiede. Und ich behaupte, dass hängt auch zusammen  
349 mit der spezifischen Art und Weise, wie wir sagen für solche Situationen, für Menschen  
350 die in Not sind brauchen wir keinen schwachen Staat, sondern brauchen einen starken  
351 Staat. Und deswegen die gesamte Debatte über die Entstaatlichkeit; ich bin sehr für Fle-  
352 xibilität in dem Bereich. Aber über die Entstaatlichkeit, die da geführt wird in der Union,  
353 in der FDP, die sollte unter solchen Gesichtspunkten nochmal sehr genau überdacht wer-  
354 den. Wir werden uns dazu kommen, dass wir uns nochmal fragen, wenn dass da alles  
355 privatisiert wird, was da heute Gottseidank noch funktioniert. Wir werden uns da nochmal  
356 fragen, ob wir als wir diese Debatte über uns kommen haben lassen, das Richtige getan  
357 haben. Ich bin deswegen der Meinung, dass die Strukturen, die wir aufgebaut haben, si-  
358 cher Reformen bedürftig sind, aber sie funktionieren.

359 **Herr Schröder:** Ich glaube nicht, dass man das sagen kann. Aber ein Satz von mir auch  
360 zur Türkei. Frau Merkel, Sie machen hier wieder den gleichen Fehler den Sie im Irak-  
361 Konflikt gemacht haben. Sie verstehen nicht welche geostrategische geopolitische Be-  
362 deutung, die Einbindung der Türkei in die EU hat. Und privilegierte Partnerschaft gibt es  
363 doch längst. Wir haben Assoziierungsabkommen und das bisschen was Sie ihnen zuge-  
364 stehen wollen in der Außenpolitik, das reicht nun wirklich nicht um dieser geostrategi-  
365 schen Bedeutung gerecht zu werden. Jeder von uns kennt doch die Aufregungen die es in  
366 der ganzen Region gibt: Irak, Iran, der Kaukasus. Wenn wir es schaffen die Türkei so fest  
367 an den Westen zu binden, das sie nicht mehr los kann, wenn wir es dadurch schaffen in  
368 der Türkei ein nicht fundamentalistischen Islam zu verbinden mit den Werten der westli-  
369 chen Aufklärung, dann haben wir in Deutschland, in Europa, einen Sicherheitszuwachs,  
370 der gar nicht aufzuwiegen ist. Und deswegen glaube ich, Sie machen wieder einmal einen  
371 außenpolitischen Fehler sondergleichen. Sie werden das nicht durchsetzen können. Dafür

372 wird gesorgt werden. Und deswegen sage ich, die Türkei soll in einem langen Verhand-  
373 lungszeitraum die Chance bekommen Mitglied zu werden.

374 **Herr Schröder:** Frau Christiansen. Die Türkei-Frage, das wurde doch eben selber gesagt,  
375 ist eine der Fragen, wo die Vorwürfe doch evident werden sollen. Und ich muss doch  
376 wenigstens argumentieren können, welches Interesse wir an solch einer Stabilität in einer  
377 instabilen Region haben. Und die Verhandlungen werden 10-15 Jahre dauern. Und was  
378 die Freizügigkeit angeht, steht im Verhandlungskonzept selber, dass jedes Land in der  
379 Lage ist auch nach einem Beitritt die Freizügigkeit auszuschließen, nicht nur zu begren-  
380 zen. Das hat die Türkei akzeptiert und deswegen wird doch da mit Ängsten gearbeitet,  
381 die unserem außen- und sicherheitspolitischen Interesse zutiefst zu wider laufen. Jetzt zu  
382 der Frage, die Sie gestellt haben. Gerne. Wir haben eine Verfassung gemacht. Und die  
383 Initiativen sind sehr stark von Deutschland ausgegangen. Und in dieser Verfassung sollte  
384 ein neues Verhältnis zwischen Parlament, Kommission und Rat gefunden werden. Ein  
385 gutes Verhältnis. Dass wir das nicht hinbekommen haben, liegt doch nun wahrlich nicht  
386 an Deutschland. Wir haben doch gemeinsam dieser Verfassung zugestimmt. Dass es in  
387 anderen Ländern, in den Niederlanden, auch in Frankreich, Verwischungen gegeben hat  
388 mit dem Verfassungsprozess einerseits und anderen Fragen andererseits, dass ist nicht zu  
389 bestreiten. Aber damit, dadurch sozusagen die Verfassung selber zu diskreditieren, halte  
390 ich für ganz falsch. Halte ich für ganz falsch. Und schon gar den europäischen Einigungs-  
391 prozess in Frage zu stellen ist noch falscher. Wir haben daran, dass die Kommission das  
392 Maß an Richtlinien, was sie vorschlägt, zurücknimmt. Der deutsche Kommissar und Vi-  
393 zepräsident ist beauftragt, auch so was wie Folgenabschätzung zu machen. Das ist ein  
394 schwieriger Weg. Den haben wir doch nicht erfunden. Denn müssen wir miteinander ge-  
395 hen. Das ist doch gar keine Frage. Aber die Verfassungsidee, und damit den Integrations-  
396 prozess aufzugeben, dass hielte ich für gefährlich und für außenpolitisch falsch.

397 **Herr Schröder:** Ich denke Sie wissen so gut wie ich und unsere Zuschauer wissen das ja  
398 auch, dass es Marktpreise sind, die am Markt hergestellt werden. Wir haben am Anfang  
399 dieser Debatte darauf hingewiesen, dass gegenwärtig von den Mineralölkonzernen die  
400 Versorgungssituation, entstanden durch den Hurricane in Amerika, wirklich in extremer  
401 Weise zu Lasten der Verbraucher und zugunsten der Profite der großen Mineralölunter-  
402 nehmen benutzt werden. Es gibt zwei Möglichkeiten, dem entgegenzutreten. Ich habe



403 dem G7-Gipfel vorgeschlagen, dass man mehr Transparenz in den Markt bringt. Das ist  
404 seinerzeit gescheitert, an Großbritannien, an den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich  
405 hoffe, dass da ein Nachdenkensprozess einsetzt. Warum haben wir das gemacht? In dem  
406 Ölpreis sind, je nachdem welchen Experten man fragt, etwa 20 - 30 Dollar, von den 70  
407 die er kostet, reine Spekulation. Hat nicht mit Verbrauch, nichts mit Produktion zu tun.  
408 Und genau da müssen wir ran. Das wird gegenwärtig von den Interessenten in London,  
409 in New York, verhindert. Ich hoffe, dass wir da weiterkommen, dass der internationale  
410 Ansatz; wir haben auf der anderen Seiten in der Tat keine Möglichkeiten die Preisgestal-  
411 tung der Konzerne maßgeblich zu beeinflussen, denn das sind Marktgesetze nach denen  
412 die ablaufen und ich sag Ihnen das gerne: und wir haben auf der anderen Seite ja damit  
413 begonnen, weil wir mittel-und langfristig denken dafür zu sorgen, dass aus den Preisen,  
414 die Strom bei uns kostet, wirklich die erneuerbaren Energien gefördert werden. Das ist  
415 doch nun wahrlich eines der Markenzeichen von rot-grün. Vielfach angefeindet von  
416 CDU, von FDP, von allen in der Gesellschaft, die gesagt haben, lasst das nach in der  
417 Förderung der Windenergie. Im Übrigen ist das gar nicht der Schwerpunkt, sondern die  
418 Förderung der Solarenergie ist der Schwerpunkt. Wir machen das weiter, weil wir weg  
419 müssen vom Öl. Weiter weg ist doch gar keine Frage. Wir sind es gewesen, die vorange-  
420 bracht haben, die bessere Beimischung von Ethanol bei Benzin, von Biomasse im Diesel.  
421 Das muss ausgebaut werden. Wir müssen früher zu mehr kommen, als die EU uns gegen-  
422 wärtig gestattet. Das sind die Punkte, die ich sagen kann und im Übrigen müssen wir  
423 schauen ob wir denjenigen, die es nicht selber bezahlen können sozialpolitisch helfen  
424 können. Ich sehe keine andere Möglichkeit.

425 **Herr Schröder:** Nein. Darum geht es ja, dass wir heute schon, wenn Sie sich mal an-  
426 schauen, beim Arbeitslosengeld II zum Beispiel, wird für Heizung und wird für Woh-  
427 nung, natürlich zusätzlich zum Regelsatz von dem man leben muss, was gegeben. Das  
428 kann sein, dass das aufgrund der Tatsache das diese Profitgier das besteht, nun wirklich  
429 steigen wird. Das sind aber wirklich die Möglichkeiten, die der Staat hat. Die sollte man  
430 den Menschen auch nicht vormachen.

431 **Herr Schröder:** Das kann ich Ihnen definitiv sagen. Das ist nicht nur von mir gesagt,  
432 sondern von der SPD-Führung. Das hat Gründe. Und der Grund liegt einfach darin, dass  
433 mit dieser Partei kein Staat zu machen ist. Sie haben Illusionen was Wirtschaftspolitik im

434 nationalen Maßstab angeht und sie würden außenpolitisch Deutschland isolieren, wenn  
435 man ihnen die Gelegenheit dazu gäbe. Das können Sie ausschließen. Nein ich will mich  
436 anstrengen und meine Arbeit in dieser Koalition, die ich führe, fortsetzen zu können. Nur  
437 kann man ja sagen die Meinungsumfragen sind nicht rosig. Das will ich auch gerne zu-  
438 gestehen. Aber wissen Sie, ich habe noch nie vor der Zeit aufgegeben. Das hat mein gan-  
439 zes Leben gekennzeichnet. Ich tu das auch dieses Mal nicht. Ich bin ziemlich sicher, dass  
440 wir eine reelle Chance haben das Blatt noch zu wenden. Und dem opfere ich meine ge-  
441 samte Zeit und meine Kraft und gehen Sie mal davon aus, dass die ganz erheblich ist.

442 **Herr Schröder:** Da ist nichts zerplatzt. Die persönliche Beziehung zwischen meinem  
443 Außenminister und mir ist intakt wie je zuvor. Und wir telefonieren besser. Also muss  
444 ich Ihnen sagen, dass man uns so selten zusammen sieht, das können Sie vielleicht nach-  
445 vollziehen. Der ist in seinem Bus unterwegs, jeden Tag 12 und mehr Stunden. Ich bin  
446 ähnlich unterwegs jeden Tag. Also das wir kaum Zeit für ein Tête a Tête haben, da seien  
447 Sie mal sicher, dass hat nun wirklich was mit dem Wahlkampf zu tun. Und im Übrigen  
448 wir telefonieren fast täglich wegen der außenpolitischen Fragen, die auftauchen und was  
449 wir damit machen. Das ist doch selbstverständlich. Und dass es in einer solchen Situation  
450 auch Hickhack zwischen den Parteien gibt, das ist doch klar. Jede Koalitionspartei und  
451 das war immer so in jeder Koalition, kämpft für sich selbst, für die eigene Stärke und  
452 dann wird abgerechnet zum Schluss. Und dann guckt man wie groß die Schnittmengen  
453 für gemeinsame Politik sind. Das wird hier auch wieder so sein. Und noch einmal: ich  
454 rate dringend nicht so zu tun Frau Merkel, zwei Wochen vor der Wahl, als wäre sie schon  
455 gelaufen. Das ist auch mangelnder Respekt vor den Wählerinnen und Wählern. Das sollte  
456 man nicht haben. Ich habe ganz ähnliche Erfahrungen 2002 gemacht mit Herrn Stoiber.  
457 Da ist Ihr Kollege und sicher auch Freund Herr Stoiber bereits Bundeskanzler gewesen  
458 auch überall so ausgerufen worden. Und vielleicht ist ein Teil der außerordentlichen un-  
459 anständigen Vorwürfe gegenüber den Menschen aus dem Osten, mit seinem Frust zu tun.  
460 Das könnte mindestens sein.

461 **Herr Schröder:** Ich bitte um neues Vertrauen für meine Politik. Eine Politik die die so-  
462 zialen Sicherungssysteme neu justiert. Damit sie auch für unsere Kinder und deren Kinder  
463 noch das Maß an Sicherheit bieten können, was Menschen möglich ist. Ich bitte um neues

464 Vertrauen für eine Politik, die die Schöpfung bewahrt, weil sie die ökologischen Notwen-  
465 digkeiten früher als andere erkannt hat. Eine Energiepolitik betreibt, die bewusst auf er-  
466 neuerbare Energien setzt und ich bitte um Vertrauen für meine Politik damit ich Deutsch-  
467 land weiterführen kann als ein Land, das als mittlere Macht seine Aufgabe darin sieht den  
468 Ärmsten der Armen zu helfen und die Konflikte dieser Welt friedlich zu lösen. Und  
469 Deutschland aus überflüssigen Kriegen, wie dem im Irak wirklich heraushält. Das ist  
470 meine Bitte an die Wählerinnen und Wähler und dafür stehe ich.

## Gerhard Schröder Elefantenrunde 2005: GSE05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pHYbZRFptZM> (eigene Transkription)

1 **Gerhard Schröder:** Natürlich ist das erlaubt. Mit dem letzten Wahlergebnis haben wir  
2 verloren. Das ist doch gar keine Frage. Aber verglichen mit dem, was in dieser Republik  
3 geschrieben und gesendet worden ist, gibt es einen eindeutigen Verlierer. Und das ist nun  
4 wirklich Frau Merkel. Und das sollten auch Sie mal zur Kenntnis nehmen. Das ist ja doch  
5 so. Darf ich auch mal reden oder wollen Sie mich ständig unterbrechen? Wir haben ver-  
6 loren, das ist doch gar keine Frage. Es schmerzt mich. Aber verglichen mit dem von wo  
7 wir kamen Herr Brender, von 24 Prozent nämlich, verglichen mit dem, was wir erleben  
8 mussten in den letzten Wochen und Monaten, bin ich wirklich stolz auf meine Partei, auf  
9 die Menschen, die mich unterstützt haben, uns gewählt haben und die uns ein Ergebnis  
10 beschert haben, dass eindeutig ist. Jedenfalls eindeutig, dass niemand außer mir, in der  
11 Lage ist eine stabile Regierung zu stellen.

12 **Gerhard Schröder:** Schauen Sie doch mal. In Ihren Sendungen ist gesagt worden Frau  
13 Merkel ist bei 49, bei 45, bei 43. Jetzt ist sie bei knapp 35. Oder etwas mehr. Ich weiß  
14 nicht ob sie korrekt waren, nur ich finde, dass Sie einfach mal einsehen müssen.

15 **Gerhard Schröder:** Ich finde schon. Ich finde schon, dass meine Entscheidung, sehr  
16 kompliziert, wie ich fand auch mutig zu sagen ich möchte für eine Politik, die in Wahl-  
17 kämpfen diskutiert worden ist in den Ländern an Legitimationen durch das Volk und auf  
18 der anderen Seite waren Menschen, Frau Merkel, Herr Westerwelle, Herr Stoiber, die  
19 gesagt haben „die werden Sie nie kriegen.“ Und wenn man sich das Wahlergebnis an-  
20 schaut und mal die Fakten vorlegt, von wo wir kamen und wo wir gelandet sind, dann  
21 finde ich, dass ich mit einigem Stolz auch sagen kann, meine Partei hat unglaublich gut  
22 gekämpft, ich habe meinen bescheidenen Beitrag dazu geleistet. Das ist weit mehr, als  
23 die gesamte Öffentlichkeit in Deutschland erwartet hat. Und wissen Sie was mich beson-  
24 ders freut, wenn ich das noch sagen darf, dass die Menschen in Deutschland sich ihr Recht  
25 herausgenommen haben, so zu entscheiden wie sie wollen. Aber entschuldigen Sie natür-  
26 lich kann ich das.

27 **Gerhard Schröder:** Ist doch klar Herr von der Tann. Ich meine Ihr intellektuelles Prob-  
28 lem in allen Ehren. Aber hier ist doch deutlich geworden, dass die demokratischen Par-  
29 teien miteinander reden können und miteinander reden müssen. Das wird auch geschehen.  
30 Unabhängig von dem was jetzt hier erklärt worden ist. Und da ist es nun einmal so, dass  
31 diejenigen, die eine Regierung bilden könnten, wenn man von den Realitäten der Außen-  
32 minister hat darauf hingewiesen, ausgeht, nicht auf dieser Seite sitzen. Wir müssen doch  
33 mal sagen, da müsste Frau Merkel doch mal sagen, ob sie sich vorstellen kann mit einer  
34 Koalition zu regieren, die besteht aus Herrn Westerwelle und den Nachfolgern von Herrn  
35 Fischer. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Glauben Sie im Ernst? Natürlich nicht  
36 mit den Nachfolgern, sondern mit den Nachfolgern im Amt des Parteivorsitzenden. Also  
37 doch nicht im Amt des Bundesaußenministers. Also ich sage Ihnen: Glauben Sie im Ernst,  
38 dass meine Partei auf ein Gesprächsangebot von Frau Merkel bei dieser Sachlage ein-  
39 gange, in dem sie sagt sie möchte Bundeskanzlerin werden? Ich meine wir müssen die  
40 Kirche doch mal im Dorf lassen. Die Deutschen haben doch in der Kandidatenfrage ein-  
41 deutig votiert. Das kann man doch nicht ernsthaft bestreiten? Was fragen Sie mich? Ich  
42 sage Ihnen ich führe Gespräche und ich sage Ihnen heute voraus die werden erfolgreich  
43 sein. Wenn Frau Merkel eine Koalition hinkriegt mit der FDP und den Grünen, dann kann  
44 ich dagegen nichts sagen. Das werde ich auch nicht tun. Aber sie wird keine Koalition  
45 unter ihrer Führung mit meiner Sozialdemokratischen Partei hinbringen. Das ist eindeu-  
46 tig. Machen Sie sich da gar nichts vor.

47 **Gerhard Schröder:** Kennen Sie die Geschichte der sozial-liberalen Koalition?

48 **Gerhard Schröder:** Also zunächst einmal geht es doch um die Frage, was nutzt und nicht  
49 was nutzt denjenigen, die das beschreiben oder besprechen. Ich würde gerne antworten.  
50 Was nutzt, heißt doch: Wir müssen dafür sorgen, dass bestimmte Probleme in diesem  
51 Land gelöst werden. Und damit haben wir begonnen: in der Gesundheitsreform, in der  
52 Rentenreform, in der Arbeitsmarktreform. Das muss weitergeführt werden. Wir haben  
53 dafür gesorgt, dass wir eine Politik machen, in der die Erneuerung des Landes, die not-  
54 wendig ist, wegen der Globalisierung, wegen der Herausforderung des Alterungsprozes-  
55 ses in unserer Gesellschaft, so gemacht wird, dass sie auf einer Seite die wirtschaftliche  
56 Kraft entwickeln kann, auf der anderen Seite aber die soziale Balance nicht verloren geht.  
57 Das war der Kern der Agenda 2010, die da kritisiert worden ist. Aber die, von der ich

58 jedenfalls glaube, dass mehr Menschen verstanden haben, wie es uns gegangen ist. Und  
59 genau dieser Prozess muss fortgeführt werden. Und prinzipiell sehe ich nicht die große  
60 Schwierigkeit, dass in anderen Konstellationen zu machen. Ich habe sie nicht gewollt. Ich  
61 habe für die Fortführung unserer gemeinsamen Arbeit geworben. Die ist genauso wenig  
62 möglich wie eine Arbeit bei Schwarz-Gelb. Also muss man jetzt gucken, wo gibt es in-  
63 haltliche Überschneidungen und wie kommt man zu Recht. Dazu bin ich ja bereit. Nur  
64 ich bin nicht bereit einen Machtanspruch zu akzeptieren, der von der anderen Seite erho-  
65 ben wird ohne, dass die andere Seite je in der Lage wäre ihn umzusetzen. Das ist doch  
66 das eigentliche Problem. Und deswegen sage ich: Wir reden jetzt über 1 Prozent. Aber  
67 die andere Seite ist nicht in der Lage, nicht in der Lage eine regierungsfähige Mehrheit  
68 zustande zu bringen. Deswegen wird sie sich einlassen müssen auf Gespräche. Aber was  
69 denn anders, wenn es zu einer solchen Geschichte kommt? Wie soll das denn sonst funk-  
70 tionieren? Kucken Sie sich doch mal an, was den Aufholprozess in dieser Gesellschaft,  
71 im Wahlkampf wirklich verursacht hat. Herr von der Tann, das war doch neben dem in-  
72 haltlichen Vergleich, und ich meine das weiß doch auch jeder Zuschauer, auch ein Ver-  
73 gleich der handelnden Personen. Das ist doch gar keine Frage. Und deswegen kann es  
74 doch nicht überhaupt darum gehen hier irgendwelche Machtansprüche aus formalen  
75 Gründen zu erheben. So sehr Sie Ihnen auch nah sein mögen. Sie werden nicht akzeptiert  
76 werden.

**Brigitte Zypries Bundestag November 2005 (SPD): BZB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kol-  
2 legen, wie auch ich jetzt sagen darf!

3 In der Rechtspolitik können wir an die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre anknüp-  
4 fen, und dies auch unter den veränderten politischen Mehrheiten. Beide Koalitionspartner  
5 haben ihre guten Ideen erfolgreich durchgesetzt. Auf die nicht ganz so guten Vorschläge  
6 haben wir übereinstimmend relativ schnell verzichten können. Hierfür und für die kon-  
7 struktiven und guten Verhandlungen möchte ich allen Beteiligten sehr danken, insbeson-  
8 dere dem Verhandlungsführer der CDU/CSU, dem Herrn Kollegen Bosbach.

9 – Jederzeit wieder, Herr Bosbach.

10 Was also haben wir für die nächsten vier Jahre vereinbart? Es wird – dies war eben schon  
11 Gegenstand der Debatte – um das Strafrecht, das Strafprozessrecht und die Frage des  
12 grundsätzlichen Ausgleichs zwischen den grundrechtlich garantierten Freiheiten der  
13 Menschen und dem Anspruch auf Sicherheit gehen. Bürgerrechte dürfen nicht – darin  
14 sind wir uns einig – ohne Maß eingeschränkt werden und der Schutz der Bürgerinnen und  
15 Bürger vor Kriminalität sowie die damit verbundenen Eingriffe in ihre persönlichen Frei-  
16 heitsrechte müssen in einem angemessenen Verhältnis dazu stehen: So viel Freiheit wie  
17 möglich, so viel Sicherheit wie nötig. Diesen Maßstab werden wir auch in Zukunft befol-  
18 gen. Wir haben es in der vergangenen Legislaturperiode nicht anders getan.

19 Wir sind wir uns darin einig, dass wir die Kriminalität auf allen Ebenen bekämpfen wol-  
20 len. Deswegen ist es nicht richtig, nur vom Terrorismus zu reden. Wir wollen wirksame  
21 Strafgesetze schaffen und da, wo es erforderlich ist, Lücken ausfüllen. Ich nenne als Bei-  
22 spiele das Stalking oder die Zwangsprostitution.

23 Zur effektiven Strafverfolgung ist es unabdingbar, Straftaten möglichst zügig aufzuklä-  
24 ren. Dazu brauchen wir Hilfsmittel. Wir sind deshalb übereingekommen, das Recht der  
25 Telekommunikationsüberwachung zu überarbeiten und eine stimmige Gesamtregelung  
26 vorzulegen. Das hatten wir uns schon für die letzte Legislaturperiode vorgenommen.

27 Dazu reichte aber nicht die Zeit. Wir werden dies deshalb in dieser Legislaturperiode  
28 angehen.

29 Wir haben uns auch darauf verständigt, eine Kronzeugenregelung einzuführen. Eine sol-  
30 che Regelung, die Tätern in besonderen Einzelfällen die Möglichkeit der Strafmilderung  
31 bietet, ist, wie wir alle wissen, nicht ganz unproblematisch und wird kontrovers diskutiert.

32 In der Praxis heißt es aber, dass es dieser Regelung bedarf. Ich erinnere an die letzte  
33 Entscheidung aus Düsseldorf und die mahnenden Worte des Vorsitzenden Richters. Ich  
34 kann Ihnen versichern, dass wir uns nicht leichtfertig über die Bedenken hinwegsetzen  
35 werden.

36 Der Vorschlag, den wir machen wollen, ist ein Kompromiss zwischen abstrakten Grunds-  
37 ätzen und praktischen Notwendigkeiten der Strafverfolgung und entspricht den Forderun-  
38 gen der gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Praxis, mit der wir schon in der letzten  
39 Legislaturperiode den Diskurs gesucht haben. Seien Sie sich sicher, dass wir darauf ach-  
40 ten werden, dass der Entwurf nicht zu Verwerfungen im Strafrecht führt.

41 Die Regelungen zur erleichterten DNA-Speicherung und zur akustischen Wohnraum-  
42 überwachung haben wir am Ende der letzten Legislaturperiode bereits verabschiedet. Wir  
43 haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, diese Regeln in der Praxis zunächst  
44 einmal zu testen, sie dann ordnungsgemäß zu evaluieren und dann zu sehen, ob es Bedarf  
45 gibt, die Regelungen als solche zu ändern.

46 Damit habe ich einen Grundsatz angesprochen, der die Arbeit der neuen Bundesregierung  
47 in der Rechtspolitik prägen wird: Wir werden uns nicht scheuen, neue Gesetze zu schaffen  
48 oder bestehende Gesetze zu ändern, aber immer erst nach einer sorgfältigen Analyse;  
49 denn kluge Rechtspolitik besteht auch und gerade darin, zunächst zwischen den verschie-  
50 denen Interessen abzuwägen und dann zu entscheiden, ob Gesetze für eine andere Ge-  
51 wichtung erforderlich sind.

52 (Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist immer nur schärfer ge-  
53 worden, nie milder!) – Herr Ströbele, waren Sie vielleicht in den letzten sieben Jahren  
54 beteiligt?



55 Wir werden deshalb auch keinen Paradigmenwechsel im Jugendstrafrecht vornehmen.  
56 Der Erziehungsgedanke des Jugendstrafrechts wird auch bei der großen Koalition im Mit-  
57 telpunkt stehen.

58 Lediglich in einem Punkt wird im Koalitionsvertrag Handlungsbedarf festgestellt: Die  
59 nachträgliche Sicherungsverwahrung wird – natürlich in engen Grenzen – auch für die  
60 Täter eingeführt, die nach dem Jugendstrafrecht verurteilt wurden, aber zum Zeitpunkt  
61 ihrer Entlassung erwachsen sind. Dies soll nur bei solchen Tätern möglich sein, die wegen  
62 schwerster Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle  
63 Selbstbestimmung verurteilt worden sind. Klar muss sein, dass es eine generelle Gleich-  
64 stellung von Jugendlichen und Erwachsenen nicht geben kann.

65 Die Hürden für die Anordnung der Sicherungsverwahrung müssen bei Jugendlichen und  
66 Heranwachsenden höher sein, so wie wir es in der letzten Legislaturperiode bereits bei  
67 der Sicherungsverwahrung für Heranwachsende, die nach Erwachsenenstrafrecht verur-  
68 teilt wurden, gemacht haben. – Nein, es sollen keine Jugendlichen in die Sicherungsver-  
69 wahrung. Es geht um Erwachsene, die einstmals nach Jugendstrafrecht verurteilt worden  
70 sind.

71 Sie sind ja mit 18 Jahren erwachsen. Wir diskutieren dies dann, wenn der Gesetzentwurf  
72 vorliegt, aber nicht jetzt, Herr Kollege.

73 Ich möchte gerne auf andere Themen eingehen, die auch mit Rechtspolitik zu tun haben,  
74 aber nicht mit dem Strafrecht – das überwiegt ja oft –, und zunächst kurz auf den Daten-  
75 schutz Bezug nehmen. Es ist in der Tat so, wie Herr Wiefelspütz vorgetragen hat, dass  
76 das Datenschutzrecht – das geschah auch aufgrund meiner Initiative –, grundsätzlich  
77 überarbeitet werden soll. Wahrscheinlich ist Ihnen, Frau Kollegin, bei aller Leidenschaft  
78 für das Datenschutzrecht entgangen, dass es heute doch eine Menge an Veränderungen  
79 gibt, die von dem geltenden Recht gar nicht mehr erfasst werden; man kann das ja auch  
80 einmal so herum sehen. Der Online-Zugriff beispielsweise ist überhaupt nicht mehr ge-  
81 regelt, wenn man nur von „Übermittlung“ redet.

82 Dann heißt es nämlich immer: Einer sendet etwas. Deswegen haben wir gesagt: Wir müs-  
83 sen das Datenschutzrecht einmal gründlich angehen und grundsätzlich überarbeiten. Da-

84 bei müssen wir auch – ich bitte, das jetzt nicht falsch zu verstehen – bestimmte bürokra-  
85 tische Regelungen abschaffen. Beispielsweise gibt es noch Meldepflichten für diejenigen,  
86 die in der Nähe dieser Motte, die es in Berlin in den Kastanien gibt, leben.

87 Über die Zweckmäßigkeit solcher Bestimmungen kann man sich in der Tat streiten. Des-  
88 wegen haben wir gesagt: Es macht Sinn, einmal zu schauen, ob es nicht auch wirklich  
89 völlig widersinnige Regelungen gibt. Der Koalitionsvertrag sieht deshalb im Abschnitt V  
90 unter Punkt 2 dazu eine Regelung vor. Das gehört nicht zum Bereich des Innern, sondern  
91 steht an anderer Stelle. Wer den Koalitionsvertrag ganz liest, findet das aber.

92 Was die anderen Bereiche und das Leben in einer modernen, sich wandelnden Gesell-  
93 schaft anbelangt, zu der auch der Datenschutz gehört, würde ich gerne kurz die Möglich-  
94 keit ansprechen, die wir im Unterhaltsrecht schaffen wollen, den Unterhaltsanspruch zu  
95 verändern. Das Projekt kennen Sie schon, das ist schon auf dem Weg. Die Eigenverant-  
96 wortung von Ehegatten in und nach der Ehe soll gestärkt werden, ebenso wie klar sein  
97 soll, dass Kinder die ersten sind, die in Mangelfällen unterhaltsberechtig sind.

98 Wir haben der Tatsache Rechnung getragen, dass unsere Gesellschaft toleranter gewor-  
99 den ist und unterschiedliche Lebensentwürfe akzeptiert sowie auf Minderheiten Rück-  
100 sicht nimmt. Dies ist vor allem ein Verdienst der Gesellschaft, wird aber selbstverständ-  
101 lich auch durch die Rechtspolitik begleitet. Von dieser Rechtspolitik wird manchmal ge-  
102 sagt, sie bestehe aus reinen Programmsätzen; sie führt aber tatsächlich zu einem verän-  
103 derten Verhalten, wie wir gerade in einer rechtstatsächlichen Untersuchung zu dem Pro-  
104 grammsatz „Kinder dürfen nicht geschlagen werden“ festgestellt haben. Das Bewusstsein  
105 in der Bevölkerung hat sich in der Tat massiv verändert.

106 Unser Ziel ist es also, Gleichbehandlungsrichtlinien zügig umzusetzen. Wir sind uns ei-  
107 nig, dass wir die Richtlinien im Arbeitsrecht eins zu eins umsetzen werden. Es gibt aber  
108 keine Festlegung im Koalitionsvertrag, dass die Umsetzung der anderen Richtlinien ohne  
109 andere Merkmale erfolgen soll. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich werde mich weiterhin dafür  
110 einsetzen, dass Menschen bei so genannten Massengeschäften des täglichen Lebens und  
111 beim Abschluss von Versicherungen nicht wegen Behinderung, Alter, sexueller Orientie-  
112 rung, Religion oder Weltanschauung diskriminiert werden.

113 Zur Akzeptanz neuer Lebensentwürfe gehört auch, dass wir gleichgeschlechtliche Le-  
114 bensgemeinschaften gerecht behandeln. Deswegen bleibt auch auf der Tagesordnung, die  
115 Gleichbehandlung von Homosexuellen auch im Steuerrecht oder im Beamtenrecht vor-  
116 zusehen. Es kann nicht sein, dass wir ihnen dieselben Pflichten auferlegen wie Verheira-  
117 teten, ihnen aber bei den entsprechenden Vergünstigungen nicht dieselben Rechte geben.  
118 Das halte ich nicht für richtig.

119 Unsere Gesellschaft wird immer älter, die Versorgung der Menschen – gerade auch die  
120 medizinische Versorgung im Alter – immer besser. Wir diskutieren deshalb schon seit  
121 einer ganzen Zeit das Thema Patientenverfügung. Wir haben es auch in den Koalitions-  
122 vertrag aufgenommen. Wir waren uns beim Abschluss des Koalitionsvertrages einig, dass  
123 das nichts ist, was vonseiten der Regierung kommen sollte, sondern etwas, was aus der  
124 Mitte des Bundestages kommen sollte. Es geht um Grundfragen der menschlichen Selbst-  
125 bestimmung, um ethische, moralische und religiöse Überzeugungen. Parteipolitische  
126 Festlegungen sollte es in dem Bereich nicht geben.

127 Deshalb wird die Bundesregierung keinen Entwurf vorlegen. Ich verbinde das aber mit  
128 der Bitte an das Hohe Haus, dass wir möglichst schnell ein Gesetz auf den Weg bringen  
129 oder auch zwei Gesetze zur Abstimmung stellen. Ich habe nach all den Briefen und nach  
130 all den Diskussionen, die ich dazu geführt habe, den Eindruck, dass die Bürgerinnen und  
131 Bürger in der Tat erwarten, dass an dieser Stelle mehr Rechtsklarheit geschaffen wird.

132 Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zum Wirtschaftsrecht sagen: Sie wis-  
133 sen, dass wir immer dafür eintreten, Verbraucherinnen und Verbrauchern die für ihre ver-  
134 nünftigen Entscheidungen notwendigen Informationen zu geben. Das gilt in allen Berei-  
135 chen. Wir wollen das auch weiterhin machen. Eines Schutzes bedürfen sie dennoch. Wir  
136 wollen beim Versicherungsvertragsgesetz einen etwas gerechteren Interessenausgleich  
137 zugunsten der Versicherten vorsehen, indem die Abschlussgebühren künftig über einen  
138 längeren Zeitraum verteilt werden, sodass man die Chance hat, einen Teil seiner zwei  
139 Jahresbeiträge zurückzuerhalten, wenn man nach zwei Jahren den Versicherungsvertrag  
140 kündigt.

141 Wir werden das Urheberrecht novellieren, das wissen Sie, und ferner werden wir das  
142 GmbH-Recht reformieren. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, nicht

143 nur die Eingangssumme abzusenken, sondern auch eine umfassende Reform vorzuneh-  
144 men. Natürlich wird auch für diesen Bereich gelten, dass wir die Möglichkeiten der elekt-  
145 tronischen Medien stärker nutzen wollen, beispielsweise indem wir elektronische Anmel-  
146 dungen zum Handelsregister ermöglichen.

147 Ein Thema, das insbesondere die Länder betrifft, ist die Modernisierung der Justiz, die so  
148 genannte große Justizreform. Die werden wir mit den Ländern angehen. Wir wollen ins-  
149 besondere in dem Bereich, in dem es um verständliche, überschaubare und einheitliche  
150 Verfahrensstrukturen geht, Fortschritte erzielen. Ich meine, das ist ein Thema, bei dem  
151 der Bundestag, ohne Sorge zu haben, es könne zu einem Rechtsverlust kommen, ohne  
152 weiteres mitmachen kann. Dabei wird es unter anderem um das Wohnungseigentum und  
153 die freiwillige Gerichtsbarkeit gehen, die wir gemeinsam novellieren wollen.

154 Das waren nur einige Vorhaben von den zahlreichen, die im Bundesministerium der Jus-  
155 tiz in jeder Legislaturperiode angegangen werden. In den letzten sieben Jahren sind, wie  
156 ich heute gelernt habe, 975 Gesetze aus dem Justizministerium gekommen. Vielleicht ist  
157 auch hier ein Ansatz für Reformen darin zu sehen, künftig weniger zu machen. Herr  
158 Schäuble, da haben Sie völlig Recht.

**Dr. Peter Struck Bundestag November 2005 (SPD): PSB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, im Na-  
2 men der SPD-Fraktion gratuliere ich Ihnen zu Ihrer Amtsübernahme und wünsche Ihnen  
3 und unserem Land eine erfolgreiche Regierungszeit.

4 Ich danke Ihnen, Frau Merkel, auch für die Anerkennung der wichtigen Reformschritte,  
5 die Gerhard Schröder eingeleitet hat. Er hat das Land in schwieriger Zeit erfolgreich ge-  
6 lenkt.

7 Herr Kollege Kauder, der Beifall in Ihren Reihen, als Frau Merkel Herrn Schröder gelobt  
8 hat, war ein bisschen schwach.

9 Sie müssen noch einiges lernen. Aber ich gebe zu, dass es auch für uns eine ungewohnte  
10 Situation ist, Frau Merkel Beifall zu zollen. Wir werden das im Laufe der Zeit noch ler-  
11 nen.

12 Frau Merkel, Ihre Regierungserklärung ist ein solider Grundstock, auf den wir in den  
13 nächsten vier Jahren setzen können. Meine Fraktion wird mit dem für Parlamentarier not-  
14 wendigen Selbstbewusstsein dazu beitragen, dass es vier erfolgreiche Jahre für Deutsch-  
15 land werden.

16 Deutschland genießt bei unseren Nachbarn und Partnern hohes Ansehen. Dazu hat  
17 Gerhard Schröder entschieden beigetragen. Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Als  
18 jemand, der zuletzt für einen wichtigen Teil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik  
19 Verantwortung getragen hat, weiß ich, wovon ich rede. In den Fragen der Außen- und  
20 Sicherheitspolitik hat es schon in der Vergangenheit eine große Übereinstimmung zwi-  
21 schen uns gegeben, übrigens auch mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.  
22 Ich denke dabei an die gemeinsame Verantwortung für die Friedenseinsätze der Bundes-  
23 wehr und – anknüpfend an Ihre Bemerkung, Frau Merkel, und an die des Kollegen Wes-  
24 terwelle – die Hilfen für den Irak, die fortgesetzt werden müssen. Unser Land darf sich  
25 einer Erpressung nicht beugen.

26 Herr Westerwelle, es war ja zu erwarten, dass Sie gegen die geplante Mehrwertsteuerer-  
27 höhung argumentieren werden. Ich hätte mir ebenfalls eine andere Lösung gewünscht.  
28 Aber Koalitionsverhandlungen sind keine „Wünsch dir was“-Veranstaltungen. Das hätten  
29 auch Sie übrigens gemerkt, wenn Sie die Chance gehabt hätten, Koalitionsverhandlungen  
30 zu führen. Aber der Wähler hat Ihnen diese Chance nicht gegeben.

31 Die Mehrwertsteuer wird erst 2007 erhöht und nicht schon nächstes Jahr, wie im Wahl-  
32 programm der Union angekündigt. Das hat den Vorteil, dass im kommenden Jahr der  
33 Aufschwung nicht gestört wird und die eine oder andere Anschaffung vielleicht im kom-  
34 menden Jahr vorgezogen wird. Die Grundnahrungsmittel bleiben bei der Mehrwertsteu-  
35 ererhöhung außen vor; das sollten wir festhalten. Es bleibt bei 7 Prozent. Es wird keine  
36 Erhöhung in diesem Bereich geben. Wir müssen die Handlungsfähigkeit des Staates wie-  
37 dergewinnen. Dazu muss die Einnahmehasis verbessert werden. Das ist völlig unstrittig.  
38 Ein Teil der Mehrwertsteuererhöhung wird natürlich den Bürgern durch die niedrigeren  
39 Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zurückgegeben und die Lohnnebenkosten können  
40 so gesenkt werden.

41 Seit einer Woche ist die Bundesregierung im Amt. Es ist die zweite große Koalition in  
42 der Geschichte unseres Landes. Die zweite nicht nur in zeitlicher Reihenfolge, auch in  
43 ihrer Größe lassen die Wähler der Opposition mehr Platz. Bei der ersten großen Koalition  
44 gab es mit der FDP-Fraktion eine relativ kleine Opposition.

45 (Vorsitz: Vizepräsident Wolfgang Thierse) Geschichte wiederholt sich nicht. Die große  
46 Koalition Merkel/Müntefering lässt sich nicht eins zu eins auf Kiesinger/Brandt übertra-  
47 gen. Dennoch bin ich überzeugt: So wie die erste große Koalition Deutschland gut getan  
48 hat, wird dem Land auch die zweite große Koalition gut tun.

49 Wir wollen ihren Erfolg, so wie Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt seinerzeit diesen  
50 Erfolg wollten. Damals wie heute gilt Willy Brandts Forderung an das Bündnis der Volks-  
51 parteien: nicht die heiligen Kühe der anderen schlachten, sondern immer den größten ge-  
52 meinsamen Nenner suchen, weil – so hat Willy Brandt das damals gesagt – die Koalition  
53 zum Erfolg werden soll, zum Erfolg werden muss.

54 Die große Koalition ist auch deshalb gut, weil die Reformblockade im Bundesrat aufge-  
55 löst wird und Bund und Länder Deutschland endlich gemeinsam reformieren können. Wir

56 wären schon ein gutes Stück weiter, wenn der Bundesrat nicht wichtige Entscheidungen  
57 seinerzeit über Jahre hinweg blockiert hätte.

58 Aber das ist jetzt Geschichte und jetzt gilt es etwas Gutes aus dieser neuen Konstellation  
59 zu machen. Die Voraussetzungen dafür sind jedenfalls gegeben. Der Koalitionsvertrag ist  
60 ein Kompromiss, kein fauler, sondern ein fairer Kompromiss.

61 Wir alle haben uns zurückgenommen, damit das Land vorankommt. Wir alle sind für den  
62 ganzen Koalitionsvertrag verantwortlich. Keiner kann sich nur die Rosinen herauspicken.

63 Diese neu gewählte Bundesregierung ist eine Arbeitsregierung, eine Koalition des Mach-  
64 baren. Das wird schon am Umfang des Koalitionsvertrages deutlich. Von A wie Arbeits-  
65 marktreform bis Z wie Zölle werden die Handlungsfelder beschrieben. Das mag dem ei-  
66 nen oder anderen nicht sexy genug sein. Vielleicht wird auch die große Linie vermisst.  
67 Aber Politik muss immer praktisch und konkret für die Menschen sein.

68 Es geht uns in der Koalition darum, die Probleme des Landes zu lösen, den Menschen ein  
69 besseres Leben zu bescheren und Deutschland in eine gute Zukunft zu führen.

70 Kurz gesagt: Es geht um ehrliche und solide Arbeit, ohne Schnörkel und ohne Schleif-  
71 chen. Die Umsetzung dieses Koalitionsvertrages verlangt Disziplin und Verlässlichkeit.  
72 Die Art und Weise, wie vor allem Frau Merkel und Franz Müntefering den Vertrag aus-  
73 gearbeitet haben, hat Vertrauen geprägt, das für die nächsten vier Jahre unser Verhältnis  
74 bestimmt.

75 Die neue Bundesregierung steht vor großen und wichtigen Weichenstellungen für die  
76 Entwicklung unseres Landes. Sie kann dabei auf dem Fundament aufbauen, das die alte  
77 Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder gelegt hat. Mit der Agenda 2010 wurden  
78 wichtige und richtige Entscheidungen getroffen. Daran werden wir in unserer Arbeit an-  
79 knüpfen. Wir bekennen uns nachdrücklich zur Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe  
80 und Sozialhilfe in der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

81 Alle Arbeitssuchenden erhalten eine Chance. Bislang wurden junge Menschen, die noch  
82 nie gearbeitet haben, und Menschen, die sehr lange arbeitslos waren, auf ein Abstellgleis  
83 geschoben. Sie bekamen zwar Geld, aber es gab keine Regelung, wie sie wieder Arbeit  
84 finden konnten. Seit dem 1. Januar ist das anders. Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger

85 nehmen wieder an der Arbeitsvermittlung teil. Auch das ist ein Erfolg, der sich sehen  
86 lassen kann.

87 Es gibt Hilfe aus einer Hand. Mit der Zusammenlegung der sozialen Systeme Arbeitslo-  
88 senhilfe und Sozialhilfe hat jeder größere Chancen und auch einen neuen persönlichen  
89 Ansprechpartner. Arbeitssuchende sind keine Nummern mehr. Es wird sich intensiv um  
90 sie gekümmert. Ein Betreuungsschlüssel von 1: 75 für Jugendliche und junge Erwachsene  
91 ist bereits nahezu überall verwirklicht. Das ist auch ein Erfolg der Maßnahmen, die seit  
92 1. Januar dieses Jahres wirken.

93 Natürlich ist die Frage der Arbeitsmarktreform heftig umstritten gewesen. Wir haben in  
94 den Koalitionsverhandlungen darüber diskutiert. Wir müssen ein solch komplexes und  
95 umfangreiches Reformvorhaben flexibel anpassen und verbessern. Daher werden wir ver-  
96 schiedene Maßnahmen optimieren und Missbrauchsmöglichkeiten einschränken.

97 Wir beginnen die Arbeit nicht an einem Nullpunkt. Die SPD-geführte Bundesregierung  
98 hat wichtige Impulse für die Reform des Landes gegeben – zusammen mit unserem da-  
99 maligen Koalitionspartner Die Grünen, dem ich unseren Respekt aussprechen möchte.

100 Wir wollen Sie nicht vergessen.

101 Wir werden am Pakt für Ausbildung festhalten und dazu beitragen, dass kein junger  
102 Mensch von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit fällt. Die neue Bundesregierung wird  
103 den Weg beim Abbau von Steuersubventionen und Steuervergünstigungen fortsetzen und  
104 darf dabei auch auf die Unterstützung des Bundesrates hoffen. Wir werden die 4 Milliar-  
105 den Euro für das Ganztagschulprogramm bis Ende der Legislaturperiode zur Verfügung  
106 stellen.

107 Auch das Tagesbetreuungsausbaugesetz, abgekürzt TAG – das muss ich erst einmal ler-  
108 nen – – vielen Dank –, das eine bessere Betreuung der unter Dreijährigen Kinder gewähr-  
109 leistet, wird weiterentwickelt. Außerdem halten wir am Ausbau der erneuerbaren Ener-  
110 gien fest.

111 Wir werden dafür sorgen, dass deren Anteil erhöht wird. Wenn wir das Ziel erreichen,  
112 Herr Kollege Kauder, dass bis zum Jahre 2010 der Anteil der erneuerbaren Energien an  
113 der Stromversorgung bei mindestens 12,5 Prozent liegt, dann brauchen wir uns über die



114 Kernenergie nicht mehr zu streiten und dann können Sie das vergessen, was Sie bisher  
115 wollten. Einverstanden?

116 Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre war erfolgreich. Sie festigt und stützt nach-  
117 haltig den Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft, die im dritten Quartal 2005 kalen-  
118 derbereinigt um 1,4 Prozent gewachsen ist. Der deutsche Sachverständigenrat hat die alte  
119 Bundesregierung für die wichtigen und weit reichenden Reformen ausdrücklich gelobt.  
120 Dazu hat Holger Schmieding, Chefvolkswirt Europa der Bank of America, gesagt: „Die  
121 Wirtschaft steht am Anfang eines klassischen Aufschwungs.“ Wir werden diesen Auf-  
122 schwung befördern, und zwar mit unseren Maßnahmen, die wir in der Koalition verein-  
123 bart haben.

124 Ein nicht geringer Teil unserer Probleme in der Vergangenheit ist der gegenseitigen Blo-  
125 ckade von Bundestag und Bundesrat geschuldet. Ich freue mich, dass Matthias Platzeck  
126 da ist, auch wenn er nicht derjenige ist, den ich ansprechen möchte. Die anderen, die  
127 damals blockiert haben, sind leider schon weg. Insofern muss ich ihm mitgeben: Sie sind  
128 nicht gemeint, Herr Ministerpräsident, wenn ich das sagen darf.

129 Unsere Aufgabe wird es sein, die Handlungsfähigkeit des Staates neu sicherzustellen und  
130 diesen Missstand zu beseitigen. Es geht darum, Entscheidungen schneller zu treffen und  
131 Zuständigkeiten klarer zu regeln. Da sind wir uns mit der Opposition doch einig. Deshalb  
132 ist die Reform der föderalen Ordnung nicht nur eine Spielwiese der Verfassungsjuristen,  
133 sondern von zentraler Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des Staates. Wenn wir die  
134 Änderungen bis zur Jahresmitte im Gesetzblatt stehen haben, dann sind wir ein großes  
135 und wichtiges Stück weiter, dann können wir auf die Reform der föderalen Ordnung stolz  
136 sein.

137 Ich habe in den letzten Tagen eine Reihe von Meldungen über die Frage gelesen, wie  
138 lange diese Koalition halten soll. Manche fragen sich, ob das Ganze wirklich vier Jahre  
139 hält. Dieses Bündnis ist aus meiner Sicht eine ganz solide Sache, eine solide Vereinba-  
140 rung.

141 Wir wollen in dieser Legislaturperiode zusammenarbeiten, und zwar für volle vier Jahre.  
142 Dann entscheiden die Wähler neu. Ich jedenfalls werde gemeinsam mit Volker Kauder –  
143 wenn der jetzt zuhört; das muss er noch lernen – – Ich wiederhole den Beginn meines

144 Satzes: Ich jedenfalls werde in diesen vier Jahren mit Volker Kauder gemeinsam alles  
145 tun, um die Koalitionsfraktionen in die Lage zu versetzen, diesem Bündnis zu einem Er-  
146 folg zu verhelfen.

147 Das heißt, dass die Fraktionen selbstbewusst alles das prüfen werden, was die Regierung  
148 vorlegt. Die Regierung weiß das. Dafür ist das Parlament da. Frau Bundeskanzlerin, es  
149 ist so, dass nicht alles, was Sie wünschen, vom Parlament auch so beschlossen wird.

150 Es gilt nach wie vor das alte Strucksche Gesetz: Kein Gesetz kommt so raus, wie es hier  
151 reingekommen ist. – Dafür sind wir da.

152 Aber natürlich stehen wir zu unseren Verpflichtungen im Koalitionsvertrag. Mit diesem  
153 Koalitionsvertrag haben wir ein gutes Beispiel gegeben. Wir haben uns bewegt. Die  
154 Volksparteien sind aus den Gräben herausgekommen. Das reicht aber nicht. Auch die  
155 gesellschaftlichen Gruppen, die Verbände, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, müs-  
156 sen aus den Gräben heraus, genauso wie wir aus den Gräben herausgekommen sind. Das  
157 Land braucht den offenen Dialog.

158 Das Land braucht auch die Bereitschaft, Eigeninteressen hintanzustellen. Die Summie-  
159 rung von Lobbyinteressen macht noch nicht das Gemeinwohlinteresse aus.

160 Wir werden und können uns nicht jeder Gruppe mit ihren Wünschen beugen. Jeder muss  
161 in diesem Dialog Verantwortung übernehmen. Niemand sollte sich auf die Zuschauerrolle  
162 zurückziehen. Wir, SPD, CDU und CSU, können den gesetzlichen Rahmen für mehr Ar-  
163 beit und Beschäftigung schaffen, aber andere müssen bereit sein, ihn zu nutzen. Wir wol-  
164 len Fortschritt für unser Land und wir laden alle ein, diesen Weg mit uns zu gehen. Er  
165 wird ein Erfolg für Deutschland.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier Bundestag November 2005 (SPD): FWS1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Satz meines Amtsvorgängers „Wir un-  
2 terschätzen uns“ haben Sie hier in diesem Haus so oft gehört wie ich. Ich bekenne: Die  
3 wahre Dimension dieser Mahnung wird mir eigentlich erst nach der ersten Runde von  
4 Antrittsbesuchen, die ich im europäischen und außereuropäischen Ausland hinter mir  
5 habe, zunehmend deutlich. Mit anderen Worten: Ich bin ehrlich tief beeindruckt, dass sich  
6 aus allen Gesprächen eigentlich eine einzige klare Grundbotschaft herauskristallisiert:  
7 Unsere Freunde und Partner sehen mit großen – ich finde sogar: mit riesigen – Erwartun-  
8 gen auf unser Land und die neue Bundesregierung. Sie erwarten, dass wir auch in Zukunft  
9 Verantwortung und Gestaltungswillen für Europa, für den Balkan, für die Zukunft unse-  
10 res Kontinents und auch weit darüber hinaus, etwa in Afghanistan, im Nahen und Middle-  
11 ren Osten, bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, beim Kampf gegen die  
12 Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, beim Einsatz für einen freien und fairen  
13 Welthandel und beim internationalen Klimaschutz zeigen.

14 Meine Damen und Herren, ich finde immer noch, dass sich diese Erwartungen nicht ganz  
15 selbstverständlich an uns richten. Deshalb hat es mich gestern in New York auch ganz  
16 besonders berührt, dass sich insbesondere auch die Vertreter der jüdischen Organisatio-  
17 nen mit in diesem Sinne hohen Erwartungen an unsere Außenpolitik und an die Über-  
18 nahme von Verantwortung an uns gerichtet haben.

19 Die Haltung unserer Freunde und Partner, mit denen ich sprechen konnte, zeigt eines ganz  
20 klar: Deutschland ist es gelungen, in den letzten 15 Jahren seinen Platz in der Welt neu  
21 zu bestimmen. Diese Neubestimmung wurde mit einer Ausnahme im Parlament von allen  
22 Parteien mitgetragen und hat unser außenpolitisches Credo nie preisgegeben, nämlich ein  
23 verlässlicher Partner in den Vereinten Nationen zu sein, multilateral aus Überzeugung  
24 und in Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte.

25 Wir alle haben lernen müssen, dass mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes alte Selbst-  
26 verständlichkeiten nicht mehr ohne weiteres gelten. Das war nicht selten unbequem, er-  
27 öffnet aber, um eine Formulierung aus der Regierungserklärung aufzugreifen, neue Mög-  
28 lichkeiten. Diese Möglichkeiten, diese Chancen der Globalisierung sollten wir angesichts

29 einer – die Talkshows sind vorhin genannt worden – zu Krisen- und Untergangsfantasien  
30 neigenden Öffentlichkeit mindestens ebenso deutlich herausstellen wie die vielen Gefah-  
31 ren, die wir natürlich weder ignorieren noch kurzfristig beseitigen können. Aber wir müs-  
32 sen daran – vielleicht in der Zukunft mit noch mehr Ehrgeiz – arbeiten. Aber bitte: Chan-  
33 cen und Risiken – das ist die Botschaft – sind Teil jener Zukunft, die wir gemeinsam  
34 gestalten wollen.

35 Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem bekannten und einflussreichen amerikani-  
36 schen Wissenschaftler und Politikberater Jeremy Rifkin, den wir im vergangenen Jahr zu  
37 einer Diskussion hier hatten. Ein Satz ist mir in Erinnerung geblieben:

38 Warum seht ihr nicht, dass Europa für viele Menschen in der Welt ein Ort der Hoffnung  
39 und der Zuversicht für eine bessere Weltordnung ist?

40 Er hat uns, den Deutschen, und uns, den Europäern, bei der Gestaltung unserer gemein-  
41 samen Zukunft etwas mehr Pioniergeist und Fortschrittsoptimismus gewünscht. Das dürf-  
42 ten Tugenden sein, die mit dem Selbstverständnis und der Programmatik beider Regie-  
43 erungsparteien und, wie ich hoffe, sogar darüber hinaus vereinbar sind.

44 Auf vielen Feldern, zum Beispiel der Zukunft der europäischen Außen- und Sicherheits-  
45 politik – die europäische Sicherheitsstrategie ist in der Regierungserklärung genannt wor-  
46 den – sowie des künftigen Verhältnisses zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und  
47 Russland, auf diesen Baustellen sind wir noch weit davon entfernt, zu Antworten zu kom-  
48 men, die den tektonischen Verschiebungen der letzten Jahrzehnte gerecht werden. Diese  
49 wichtigen Baustellen sind schon heute absehbar. Neue Herausforderungen werden hinzu-  
50 kommen. Für mich heißt eben Kontinuität in der Außenpolitik in diesem Sinne nicht Still-  
51 stand, sondern Kontinuität heißt in diesem Sinne, kreativ nach neuen Antworten und Lö-  
52 sungen zu suchen.

53 Wenn ich das für die Zukunft sage, dann sage ich auch, dass dieses Land mit Stolz auf  
54 das zurücksehen kann, was wir in den letzten Jahren seit der deutschen Wiedervereini-  
55 gung geleistet haben. Deutsche Soldaten und Polizisten sind heute an vielen Orten der  
56 Welt im Friedenseinsatz. Ich sage vor diesem Hause: Der Deutsche Bundestag hat mit  
57 seiner übergroßen Mehrheit immer dann, wenn es verantwortbar war, und insbesondere

58 dann, wenn es darauf ankam, Ja zur Übernahme von mehr Verantwortung für Frieden und  
59 Demokratie gesagt.

60 Vielleicht ist es vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass die erste Kabinettsvorlage, die  
61 ich in meiner neuen Funktion im Hause des Auswärtigen Amtes zu unterzeichnen hatte,  
62 eine war, die mit diesen internationalen Friedenseinsätzen zu tun hatte, nämlich die deut-  
63 sche Beteiligung an der Grenzschutzmission in Rafah, die, wie ich finde, ein sichtbarer  
64 Beitrag Europas zur Schaffung von Stabilität in der schwierigen Nachbarschaft zwischen  
65 Israel und Palästina ist.

66 Wir haben gemeinsam den Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufgenommen  
67 und sowohl im Bereich der Innen- und Justizpolitik als auch, wie ich meine, in der Au-  
68 ßenpolitik das Notwendige getan, ohne die Prinzipien von Toleranz und Rechtsstaatlich-  
69 keit aufzugeben. Zudem – das darf ich trotz aller Auseinandersetzungen in der Vergan-  
70 genheit feststellen – stehen wir gemeinsam zu der Entscheidung, keine deutschen Trup-  
71 pen in den Irak zu entsenden.

72 Ich sage das auch deshalb, weil ich nach den Gesprächen mit der amerikanischen Außen-  
73 ministerin gestern den vertieften Eindruck gewonnen habe, dass dies auch von den ame-  
74 rikanischen Freunden und Partnern akzeptiert wird, und zwar nicht nur deshalb, weil un-  
75 ser Beitrag – der militärische Beitrag in Afghanistan und der zivile beim Wiederaufbau  
76 im Irak – gesehen und anerkannt wird, sondern auch deshalb, weil die Vereinigten Staaten  
77 von Amerika zu Recht auf ein starkes und selbstbewusstes Deutschland setzen. Ich betone  
78 ausdrücklich: Wir wollen gute und, wo nötig, auch kritisch-konstruktive Partner sein, und  
79 zwar aus Dank für die Hilfe, die wir in der Vergangenheit erfahren haben, und aus der  
80 gemeinsamen Verantwortung für eine gerechte und friedliche Weltordnung, Prinzipien  
81 also, die wir auch im Kampf gegen den Terrorismus zu beachten haben. Das war, wie Sie  
82 aus den Medien wissen, auch Gegenstand der Gespräche am gestrigen Tage.

83 Sicherlich ist noch in beunruhigender Weise unklar, was von Medienberichten über Ge-  
84 fangenentransporte und geheime Gefängnisse zu halten ist. Wir brauchen Aufklärung.  
85 Darin sind wir uns mit den europäischen Partnern einig. Ich habe aber nach den Gesprä-  
86 chen in Washington den Eindruck, dass das verstanden worden ist, und ich hoffe, dass  
87 die Antwort auf die europäischen Fragen zeitnah erfolgt und Klarheit schafft.

88 Im Übrigen – das ist nicht unwesentlich – war ich mir mit den amerikanischen Gesprächs-  
89 partnern darin einig, dass wir an den Differenzen der Vergangenheit, die es durchaus gab,  
90 gearbeitet haben, und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks erfolgreich und mit Zukunfts-  
91 perspektiven. Wir haben eine Vielzahl gemeinsamer Interessen.

92 Wir wollen jetzt nach vorne blicken und sehen, was wir zur Stabilisierung der Situation  
93 etwa in Afghanistan, auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten, bei den östlichen  
94 Nachbarn der Europäischen Union oder in Zentralasien beitragen können. Klar war auch:  
95 Unsere guten Beziehungen zu Russland werden nicht etwa argwöhnisch beäugt, sondern  
96 ausdrücklich begrüßt, weil ein Russland, das sich nach Westen orientiert, in unserem ge-  
97 meinsamen Interesse liegt und weil Russland ein unverzichtbarer Partner für Frieden und  
98 Stabilität in Europa und den Nachbarregionen ist.

99 Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung schon einen umfassenden Über-  
100 blick über die anstehenden außen- und europapolitischen Fragen gegeben. Ich will mich  
101 deshalb in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit auf zwei Punkte beschränken. Der  
102 erste Punkt ist der Iran. Aus meiner Sicht ist eine Lösung im Streit um den iranischen  
103 Nuklearehrgeiz am drängendsten. Kein anderes Thema hat in meinen Gesprächen in den  
104 vergangenen Tagen einen so breiten Raum eingenommen. Wir teilen die Besorgnisse des  
105 überwiegenden Teils der internationalen Staatengemeinschaft. Wir brauchen absolute Si-  
106 cherheit und objektive Garantien, dass bei der zivilen Nutzung von Kernkraft keine mili-  
107 tärlich nutzbaren Waffentechnologien vorbereitet werden.

108 Gleichzeitig – das ist meine feste Überzeugung – bleibt aus unserer Sicht die Verhand-  
109 lungslösung der beste Weg.

110 Deshalb hat die IAEO mit unserer Unterstützung Teheran nochmals aufgefordert, alle  
111 Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag zu erfüllen. Diesen Verpflichtungen  
112 ist Teheran aus Sicht der IAEO in wichtigen Punkten noch nicht nachgekommen. Deshalb  
113 haben die drei europäischen Staaten, die die Verhandlungen in der Vergangenheit geführt  
114 haben, vor wenigen Tagen den Vorschlag des Iran aufgegriffen, die Gespräche möglich-  
115 erweise demnächst erneut aufzunehmen. Wir haben das davon abhängig gemacht – des-  
116 halb ist der Startschuss für den Wiederbeginn der Gespräche noch nicht gefallen –, dass  
117 der Iran Signale gibt, dass er von der in jüngster Zeit zu beobachtenden Praxis einseitiger

118 Schritte ablässt und eine Lösung akzeptiert, die dem Iran die friedliche Nutzung der  
119 Atomkraft erlaubt, gleichzeitig aber ausschließt, dass der Brennstoffkreislauf geschlossen  
120 wird. Man wird in den Gesprächen sehen, ob unter anderem der von Russland in die De-  
121 batte eingebrachte Lösungsvorschlag, die Anreicherungsverfahren außerhalb des Staats-  
122 gebietes des Irans vorzunehmen, eine Basis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen  
123 ist.

124 Wir hoffen jedenfalls – das als vorläufige Conclusio –, dass der Iran klug genug ist, dieses  
125 Angebot anzunehmen und eine Lösung auf dem Verhandlungswege und damit unter dem  
126 Dach der IAEO zu ermöglichen. Ich füge aber hinzu: Die Geduld derjenigen, die bereits  
127 viele Verhandlungsrunden hinter sich gebracht haben, wird endlich sein. Wenn der Iran  
128 nicht bereit ist, die Forderungen der IAEO zu erfüllen, dann wird man irgendwann gar  
129 nicht umhinkommen, über den Gang zum Sicherheitsrat ernsthaft nachzudenken.

130 Das Stichwort, das in diesen Zusammenhang zwingend gehört, ist schon heute Morgen  
131 in der Regierungserklärung gefallen. Wir haben die antiisraelischen Äußerungen des ira-  
132 nischen Ministerpräsidenten Ahmadinedschad mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.  
133 Niemand hat das Recht, das Existenzrecht Israels infrage zu stellen.

134 Ich habe zu diesem gesamten Vorgang kürzlich in einer anderen öffentlichen Rede gesagt:  
135 Ich bedauere es sehr – genauer gesagt: es ist fast eine Tragödie –, dass der Iran sein großes  
136 Potenzial, ein Stabilitätsanker in einer krisengeschüttelten Region des Mittleren Ostens  
137 zu sein, entweder nicht erkennt oder sogar bewusst verspielt.

138 Der zweite Punkt, der unsere besondere Aufmerksamkeit erfordert – wem sage ich das!  
139 –, ist die Lösung der europäischen Finanzfragen. Wir hoffen und setzen darauf, dass von  
140 der britischen Ratspräsidentschaft in der nächsten Woche Vorschläge vorgelegt werden.  
141 Aus meiner Sicht und aus der vieler europäischer Kollegen, mit denen zu sprechen ich in  
142 den letzten Tagen Gelegenheit hatte, ist eine Einigung auf dem bevorstehenden Gipfel-  
143 treffen unabdingbar, jedenfalls dann, wenn wir sicherstellen wollen, dass die neuen Mit-  
144 gliedstaaten der EU nicht nur eine formale Mitgliedschaft erworben haben, sondern auch  
145 die Möglichkeit erhalten, tatsächlich in die Europäische Union hineinzuwachsen.

146 Gerade die neuen Mitgliedstaaten brauchen einen Finanzrahmen, damit Mittel aus der  
147 Strukturpolitik fließen können. Ohne eine Verständigung über die finanzielle Voraus-  
148 schau hängt das große Erweiterungsprojekt von 2004 – das liegt auf der Hand – zumindest  
149 mit einem Bein in der Luft. Wir kennen die britischen Vorschläge noch nicht. Sie werden,  
150 wie ich eben angedeutet habe, auf jeden Fall kommen. Aber ich habe die Ernsthaftigkeit  
151 aller an diesem Prozess Beteiligten festgestellt, das Projekt der finanziellen Vorausschau  
152 noch vor Weihnachten zu einem guten Ende zu bringen. Die Bedingungen dafür sind für  
153 uns klar: Der von der Luxemburger Präsidentschaft vorgeschlagene Ausgaberahmen darf  
154 und kann jedenfalls aus unserer Sicht nicht überschritten werden.

155 Ein abschließender Satz zum Geiseldrama, aber vielleicht aus einer etwas anderen Per-  
156 spektive. Natürlich sehe ich – das habe ich gegenüber der Öffentlichkeit zum Ausdruck  
157 gebracht – das Schicksal der deutschen Geisel und ihres Fahrers im Irak mit großer Sorge.  
158 Sie wissen, dass alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet sind, das Leben der Geiseln  
159 zu schützen und die Freilassung zu erreichen. In diesem Zusammenhang bestand gestern  
160 bei den Gesprächen in den USA die Möglichkeit, den amerikanischen Partner zu bitten,  
161 mit regionalem Wissen und Kenntnis der Personalstrukturen behilflich zu sein. Das ist  
162 zugesagt worden. Die Deutsche Botschaft, das BKA und das Auswärtige Amt mit seinem  
163 Krisenstab sind im Augenblick intensiv bei der Arbeit.

164 Ich habe das Thema vor allen Dingen aber angesprochen, um einen anderen Aspekt zu  
165 betonen. Ich glaube, dass sich gerade in Momenten wie diesen zeigt, wie wichtig es ist,  
166 dass unser Land auf Menschen bauen kann, die im Ausland – oft unter schweren Bedin-  
167 gungen – ihren Dienst versehen.

168 Ich glaube – Frau Merkel, ich habe es nicht endgültig nachprüfen können –, wir haben  
169 mit unserer Koalitionsvereinbarung insofern eine Premiere geschafft, als diese Koaliti-  
170 onsvereinbarung zum ersten Mal allen dankt, die im Ausland für Deutschland unterwegs  
171 sind: den Diplomaten und den Soldaten sowieso, aber auch denjenigen, die als Entwick-  
172 lungshelfer, Polizisten, Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen oder politischen  
173 Stiftungen im Ausland unterwegs sind.



- 174 Wir tragen für alle diese Personengruppen eine besondere Verantwortung. Diese Perso-  
175 nen müssen wissen, dass sie sich stets auf unser Verständnis, unsere Unterstützung und  
176 unsere Wertschätzung verlassen können.
- 177 Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Olaf Scholz Bundestag November 2005 (SPD): OSB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

- 1 Meine Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin hat in ihren Eingangsbemerkungen da-
- 2 rauf hingewiesen, dass sich einige Ideen der Regierungsbildung nach dem Internet richten
- 3 sollen. Eine der Kategorien moderner Internetdebatten lautet Open Source: dass Pro-
- 4 gramme gewissermaßen für jeden verfügbar werden, unabhängig von der Quelle.
  
- 5 Wenn wir das jetzige Regierungsprogramm betrachten, dann können wir Sozialdemokra-
- 6 ten sagen: Darin sind viele unserer Programmquellen enthalten und wir sind einverstan-
- 7 den, dass in dieser Frage keine Urheberrechtsansprüche geltend gemacht werden.
  
- 8 Wenn über die Regierungsbildung diskutiert wird, geht es auch um die Frage, wie es zu
- 9 dieser Koalition gekommen ist. Wer sich die Debatten der letzten Wochen oder auch die
- 10 heutige anschaut, wird festgestellt haben: Ernsthafte Kritik daran, dass es nun zu einer
- 11 großen Koalition gekommen ist, wird eigentlich von niemandem geäußert, auch nicht –
- 12 das ist interessant – von den Parteien der Opposition.
  
- 13 Die Grünen und ihre Wählerinnen und Wähler haben eingesehen, dass es für Rot-Grün
- 14 nicht mehr gereicht hat und dass eine andere Konstellation mit drei Parteien nicht funkti-
- 15 oniert. Die FDP hat gesagt, sie wolle für bestimmte Konstellationen nicht zur Verfügung
- 16 stehen. Deshalb kann Sie nur einverstanden damit sein, dass es jetzt zu einer großen Ko-
- 17 alition gekommen ist. Für die PDS/Linkspartei gilt Ähnliches. Sie wollte ohnehin mit
- 18 niemandem regieren und niemand mit ihr. Insofern kann auch sie nicht kritisieren, dass
- 19 es jetzt zur Bildung dieser Regierung gekommen ist.
  
- 20 Was mich etwas wundert, ist, dass das allgemeine Einverständnis über die Bildung dieser
- 21 Koalition dazu führt, dass im Rahmen dieser Debatte über die Regierungserklärung nir-
- 22 gendwo ein richtiger Gegenentwurf gezeichnet worden ist.
  
- 23 In den Beiträgen der Oppositionsredner – es gibt ja drei Oppositionsparteien ganz unter-
- 24 schiedlicher Richtung – konnte man an keiner Stelle hören, wie eine andere Linie ausse-
- 25 hen sollte als die, die die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vorgetragen hat,
- 26 und als die, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

27 Meine Damen und Herren, dafür kann es viele Gründe geben. Einer der Gründe kann  
28 natürlich sein, dass wir es so falsch nicht gemacht haben. Ich plädiere für diese Antwort.  
29 Wenn nach fast 40 Jahren erneut eine große Koalition gebildet wird, dann muss sie na-  
30 türlich auch solche Aufgaben lösen, die nur im Rahmen einer großen Koalition lösbar  
31 sind. Ich denke, das ist ein Maßstab, den sich eine solche Regierung setzen muss und dem  
32 sie auch genügen muss. Es gibt ein paar solcher Aufgaben, von denen nicht nur wir hier  
33 im Parlament, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land annehmen, dass  
34 sie zu lösen nur funktioniert mit der ganzen Kraft einer großen Koalition in diesem Par-  
35 lament, aber auch den Möglichkeiten, die sie im Sinne von Überzeugungskraft in Rich-  
36 tung Länder hat. Ich denke, diese Aufgaben sind im Koalitionsvertrag benannt und es ist  
37 auch gesagt worden, wie man sie lösen kann.

38 Das erste Thema ist die Reform der föderalen Ordnung. Wir alle wissen, dass sie notwen-  
39 dig ist; aber wir alle ahnen auch, dass es ganz schwierig ist, angesichts der verhakelten  
40 Situation eine Reform mehrheitsfähig zu machen – nicht nur hier, sondern auch im Bun-  
41 desrat. Es ist deshalb gut und richtig, dass die Koalition im Vertrag sehr viel Platz für  
42 dieses Reformwerk gelassen hat. Ja, wir wollen die Reform des Föderalismus in Deutsch-  
43 land gleich im ersten Jahr, noch bis zur Sommerpause zustande bringen. Dieses Werk  
44 sollten wir ab Januar angehen und wir sollten zeigen, dass wir das schaffen, dass diese  
45 Koalition das zustande bringen kann.

46 Das zweite große Thema, das gerade in einer solcher Konstellation vorwärts bewegt wer-  
47 den kann und bei dem man zu Recht die Vermutung hat, anders ginge es wohl nicht, ist  
48 eine Weiterentwicklung des Beamtenrechts. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass das Be-  
49 rufsbeamtentum in Deutschland eine Zukunft hat und dass es die Aufgabe auch dieses  
50 Hauses ist, dafür zu sorgen, dass das Beamtenrecht und das Berufsbeamtentum – die zu-  
51 sammengehören – für die Zukunft weiterentwickelt werden.

52 Drei Punkte in diesem Koalitionsvertrag spielen dabei eine große Rolle: Erstens sagen  
53 wir auch im Rahmen der Föderalismusreform: Es ist möglich, die hergebrachten Grund-  
54 sätze des Berufsbeamtentums weiterzuentwickeln. Das werden wir machen und das ist die  
55 Voraussetzung für alle Reformen.

56 Zweitens wollen wir zulassen, dass ein großer Teil des Beamtenrechts, insbesondere was  
57 Besoldungsfragen betrifft, entweder in den Ländern oder im Bund geregelt wird – immer  
58 genau da, wo es darauf ankommt; auch das ist etwas, was Modernisierung, was Weiter-  
59 entwicklung möglich macht. Denn die bisherige Situation, dass sich 16 Bundesländer und  
60 ein Bundesstaat einigen mussten, hat meistens dazu geführt, dass der eine auf den anderen  
61 verwiesen hat bei der Frage, warum er nichts gemacht hat. Das ist jetzt beendet und auch  
62 das ist ein Fortschritt – ein Fortschritt, den die sich Bürgerinnen und Bürger lange ge-  
63 wünscht haben.

64 Drittens gehört zur Reform des Beamtenrechts natürlich auch das eine oder andere, was  
65 wir jetzt unmittelbar in Angriff nehmen, indem wir bei den Besoldungsstrukturen des  
66 Bundes Anpassungen vornehmen, die sich an denen der Länder ausrichten.

67 Das dritte große Thema, an dem sich eine solche Koalition beweisen muss, ist, dass wir  
68 es schaffen, das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme zurückzuerobern.

69 Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt. Ich sage das auch mit einem Bekenntnis  
70 verbunden: Ich glaube, dass unsere traditionellen Institutionen Rentenversicherung,  
71 Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu Recht eine so lange Tradition haben –  
72 das gilt für die ersten beiden – und dass es sich lohnt, dass sie auch in Zukunft weiter zu  
73 den wichtigsten Garanten von Sozialstaatlichkeit in Deutschland gehören. Das müssen  
74 wir jetzt und in dieser Koalition endgültig zustande bringen.

75 Wer als junger Mann oder junge Frau einen Vertrag abschließt mit der Rentenversiche-  
76 rung, mit der Krankenversicherung und auch mit der Pflegeversicherung, lässt sich auf  
77 einen Vertrag ein, der viele Jahrzehnte funktionieren muss: für den Einzahler wie für den  
78 Leistungsempfänger. Dieser Vertrag läuft länger als manche Ehe, auf alle Fälle viel län-  
79 ger, als Regierungen in Deutschland zu halten pflegen. Und der eine oder andere Regie-  
80 rungswechsel ist im Laufe der Jahrzehnte durchaus möglich. Insofern muss es unsere  
81 Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass sich die Menschen nicht vor einem Regierungswech-  
82 sel fürchten, wenn es um die Grundbedingungen von Renten- und Krankenversicherung  
83 geht. Das ist eine Aufgabe, die sich wirklich lohnt.

84 Wir sind bei der Rentenversicherung schon viel weiter, als die öffentliche Diskussion  
85 wahrgenommen hat: Von den Reformvorstellungen der Rürup-Kommission für die Re-  
86 gierung ist fast alles umgesetzt, und was noch fehlt, das traut sich die Koalition jetzt im  
87 Koalitionsvertrag. Das finde ich richtig, weil das die Grundlage für Zutrauen und Ver-  
88 trauen ist.

89 In der Frage der Krankenversicherung sind unter der letzten Regierung Fortschritte ge-  
90 macht worden. Manches von dem, was wir uns in Bezug auf mehr Wettbewerb und mehr  
91 Kosteneffizienz vorgestellt haben, steht jetzt im Koalitionsvertrag. Wir haben uns vorge-  
92 nommen, die Frage, wie wir das Gesundheitssystem finanzieren, gemeinsam im nächsten  
93 Jahr zu beantworten. Ich betone: in einem Jahr. Angesichts der Tatsache, dass ein großer  
94 Streit vorausgegangen ist, der nicht vom Zaune gebrochen worden ist, sondern seine Ur-  
95 sache in den gewaltigen Problemen hinsichtlich Finanzierung und Zukunftsfähigkeit des  
96 bisherigen Systems hat, ist es eine ehrgeizige, aber lösbare Aufgabe, in einem Jahr eine  
97 Lösung zu suchen.

98 Ich will zusammenfassen: Wenn es die große Koalition schafft, in einem Jahr eine Lösung  
99 für die Finanzierungsprobleme der Krankenversicherung zu finden, die beide Parteien  
100 über die Koalition hinaus auch in den nächsten Jahrzehnten weiter mittragen und die ge-  
101 sellschaftliche Akzeptanz hat, dann haben wir etwas Großes zustande gebracht. Ich bin  
102 sicher, wir werden das schaffen.

103 Der vierte Punkt betrifft die Frage der Staatsfinanzen; dieses Thema ist schon angespro-  
104 chen worden. Die Menschen erwarten, dass wir eine Lösung finden. Wir alle sollten so  
105 ehrlich miteinander sein, zu bekennen: Es wurde in diesem Zusammenhang von eigent-  
106 lich allen Parteien in diesem Hause eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht; nur die  
107 Zusammensetzung des Cocktails war jeweils eine andere. Die Menschen denken, dass  
108 wir uns alle bei so manchem Punkt, der im Koalitionsvertrag steht, fast einig sind, dass  
109 wir aber nur deswegen nichts machen, weil wir es im politischen Wettstreit nicht hinbe-  
110 kommen. Wenn wir diese Punkte, etwa wenn es um den Abbau von Steuersubventionen  
111 geht, aufgreifen und sagen, diese Steuersubventionen schaffen wir ab, und zwar gemein-  
112 sam, weil wir alle das eigentlich immer richtig fanden, dann werden wir auf viel mehr  
113 Akzeptanz stoßen, als die FDP vermutet. Wir werden auf gesellschaftliche Unterstützung

114 stoßen, weil jeder denkt, das war lange fällig, das musste gemacht werden und es ist gut,  
115 dass es jetzt geschieht.

116 Zu einer Debatte über die Lage des Staatshaushaltes gehört immer Ehrlichkeit. – Ja, über-  
117 all. – Zur Ehrlichkeit gehört aber, dass man nicht nur sagt, wie es nicht geht, sondern dass  
118 man Vorschläge macht, wie es gehen soll. Es gibt die schlechte Mode, Entschließungs-  
119 anträge zu schreiben; wir werden am Ende dieser Debatte drei Beispiele dazu zu bewäl-  
120 tigen haben. Entschließungsanträge beziehen sich eigentlich auf Gesetzgebungsvorhaben,  
121 sind aber häufig eine reine Meinungsbekundung. So löst man kein Problem, weil man  
122 sich nicht wirklich zu dem bekennen muss, was man eigentlich will, und weil die Kon-  
123 zepte nicht aufgehen müssen.

124 Ich habe mir den Entschließungsantrag der FDP und den Entschließungsantrag von  
125 PDS/Linkspartei angesehen. Ich musste feststellen, dass darin eigentlich kein Vorschlag  
126 zur Lösung eines der genannten Probleme steht.

127 Ich bin außerdem sehr daran interessiert, herauszufinden, was Sie meinen. Ich jedenfalls  
128 habe große Zweifel, ob es wirklich in Ordnung ist – wie das die FDP vorschlägt –, bei  
129 den sozialen Sicherungssystemen bei dem, was hineinkommen muss, und dem, was her-  
130 ausgenommen werden muss, mehr zuzulangen und mehr zu sparen, ohne den Menschen  
131 zu sagen – das ist eine mögliche Übersetzung der rhetorisch groß vorgetragenen Rede  
132 von Herrn Westerwelle –, dass wir die Renten sofort und ordentlich kürzen, damit die  
133 Staatsfinanzen in Ordnung sind.

134 Ich finde, ohne diesen ehrlichen Zusatz ist die ganze Rede nur noch hohl. Davor sollte  
135 man sich als Politiker in Acht nehmen. Jetzt tritt eine Regierung ins Amt, die mit ihrer  
136 Mehrheit viele reale Taten zustande bringen wird. Daher kommt man mit hohlen Sprü-  
137 chen nicht sehr weit. Ich rate zu mehr Ehrlichkeit.

138 Lassen Sie mich eine Schlussbemerkung machen. Ich habe an den verschiedenen Bei-  
139 fallsbekundungen heute festgestellt, dass es gelegentlich Einigkeit zwischen FDP und  
140 PDS/Linkspartei gibt – das werden Sie auch bleiben –, während an bestimmten Stellen  
141 auch zwischen Grünen und den beiden Koalitionsfraktionen Gemeinsamkeiten bestan-  
142 den. Das hat etwas damit zu tun, dass sich die Vorstellung, was gerecht ist und was Ge-  
143 rechtigkeit in dieser Gesellschaft ausmacht, bei den Regierungsparteien und bei unserem

144 bisherigen Koalitionspartner auf diese Welt bezieht. Gerecht kann nur sein, was auch  
145 möglich ist.

146 Was ist das „einig Uneinige“ zwischen der FDP und den Grünen? Die FDP will, dass das  
147 mögliche Maß an Gerechtigkeit nicht verwirklicht wird, weil man auch darunter bleiben  
148 kann. Die PDS/Linkspartei möchte das Unmögliche und hält das für gerecht. Beides ist  
149 falsch. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier Bundestag Dezember 2005 (SPD): FWSB1205**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Herr Präsident, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Ich wurde von Mitgliedern des Parla-  
2 ments etwas aufgehalten.

3 Meine Damen und Herren! Heute Nachmittag beginnt in Brüssel der Europäische Rat.  
4 Ich kann und darf Ihnen nicht verheimlichen, dass er in eine durchaus schwierige Zeit  
5 fällt. Ich habe in meinen öffentlichen Reden in der letzten Zeit auch nicht verheimlicht,  
6 dass ich davon ausgehe, dass sich Europa nach den Referenden in Frankreich und in den  
7 Niederlanden in einer Krise befindet. Daran gibt es aus meiner Sicht auch nichts zu be-  
8 schönigen. Der Verfassungsvertrag wurde nicht aufgegeben, aber er ist im Augenblick  
9 storniert. Wir wollen und werden an ihm festhalten.

10 Ich sage bei diesem Thema aber auch immer: Wir müssen hier sehr realistisch sein. Nach  
11 den Diskussionen, die wir in den europäischen Hauptstädten führen, sieht es im Augen-  
12 blick nicht so aus, als ob wir kurzfristig in die Lage versetzt werden, den Menschen über  
13 die Fortsetzung der Ratifizierungsverfahren in den anderen Ländern zu zeigen, dass wir  
14 in Europa Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, wenngleich einige Länder die Verfahren  
15 fortführen.

16 Die andere Frage, der die britische Ratspräsidentschaft in Hampton Court vor kurzem  
17 nachgegangen ist, lautet: Was kann das große gemeinsame europäische Projekt sein,  
18 wenn wir über den Verfassungsvertrag kurzfristig nicht zu einem Dokument für die Wie-  
19 dergewinnung von mehr Handlungsfähigkeit in Europa kommen? Darüber wurde in  
20 Hampton Court und wird an anderer Stelle in Europa diskutiert. Ich sage dazu immer  
21 Folgendes: Ich finde die Suche nach dem großen, neuen gemeinsamen europäischen Pro-  
22 jekt richtig. Sie muss stattfinden. Noch wichtiger ist aber, dass Europa an einer Stelle  
23 Erfolg hat. Diesen Erfolg kann sich Europa in den verbleibenden Tagen dieser Woche mit  
24 einer Verständigung über den Finanzrahmen für die Jahre 2007 bis 2013 verschaffen. Ich  
25 glaube, das wäre ein Signal, das auch von den Menschen verstanden werden würde und  
26 für das wir kein neues Projekt suchen müssten.



27 Sie wissen das. Der finanzielle Rahmen bzw. die finanzielle Vorausschau ist unerlässlich.  
28 Wir brauchen diesen finanziellen Rahmen, damit die EU ihre Politiken innerhalb dieses  
29 Rahmens gestalten kann. Er ist insbesondere dort erforderlich, wo wir eine langfristige  
30 Strategie brauchen, wo wir auf der einen Seite Finanzsicherheit und auf der anderen Seite  
31 Planungssicherheit brauchen. Das gilt etwa für die europäische Forschungspolitik, für die  
32 Migrationspolitik und insbesondere für all die Politikbereiche, auf die wir uns im Rahmen  
33 der Lissabon-Strategie miteinander verständigt haben.

34 Die Einigung ist für uns deshalb mindestens so entscheidend wie für die anderen europä-  
35 ischen Staaten. Im Juni haben wir die Einigung unter der luxemburgischen Ratspräsident-  
36 schaft in Luxemburg schon einmal versucht. Ich sage voraus: Wenn wir am Ende dieses  
37 Jahres mit dem zweiten Versuch einer Einigung über den Finanzrahmen erneut scheitern  
38 würden, dann ginge davon ein verheerendes Signal für die Bürgerinnen und Bürger aus.  
39 Insbesondere darf nicht vergessen werden, dass sich ein Scheitern vor allem zulasten der  
40 neuen Mitgliedstaaten auswirken würde.

41 Wir sollten die neuen Mitgliedstaaten im Fokus behalten, weil sie vor allen Dingen diese  
42 klare finanzielle Perspektive brauchen und sie sich auch darauf verlassen dürfen; denn  
43 wir hatten verabredet, dass die Strukturpolitik durch den neuen finanziellen Rahmen so  
44 ausgestattet wird, dass ihnen ein Hineinwachsen in die Europäische Union ermöglicht  
45 wird. Dieses Versprechen würde nicht erfüllt, wenn wir jetzt keine langfristige Verstän-  
46 digung über den finanziellen Rahmen hinbekommen würden; denn – ich deutete es eben  
47 an – die Mittel für die Strukturpolitik können nur auf der Grundlage dieses mittelfristigen  
48 Finanzrahmens vernünftig eingesetzt werden. Die neuen Mitgliedstaaten der EU brau-  
49 chen diese Mittel jetzt. Mit anderen Worten: Je später sie fließen, desto länger dauern  
50 Aufbau- und Aufholprozesse. Wir alle miteinander wissen: Deutschland hat jedes Inte-  
51 resse daran, dass diese Prozesse so schnell wie möglich ablaufen.

52 Die neuen Mitglieder der EU haben sich verpflichtet, den Acquis communautaire umzu-  
53 setzen. Sie sind bereit, ihren Beitrag zum Haushalt zu leisten. Sie haben deshalb auch  
54 jedes Recht, an den Programmen der Union fair und solidarisch zu partizipieren. Nur so  
55 können sie auch wirklich in die Europäische Union hineinwachsen und dieser Union  
56 Wachstumsimpulse verleihen, von denen wir, die alten Mitgliedstaaten, zuvörderst pro-  
57 fitieren werden.

58 Deshalb sage ich: Die Bundesregierung ist der Auffassung, die Integrationskraft des eu-  
59 ropäischen Gedankens hängt jetzt vornehmlich von der Kompromissfähigkeit aller Mit-  
60 gliedstaaten ab. Diese Kompromissfähigkeit ist in guter Tradition des europäischen Ge-  
61 dankens gefordert. Eitelkeiten – in Einzelheiten wollen wir nicht gehen – dürfen nicht  
62 den Blick auf das verstellen, was für uns alle in der Europäischen Union wesentlich ist.  
63 Je später eine Einigung über die Finanzen erfolgt, desto schwieriger wird sie. Ein Ab-  
64 schluss 2006 – um nicht an Schlimmeres zu denken – würde jedenfalls ungleich kompli-  
65 zierter sein als eine Einigung morgen oder spätestens übermorgen.

66 Wenn ich das so sage, dann werden Sie mit Recht fragen: Wo stehen wir in den augen-  
67 blicklichen Vorverhandlungen? Sie wissen, dass die britische Ratspräsidentschaft den  
68 Mitgliedstaaten in der vergangenen Woche einen Vorschlag gemacht hat. Sie hat diesen  
69 Vorschlag gestern noch einmal nachgebessert. Wir gehen davon aus, dass das letzte Wort  
70 über diesen Vorschlag noch nicht gesprochen ist. Der neueste Vorschlag wird heute Nach-  
71 mittag in Brüssel diskutiert. Dann gehe ich davon aus, dass in den Stunden, Tagen und  
72 Nächten danach härtere Auseinandersetzungen auf uns zukommen, und zwar auch des-  
73 halb, weil jeder Mitgliedstaat Rücksicht auf seine innenpolitische Situation zu nehmen  
74 hat. Mit Blick darauf wissen wir alle, dass die Situation für die allermeisten Mitgliedstaa-  
75 ten seit dem Versuch im Sommer, Verständigung über den Luxemburger Vorschlag zu  
76 erreichen, nicht einfacher geworden ist.

77 Für die deutsche Regierung heißt das zentrale Prinzip Fairness. Die Erweiterung war und  
78 ist im Interesse aller Mitgliedstaaten. Daher treten wir für eine solidarische Finanzierung  
79 der Erweiterung ein. Das bedeutet konkret, ohne dass ich jetzt den Blick auf einzelne  
80 Länder richten will: Jedes Land muss seinen Anteil leisten. Damit meine ich: nicht mehr  
81 und nicht weniger.

82 Wir haben uns – das haben Sie in den letzten Tagen in öffentlichen Stellungnahmen dieser  
83 Regierung häufig gehört – nicht daran beteiligt, den britischen Vorschlag in Bausch und  
84 Bogen zu verdammern. Wir haben immer gesagt, dieser britische Vorschlag ist eine Ar-  
85 beitsgrundlage. Wir hoffen, dass aufgrund der erneuerten Verhandlungsbox, die die Bri-  
86 ten gestern vorgestellt haben, eine Verständigung möglich ist. Die deutsche Regierung  
87 jedenfalls wird sich daran konstruktiv beteiligen.

88 Wir haben in den letzten drei Wochen versucht, in den Gesprächen mit den Mitgliedstaat-  
89 ten die Kompromissbereitschaft zu fördern, ohne dabei unsere Ziele aufzugeben. Die  
90 Bundeskanzlerin und ich haben in den einschlägigen Gremien darauf hingewiesen, dass  
91 uns die Strukturförderung in den neuen Bundesländern in besonderem Maße am Herzen  
92 liegt, dass die Landwirtschaftsförderung angemessen ausgestaltet sein muss und dass vor  
93 allen Dingen unsere Belastungsgrenze als größter Nettozahler innerhalb der EU anerkannt  
94 werden muss. Ich jedenfalls sehe, dass dies in den Luxemburger und britischen Vorschlä-  
95 gen der Ratspräsidentschaft berücksichtigt worden ist.

96 Wir können insbesondere bei dem letzten Punkt, der Ausgabenobergrenze, mit Selbstbe-  
97 wusstsein vortragen – ich habe in den einschlägigen Räten gemerkt, dass das Argument  
98 auf Widerhall stößt –: Wir unternehmen in unserem Land größte Anstrengungen zur  
99 Haushaltskonsolidierung und können deshalb den Menschen in Deutschland schlecht er-  
100 klären, dass dies auf der EU-Ebene bei der Vorbereitung des Haushalts nicht berücksich-  
101 tigt wird.

102 Kurz gesagt habe ich dort zum Ausdruck gebracht: Ein sparsamer Haushalt ist nicht we-  
103 niger europäisch als ein ausgabenfreudiger Haushalt. Das ist auch von den Nettozahlern  
104 in der EU bemerkt worden.

105 Alles in allem und zur Abrundung dieses Komplexes: Ich will nicht mit Blick auf die  
106 finanzielle Vorausschau und die bevorstehenden Gespräche übertriebenen Optimismus  
107 verbreiten. Das wäre nicht gerechtfertigt. Ich fahre aber mit einer gewissen Zuversicht  
108 nach Brüssel, dass alle das allergrößte Interesse daran haben, Verständigung zu suchen,  
109 und auch Kompromissbereitschaft mitbringen. Ich jedenfalls hoffe auf ein großes Maß  
110 europäischer Vernunft in den nächsten Tagen.

111 Ein Thema jenseits der finanziellen Vorausschau, das uns in den letzten Tagen auf den  
112 Außenministerräten erheblich beschäftigt hat, ist die Beitrittsperspektive für die Staaten  
113 des westlichen Balkans. Ich will das an dieser Stelle nicht weiter ausführen. Es ist kein  
114 einfaches Thema, sondern eines, zu dem es innerhalb der Europäischen Union weiß Gott  
115 keine in jeder Hinsicht übereinstimmende Meinung gibt. Es gibt aber eine Perspektive:  
116 Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Ahtisaari mit der Klärung der Statusbe-  
117 stimmung für den Kosovo in den nächsten zwölf Monaten Erfolg hat. Dieser Erfolg setzt

118 Rahmenbedingungen. Diese bestehen darin, dass wir die Annäherung der Staaten des  
119 Westbalkans an die Europäische Union erhalten müssen. Das konzentriert sich auf dem  
120 bevorstehenden europäischen Gipfeltreffen auf die eine Frage, ob wir Mazedonien den  
121 Beitrittskandidatenstatus gewähren werden. Darüber ist in den letzten zwei oder drei Wo-  
122 chen diskutiert und zum Teil auch gestritten worden. Es scheint sich anzudeuten, dass die  
123 Frage des Beitrittskandidatenstatus mit einigen – insgesamt vier – Staaten, die allergrößte  
124 Skepsis hatten, dann zu lösen sein wird, wenn wir sie mit einer Diskussion über die Gren-  
125 zen der Europäischen Union verbinden, die aber ohnehin ab dem nächsten Jahr zwischen  
126 den Mitgliedstaaten geführt werden wird. Insofern gehe ich davon aus, dass sich der Eu-  
127 ropäische Rat für den Beitrittskandidatenstatus Mazedoniens aussprechen wird.

128 Die Kommission wird des Weiteren – das ist das dritte Thema – auf dem Europäischen  
129 Rat ihren Bericht zur Migration vorstellen. Sie wissen oder ahnen – das war auch Thema  
130 auf dem Euro-Med-Gipfel –, dass die Bedeutung dieses Themas für unseren Kontinent  
131 gar nicht überschätzt werden kann. Sie haben sicherlich noch die dramatischen Ereignisse  
132 in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla vor Augen. Der Bericht der Kommission  
133 beruht auf einem politikübergreifenden Ansatz und stellt insofern einen wichtigen Schritt  
134 für die gemeinsame Migrationspolitik dar, als er auch Rücksicht auf alle Weltregionen –  
135 insbesondere die Nachbarschaftsregionen im nördlichen Afrika – nimmt. Deshalb begrü-  
136 ßen wir diesen Bericht ausdrücklich.

137 Letztlich – das sollen meine Schlussworte sein – wird sich der Europäische Rat auf unsere  
138 Anregung hin mit den jüngsten Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Ahmadi-  
139 nedschad zu Israel befassen. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag haben  
140 diese Aussagen – insbesondere die Leugnung des Holocaust und des Existenzrechts Isra-  
141 els – mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. Wir verurteilen sie aufs Schärfste.

142 Derart inakzeptable Ausführungen zum Nahostkonflikt zeigen, mit wie viel Verantwor-  
143 tungslosigkeit und Zynismus die Situation Israels und des Nahen Ostens von der irani-  
144 schen Regierung gegenwärtig beurteilt wird. Ich habe bereits gestern öffentlich gesagt:  
145 Das erschwert natürlich auch die weiteren Verhandlungen über das iranische Nuklearpro-  
146 gramm. Ich wiederhole an dieser Stelle: Die Regierung in Teheran muss begreifen, dass  
147 die Geduld der internationalen Staatengemeinschaft nicht endlos ist.

148 Ich komme auf meinen Anfangssatz zurück. Der heute beginnende Europäische Rat ist  
149 ein wichtiger Gipfel in einer schwierigen Zeit. Die Bundeskanzlerin und ich werden spä-  
150 ter nach Brüssel reisen, um dort deutsche Interessen entschlossen zu vertreten, gleichzei-  
151 tig aber alles dazu beizutragen, dass der Rat ein Erfolg für uns und Europa wird.

152 Vielen Dank.

## **Franz Müntefering Bundestag Dezember 2005 (SPD): FMB1205**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung  
2 hat zügig mit ihrer Arbeit begonnen. Heute haben wir einige Entscheidungen zu treffen,  
3 die einen ganz wichtigen Bereich, den Arbeitsmarkt, betreffen. Dabei geht es um Punkte,  
4 die in erheblichem Maße auch das Themenfeld berühren, über das in der letzten Stunde  
5 diskutiert wurde. Der Arbeitsmarkt ist für unsere Bemühungen, die soziale Gerechtigkeit  
6 in unserem Lande zu sichern, ein sehr wichtiges Moment.

7 Wir werden erleben, dass der Bundesrat die Gesetzentwürfe, die wir heute beschließen,  
8 in der nächsten Woche aufnehmen und ebenfalls beschließen wird, sodass die entspre-  
9 chenden Gesetze bereits zum 1. Januar 2006 in Kraft treten können. Es geht darum, am  
10 Arbeitsmarkt Impulse zu setzen. Es geht um die finanzielle Planungssicherheit für die  
11 Städte und Gemeinden. Und es geht darum, was wir für die Arbeitslosen tun und wie wir  
12 die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen können.

13 Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, müssen effizien-  
14 ter genutzt werden. Sie müssen, was die Zielführung und ihren Schwung angeht, moder-  
15 nisiert, zusammengefasst, gebündelt und wirkungsvoller ausgestaltet werden. Dazu haben  
16 wir innerhalb der Koalition einige Vereinbarungen getroffen. Einer unserer Ansatzpunkte  
17 ist, dass wir im Jahre 2006 eine „Initiative 50 plus“ starten werden, um auf sehr kon-  
18 zentrierte und gründliche Weise dafür zu sorgen, dass die Altersklasse 50 plus in unserer  
19 Gesellschaft in Zukunft größere Chancen am Arbeitsmarkt hat als heute.

20 Die Gesetzentwürfe, die wir heute beschließen, sind Schritte, die dazu beitragen, dass die  
21 Bündelung dieser Aufgaben im Verlauf des Jahres 2006 besser als bisher organisiert wer-  
22 den kann. Die Dauer der Entgeltsicherung für Ältere, also der Zuzahlung zu den Lohn-  
23 kosten bei niedrigen Gehältern, wird verlängert. Auch die Regelung hinsichtlich der Be-  
24 freiung der Arbeitgeber von der Zahlung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für  
25 neue Mitarbeiter über 55 Jahre wird verlängert. Die 58er-Regelung wird ebenfalls fortge-  
26 schrieben und die Weiterbildung Älterer kann auch in Zukunft gefördert werden. All das  
27 sind Punkte, die vernünftig sind und die wir im nächsten Jahr aufgreifen, wenn wir dieses  
28 Thema viel konzentrierter, umfassender und gründlicher angehen.

29 Aber wir beschließen heute noch weitere Punkte: Die Bundesagentur für Arbeit soll auch  
30 in Zukunft eigenständige Träger für Eingliederungsmaßnahmen heranziehen und beauf-  
31 tragen dürfen.

32 Die Ich-AGs laufen nicht zum 31. Dezember dieses Jahres aus, sondern sie werden bis  
33 zum 30. Juni 2006 fortgeführt. Im ersten Halbjahr 2006 wollen wir innerhalb der Koali-  
34 tion eine vernünftige Lösung für Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus fin-  
35 den. Wir wollen die verschiedenen Instrumente, die es bisher auf diesem Gebiet gibt,  
36 zusammenfügen und daraus eine gute und zielführende Lösung entwickeln.

37 Die Personal-Service-Agenturen sollen nicht mehr zwingend flächendeckend aufgebaut  
38 werden müssen, sondern die BA ist beauftragt, dafür zu sorgen, dass Erfolg verspre-  
39 chende Ansätze dort, wo es sie gibt, weiter konkretisiert werden.

40 Es geht also um eine Palette von Vorhaben, die wir jetzt vor Jahresende schnell beschlie-  
41 ßen, damit wir im nächsten Jahr daran anknüpfen und unsere Arbeit fortführen können.

42 In den letzten Tagen haben uns Nachrichten erreicht, dass größere und kleinere Unter-  
43 nehmen in Deutschland in hohem Maße Arbeitsplätze abbauen bzw. ihre Unternehmen  
44 ins Ausland verlegen wollen. Wenn man so etwas als verantwortlicher Minister liest –  
45 das geht Ihnen als Abgeordnete im Parlament sicherlich genauso –, wenn man konfron-  
46 tiert wird mit der Sorge der Menschen vor Ort, dann muss man aufpassen, dass man nicht  
47 von einem Gefühl der Ohnmacht überwältigt wird. Das fällt schon schwer, aber wir dür-  
48 fen uns da nicht irremachen lassen, wir dürfen uns die Zuversicht nicht nehmen lassen.  
49 Wir müssen im politischen Raum dafür kämpfen, dass Dinge wie im Moment konkret bei  
50 AEG in Nürnberg nicht mehr passieren: dass die Unternehmensleitung aus heiterem Him-  
51 mel heraus mitteilt, einen Standort zu schließen und in ein anderes europäisches Land, in  
52 diesem Fall nach Polen, zu verlagern. Das ist zwar erlaubt, aber für die Menschen, die  
53 davon betroffen sind, ist das eine Katastrophe. So etwas kann Politiker nicht kalt lassen.

54 Deshalb muss man es ansprechen und deutlich machen, dass alle diejenigen, die in  
55 Deutschland an dieser Stelle Verantwortung tragen – auch in der Wirtschaft –, sich be-  
56 wusst sind, dass Politik alleine diese Dinge nicht regeln kann. Vielmehr erwarten wir,  
57 dass die Unternehmen bei allen Hilfen, mit denen wir sie bei der Verbesserung ihrer Wett-  
58 bewerbsfähigkeit unterstützen, ihrer unternehmerischen Aufgabe nachkommen. Diese

59 bedeutet auch, da, wo es möglich ist, Arbeitsplätze an Ort und Stelle zu erhalten – mit  
60 den Menschen, mit denen zusammen man groß und manchmal auch reich geworden ist.  
61 Diese Erwartung muss einmal zum Ausdruck gebracht werden.

62 Ich will ganz ernsthaft auf Ihre Frage eingehen, Herr Niebel. Dass wir als Politiker helfen  
63 müssen, dass die Unternehmen in Deutschland wettbewerbsfähig sind, ist wahr. Was die  
64 SPD in der rot-grünen Koalition alles getan hat – Senkung der Körperschaftsteuer, der  
65 Einkommensteuer usw.; gegen manche Kritik –, wissen Sie alle. Wir haben heute in  
66 Deutschland eine Unternehmensbesteuerung, die so niedrig ist, wie sie noch nie gewesen  
67 ist. Trotzdem erleben wir, dass uns andere europäische Länder mit einer noch niedrigeren  
68 Unternehmensteuer Konkurrenz machen.

69 – Was heißt „eben“? Wir müssen in Europa – auch im Rahmen des Gipfels, der ab heute  
70 stattfindet – miteinander eine gemeinsame Steuerpolitik anstreben, zumindest was die  
71 Bemessungsgrundlagen angeht. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass Europa ge-  
72 lingt. Was aber nicht geht – das sage ich ganz klar; da sind wir alle uns einig, auch in  
73 dieser Koalition –, ist, dass wir die Steuern senken, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu  
74 verbessern, die Nachbarländer daraufhin ihre noch weiter senken, von uns aber erwarten,  
75 dass wir mehr in die europäische Kasse zahlen, aus der sie gefördert werden. Das geht  
76 nicht. Steuerdumping und Lohndumping gehen nicht. Diese Position ist auch im Interesse  
77 unseres eigenen Landes vernünftig.

78 Ein zweites großes Thema haben wir heute auf der Tagesordnung, das im Interesse unse-  
79 res Landes wichtig ist und das wir zur Beschlussfassung bringen. Es geht um die Kosten  
80 für Unterkunft und Heizung für Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Vereinbart ist, dass die  
81 Kommunen diejenigen Sozialhilfeempfänger, die jetzt Arbeitslosengeld-II-Empfänger  
82 geworden sind, nicht mehr finanzieren müssen. Das bedeutet für die Kommunen eine  
83 riesige Ersparnis. Dafür sollen sie die Wohnkosten zahlen. Diese Wohnkosten sind aber  
84 so hoch, dass zu vermuten ist, dass die Kommunen nicht die 2,5 Milliarden Euro übrig  
85 behalten würden, die wir ihnen zugesagt haben, wenn sie die Wohnkosten voll überneh-  
86 men. Also ist damals im Vermittlungsausschuss vereinbart worden, dass der Bund einen  
87 Zuschuss von 29,1 Prozent übernimmt. Die haben wir gezahlt und wir haben vereinbart,  
88 in diesem Zusammenhang eine Revision durchzuführen.



89 Das ist versucht worden, doch dazu liegen jetzt unterschiedliche Zahlen vor. Darüber ist  
90 diskutiert worden. Als Ergebnis haben wir vereinbart, ins Gesetz aufzunehmen: 2005 und  
91 2006 erhalten die Kommunen 29,1 Prozent Zuschuss zu den Wohn- und Heizungskosten,  
92 die sie zahlen.

93 Es wird keine weitere Revision geben. Die Kommunen haben Planungssicherheit. Damit  
94 ist erreicht, dass über den 1. Januar 2006 keine Vakanz und keine Irritationen entstehen.  
95 Das war für uns ein ganz wichtiges Argument, es letztlich so zu machen.

96 Der Bund kommt in seinen Berechnungen auf ein ganz anderes Ergebnis als die Länder  
97 und die Kommunen, was die tatsächliche Entlastung bzw. Belastung angeht. Ich kann das  
98 nicht objektiv entscheiden. Ich sage nur: Das Gesetz hat insofern eine Schwäche – das  
99 müssen wir uns alle miteinander anrechnen lassen –, als es die Entlastung der Kommunen  
100 nicht in Euro und Cent sichtbar macht. Es gibt nur Schätzansätze. Diese Schätzansätze  
101 machen es schwierig, zu einer gemeinsamen Regelung zu kommen. Also haben wir ge-  
102 sagt: Wir stellen für 2005 und 2006 klare Regeln auf und legen den Zuschuss auf 29,1  
103 Prozent fest, ohne dass eine Revision stattfindet. Im Jahre 2006 machen wir dann ein  
104 neues Gesetz, in dem wir diese Problematik für das Jahr 2007 und die folgenden Jahre  
105 regeln, sodass wir nicht jedes Jahr eine Revision machen müssen. Ich glaube, das ist alles  
106 in allem eine vernünftige Lösung.

107 Wir auf Bundesseite haben den Eindruck, dass wir zu viel zahlen und dass die Kommunen  
108 mehr übrig behalten als die 2,5 Milliarden Euro.

109 Es gibt natürlich Kommunen, die ein Minus machen, wie es auch Kommunen gibt, die  
110 einen Vorteil haben. Auch das ist ein Problem des Gesetzes, dass man das nicht gerecht  
111 auf die Kommunen, die einzelnen Städte und Landkreise verteilen kann. Je nachdem, wie  
112 die Bedingungen sind, wirkt sich dieses Gesetz unterschiedlich aus.

113 Das ist eine Aufgabe der Länder in diesem wie im nächsten Jahr. Die Aufforderung an  
114 die Länder lautet: Sie müssen versuchen, horizontal besser als bisher zwischen den Kom-  
115 munen, die Vorteile haben, und den Kommunen, die Nachteile haben, auszugleichen. Die  
116 Kommunen, die Nachteile haben – diese gibt es –, haben sich bei uns wie auch sicherlich  
117 bei Ihnen auf sehr energische Art gemeldet. Die Kommunen, die Vorteile haben, haben

118 sich natürlich nicht gemeldet. Das ist menschlich, das verstehe ich auch. Das kann aber  
119 nicht bedeuten, dass der Bund auf ewige Zeit mehr zahlt.

120 Unser Gefühl ist, dass wir in diesem Jahr deutlich zu viel bezahlen. Auch im nächsten  
121 Jahr wird das der Fall sein. Die Größenordnung von 1 bis 1,3 Milliarden Euro, um die es  
122 zum Schluss ging, ist schon ein dicker Brocken, auch für den Bundeshaushalt. Deshalb  
123 kann das im nächsten Jahr nur eine einmalige Zahlung sein. Dann müssen wir neue Klar-  
124 heit schaffen.

125 Das, was wir machen, ist zum Nutzen der Kommunen und zum Nutzen der Arbeitslosen.  
126 Sie können erwarten, dass sich Bund, Länder und Gemeinden nicht in irgendeinem Streit  
127 verhakeln, sondern dass sie das Ganze handlungsfähig halten und dafür sorgen, dass sie  
128 vermittelt und dass Qualifikationen angeboten werden können, indem die Kommunen fi-  
129 nanzierungsfähig bleiben.

130 Zweierlei muss allerdings noch gesagt werden. Nachdem wir hier positiv entscheiden  
131 werden und der Bundesrat sicherlich auch, habe ich die Erwartung an alle Länder, dass  
132 sie alle Vorteile, die sie durch den Zuschuss zum Wohn- und Heizungsgeld erhalten, an  
133 die Kommunen weitergeben.

134 Das sind erkennbar mehr als die 1,72 Milliarden Euro. Alle Ländervertreter haben mir  
135 unter vier Augen auch gesagt, dass es stimmt, dass die Länder ein gutes Geschäft machen.  
136 Deswegen sage ich den Ländern: Gebt das Geld an die Kommunen weiter!

137 An die Kommunen richte ich folgende Bitte – ich denke, das kann ich auch im Auftrag  
138 dieses Hauses sagen –: Die Zusage, dass sie 2,5 Milliarden Euro übrig behalten sollen,  
139 hing damit zusammen, dass wir sie aufgefordert haben, mehr für die Betreuung der Kin-  
140 der im vorschulischen Alter zu tun. Wenn nun 2,5 Milliarden Euro bei den Kommunen  
141 landen – vermutlich sind es mehr als 2,5 Milliarden Euro –, dürfen wir aber auch erwar-  
142 ten, dass die Kommunen diese 2,5 Milliarden Euro oder mehr für die Betreuung der ganz  
143 Kleinen im vorschulischen Alter, für Krippenplätze, für Ganztagskindertagesstätten und  
144 alles, was damit zusammenhängt, einsetzen. Sie müssen das Geld für Investitionen vor  
145 Ort verwenden.

146 In den Kommunen gibt es unendlich viel zu tun. Viele Arbeitsplätze können im Handwerk  
147 geschaffen werden, wenn das für die kleinen und mittleren Unternehmen mit niedrigen  
148 Losen ausgeschrieben wird. Sie sind unmittelbar am Ort einsetzbar.

149 Das Gesetz insgesamt ist für uns schwierig, weil es so kostenträchtig ist. Für die Arbeits-  
150 losen und die Kommunen bedeutet es aber sicherlich eine Entlastung. Jedenfalls ist si-  
151 chergestellt, dass über den 1. Januar hinaus diese Maßnahmen in vernünftiger Weise fort-  
152 geführt werden können.

153 Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Peer Steinbrück Bundestag Dezember 2005 (SPD): PSB1205

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wissing, natürlich ist es  
2 in einer parlamentarischen Debatte erlaubt, rhetorisch eine Art Pappkameraden aufzu-  
3 bauen und dann mit dem gesamten Waffenarsenal von Sir Lancelot auf dem Turnierplatz  
4 gegen diesen Pappkameraden anzutreten. Ich will damit sagen: Niemand von der Koali-  
5 tion oder der Bundesregierung hat behauptet, dass mit den drei Gesetzesvorhaben, die  
6 heute zur Abstimmung stehen, das umfassende Konzept der Koalition oder der Bundes-  
7 regierung vorliegt. Niemand hat mit Blick auf das steuerliche Sofortprogramm, die Be-  
8 schränkung der Verlustverrechnung bei den Steuersparmodellen oder der Abschaffung  
9 der Eigenheimzulage davon gesprochen. Sie haben da einen Popanz aufgebaut, um an-  
10 schließend darauf einzuschlagen.

11 Selbstverständlich hat sich diese Bundesregierung vorgenommen, schon in den nächsten  
12 Wochen – spätestens am 9. Januar, dem Datum der ersten Kabinettsitzung im neuen Jahr,  
13 gegebenenfalls auch früher – die ersten steuerlichen Fördertatbestände zu verabschieden,  
14 wie Herr Bernhardt zutreffend dargestellt hat, zum Beispiel um die Liquidität der Wirt-  
15 schaft zu verbessern, zum Beispiel um im Bereich der Betreuungskosten voranzukom-  
16 men, auch mit Blick auf die Stärkung der privaten Haushalte als Arbeitgeber.

17 Wir werden im Zusammenhang mit dieser Kabinettsitzung eine Vorlage verabschieden,  
18 bei der es um die Aufstockung des Programms für die energetische Gebäudesanierung  
19 geht, zu dem mir bereits jetzt sehr positive Stellungnahmen vorliegen, zum Beispiel vom  
20 Handwerk und der Bauwirtschaft. Selbstverständlich stehen wir auch zu der Koalitions-  
21 vereinbarung, dass das Wohneigentum mit Blick auf die Abschaffung der Eigenheimzu-  
22 lage in die Riester-Rente integriert wird. Insofern stehen die Positionen der großen Koa-  
23 lition fest.

24 – Es gibt ja keine Erkenntnisblockade für die SPD, Frau Scheel.

25 Selbstredend stehen wir zu der Ankündigung, auch eine große Unternehmensteuerreform  
26 zu verabschieden, bei der allerdings Solidität und Präzision sehr wichtig sind. Bei so et-  
27 was schießt man nicht aus der Hüfte.

28 – Ja, 2008. Entschuldigen Sie, Sie wissen doch, dass der Sachverständigenrat sein Gut-  
29 achten erst im Januar oder Februar vorlegen wird und dass wir auch von der Stiftung  
30 Marktwirtschaft Erkenntnisse brauchen. Das heißt, wenn Sie von der Regierung fordern,  
31 bis zum 1. Januar 2007 ein Gesetz vorzulegen, dann müsste die Regierung mit einem so  
32 weit reichenden Vorhaben in einem halben Jahr fertig sein. Sie wissen, dass das nicht  
33 funktionieren wird. Wir reden in Wirklichkeit über einen Systemwechsel in der Unter-  
34 nehmenbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland. So etwas schüttelt man nicht  
35 einfach aus dem Ärmel – auch um Ihrer Kritik zu entgehen, dass dieses Vorhaben nicht  
36 gelungen sei oder einer Nachbesserung bedürfe.

37 Wir haben uns eine Menge vorgenommen. Ich glaube, dass die Einleitung dieser Schritte  
38 richtig ist, und ich bin sehr dankbar, dass uns die beiden Koalitionspartner auch in den  
39 Ausschussberatungen – insbesondere im Finanzausschuss – so behilflich gewesen sind.

40 Ich habe Ihre Hinweise zum Thema Steuerberater nicht ganz verstanden, Frau Höll. Mir  
41 ist bis jetzt entgangen, dass ausgerechnet Ihre Wählerklientel in so starkem Maße Steuer-  
42 berater in Anspruch nimmt. Denn ich gehe davon aus, dass die große Masse der Lohn-  
43 steuerzahler nicht unbedingt die Klientel der Steuerberater stellt; sie ist nämlich heute  
44 schon in der Lage, ihre Lohnsteuererklärung auf einem Blatt Papier abzugeben, und zwar  
45 nach Lage der Dinge bei den Serviceagenturen der Finanzämter. Das ist zudem kostenlos,  
46 was Sie in diesem Zusammenhang leider verschwiegen haben.

47 Was die Frage von Frau Andreae nach den 600 Millionen Euro angeht, so hat es zwar  
48 darüber eine Debatte gegeben, aber wir haben uns dabei insbesondere die Berechnungen  
49 des Freistaats Bayern und des Landes Nordrhein-Westfalen zu Eigen gemacht. Wir wis-  
50 sen, dass es Verhaltensweisen geben wird, durch die einiges in dem Spannungsbogen  
51 zwischen der Anrechnung von Werbungskosten und Sonderausgaben infrage gestellt  
52 wird. Aber wir haben keinen Grund, die Berechnungen der beiden Bundesländer infrage  
53 zu stellen.

54 Bei vielen der haushalts- und finanzpolitischen Hinweise aus den Reihen der FDP ist mir  
55 eines nicht richtig klar geworden, Herr Wissing. Wenn Sie die Senkung der Nettokredit-  
56 aufnahme und der Steuersätze fordern, gleichzeitig aber eine große Zurückhaltung hin-  
57 sichtlich der Abschaffung von Steuervergünstigungen an den Tag legen – ich drücke mich

58 dabei höflich aus –, ist mir nicht klar, wie Sie den Haushalt sanieren wollen, ohne massiv  
59 in Leistungsgesetze einzugreifen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

60 Die FDP verschweigt dem Publikum bzw. den Bürgerinnen und Bürgern, in welchem  
61 Ausmaß sie in der Lage ist oder es für notwendig ansieht, Eingriffe in Leistungsgesetze  
62 in einem Ausmaß vorzunehmen, das spielend zweistellige Milliardensummen erreicht.  
63 Außerdem verschweigen Sie dem Publikum, inwieweit sich diese Eingriffe auch auf  
64 volkswirtschaftliche Parameter bzw. auf Wachstum und Beschäftigung auswirken.

65 – Ich wiederhole, was ich im Ausschuss gesagt habe, Herr Fricke. Wenn Sie mir sagen,  
66 wir dürften die Mehrwertsteuer nicht erhöhen, wodurch dem Bund – von den Ländern  
67 und Kommunen rede ich in diesem Zusammenhang gar nicht – 10 Milliarden Euro fehlen,  
68 und als Gegenvorschlag gefordert wird, den Zuschuss zur Rentenversicherung um 8 Mil-  
69 liarden Euro zu kürzen, dann läuft das auf eine 4bis 5-prozentige Realkürzung der Renten  
70 hinaus. Da die Rentner keine hohe Sparquote haben, wirkt sich das auf den Konsum und  
71 damit ebenfalls auf volkswirtschaftliche Parameter aus, wie es auf umgekehrtem Weg in  
72 einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bei anderen Stellschrauben auch der Fall ist.  
73 Bei Ihrer Argumentation legen Sie das nicht offen.

74 Sie werden diesen freidemokratischen Dreisatz meines Erachtens nicht widerspruchsfrei  
75 hinbekommen, wenn Sie weitere Steuersenkungen und die Reduzierung der Neuverschul-  
76 dung – darin sind wir uns übrigens einig – fordern. Bei Ihnen schwingt auch immer eine  
77 Kritik an dem Abbau von in meinen Augen volkswirtschaftlich überholten Steuersubven-  
78 tionen mit. Aber Sie verschweigen, welches haushalts- und finanzpolitische Konzept da-  
79 hintersteht. Das wird nicht deutlich.

80 Ich will zum Bundeshaushalt und darüber hinaus auch zu den anderen Haushalten der  
81 Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland noch einmal deutlich festhal-  
82 ten, dass wir uns nicht aus den Defiziten herausparen werden können. Das wird nicht  
83 erfolgreich sein. Wir werden vielmehr die Defizite in der Bundesrepublik Deutschland  
84 nur dann reduzieren können, wenn wir mehr Wachstumsförderung betreiben, den Arbeits-  
85 markt stabilisieren, die Sozialversicherungssysteme robuster gegen die Konjunkturaus-  
86 schläge wie auch gegen die Erosion sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsver-  
87 hältnisse machen und auch mehr Einnahmen generieren.

88 Deshalb ist dieser großen Koalition sehr daran gelegen, den Zweiklang aufrechtzuerhal-  
89 ten, also beides zu tun: auf der einen Seite Impulse zu geben und Wachstumsförderung  
90 zu betreiben und auf der anderen Seite die notwendige Haushaltskonsolidierung voran-  
91 zutreiben. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben ihren  
92 Worten umgehend erste Taten folgen lassen. Das setzt Signale. Aber ich füge hinzu: Das  
93 ist erst der Anfang. Wir haben noch eine ganze Legislaturperiode vor uns.

94 Herzlichen Dank.

Union

2005



**Dr. Andreas Scheuer Bundestag Juni 2005 (CDU/CSU): ASB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15180.pdf>

- 1 Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über Auf-  
2 bruch und Perspektiven der jungen Generation in unserem Land. Wenn man sich als ar-  
3 beitsloser Jugendlicher auf der Homepage der Bundesregierung informieren möchte, um  
4 den Aufbruch und die Perspektiven mit klaren politischen Plänen und Entscheidungen  
5 der Politik nachvollziehen zu können, klickt man auf das 20-Punkte-Programm der Bun-  
6 desregierung. Dann muss man sich über einzelne Punkte wie beispielsweise das CO2-  
7 Gebäudesanierungsprogramm vorarbeiten, um schließlich zu dem Unterunterpunkt „Bes-  
8 sere Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ zu kommen. Dann wieder ein kleiner Spiegelstrich:
- 9 Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit setzt eine erhöhte Vermittlungsaktivität für  
10 unter 25-Jährige ein. Außerdem sollen Ausbildungsverbünde in Ostdeutschland gefördert  
11 werden.
- 12 Aus, vorbei, nicht mehr! Jetzt will ich wirklich nicht allzu ironisch sein, aber dass arbeits-  
13 lose Jugendliche bei diesem „handfesten“ Programmpunkt vor Begeisterung mit Mut und  
14 Zuversicht vom Hocker springen, das bezweifle ich.
- 15 Deshalb komme ich auf die Entwicklungen der letzten Monate zu sprechen: In der ersten  
16 Lesung dieses Antrags von Rot-Grün am 14. April 2005 habe ich in meiner Rede die  
17 richtige Prognose abgegeben: Die Bürgerinnen und Bürger von NRW, vor allem auch die  
18 junge Generation, die junge Bürgerschaft, hat Zukunft, hat den Wechsel und hat damit  
19 die Union gewählt. Damals habe ich noch wildesten Protest auf Ihrer Seite gehört. Heute  
20 kommt fast kein Zwischenruf – also ergeben Sie sich in Ihr Schicksal.
- 21 Ganz interessant ist auch, dass bei dieser Debatte vonseiten der Grünen nicht einmal die  
22 Mitglieder des zuständigen Jugendausschusses anwesend sind – auch eine interessante  
23 Variante, über Jugend und die junge Generation zu reden.
- 24 – Gut, Herr Ströbele, es heißt „Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“.
- 25 Die Wahl in NRW hat die politische Landschaft in diesem Lande verändert: Die Wähle-  
26 rinnen und Wähler, die Jugendlichen, haben Rot-Grün die rote Karte gezeigt; das rot-

27 grüne Experiment wurde auf Landesebene endgültig abgewählt und steht auch im Bund  
28 vor dem Aus. Wenn man Ihr Verhalten jetzt beim vorletzten Tagesordnungspunkt sieht,  
29 dann wird deutlich, dass Sie schon bei eigenen Anträgen Ihre Mehrheit anzweifeln – auch  
30 eine interessante Variante hier im Parlament.

31 Schon die Ankündigung von Neuwahlen durch Müntefering und Schröder hat eine Auf-  
32 bruchsstimmung in unserem Land und bei der jungen Generation ausgelöst. Auch wenn  
33 der Bundeskanzler nicht seine mit gewissen Schwierigkeiten behaftete Politik durchbrin-  
34 gen will, bitten wir ihn aus vollem Herzen, wenigstens Neuwahlen in Deutschland umzu-  
35 setzen, damit wir die Signale im September 2005 auf Zukunft stellen können. Ich kann  
36 Bundeskanzler Schröder nur empfehlen: Wählen Sie für die Bundesregierung den Slogan  
37 „Wir machen den Weg frei“.

38 Jugendliche Bürgerinnen und Bürger sehen das. Ich habe gerade eine Besuchergruppe,  
39 eine zehnte Klasse, betreut. Wenn man mit ihnen spricht, dann spürt man die Sorgen die-  
40 ser jungen Generation. Nun werden wir, die Opposition, immer dafür kritisiert, dass wir  
41 über die nicht allzu rosige Grundstimmung in Deutschland reden. Aber das ist die Realität  
42 und wir sind nicht im Deutschen Bundestag, um ein Wunschkonzert aufzuführen, sondern  
43 um Perspektiven und Aufbruch wirklich zu vermitteln. Dazu fehlt Ihnen die Kraft, meine  
44 Damen und Herren von Rot-Grün. Auf die Fragen „Wo liegt eure Zukunft?“,

45 „Welche Ausbildung wollt ihr machen?“ hat diese zehnte Klasse Antworten gegeben, bei  
46 denen man spüren konnte, dass zu den prägenden Erfahrungen dieser Jugendlichen auch  
47 diese nicht allzu rosige Grundstimmung, die wir momentan haben, gehört.

48 Am Ende von sieben Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung versuchen Sie mit Ih-  
49 rem Antrag „Aufbruch und Perspektiven – Zukunftschancen für Jugendliche in Deutsch-  
50 land stärken“, die Wogen zu glätten, um noch einmal um letztes Vertrauen bei den Ju-  
51 gendlichen zu werben. Mit diesem Antrag erreichen Sie genau das Gegenteil. Hier tritt  
52 eine kraftlose, ideenlose und perspektivlose Politik zutage: mit viel Schönreden, viel  
53 Prosa, aber nichts Konkretem. Umso peinlicher ist es, dass Kollegen im zuständigen Ju-  
54 gendausschuss mit einem Augenzwinkern hinter vorgehaltener Hand bestätigen, dass die-  
55 ser Antrag nix G'scheites ist, wie man es auf gut Bayerisch ausdrückt.

56 Meine Damen und Herren von Rot-Grün, ich frage Sie: Welche Chancen wollen Sie in  
57 den Tagen, in denen Ihr Kanzler um Ihr Misstrauen ringt, vermitteln und um welches  
58 Vertrauen wollen Sie werben? 600 000 arbeitslosen Jugendlichen wird dies nichts helfen.  
59 Heute, da die Entwicklung wissenschaftlich und technisch weitergeht und immer schnel-  
60 ler fortschreitet, müsste die junge Generation mit diesen Chancen, Perspektiven und Her-  
61 ausforderungen, die durch viele Zukunftstechnologien auf die Zukunft ausgerichtet sind,  
62 eigentlich arbeiten können. Das Plus des Standortes Deutschland war immer, dass wir  
63 das, was wir teurer waren, auch ein wenig schneller, flexibler und besser als die anderen  
64 waren. Das war immer unser Standortvorteil.

65 Sie schließen die junge Generation von dieser Palette an Möglichkeiten aus, weil Ihre  
66 Politik zukunftsfeindlich ist und weil Sie einen Antrag nur um des Antrags willen hier  
67 einbringen. Er ist ein Sammelsurium von bekannten Behauptungen, Absichtserklärungen  
68 und jüngsten Abkommen. Er wird auf nur wenige Worte reduziert: Die Agenda 2010  
69 wirkt, ihr werdet alle gerettet. Nein, die junge Generation braucht mehr: mehr an Perspek-  
70 tiven, mehr an Chancen, mehr an Aufschwung und somit auch ein Mehr an Beschäfti-  
71 gung.

72 In Ihrem Antrag steht: Der Deutsche Bundestag begrüßt und stellt fest, dass: ... die Bun-  
73 desregierung mit der Agenda 2010 die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Be-  
74 schäftigung geschaffen und somit die Reformen am Arbeitsmarkt in ein Gesamtkonzept  
75 eingebettet hat; ...

76 Das ist ein schöner Satz. Wenn ich mir die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit anschau-  
77 e, weiß ich aber nicht, ob Sie die momentane Situation in Deutschland damit richtig ein-  
78 schätzen.

79 Sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün, Sie widersprechen sich am laufenden  
80 Band. Der Arbeit suchende Jugendliche kann sich bei Ihnen derzeit gerade nicht zwischen  
81 Heuschrecken und Lohnerhöhungen entscheiden. Er brauchte erst einmal einen Auf-  
82 schwung, um in Arbeit zu kommen. Herr Staatssekretär, Sie beweisen das ja: Hier danken  
83 Sie den Unternehmern und denen, die ausbilden, und auf der anderen Seite frotzelt Ihr  
84 Fraktionsvorsitzender gegen genau diese, die die Ausbildungsplätze zur Verfügung stel-  
85 len wollen, und bezeichnet sie als Heuschrecken.

86 Vertrauen werden Sie so nicht gewinnen. Der Arbeitsmarkt sieht nicht nur für den Schul-  
87 abgänger ohne abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung, sondern mittlerweile auch  
88 für den Jungakademiker, der sich als Dauerpraktikant verdingt, nicht rosig aus.

89 Dies sind die Realitäten der jungen Generation. Mit Ihrer technologiefeindlichen Politik  
90 treiben Sie die gut Ausgebildeten aus dem Land. Die entscheidenden Zukunftsmärkte  
91 werden mit jungen Deutschen erschlossen, aber leider nicht mehr in Deutschland, sondern  
92 dort, wo dieses Potenzial mit offenen Armen empfangen und nicht durch eine übermäßige  
93 Bürokratie gegängelt wird. Ich erinnere nur an die heutige Beratung im Ausschuss, wo es  
94 um das Antidiskriminierungsgesetz ging.

95 Ihr Kollege Schartau spricht von einem pauschalen Jugendwahn am Arbeitsmarkt. Das  
96 geht an der Realität vorbei. Die Arbeitslosigkeit betrifft alle Generationen und Bildungs-  
97 schichten. Eines bestätigen diese Äußerungen aber: Immer, wenn Sie mit Ihrer Allheil-  
98 waffe nicht weiterkommen, gibt es einen, der dem anderen nichts gönnt: die Jungen den  
99 Alten nicht, die Unternehmer den Arbeitern nicht usw. Sie betreiben immer eine Politik  
100 mit Gegensätzen. Das ist der falsche Weg.

101 Wir werden herausarbeiten müssen, dass wir in Deutschland keine Ansammlung von Ich-  
102 AGs, die Sie befürworten, sondern eine Wir-AG Deutschland brauchen, um Deutschland  
103 mit einem gesellschaftspolitischen Kraftakt wieder fit zu machen und damit die Abstiegs-  
104 fahrt unseres Landes nach sieben Jahren Rot-Grün ins Gegenteil zu verkehren.

105 Tatsache ist, dass immer weniger Jugendliche Gelegenheit erhalten, auf dem Arbeits-  
106 markt Tritt zu fassen.

107 Herr Staatssekretär, darüber dürfen auch keine Warteschleifen bei der Berufsvorbereitung  
108 hinwegtäuschen. Es ist viel geschehen, aber es gibt immer noch Warteschleifen. Das kann  
109 uns nicht zufrieden stellen. Der eine Teil scheitert an der von Ausbildungsbetrieben zu-  
110 nehmend beklagten mangelnden Ausbildungsfähigkeit, der andere Teil an den Fesseln  
111 des Arbeitsmarktes. Bündnisse wie der Pakt für Arbeit leisten einen wichtigen Beitrag,  
112 einem Teil der Jugendlichen Perspektiven und Chancen zu geben.

113 Den ausbildenden Betrieben sei an dieser Stelle ausdrücklich Dank gesagt. Ich bestärke  
114 sie in ihren Bemühungen, Jugendliche auszubilden.

115 Ich denke, die Vertreter des Mittelstandes als Rückgrat der Berufsausbildung würden un-  
116 ter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen gern mehr ausbilden.

117 Sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass in  
118 Insolvenz befindliche Unternehmen auch unter Androhung von Zwang nicht ausbilden  
119 werden und können.

120 Die wirtschaftliche Lage muss sich bessern. Damit werden auch Perspektiven eröffnet.  
121 Ein künftiges Fördern und Fordern macht nur Sinn, wenn arbeitsmarktpolitische Maß-  
122 nahmen mit wirtschaftspolitischen Veränderungen einhergehen und Synergien bilden.  
123 Erst dann wird es möglich sein, den Arbeitsuchenden aller Generationen ein Angebot für  
124 Beschäftigung zu machen.

125 Das jetzt festgelegte Verhältnis von 1 : 75 bei der Arbeitsvermittlung ist zwar ein guter  
126 Anfang. Aber ein guter Verwalter wird dadurch noch nicht sofort zu einem guten Ver-  
127 mittler. Protokolle von Arbeitslosen aus dem Internet – ich kann Ihnen das gerne zur Ver-  
128 fügung stellen –, die ein Beratungsgespräch wiedergeben, vermitteln den Eindruck, man  
129 sei im falschen Film. Das, was in den Protokollen steht, ist teilweise dramatisch.

130 Ein junger Akademiker, der das Protokoll eines Beratungsgesprächs im Internet zur Ver-  
131 fügung gestellt hat, kommt zu dem Schluss: Ich kümmere mich besser selber um einen  
132 Job, weil ich von euch nicht vermittelt werde. – Es darf nicht sein, dass sich unter den  
133 Arbeitslosen eine Stimmung der Perspektivlosigkeit breit macht. Quantität ist also nicht  
134 gleich Qualität. Wir müssen Verschiedenes anpacken.

135 Frau Bundesministerin Bulmahn hat bei der ersten Lesung und auch vorhin gesagt: Wer  
136 über Jugend und Zukunft spricht, muss vor allem auch zuhören können. – Man muss als  
137 Politiker aber auch dorthin gehen, wo man sich nicht öffentlichkeitswirksam präsentieren  
138 kann, zu den Brennpunkten. Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in  
139 der Debatte zur Großen Anfrage „Jugend in Deutschland“ das Thema Zukunftschancen  
140 auf die Tagesordnung gebracht. Von Ihnen hat

141 keiner ein Konzept zur Jugendpolitik vorgelegt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat  
142 dazu eine entsprechende Anfrage eingebracht. Die Antwort auf diese Große Anfrage ent-

143 hält sehr viele Allgemeinplätze. Wir haben nicht danach gefragt, wie das SPD-Parteipro-  
144 gramm aussieht, sondern was Sie für Perspektiven eröffnen wollen. Das wird in Ihrer  
145 Antwort auf die Große Anfrage „Jugend in Deutschland“ wirklich nicht klar.

146 Sie brauchen auch keinen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition aufzumachen,  
147 wenn Sie darüber diskutieren, wie man die Chancen erhalten will. Regierung und Oppo-  
148 sition in diesem Haus unterscheiden sich darin, dass wir Chancen ausbauen wollen. Diese  
149 Perspektive und diese Hoffnung fehlt der jungen Generation bei Ihrer Politik. Die junge  
150 Generation kennt diesen Unterschied genau. Vor der Bundestagswahl werden wir ein An-  
151 gebot machen, um Deutschland wieder fit zu machen. Wir stehen für Eigenverantwortung  
152 statt Verstaatlichung, für Entscheidungsfreiraum statt Bevormundung, für Werte statt Be-  
153 liebigkeit, für Strukturreformen statt Hemmnisse und für Aufstieg statt eines weiteren  
154 Abstiegs mit Rot-Grün.

155 Herzlichen Dank.

**Dr. Angela Merkel Bundestag Juni 2005 (CDU/CSU): AMB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15181.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Debatte über die Ratifizierung des Ver-  
2 fassungsvertrages am 12. Mai dieses Jahres habe ich für die große Mehrheit der  
3 CDU/CSU-Bundestagsfraktion gesagt: Wir sagen Ja dazu, mit diesem Vertrag die Eini-  
4 gung Europas institutionell weiter zu festigen; denn wir vergessen nicht die Lehren von  
5 denen, die vor uns politische Verantwortung trugen, von Konrad Adenauer über Willy  
6 Brandt bis Helmut Kohl, die Lehren aus den Katastrophen der beiden Weltkriege auf eu-  
7 ropäischem Boden. Europa als Friedens- und Wertegemeinschaft stärken, dazu gibt es  
8 keine Alternative.

9 Was am 12. Mai richtig war, hier im Deutschen Bundestag gesagt zu werden, das ist auch  
10 am 16. Juni richtig.

11 Deshalb ist es allerdings genauso richtig, dass wir hinzufügen, was ich am 12. Mai eben-  
12 falls gesagt habe: Ich glaube, dass wir an einem solchen historischen Tag ... auch sehen  
13 müssen – das hat etwas mit der Zustimmung zu Europa zu tun –, dass wir in zweierlei  
14 Hinsicht am Scheideweg stehen: zum einen, was die Integrationstiefe anbelangt, und zum  
15 anderen, was die Ausdehnung der Europäischen Union anbelangt.

16 Auch dieser zweite Teil gilt heute genauso wie am 12. Mai. Er hat seine Verstärkung –  
17 darum kann man gar nicht herumreden – durch das Nein der Mehrheit der Bevölkerungen  
18 in Frankreich und in den Niederlanden erfahren.

19 Genau deshalb ist es notwendig, dass von dem Rat, der heute und morgen stattfindet, ein  
20 Signal der Entschlossenheit ausgeht, dass es ein einfaches Weiter-so nicht gibt,

21 sondern dass um Europa willen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden müssen.  
22 Herr Bundeskanzler, mit Verlaub, ich habe den Mut und die Entschlossenheit, auf diese  
23 Krise adäquat zu reagieren, bei Ihnen heute völlig vermisst.

24 Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, dass es in Bezug auf die Frage, wie es mit dem  
25 Ratifizierungsprozess weitergeht, natürlich nicht unsere Sache ist – damit meine ich uns,

26 die wir ratifiziert haben –, anderen, die noch zu ratifizieren haben, Vorschriften zu ma-  
27 chen, wie sie damit umzugehen haben. Ich bin auch der Meinung: Wenn alle zu der Über-  
28 zeugung kommen – das ist die Sache derjenigen, die sich noch entscheiden müssen, die  
29 die Ratifizierung noch vor sich haben –, der Prozess solle weitergehen, dann soll er wei-  
30 tergehen.

31 Meine Damen und Herren, ich bin aber auch der Meinung, dass wir dann nur fragen müs-  
32 sen: Wann ziehen wir Zwischenbilanz? Dazu sehen das Ratifikationsverfahren und der  
33 Vertrag folgende Regelung vor: Wenn 20 Länder ratifiziert haben, gibt es eine Zwischen-  
34 bilanz. Wir wünschen dem Rat allen Erfolg, damit dieser Prozess weitergehen kann.

35 Wir müssen uns allerdings auch auf die Frage vorbereiten, was denn passiert, wenn einige  
36 Länder sagen, dass sie diesen Prozess nicht fortsetzen wollen. Dazu haben Sie heute hier  
37 gar nichts gesagt.

38 Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns auch ganz klar vor Augen führen:  
39 Das Nein in Frankreich und in den Niederlanden ist keine Haltung, die sich gegen Europa  
40 an sich richtet. Eines ist vollkommen klar: Wenn der niederländische Schriftsteller Leon  
41 de Winter sagt: „Wir haben mit ‚Nee‘ gestimmt, um Europa zu schützen“, müssen wir  
42 uns fragen und uns Gedanken darüber machen – Sie können darüber lachen; ich glaube  
43 nur, dann wird die europäische Krise nicht behoben werden –, was die Menschen dazu  
44 bewogen hat, Nein zu sagen. Nur so können wir das europäische Einigungswerk fortfüh-  
45 ren und einen Ausweg aus der Krise finden.

46 Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen in Europa das Erreichte –  
47 dauerhafter Frieden, wirtschaftliche Freiheit – inzwischen als selbstverständlich hinneh-  
48 men. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen in den europäischen Mit-  
49 gliedstaaten Sorgen und Ängste um die Globalisierung haben.

50 Genau diese Sorgen und Ängste müssen wir aufnehmen, meine Damen und Herren. Sich  
51 über die Köpfe der Menschen hinwegzusetzen, hat noch nie ein politisches Problem ge-  
52 löst.



53 Die Menschen haben den Eindruck: Es gibt ein grenzenloses Europa, sowohl was die  
54 Vertiefung als auch was die Erweiterung angeht. Genau auf diese Frage müssen wir  
55 präzise Antworten geben, meine Damen und Herren.

56 Wir sollten auch ernst nehmen, wenn der französische Innenminister Nicolas Sarkozy  
57 sagt: Die Menschen haben viel zu lange von der Politik keine Antworten auf ihre Fragen  
58 bekommen.

59 Deshalb müssen wir schauen, wie wir genau auf diese Fragen Antworten geben. Das kann  
60 nur mit Mut gelingen. Das kann nur gelingen, indem wir eine kritische Analyse des Be-  
61 stehenden machen und deutlich sagen, wie es weitergehen soll.

62 In diesem Zusammenhang muss ganz klar definiert werden: Welche Ziele haben wir?  
63 Wohin wollen wir? – Meine Damen und Herren, Ihr Lachen wird nicht darüber hinweg-  
64 täuschen, dass diese Ziele für die Menschen nicht erkennbar sind. Sie fragen sich: Wo  
65 sind die Grenzen Europas? Wo ist die Grenze der Vertiefung? Auf diese Fragen müssen  
66 wir eine Antwort geben. Dazu sage ich als Erstes – das hat damit zu tun, dass es ein  
67 einfaches Weiter-so für mich nicht gibt –: Stopp der inneren Überdehnung Europas.

68 Europa wird von vielen als ein bürokratisches Wesen wahrgenommen, das die Menschen  
69 nicht verstehen. Sie sehen nicht, dass Europa sich wirklich nur um das kümmert, was  
70 Europas Sache ist.

71 Meine Damen und Herren, das eigentlich Tragische an dem Prozess, den wir im Augen-  
72 blick zu beobachten haben, ist, dass der Verfassungsvertrag ja gerade versucht hat, auf  
73 diese Sorgen der Menschen Antworten zu geben. Genau aus diesem Punkt heraus sage  
74 ich auch: Der Verfassungsvertrag ist ein Schritt in die richtige Richtung und das, was dort  
75 angelegt ist, muss fortgesetzt und darf nicht infrage gestellt werden; denn Kompetenzen  
76 für Europa müssen begrenzt und beschränkt werden. Genau das hat der Verfassungsver-  
77 trag versucht, auch wenn es noch nicht zu 100 Prozent gelungen ist.

78 Es ist doch gar keine Frage, dass wir Europa brauchen, wenn es um die Bewältigung der  
79 Globalisierung geht. Wir brauchen Europa, wenn es beispielsweise um Antworten auf  
80 folgende Fragen geht: Wie können wir Boeing in die Schranken weisen und Airbus nach  
81 vorne bringen? Wie können wir uns mit Microsoft auseinandersetzen? Wie können wir

82 im Textilbereich Handelsabkommen mit China treffen? Alle diese Fragen kann ein ein-  
83 zeln Land allein in der heutigen Welt doch überhaupt nicht mehr lösen. Deshalb brau-  
84 chen wir Europa.

85 Wir brauchen Europa in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, meine Damen  
86 und Herren. Daran gibt es doch überhaupt keinen Zweifel. Das sind die Aufgaben, denen  
87 sich Europa widmen muss. Das muss nach vorne gebracht werden.

88 Die Menschen machen sich halt Sorgen, wenn sie hören, dass es 400, 500 oder 600 neue  
89 Richtlinien geben könnte. Die Menschen machen sich Sorgen, wenn sie erleben, dass es  
90 Regelungstatbestände gibt, von denen sie sagen, dass wir sie in Europa wirklich nicht  
91 brauchen. Die Menschen machen sich Sorgen, wenn Sie sich mit einer Chemikalienricht-  
92 linie auseinander setzen, zu der allein 4 000 Änderungsanträge vorliegen. Herr Bundes-  
93 kanzler, vielleicht wäre es einmal eine Überlegung wert, symbolisch zu sagen: Lasst uns  
94 politisch entscheiden, was wir im Sinne des Lissabon-Prozesses, also des Wachstumspro-  
95 zesses, brauchen und was nicht! Lasst uns Prioritäten setzen! – Die Völker Europas wären  
96 dankbar für eine solche politische Haltung. Das ist es, was wir heute von Ihnen erwartet  
97 hätten.

98 Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

99 Unsere Antwort auf die Krise, in der wir uns befinden, wäre gewesen, zu sagen, welche  
100 politische Selbstbeschränkung sich Europa auferlegt, um deutlich zu machen: „Wir haben  
101 verstanden, was die Menschen uns sagen wollten“, oder – andersherum – zu sagen, dass  
102 wir eine Notwendigkeitskontrolle für das, was Europa regeln muss, einführen, um deut-  
103 lich zu machen: Wir sind einem Ziel verpflichtet, nämlich soziale Marktwirtschaft in Eu-  
104 ropa in Zeiten der Globalisierung durchzusetzen. Das soll das Selbstbild Europas sein und  
105 daran muss sich alles ausrichten: wachstumsgetriebene Politik und nicht Bürokratie an  
106 Stellen, wo sie nicht notwendig ist.

107 Es ist auch die Frage nach der Erweiterung zu stellen. Nun weiß ich nicht, Herr Bundes-  
108 kanzler – um das „Kroatien-Problem“ gleich anzusprechen –, ob Ihnen entgangen ist, dass  
109 der bayerische Ministerpräsident jüngst in Kroatien war und dort ein ganz klares Bekennt-  
110 nis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien abgegeben hat.

111 Das war unsere Haltung vor den Referenden und das ist unsere Haltung nach den Referen-  
112 den. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, Herr Bundeskanzler, dass es absurd wäre, weil  
113 die Franzosen und die Niederländer Probleme mit Europa haben, den Kroaten zu sagen,  
114 dass die Zusagen, die wir gemacht haben, jetzt nicht eingehalten werden.

115 Ich habe aber schon Kritik zu üben, nicht daran, dass Bulgarien und Rumänien eine eu-  
116 ropäische Perspektive haben. Das ist gar keine Frage; das wird von uns unterstützt.

117 Aber wir sind der Meinung, dass Bulgarien und Rumänien die Kriterien erfüllen müssen,  
118 die gelten, wenn man Mitglied der Europäischen Union werden möchte. Wir halten den  
119 Beschluss, dass Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 beitreten, wenn sie die Kri-  
120 terien erfüllen, ausdrücklich für richtig; wir werden die entsprechenden Fortschrittsbe-  
121 richte abzuwarten haben. Aber den Beschluss, dass, wenn sie die Kriterien bis zum 1.  
122 Januar 2007 nicht erfüllen, sie automatisch am 1. Januar 2008 beitreten können, halte ich  
123 für falsch; denn in jedem Fall müssen die Kriterien erfüllt werden.

124 Herr Bundeskanzler, wir haben immer mit offenen Karten gespielt, was die europäische  
125 Perspektive der Türkei anbelangt. Ich bin selber in der Türkei gewesen und habe dem  
126 türkischen Ministerpräsidenten gesagt: Wir wollen enge Beziehungen zur Türkei, aber  
127 wir glauben, dass das im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft stattfinden sollte. Die  
128 Diskussionen sind nun so weit gediehen, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei  
129 am 3. Oktober aufgenommen werden sollen. Es ist aber wichtig – das haben Sie heute  
130 auch nicht gesagt –, dass die Türkei dann auch alle ihr aufgetragenen Vorbedingungen  
131 erfüllen muss. Da darf man kein Auge zudrücken. Es ist ein ziemlich verheerender Zu-  
132 stand, dass die Türkei heute weder mit Armenien noch mit Zypern diplomatische Bezie-  
133 hungen pflegt. Zumindest mit Zypern muss dieser Zustand geändert werden.

134 Natürlich muss man sich an geschlossene Verträge halten. Aber wir werden unsere Hal-  
135 tung, dass die privilegierte Partnerschaft die beste Möglichkeit zur Integration der Türkei  
136 in Europa ist, nicht aufgeben, sondern dies in den Verhandlungen immer wieder einbrin-  
137 gen. Das können wir schon heute sagen, meine Damen und Herren.

138 Wir müssen natürlich auch versuchen – das wäre ebenfalls ein Signal an den jetzt statt-  
139 findenden EU-Gipfel –, die finanziellen Perspektiven zu klären. Dass die Verhandlungen  
140 nicht einfach sind, kann man erahnen.

141 Deshalb ist es auch richtig, dass Sie einen kleinen kritischen Schlenker zu den Festlegun-  
142 gen des Europäischen Parlaments gemacht haben. Es gibt in der Tat den so genannten  
143 Böge-Bericht, der allerdings sozusagen angefeuert wurde vom Präsidenten des Europäi-  
144 schen Parlaments, einem Sozialisten; wir beide haben mit ihm gesprochen.

145 Dieser Böge-Bericht – das sage ich nur, damit Ihnen das Lachen jetzt vergeht – hat die  
146 Zustimmung von 420 Parlamentariern im Europäischen Parlament bekommen; darunter  
147 waren auch Sozialdemokraten. Das ist etwas, was Sie genauso bekümmern sollte. Des-  
148 halb, Herr Bundeskanzler, war das ziemlich kleine Münze, was Sie da angeführt haben.

149 Es gibt halt unterschiedliche Perspektiven. Das Europäische Parlament ist zwar hinter  
150 dem Vorschlag der Kommission zurückgeblieben, aber das Europäische Parlament ist  
151 weit über die Vorschläge des Rates hinausgegangen. Deshalb werden wir alle, so wie wir  
152 hier im nationalen Parlament sitzen, ob Sozialdemokraten oder Christdemokraten, immer  
153 wieder die Diskussion mit unseren europäischen Freunden suchen müssen und versuchen  
154 müssen, dort die gleiche Perspektive zu erreichen. Da sind Sie nicht besser dran als wir.  
155 Insofern sollten wir uns das hier nicht vorwerfen.

156 Was die finanzielle Vorausschau und die finanzielle Perspektive anbelangt, so wäre es  
157 wünschenswert, ein Ergebnis zu erzielen. Um dieses Ergebnis zu bekommen, werden sich  
158 alle bewegen müssen. Nun gibt es aber etwas, das sich auf die Verhandlungen natürlich  
159 nicht förderlich auswirkt. Das ist die Tatsache, dass man sich über einen großen Teil der  
160 finanziellen Perspektive bis 2013 schon 2002 geeinigt hat, nämlich über die Agrarausga-  
161 ben. Sie haben selbst gesagt, dass der Britenrabatt etwas mit Agrarausgaben zu tun hat.

162 Von daher ist es natürlich nicht ganz einfach, wenn die einen sagen können: „Agrarsub-  
163 ventionen sind sakrosankt; da gehen wir überhaupt nicht mehr ran“ und von den anderen  
164 Flexibilität erwartet wird. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn sich genau in diesem  
165 Bereich alle ein Stück bewegen, dann ist es möglich, auf dem Rat die finanzielle Voraus-  
166 schau zu verabschieden. Ich bin viel zu sehr eine gute Deutsche, um nicht zu sagen, dass  
167 sich ganz unzweifelhaft auch die Briten bewegen müssen. Aber es kann nicht sein – das  
168 ist der Punkt –, dass von der einen Seite Flexibilität erwartet wird und von der anderen  
169 Seite gesagt werden kann: Für uns sind diese Dinge sakrosankt.

170 Sie haben kein Wort darüber gesagt, dass durch die Festlegung der Agrarsubventionen  
171 für die gesamten Zukunftsaufgaben jetzt natürlich nur noch ein sehr geringer Spielraum  
172 vorhanden ist; denn die nationalen Beiträge müssen sich – das ist richtig – im Rahmen  
173 halten. Das erkennt man, wenn man insbesondere einen Blick in den eichelschen Haushalt  
174 wirft. Aber die Tatsache, dass das so ist, nämlich dass wir jetzt praktisch nur noch bei den  
175 Zukunftsbereichen reduzieren können, wirft wieder kein gutes Licht auf Europa; denn  
176 gerade im Forschungsbereich und den anderen Zukunftsbereichen, in denen wir ange-  
177 sichts der Globalisierung Nachholbedarf haben, müsste Europa stark sein. Aber da sind  
178 jetzt äußerste Restriktionen angesagt. Auch das macht die Verhandlungen so schwierig.

179 Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat gestern dazu seine Sicht nie-  
180 dergeschrieben.

181 Er hat deutlich gemacht: Von dieser Perspektive muss ein Zukunftssignal ausgehen und  
182 darf nicht ein Signal der Vergangenheit ausgehen. – Das würden wir gern sehen, meine  
183 Damen und Herren.

184 Deshalb, Herr Bundeskanzler, wünsche ich und wünschen wir von ganzem Herzen, dass  
185 dieser Rat, ein entscheidender Rat, heute und morgen das Signal an die Bürgerinnen und  
186 Bürger Europas aussendet, dass die Staatsund Regierungschef verstanden haben: Ein ein-  
187 faches Weiter-so wird Europa zerstören. Es muss eine Veränderung geben.

188 Es wäre gut, wenn Deutschland genau in diesem Prozess eine führende Rolle spielen  
189 könnte. Die Menschen schauen auf uns. Die Menschen in Europa wissen, dass die wirt-  
190 schaftliche Schwäche Deutschlands dazu beiträgt, dass auch Europa wirtschaftlich nicht  
191 stark genug ist.

192 Deshalb muss es nach meiner festen Überzeugung eine klare Priorität für die Lissabon-  
193 Agenda geben, das heißt eine klare Priorität für Wachstum und wirtschaftliche Entwick-  
194 lung, um in Europa Beschäftigung zu bekommen. Alle Richtlinien müssen auf den Prüf-  
195 stand, um zu klären, ob sie genau diesem Ziel dienen. Es muss eine politische Kontrolle  
196 dessen geben, was in der Kommission an Richtlinien verabschiedet wird. Es muss ein  
197 politisches Bekenntnis geben in den Fragen: Was brauchen wir? Was brauchen wir nicht?  
198 Wo sind wir vielleicht falsch vorgegangen? Nach meiner festen Überzeugung müssen

199 Tatsachen geschaffen werden in der Frage: Wie geht es über das hinaus, was Sie heute  
200 gesagt haben, mit dem Erweiterungsprozess weiter?

201 Wir glauben, dass die Türkei-Frage in den Abstimmungen der Länder eine wichtige Rolle  
202 gespielt hat. Dies dürfen wir nicht unterschätzen und auch nicht verdrängen. Ich sage  
203 schon heute: Es wäre ganz unverantwortlich, wenn man über zehn Jahre Verhandlungen  
204 mit der Türkei immer mit der Perspektive einer Vollmitgliedschaft führte, wissend, dass  
205 in den Ländern, in denen zum Schluss Referenden stattfinden, nie eine Mehrheit für den  
206 entsprechenden Beschluss zu bekommen ist.

207 Das ist unverantwortliche Außenpolitik, Herr Bundeskanzler.

208 Eine solche Außenpolitik machen wir nicht mit. Wir sagen das, was wir meinen, im In-  
209 land genauso wie im Ausland. Manchmal sind die Gespräche schwieriger, wenn man  
210 nicht alles versprechen kann. Aber Wahrhaftigkeit und Verlässlichkeit müssen wieder ein  
211 Zeichen deutscher Politik werden. Dies ist im Augenblick leider nicht so.

**Gerda Hasselfeldt Bundestag Juni 2005 (CDU/CSU): GHB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15181.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute eine ganze Reihe  
2 von verschiedenen Agrarvorlagen. Ich möchte mich auf zwei davon konzentrieren, in de-  
3 nen, wie ich glaube, die Unterschiede zwischen der Bundesregierung auf der einen Seite  
4 und der Unionsfraktion auf der anderen Seite besonders deutlich zum Ausdruck kommen.  
5 Es handelt sich einmal um den Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung und zum  
6 Zweiten um den von uns vorgelegten Antrag zur Stärkung ländlicher Räume.

7 Im Agrarpolitischen Bericht ist deutlich nachzulesen, wie sich die Entwicklung der Land-  
8 wirtschaft und der ländlichen Räume vollzogen hat: Die Einkommen der Landwirte sind  
9 von 2001 bis heute um 15 bis 20 Prozent gesunken. Die Investitionen sind zurückgegan-  
10 gen. 1998 betrugen sie noch 560 Euro pro Hektar, heute liegen sie bei 360 Euro pro Hek-  
11 tar. Der Strukturwandel hat sich beschleunigt.

12 Das sind einige der Fakten, meine Damen und Herren. Durch den Investitionsrückgang  
13 sind Arbeitsplätze nicht nur in der Landwirtschaft – auch im vorund nachgelagerten Be-  
14 reich, in der Landtechnik und ebenso bei den Bauten – auf der Strecke geblieben, sondern  
15 auch technischer Fortschritt und Interessen in den Bereichen Tierschutz und Pflanzen-  
16 schutz.

17 Denn Investitionen in neue Ställe bedeuten in aller Regel auch bessere Tierhaltungsbe-  
18 dingungen. Investitionen in neue Geräte bedeuten in Bezug auf den Pflanzenschutz auch  
19 eine bessere Feinabstimmung beispielsweise bei der Ausbringung und vieles andere  
20 mehr.

21 Das alles haben Sie mitzuverantworten: den Investitionsrückgang, den Verlust der Ar-  
22beitsplätze, das, was an technischem Fortschritt, an Umweltschutz, an Tierschutz auf der  
23 Strecke geblieben ist.

24 Dies alles ist nicht gottgegeben oder von irgendjemandem veranlasst, sondern das ist das  
25 Ergebnis Ihrer Politik, einer Politik, die jede Gelegenheit genutzt hat, Kürzungen im Ag-  
26 rarhaushalt zu erreichen und die Produktionsbedingungen beispielsweise durch eine hö-

27 here Agrardieselsteuer zu verschlechtern sowie den Landwirten Tausende von Vorschrif-  
28 ten aufzubürden. Dies ist Ergebnis einer Politik, die zusätzlich Misstrauen zum Beispiel  
29 durch die verdeckten Feldbeobachtungen geschürt hat und die den deutschen Landwirten  
30 mit ständigen nationalen Alleingängen und mit Draufsatteln auf Vorschriften der Euro-  
31 päischen Union das Leben schwerer gemacht, die Produktionsbedingungen verschlechtert  
32 und die Produktion in Deutschland im landwirtschaftlichen Bereich verteuert hat.

33 Unser Ansatz ist ein völlig anderer. Ich will Ihnen einmal drei Grundsätze darlegen, damit  
34 Sie das im Zusammenhang verstehen können.

35 Erstens. Ich glaube, dass Landwirtschaftspolitik nicht immer nur als Berufsstandspolitik  
36 betrachtet werden kann, sondern ein ganz wichtiger Teil der gesamten Wirtschaftspolitik  
37 ist. Deshalb sind die 4,3 Millionen Beschäftigten, die wir im gesamten Agribusiness ha-  
38 ben, einzukalkulieren, wenn wir über den Stellenwert der Landwirtschaftspolitik im Ge-  
39 samtkontext der Wirtschaftspolitik reden.

40 Zweite Bemerkung. Die Landwirtschaft ist der Kern, wenn nicht sogar die Seele des länd-  
41 lichen Raums. Ohne Landwirtschaft können Sie meines Erachtens einen ökonomisch und  
42 ökologisch lebendigen ländlichen Raum vergessen.

43 Das müssen wir mit Blick auf alle, die im ländlichen Raum wohnen und diesen genießen,  
44 auch als Erholungsbereich, wissen.

45 Dritte Bemerkung. Wenn Sie der Landwirtschaft die ökonomische Basis abschneiden,  
46 indem Sie die Produktionsbedingungen immer weiter verschlechtern, wie Sie es die ganze  
47 Zeit gemacht haben – ich habe Ihnen schon Beispiele genannt; ich kann das auch vertiefen  
48 –, dann brauchen Sie sich über Pflanzenschutz und Tierschutz überhaupt keine Gedanken  
49 mehr zu machen, weil die Produktion dann nämlich nicht mehr in Deutschland stattfindet,  
50 sondern in den anderen Ländern.

51 Auch ich weiß natürlich, dass wir nicht immer so tun können, als könne es im Agrarbe-  
52 reich weitergehen wie bisher; denn auf den Weltmärkten hat sich vieles verändert und  
53 vieles verändert sich nach wie vor. Die Zeit der abgeschotteten Agrarmärkte ist vorbei.

54 Unsere Landwirte stehen zunehmend im internationalen Wettbewerb. Wenn das so ist  
55 und wenn auch Sie das konzedieren, dann muss ich Sie fragen: Welche Konsequenzen



56 ziehen wir denn daraus? – Das sage ich Ihnen gerne. – Wenn die Landwirte immer mehr  
57 im internationalen Wettbewerb stehen, dann muss die oberste Maxime für die Politik sein,  
58 die Wettbewerbsbedingungen der deutschen Landwirte denen der anderen europäischen  
59 Landwirte anzugleichen.

60 Das kostet überhaupt kein Geld. Wenn Sie sämtliche EU-Vorschriften eins zu eins um-  
61 setzen und weder beim Pflanzenschutz noch beim Tierschutz nationalen Alleingänge star-  
62 ten, dann haben Sie schon einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wettbe-  
63 werbsituation der deutschen Landwirtschaft geleistet.

64 Was die Wettbewerbssituation betrifft, gilt Ähnliches für den Agrardieselbereich. Es geht  
65 auch darum, die Hausaufgaben im nationalen Bereich zu machen. Wie gehen Sie bei-  
66 spielsweise mit dem Problem der Agrarsozialpolitik um? Sie schieben den Versuch, es zu  
67 lösen, hinaus. In den letzten Jahren fiel Ihnen nichts anderes ein, als permanent die Zu-  
68 schüsse zu den agrarsozialen Systemen zu kürzen. Sie haben sich von dem parteiüber-  
69 greifenden Konsens der 70er-Jahre verabschiedet und Sie haben dazu beigetragen, dass  
70 die Beiträge in der Sozialversicherung der Landwirte permanent gestiegen sind.

71 Wir haben deutlich gemacht, dass es um eine Angleichung und um eine engere Verzäh-  
72 nung mit der gesetzlichen Sozialversicherung geht. Vor allem in der Unfallversicherung  
73 geht es darum, Vorschläge, die sogar vom Berufsstand auf den Tisch gelegt wurden, zu  
74 akzeptieren, wenigstens einmal anzudiskutieren, um auf diesem Weg zu einer Absenkung  
75 der Beiträge in der Sozialversicherung zu kommen.

76 Ich will nicht allzu sehr ausholen, was Bürokratieabbau angeht. Wir haben Ihnen oft ge-  
77 nug gesagt, was wir meinen. Wer sich nur anschaut, wie viele Seiten Landwirte im Zu-  
78 sammenhang mit der Umsetzung der GAPReform zu lesen und zu bearbeiten haben, der  
79 weiß ein Lied davon zu singen.

80 Wir müssen auch neue Chancen nutzen, zum Beispiel im Bereich der nachwachsenden  
81 Rohstoffe.

82 Lassen Sie mich auf Folgendes hinweisen: Heute wird so getan, als wäre dies eine Idee  
83 der Grünen oder jetzigen Regierung. Wie ich hier bereits einmal gesagt habe, stammt

84 diese Idee von uns. Wir haben damals, Ende der 80er bis Mitte der 90er-Jahre, gegen er-  
85 bitterte Widerstände der Grünen die Grundlagen gelegt.

86 Dies will ich bloß einmal festhalten, damit es nicht vergessen wird. Man muss aber auch  
87 die Chancen im Bereich der Grünen Gentechnologie nutzen. Man muss sich seiner großen  
88 Verantwortung bewusst sein und darf nicht einseitig vorgehen. Der Bundeskanzler preist  
89 auf großen Veranstaltungen zwar die Chancen einer neuen Technologie, die Regierungs-  
90 arbeit sieht faktisch aber ganz anders aus. Das kann nicht richtig sein. Wir wollen, dass  
91 die sich aus dieser Technologie ergebenden Chancen – Innovationen und Arbeitsplätze –  
92 nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in Deutschland genutzt werden.

93 Diese Ministerin hat mittlerweile einige Jahre Zeit gehabt, Zeichen für die ländlichen  
94 Räume, für die Landwirtschaft zu setzen. Frau Ministerin, Sie haben diese Chance meines  
95 Erachtens vertan. Geblieben sind PR-trächtige Sprüche. Geblieben ist eine Klientelpoli-  
96 tik. Geblieben ist aber vor allem, liebe Frau Künast, Ihr Beitrag dazu, dass die Arbeitslo-  
97 sigkeit so hoch ist. Die Höhe der Arbeitslosigkeit ist ein Ergebnis der Politik dieser Bun-  
98 desregierung.

99 Nachdem Herr Thalheim heute seine Abschiedsrede gehalten hat, will ich nicht versäu-  
100 men, ihm für seine Arbeit zu danken. Sie haben Ihre Stimme immer wieder zugunsten  
101 aller Landwirte erhoben, manchmal gegen Widerstände in den eigenen Reihen. Ich  
102 möchte Ihnen herzlich danken und wünsche Ihnen alles Gute.

**Julia Klöckner Bundestag Juni 2005 (CDU/CSU): JKB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15180.pdf>

- 1 Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Teuchner, Sie  
2 haben eben vom Schattenkabinett der Union gesprochen: Da wissen Sie mehr als wir. Die  
3 einzigen Schatten, die ich bisher sehe, sind auf der Regierungsbank.
- 4 – Zum Zeitunglesen: Vielleicht sollte man sich auch informieren.
- 5 – Das haben Sie getan. Wir werden uns darüber nachher gern unterhalten können. Viel-  
6 leicht sind Sie einer Ente aufgesessen; aber das ist mir relativ gleich. Sehen wir einmal,  
7 was nach der Wahl kommt. Ich glaube, Sie werden dann ganz andere Dinge zu bewältigen  
8 haben.
- 9 Ich möchte auf das Thema BSE-Tests zu sprechen kommen. Mit Blick auf unsere deut-  
10 schen Produzenten möchte ich natürlich, dass vorwiegend deutsches Fleisch gekauft wird.  
11 Frau Künast wie auch Herr Ostendorff haben eben Zwischenrufe gemacht: Man soll ge-  
12 rade deshalb deutsches Fleisch kaufen, weil in Deutschland BSE-Tests für alle Rinder  
13 über 24 Monate bei der Schlachtung vorgeschrieben sind.
- 14 Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das Fleisch der deutschen Bauern neben  
15 dem Fleisch aus Argentinien oder aus Frankreich liegt. In Frankreich sind BSE-Tests erst  
16 für alle Rinder über 30 Monate bei der Schlachtung vorgeschrieben. Dadurch kann es viel  
17 günstiger als das Fleisch aus Deutschland sein. Wir können uns das deutsche Fleisch si-  
18 cherlich leisten; aber es gibt außerhalb dieser „heiligen Hallen“ viele Bürgerinnen und  
19 Bürger, die es sich nicht leisten können und sich überlegen müssen, was sie kaufen. An-  
20 gesichts dessen ist es – gerade als Partei der Besserverdienenden – sehr arrogant, zu sa-  
21 gen: Dann kaufen wir das deutsche Fleisch.
- 22 Frau Künast, Sie haben in der Debatte über den Verbraucherpolitischen Bericht 2004 ein  
23 Resümee dessen gezogen, was Sie in Ihrer Regierungszeit zum Verbraucherschutz ge-  
24 macht haben. Dabei ist mir eines aufgefallen: Sie haben gar nichts zu den Energiepreisen  
25 gesagt.

26 Wenn jemand von hohen Energiepreisen betroffen ist, dann sind es doch wohl alle priva-  
27 ten Haushalte, die kleinen wie die großen Familien. Mich wundert es schon, dass die  
28 Verbraucherministerin nichts zu den steigenden Energiepreisen gesagt hat. Stattdessen  
29 treten Sie, Frau Künast – das mag auch interessant sein –, für nachhaltiges Waschen ein.

30 Es herrscht also Stille im Ministerium zu den steigenden Energiepreisen. Ich kann mir  
31 schon vorstellen, warum Sie dazu nichts gesagt haben. Zum einen hat Minister Clement  
32 Ihnen verboten, sich dazu äußern. Zum anderen wissen Sie natürlich, dass der Bumerang  
33 zurückkommen kann. Innerhalb Ihrer Regierungszeit sind beispielsweise die Stromkosten  
34 aufgrund der staatlichen Belastungen von 2,2 Milliarden Euro um mehr als das Fünffache  
35 auf 12 Milliarden Euro gestiegen. Weil dies gegen die Interessen der Verbraucher ist,  
36 halten Sie bei diesem Thema den Mund und reden beispielsweise lieber über Schrottim-  
37 mobilien.

38 Es gibt noch ein zweites Kabinettstück. Schauen wir uns einmal das Werbeverbot für  
39 Zigaretten an. Die EU beschloss ein Werbeverbot für Zigaretten. Auf der einen Seite wet-  
40 terte Minister Clement dagegen und zog sogar vor den Europäischen Gerichtshof. Auf  
41 der anderen Seite möchten Sie zeitgleich im nationalen Alleingang ein Werbeverbot er-  
42 wirken. Es ist schon interessant, dass Sie sich alle Möglichkeiten offen lassen wollen. Es  
43 wäre aber schon gut, Sie würden Ihre Arbeit besser koordinieren.

44 Die Schwächen in der Koordinierung zeigen sich beim Thema Ernährung noch gravie-  
45 render. Dazu haben wir heute nur relativ wenig von Ihnen gehört. Verbraucherschutzmi-  
46 nisterium und Gesundheitsministerium wissen nicht, wer die Zügel in die Hand nehmen  
47 soll. Es gibt teure Doppelstrukturen. Das Gesundheitsministerium legt ein Programm im  
48 Zusammenhang mit Ernährung für rund 2 Millionen Euro auf. Ihr Ministerium, Frau Kün-  
49 ast, gibt wiederum 9 Millionen Euro für Aufklärungskampagnen und Wettbewerbe im  
50 Zusammenhang mit Übergewicht aus. Das Familienministerium wiederum legt ein Pro-  
51 jekt „Qualitätssicherung in Beratung und ambulanter Therapie von Frauen und Mädchen  
52 mit Essstörungen“ auf. Das eine Ministerium lässt Broschüren drucken und das andere  
53 Ministerium hat ähnliche Broschüren schon einmal über die Bundeszentrale für gesund-  
54 heitliche Aufklärung verteilen lassen. Trotzdem sagen Sie, Sie hätten nicht genug Geld.

55 Dass Übergewicht und Fettleibigkeit ein Problem sind, sind wir uns ja einig. Wir brau-  
56 chen einheitliche Strategien. Es muss auch ressortübergreifend zusammengearbeitet wer-  
57 den. Frau Ministerin Künast, es bringt nichts, wenn Sie mit PR-Kampagnen vorpreschen  
58 und alles an die große PR-Glocke hängen, wenn andere Ministerien ähnlich verfahren.  
59 Wir müssen bei der Ernährungsberatung und Ernährungsaufklärung in Deutschland un-  
60 sere Aktivitäten endlich bündeln.

61 Apropos Alleingang. Frau Künast, wir erinnern uns noch an Ihr Buch „Die Dickmacher“.  
62 Ich habe bis heute nicht verstanden, wie unter diesem Titel Ihr Konterfei auf den Buch-  
63 deckel gedruckt werden konnte. Ihr Buch hat eine Auflage von 30 000, aber es ist – mit  
64 Verlaub – ein Rohrkrepieler geworden. Zu diesem Schluss kommt man, wenn man bei  
65 den Buchhandlungen und beim Verlag nachfragt. Die Fachleute auf dem Gebiet der Er-  
66 nährung haben den Inhalt Ihres Buches angegriffen.

67 Frau Künast, Sie sind eine Freundin des Bücherschreibens. Zurzeit suchen Sie einen Au-  
68 tor zum Thema Wein und Riesling. Dieses Thema macht sich ganz gut. Ich weiß, Stuart  
69 Pigott hat abgesagt. Aber es gibt noch eine gute Autorin in Köln. Sie stürzen sich immer  
70 auf Themen, die sich gut für PR eignen.

71 Wir sind der Meinung, dass man die Gesundheitsaufklärung und die Ernährungsaufklä-  
72 rung ganzheitlicher sehen muss und dass man die Plattform etwas neu justieren muss. Es  
73 sollen hinsichtlich der Gewichtsprobleme nicht nur die Kinder und die Jugendlichen an-  
74 gesprochen werden, sondern auch die Erwachsenen. Die Erwachsenen müssen mit gutem  
75 Beispiel vorangehen.

76 Ich möchte Sie zum Schluss noch bitten, nicht nur das Übergewicht im Fokus zu haben.  
77 Es gibt auch die Untergewichtigen sowie die Fehl- und Mangelernährten. In meine  
78 Sprechstunde kam eine Mutter, deren Tochter magersüchtig ist. Auch das Problem der  
79 Magersucht müssen wir neben dem Problem des Übergewichts bei Kindern im Auge be-  
80 halten. Dieses ist ein psychosoziales und pädagogisches Problem, das eindeutig zu wenig  
81 beachtet wird. Ich weiß, dass man damit keine Wahlen gewinnen kann. Wir müssen uns  
82 aber dennoch darum kümmern. Wir brauchen nicht nur eine Bauernbefreiung, sondern  
83 auch eine Verbraucherbefreiung.

**Carl Eduard von Bismarck Bundestag Juni 2005 (CDU/CSU): CEBB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15180.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir disku-  
2 tieren heute über eine Reihe von anhaltenden Problemen mit der Türkei, die große Zwei-  
3 fel an der Bereitschaft der Bundesregierung aufwerfen, strittige Punkte in unserem bila-  
4 teralen Verhältnis gegenüber unseren türkischen Freunden offen und ehrlich anzuspre-  
5 chen und sie auch zu klären. Dies scheint mir aber vor dem Hintergrund der aktuellen  
6 Debatte über eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei von herausragender Bedeutung  
7 zu sein. Denn in unserer Bevölkerung und in ganz Europa herrschen große Sorgen und  
8 Ängste vor einer Überdehnung und damit einer Überforderung der EU durch eine Erwei-  
9 terungspolitik nach dem Prinzip „Augen zu und durch“. Wir lösen keine Probleme, indem  
10 wir sie ignorieren.

11 Übrigens verbessern wir durch eine solche Vogel-Strauß-Politik auch nicht die Chancen  
12 einer wirklichen Annäherung zwischen der Türkei und der EU. Die in Frankreich und in  
13 den Niederlanden gescheiterten Referenden über den europäischen Verfassungsvertrag  
14 haben die Gefahren einer derartigen Europapolitik offen gelegt. In beiden Ländern wurde  
15 doch in Wahrheit nicht der Verfassungsvertrag abgelehnt, den wir in diesem Haus aus  
16 gutem Grund mit überwältigender Mehrheit ratifiziert haben. Vielmehr haben die Fran-  
17 zosen und die Niederländer gegen eine Europapolitik gestimmt, die ihre Befürchtungen  
18 ignoriert.

19 Wir werden die Bürgerinnen und Bürger nicht für Europa begeistern können, wenn wir,  
20 gerade auch mit Blick auf die Türkei, Probleme und berechtigte Zweifel ignorieren.

21 Erlauben Sie mir hierzu aus europapolitischer Sicht einige Anmerkungen. Morgen tritt in  
22 Brüssel der Europäische Rat zusammen. Man darf gespannt sein, was uns der Bundes-  
23 kanzler zu diesem Thema vortragen wird. Wie jedenfalls in den letzten Tagen zu hören  
24 ist, werden die Schlussfolgerungen des Gipfels das Thema Türkei mit dem Mantel des  
25 Schweigens bedecken, obwohl die Verhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober dieses  
26 Jahres eröffnet werden sollen.

27 Ich werte dies als eines von vielen Zeichen, dass in Europa ein Umdenkungsprozess statt-  
28 findet. Die Beitrittseuphorie ist einer sachlicheren Debatte gewichen, und das ist auch so  
29 gut.

30 Niemand in diesem Haus bestreitet, dass die Türkei eine europäische Perspektive hat.  
31 Diskutiert wird nur, wie wir diese Perspektive konkretisieren. CDU und CSU haben sich  
32 stets dafür ausgesprochen, einen realistischen Weg zu wählen, einen Weg, der den Inte-  
33 ressen der Türkei, aber vor allem auch den Interessen der EU gerecht wird. Wir wollen  
34 der Türkei nicht die Tür vor der Nase zuschlagen; aber wir wollen eben auch die vielfäl-  
35 tigen Probleme einer Vollmitgliedschaft der Türkei nicht leugnen.

36 Für uns ist klar: Wir halten eine privilegierte Partnerschaft für den besten Weg zur An-  
37 bindung der Türkei an die EU. Wie diese Debatte zeigt, ist die Türkei auf zahlreichen  
38 Politikfeldern beileibe noch nicht europareif.

39 Lassen Sie uns deshalb auf die Stimme des Realismus hören und Abstand nehmen von  
40 Beitrittsszenarien, die weder der aktuellen Lage in der Türkei noch den Interessen der EU  
41 entsprechen.

42 Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

## **Rede Dr. Angela Merkel auf dem Parteitag im August 2005: AMP0805**

Quelle: [https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/05\\_08\\_28\\_Rede\\_Merkel\\_Parteitag\\_Dortmund.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=412](https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/05_08_28_Rede_Merkel_Parteitag_Dortmund.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=412)

1 Hier in Nordrhein-Westfalen fing am 22. Mai alles an - mit dem furiosen Wahlsieg von  
2 Jürgen Rüttgers und der gesamten NRW-CDU. Endlich wieder hat NRW eine bessere  
3 Regierung! Und dieser historische Erfolg hat Rot-Grün zum Aufgeben gezwungen!  
4 Deutschland braucht eine bessere, eine neue Regierung - unter Führung von Union  
5 und FDP! Rot- Grün ist gescheitert! Deutschland braucht den Wechsel!

6 Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Deutschland steht wie 1949 vor einer  
7 entscheidenden Weichenstellung. 1949 ging es um den Aufbau unseres Landes. 2005  
8 geht es um die Erneuerung unseres Landes. Die Entscheidung für Deutschland liegt auf  
9 der Hand: Entweder Weiter so mit Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün, oder ein neuer  
10 Anfang für Deutschland mit der Union.

11 Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind wahrlich nicht schuld daran, dass wir  
12 gegenwärtig die schwerste Krise erleben. Die Menschen können viel mehr, als Rot-  
13 Grün ihnen zutraut. Wecken wir ihre Kräfte! Trauen wir ihnen mehr zu! Wir brauchen  
14 uns mit der Lage unseres Landes nicht abzufinden! Wir wollen, wir können und wir  
15 werden die Wende zum Besseren schaffen!

16 Rot-Grün ist keine Regierung, auf die die Bürgerinnen und Bürger bauen können und die  
17 das Land stärkt. Im Gegenteil: Rot-Grün schwächt das Land:

18 5 Millionen Menschen sind ohne Arbeit.

19 Jeden Tag verlieren wir 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. 40.000  
20 Firmen gehen jedes Jahr Pleite. 6 Millionen Euro macht der Bund jede Stunde neue Schul-  
21 den. 1 Million Kinder müssen von staatlicher Unterstützung leben.

22 Das Land ist kälter geworden. Rot-grüne Politik hat Land und Menschen eher gespalten,  
23 als gemeinsam nach vorne gebracht: Die Bilanz insbesondere bei der Wiedereinglie-  
24 derung von Lang- zeitarbeitslosen, bei älteren Arbeitslosen, bei Geringqualifizierten  
25 und bei Ausländern in Arbeitsmarkt ist inakzeptabel - fast überall in Europa bekommen



26 die Schwachen mehr Chancen.

27 Auch der Aufholprozess Ost ist zum Erliegen gekommen: Leistungsträger wandern  
28 ab, die Schere zwischen Ost und West geht wieder auf.

29 Schließlich gibt es viel zu wenig betriebliche Ausbildungsplätze in Deutschland.

30 Wer diese Bilanz ziehen muss, redet das Land nicht schlecht. Wer diese Bilanz ziehen  
31 muss, nimmt die Realität endlich wahr: Denn diese schlechte Bilanz ist kein Zufall, sie  
32 ist nicht - wie Herr Schröder oft und gerne bemerkt - von fernen Mächten gesteuert,  
33 seien es der Ölpreis, die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus oder  
34 sonst was. Damit müssen unsere Nachbarn auch leben. Aber sie werden damit besser  
35 fertig als wir. Das ist der Unterschied. Deshalb ist diese Bilanz das Ergebnis einer  
36 falsch angelegten Politik! Die Krise unseres Landes ist hausgemacht!

37 In dieser Lage ist Herr Schröder unterwegs auf Abschiedstour durchs Land. Er sagt,  
38 er wolle für seine Reform-Agenda kämpfen. Stattdessen flüchtet er sich in plumpste  
39 Angriffe auf den politischen Gegner. Und auf seinen Wahlkampfveranstaltungen sagt er,  
40 7 Jahre Rot-Grün, das seien 7 gute Jahre für unser Land gewesen.

41 Liebe Freunde, solche Sätze müssen in den Ohren der 5 Millionen Arbeitslosen in Ost  
42 wie in West wie blanker Hohn klingen! Ich will, dass die Menschen nicht länger verhöhnt  
43 werden! Ich will, dass die Politik endlich anfängt, die Bürgerinnen und Bürger wieder  
44 ernst zu nehmen!

45 Genauso schlimm wie die falsche Politik dieser Regierung wiegt der Stil ihres Vorge-  
46 hens. Rot-Grün hat viel versprochen und wenig gehalten. Immer wieder versprach Rot-  
47 Grün, die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen Menschen zu drücken. Herr Schröder  
48 hat gedacht, er entkomme seinen eigenen Worten: Aber heute sehen wir: Der Wirklich-  
49 keit entkommt man nicht! Mittlerweile sind fast fünf Millionen Menschen ohne  
50 Arbeit. Deutschland braucht eine Regierung, die vor der Wahl das sagt, was sie nach  
51 der Wahl tut, eine Regierung, die hält, was sie verspricht, die zerstörtes Vertrauen zu-  
52 rückgewinnt.

53 Ich glaube, das Land ist für eine neue Politik bereit. Eine von mir geführte Regierung  
54 wird geprägt sein vom festen Willen zur Erneuerung Deutschlands.

55 CDU, CSU und FDP treten an, um eine Koalition der Erneuerung zu bilden und unser  
56 Land aus seiner tiefen Krise zu führen. Gemeinsam wollen wir die Chancen Deutsch-  
57 lands nutzen - damit mehr Wachstum und mehr Arbeit entstehen können.

58 Ein Weiter so darf es nicht geben. Deshalb ist die Wahl am 18. September eine Rich-  
59 tungswahl. Der Anspruch der Union heißt: Wir wollen es grundlegend anders machen,  
60 damit es grundlegend besser wird!

61 Grundlegend anders, das bezieht sich zunächst auf den Stil unserer Politik: Wer Probleme  
62 schön redet, wer Patentrezepte anbietet, wo es keine gibt - der sagt nicht die Wahrheit,  
63 der ist verantwortungslos und der verspielt die Zukunft unserer Kinder.

64 Wir stehen für den Mut und die Kraft zur Auseinandersetzung, das heißt auch Wider-  
65 stand auszuhalten. Konrad Adenauer hat die Einbindung in die westliche Wertege-  
66 meinschaft durchgesetzt. Helmut Kohl hat den politischen Weg zur Wiedervereinigung  
67 unseres Landes und zur Einheit Europas geebnet - gegen den ausdrücklichen Widerstand  
68 der Koalition Schröder-Lafontaine.

69 Grundlegend anders, das heißt dann, zu wissen, wohin man will. Es gibt ein schönes  
70 Zitat von Antoine de Saint-Exupery: „Wenn Du Schiffe bauen willst, dann fange nicht  
71 an, Holz zu sammeln und Bretter zu schnei- den, sondern wecke in den Menschen die  
72 Sehnsucht nach dem großen weiten Meer.“

73 Wir brauchen diese Sehnsucht nach dem Meer - die Sehnsucht nach einer Aufbau-Stim-  
74 mung, die wie in den Gründerjahren der Bundesrepublik alle mitgerissen hat. Wir in  
75 Deutschland brauchen wieder eine feste Vorstellung von unseren Zielen. Wer ein klares  
76 Ziel vor Augen hat, der traut sich zu, sein Ziel zu erreichen. Und wer sich selbst etwas  
77 zutraut, der gewinnt das Vertrauen der Menschen!

78 Mein Ziel ist ein Land voller Chancen. Ein Land, das alle Anstrengungen unternimmt,  
79 um jedem den Einstieg in Ausbildung und Arbeit und die Teilhabe an Fortschritt und  
80 Wachstum zu ermöglichen.

81 Mein Ziel ist ein Land, in dem die Menschen frei sind, etwas zu unternehmen. Ein Land,  
82 in dem der Versuch mehr zählt als das Scheitern, in dem Behörden, Unternehmen und

83 Banken sich als Förderer von guten Ideen, neuen Existenzen und Arbeitsplätzen verste-  
84 hen und die Idee der Freiheit - gerade im Schillerjahr - wie- der zu unserer geistigen  
85 Richtschnur wird.

86 Mein Ziel ist ein Land, in dem die Menschen füreinander einstehen und jeder sich darauf  
87 verlassen kann, dass eine starke Gemeinschaft Schutz und Sicherheit vor großen Le-  
88 bensrisiken bietet.

89 Wir von der Union stehen für Chancen und Zuversicht als Antwort auf die Ratlosigkeit  
90 von Links. Ich finde mich nicht damit ab, dass wir beim Wachstum Schlusslicht in  
91 Europa sind. Ich finde mich nicht damit ab, dass überall auf der Welt neue Arbeitsplätze  
92 entstehen, nur nicht in Deutschland. Denn was andere Länder können, das kann Deutsch-  
93 land auch. Ich glaube an Deutschlands Chancen. Deshalb möchte ich, dass wir in den  
94 zweiten Gründerjahren wieder gemeinsam auf das setzen, was Deutschland zum Vorbild  
95 für andere gemacht hat: Auf unseren Ideenreichtum, auf unsere Kraft, Hindernisse zu  
96 überwinden. Deutschland ist nicht zum Stillstand verurteilt!

97 Das Grundgesetz, die Soziale Marktwirtschaft, die Verbindung von Freiheit und Ge-  
98 rechtigkeit, Fleiß und Unternehmergeist, Innovationskraft, Spitzenleistungen in Wirt-  
99 schaft, Wissenschaft und Forschung - all das sind Inspirationen gewesen. Für unser  
100 Land und auch für andere Länder. Sie können es wieder sein! Denn in unserem Land gibt  
101 es: ein großes Potential an Begabungen, die sich entfalten wollen; starke Kräfte, die wir  
102 mobilisieren können; viel gesunder Menschenverstand, der mit den Realitäten umgehen  
103 kann.

104 Es war immer die große Stärke christlicher Demokraten, die Gesellschaft auf ein gemein-  
105 sames Ziel auszurichten und dem Land eine Richtung zu geben. Wir wollen uns wieder  
106 gemeinsam mit unseren Mitbürgern auf den Weg in eine bessere und solidarischere  
107 Zukunft für Deutschland machen. Zuwendung, gegenseitige Hilfe, Solidarität und Mit-  
108 gefühl - das macht ei- ne wahrhaft menschliche Gesellschaft aus. Keiner darf verloren  
109 sein!

110 Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn junge Menschen keinen Einstieg ins Arbeitsle-  
111 ben finden, wenn Ältere vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben!

112 Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn neue Spaltungen entstehen - zwischen Ost und  
113 West, zwischen Menschen mit und ohne Arbeit, zwischen den Alten und den Jungen.

114 Ich werbe für Zusammenhalt, für Gemeinsamkeit, für eine Wir- Gesellschaft statt für  
115 ein Land der Ich-AGs. Ich-AG: das ist so ziemlich der grausamste Begriff, der von Rot-  
116 Grün in Erinnerung bleiben wird. Dass dagegen zunehmend Menschen ohne Lobby auf  
117 die CDU hoffen, das treibt mich an.

118 Unsere politische Arbeit gründet in unserer Bindung an das christliche Menschenbild.  
119 Denn wir Christdemokraten wissen um den Wert der Freiheit. Doch im christlichen  
120 Verständnis vom Menschen stehen seine Freiheit und Eigenverantwortung nie allein. Sie  
121 sind stets eingebunden in das Zusammenleben mit anderen Menschen.

122 Nähe und Teilnahme - das ist Solidarität und Subsidiarität. Wer, wenn nicht die  
123 Betriebsräte und Firmenleitungen vor Ort, kann denn den besten gemeinsamen Weg in  
124 Krisen finden? Wo, wenn nicht in den Kommunen, kann Langzeitarbeitslosen wieder  
125 der Einstieg eröffnet werden?

126 Wir brauchen eine neue Balance zwischen wirtschaftliche Dynamik und sozialem Aus-  
127 gleich. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den inneren Frie-  
128 den. Sie beraubt sich selbst ihrer Zukunftsfähigkeit. Sozialpolitik ohne Rücksicht auf  
129 wirtschaftliche Vernunft zerstört das eigene Fundament. Nur mehr Wachstum und Arbeit  
130 schaffen wieder neue Sicherheit. - Für die Renten, für die Krankenversicherung, für die  
131 Pflegeversicherung.

132 Deshalb wollen und müssen wir die richtigen Prioritäten setzen. Das größte Problem in  
133 Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit. Darum kann es nur heißen: Vorfahrt für Ar-  
134 beit!

135 Vorfahrt für Arbeit durch die Senkung der Sozialabgaben.

136 „Ich bin bereit, zur Finanzierung einer Senkung der Arbeitskosten über eine Erhöhung  
137 der Mehrwertsteuer zu reden.“ - das, liebe Freunde, ist kein Satz von mir oder irgend-  
138 einem sonst von uns. Nein, Sie werden sich wundern, das hat niemand anderes als  
139 Herr Schröder 1997 in einem Stern-Interview gesagt. Damals hat er den Zusammen-  
140 hang noch begriffen, um den es geht. Entweder der Mann täuscht heute alle, oder er

141 weiß nicht mehr, wovon er spricht, wenn er unsere Politik angreift.

142 Denn es ist ja richtig, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um im Gegenzug die Beiträge  
143 zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2006 um zwei Prozent zu reduzieren. Ge-  
144 nau das wollen wir, denn so wird der Faktor Arbeit billiger, ohne dass die Menschen  
145 weniger in der Tasche haben. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz, der zum Beispiel  
146 für Lebensmittel, den öffentlichen Personennahverkehr, Zeitungen und Bücher erhoben  
147 wird, bleibt unverändert bei 7 Prozent.

148 Wir wollen Vorfahrt für Arbeit durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

149 Wir werden den Arbeitsmarkt durch die Durchsetzung betrieblicher Bündnisse für Ar-  
150 beit, durch die Einführung von Kombi-Lohnmodellen sowie durch den Abbau von Ein-  
151 stellungshindernissen für Arbeitssuchen- de, durch einen flexibleren Kündigungsschutz  
152 für Neueinstellungen beweglicher machen. Der Kündigungsschutz für bestehende Be-  
153 schäftigungsverhältnisse bleibt unberührt und wird von CDU und CSU verteidigt.

154 Wir wollen Vorfahrt für Arbeit durch eine Steuerreform.

155 Wir beleben die Wachstumskräfte in Deutschland durch eine Steuerreform zum 1.  
156 Januar 2007. Die Eckpunkte für die Steuerreform dabei sind: einfacher, niedriger  
157 und gerechter. Durch die Abschaffung zahlreicher Ausnahmetatbestände sorgen wir da-  
158 für, dass die Steuersätze auch tatsächlich bezahlt werden. Im Gegensatz zur SPD, die auf  
159 eine populistische Reichensteuer setzt, werden wir im Bereich der Spitzeneinkommen  
160 tatsächlich zu mehr Steuereinnahmen kommen.

161 Wir wollen Vorfahrt für Arbeit durch Befreiung von Bürokratie.

162 Wir machen Schluss mit überflüssigen Gesetzen und Verordnungen. Denn sie haben oft  
163 nur zwei Folgen: Beschriebenes Papier, das sich keiner mehr anschaut, und Kosten, die  
164 die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern. Deshalb werden wir die Dokumentations-  
165 und Nachweis- pflichten auf das absolut Notwendige zurückführen. Für die neuen Län-  
166 der werden wir Öffnungsklauseln in Bundesgesetzen einführen, damit dort unbüro-  
167 kratisch Unternehmen angesiedelt werden können.

168 Alle überflüssigen Gesetze müssen weg - so wie in allen unionsregierten Ländern: Das

169 Saarland hat seit 1999 zwei Drittel der bestehenden Verwaltungsvorschriften abge-  
170 schafft; Niedersachsen hat die Gesamtzahl aller Rechtsvorschriften in den ersten beiden  
171 Regierungsjahren fast halbiert. Und in Hessen wurden über 3.500 Vorschriften und Ver-  
172 ordnungen gestrichen und Gesetze und Verordnungen auf fünf Jahre befristet. Das zeigt:  
173 Unionsgeführte Länder sind Spitze beim Bürokratieabbau! Da wo die Union regiert, geht  
174 es einfacher, schneller, flexibler, besser!

175 Wir wollen Vorfahrt für Arbeit durch erstklassige Bildung.

176 Denn wenn wir teurer sind als andere, müssen wir besser sein - genau so viel besser,  
177 wie wir teurer sind. Wir können aber nur dann innovativ sein, wenn wir unseren Kindern  
178 und Jugendlichen die beste Bildung geben. Wer mit 15 Jahren nicht richtig rechnen  
179 kann, der wird kaum mehr in die Lage kommen, an einem Projekt für Halbleitertechnik  
180 mitwirken zu können. Ein Garant für gute Bildungspolitik ist die Christlich Demokra-  
181 tische Union. Das beweist die aktuelle PISA-Studie: Die Spitzenländer sind nach wie  
182 vor Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Thüringen.

183 Vorfahrt für Arbeit ist das Eine, Zukunft für Familien das Andere. Wir müssen mehr für  
184 unsere Kinder tun - aus zwei Gründen:

185 Erstens: Die Familie ist und bleibt das Fundament unserer Gesellschaft. Der Zusammen-  
186 halt in den Familien ist die Grundlage für die Solidarität in unserer Gesellschaft.

187 Zweitens: Gute Zukunftschancen für Kinder entscheiden über die Zukunft unseres Lan-  
188 des. Ohne eine spürbare Verbesserung der Situation für Familien und Kinder werden  
189 wir die Zukunftsprobleme Deutschlands nicht in den Griff bekommen. Deshalb gilt:

190 Zukunft für Familie durch finanzielle Entlastung: Mit einem Grundfreibetrag von 8.000  
191 Euro pro Person wird eine vierköpfige Familie nach unserem Steuermodell einschließ-  
192 lich pauschaler Abzüge bis zu einem Jahreseinkommen von rund 38.200 Euro keinen  
193 Cent Einkommensteuer mehr zahlen. Das sind 5.000 Euro mehr als

194 heute.

195 Zukunft für Familien durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir  
196 werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

197 durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote verbessern.

198 Zukunft für Familien durch die Einführung eines Kinderbonus: Wir werden Eltern in  
199 der Rentenversicherung ab dem 1. Januar 2007 mit 50 Euro Kinderbonus pro neugebo-  
200 renem Kind und Monat entlasten.

201 Zukunft für Familien durch die Sanierung der öffentlichen Haushalte: Wir sind eine Par-  
202 tei, die das „C“ im Namen trägt. Wenn wir diesen Auftrag ernst nehmen, dann heißt das  
203 auch, dass jede Generation eine Verantwortung für die nächste hat. Deshalb wollen wir  
204 die Sanierung der öffentlichen Haushalte angehen: Das ist eine Frage der Generationen-  
205 gerechtigkeit. Wir werden Schluss machen mit der immer weiter steigenden Staatsver-  
206 schuldung, weil wir wissen, dass Schulden ungedeckte Schecks für die Zukunft  
207 unser Kinder sind. Das ist eine zutiefst moralische Aufgabe!

208 Liebe Freunde, wir trauen den Menschen viel zu. Deshalb sagen wir: Der Staat muss nicht  
209 alles bis ins letzte Detail regeln. Deshalb wollen wir Bürokratie abbauen. Aber genauso  
210 sagen wir auch: Es gibt Bereiche, die Menschen nicht alleine regeln können. Da ist es  
211 wichtig, dass es einen handlungsfähigen Staat gibt - zum Beispiel in der inneren und  
212 äußeren Sicherheit.

213 Dazu gehört die konsequente Nutzung der DNA-Analyse, aber auch Videoüberwa-  
214 chung, wo es nötig ist. Übrigens auch erbitterte Kämpfer gegen die Videoüberwachung  
215 wissen die Vorteile durchaus zu nutzen. Sie kennen doch bestimmt Hans-Christian  
216 Ströbele von den Grünen. Der fährt immer mit dem Fahrrad zum Bundestag. Eine gute  
217 Sache, wie ich finde. Aber jetzt raten Sie mal, was der gemacht hat, als sein Fahrrad  
218 geklaut wurde. Der ist als erstes zur Bundestagsverwaltung gegangen, um nach den  
219 Aufnahmebändern aus den Überwachungskameras zu fragen. So sind die Grünen, wenn  
220 es um ihre eigenen Sachen geht!

221 Einen handlungsfähigen Staat brauchen wir auch bei der Bekämpfung des internatio-  
222 nalen Terrorismus. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit von Polizei und Nachrich-  
223 tendiensten verbessern und deshalb darf es kein Tabu sein, die Bundeswehr auch im In-  
224 neren einzusetzen, um terroristische Gefahren abzuwehren.

225 Jeder, der nach Deutschland einreist, muss wissen: Wir sind ein weltoffenes und tole-  
226 rantes Land. Wir erwarten jedoch, dass die zu uns kommenden Menschen unsere Re-  
227 geln respektieren und auch die Fundamente unserer Gesellschaft. Wer gewaltbereit  
228 ist, wer Hass predigt, wer sich gegen Demokratie und Freiheit stellt, der muss damit  
229 rechnen, unser Land verlassen zu müssen.

230 Zu unseren Wurzeln gehört die Freiheit. Diese Freiheit steht allen zu, egal ob Mann  
231 oder Frau, egal welcher Religion, egal aus welchem Land er zu uns kommt. Dazu gehört  
232 auch die Freiheit, als Frau zum Beispiel selbst entscheiden zu dürfen, welche Ausbil-  
233 dung oder Beruf sie ergreifen will, die Freiheit, als Frau allein aus dem Haus zu gehen,  
234 die Freiheit, den Partner selbst zu wählen. Dazu gehört auch die Ächtung so genann-  
235 ter Ehrenmorde, ein furchtbares Wort. Jeder, der hier in unserem Land unsere Menschen-  
236 rechte nicht achten will, muss wissen: CDU und CSU werden unsere Freiheiten ver-  
237 teidigen. Sie zählen zu den fundamentalen Errungenschaften unserer Kultur und Ge-  
238 sellschaft.

239 Wir wollen unsere Werte verteidigen und sie an die junge Generation weitergeben.  
240 Schon allein deshalb halten wir am Religionsunterricht in den Schulen fest!

241 Die überwältigende Resonanz des Weltjugendtages in Köln, das fröhliche Bekenntnis  
242 der Jugend zu Gott, die Sehnsucht nach dem Glauben, die Begeisterung für Papst Be-  
243 nedikt - all das hat uns erneut vor Augen geführt: Gerade in Zeiten beschleunigten  
244 Wandels und der damit verbundenen Unsicherheit besteht die Sehnsucht nach einem  
245 festen Wertefundament und religiösen Haltepunkten. Politik darf das im Rahmen  
246 ihrer Möglichkeit nicht enttäuschen. Wir treten auch in der Europapolitik für klare  
247 Werte ein. Eine CDU- und CSU-geführte Bundesregierung wird die politische Union  
248 auf dem Rückhalt seiner Bürgerinnen und Bürger aufbauen. Deshalb setzen wir auf  
249 Konsolidierung statt Überforderung und treten für die privilegierte Partnerschaft mit  
250 der Türkei anstelle ihrer Vollmitgliedschaft in der EU ein. [ggf. Brief erwähnen]  
251 Gleichzeitig werden wir jeden Nachbarn und jeden Partner gleich welcher Größe und  
252 Stärke gleichermaßen ernst nehmen und respektieren.

253 Nicht nur, sondern auch, weil es eine erfolgreiche Europapolitik ohne eine starke und  
254 freundschaftliche transatlantische Partnerschaft nicht gibt, werden wir zudem einen



255 neuen Anlauf in der Beziehung zwischen Deutschland, Europa und den Vereinigten Staa-  
256 ten von Amerika machen. Diese Politik werden wir nicht zuletzt im Hinblick auf die EU-  
257 Präsidentschaft Deutschlands 2007 vorantreiben.

258 Liebe Freunde, wir als Union stehen ein für unsere Werte und für einen klaren Kurs,  
259 auch wenn das mal unbequem ist - ob in der Außenpolitik oder der Innenpolitik. Wir  
260 stehen ein für unser Land, auch wenn wir es uns aus Parteiinteresse leichter machen  
261 könnten. Und das tun wir gemeinsam: Als die politische Mitte in Deutschland, die wir  
262 sind. Gemein- sam als CDU und CSU.

263 Auch wenn Christdemokraten und Christsoziale nicht immer einer Meinung sind, so gilt  
264 doch auch hier ein alter Satz: Nicht immer einer Meinung, aber immer auf einem ge-  
265 meinsamen Weg. Ich danke Edmund Stoiber für seine große Unterstützung, für seinen  
266 unermüdlichen Einsatz. Ich danke auch Michael Glos für eine prima Zusammenarbeit.  
267 Nur gemeinsam und geschlossen kommen wir voran! Auch hier gilt unser Motto: Ge-  
268 meinsam Deutschlands Chancen nutzen.

269 Wir sind verpflichtet auf das Wohlergehen der Menschen, wir sind verpflichtet auf das  
270 Ganze. Wir können gemeinsam stolz sein auf unsere Erfolge, auf das, was wir ge-  
271 schafft haben. Aber wir dürfen nie zufrieden sein. Wir dürfen nie denken, wir könnten  
272 alles alleine schaffen.

273 Unser Land braucht wirklich ein großes Bündnis, und zwar ein großes Bündnis zwischen  
274 der Union und den Bürgern. Ich brauche die Hilfe der Menschen:

275 Ich setze auf die Erfahrung der Älteren, deren Lebensleistung Anerkennung und Schutz  
276 verdient und deren Engagement gebraucht wird. Es darf nicht sein, dass Menschen  
277 über 55 keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz haben!

278 Ich setze auf die Neugier der Jüngeren, denen wir Freiräume für einen eigenen Weg  
279 in die Zukunft schaffen wollen. Es darf nicht sein, dass junge Menschen wie auf  
280 Schienen in die Arbeitslosigkeit laufen und zu einer verlorenen Generation werden.

281 Ich setze auf die Leistungsbereitschaft der mittleren Generation, die die Hauptlast  
282 unserer Gesellschaft trägt. Es darf nicht sein, dass sie weiter überfordert und in  
283 ihrer Leistungsbereitschaft gehemmt wird.

284 Ich setze auf die Kraft des Mittelstandes, denn er ist der Motor für Arbeitsplätze und

285 Wirtschaftswachstum in Deutschland. Es darf nicht sein, dass dieser Motor abgewürgt  
286 wird!

287 Ich setze auf die Verantwortung der Starken, die das Recht auf Entfaltung haben,  
288 aber auch die Pflicht zur Orientierung am gemeinsamen Ziel. Die Stärkeren können  
289 mehr tragen als die Schwächeren. Deshalb müssen wir die Starken in ihren Möglich-  
290 keiten stärken. Da kommt allen in der Gesellschaft zugute.

291 Ich setze auf den Beitrag der Schwächeren, die Zuwendung in Notsituationen  
292 verdienen. Aber jeder ist auch verpflichtet, sich seinen Möglichkeiten entsprechend ein-  
293 zubringen. Wer arbeiten kann, muss auch alles dafür tun, um zu arbeiten. Solidarität in  
294 der Gesellschaft ist keine Einbahnstraße, sondern beruht auf Gegenseitigkeit!

295 Ich setze auf die Verantwortung der Gewerkschaften: Nicht wieder in unnötigen Ab-  
296 wehrkämpfen Kraft verschleißen, wenn es um betriebliche Bündnisse für Arbeit geht.  
297 Das ist nicht die Abschaffung der Tarifautonomie, sondern Vertrauen in die Menschen  
298 vor Ort. Vorfahrt hat, was Arbeit schafft!

299 Ich setze auf den Beitrag der Unternehmer: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
300 braucht einen Schulterchluss der Wirtschaft mit den Belangen der Familien. Auch dafür  
301 werde ich mich einsetzen!

302 Ich bin überzeugt: In einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir es schaffen,  
303 Deutschland wieder nach vorn zu bringen. Es ist höchste Zeit, die Weichen für unser  
304 Land richtig zu stellen. Die CDU ist die Partei, auf die sich die Menschen verlassen  
305 können, wenn es drauf ankommt. Denn da wo die Union regiert, da geht es den Men-  
306 schen besser.

307 Die unionsregierten Bundesländer machen vor, dass bessere Politik et- was bewegen  
308 kann. Besonders dort, wo sie schon lange regiert. Die niedrigste Arbeitslosenquote, die  
309 größte Wirtschaftsdynamik, die beste Bildung und die effektivste Kriminalitätsbekämp-  
310 fung- die Spitzenreiter im innerdeutschen Vergleich sind unionsgeführte Länder. Wo die  
311 Union regiert, geht es den Menschen einfach besser!

312 Aber auch in Ländern, die erst seit kurzem von der CDU regiert werden, ist die Auf-  
313 bruchsstimmung mit Händen zu greifen: Hier in NRW stellt Jürgen Rüttgers als erstes  
314 1.000 neue Lehrer ein und damit die Weichen auf Erfolg. Er investiert in die Zukunft  
315 unserer Kinder und Jugendlichen!

316 Und in Schleswig-Holstein beseitigt die neue von Peter Harry Carstensen geführte  
317 Landesregierung die von Rot-Grün ideologisch motivierte Blockade wichtiger Infra-  
318 strukturprojekte wie der A20.

319 Auch die anderen Länder, die wir seit 1998 übernommen haben, zeigen, dass die Wende  
320 zum Besseren gelingen kann. Schauen Sie nur auf das Saarland oder Sachsen-Anhalt.  
321 Daran kann man erkennen: Der Wechsel lohnt sich für die Menschen!

322 Liebe Freunde, wir haben eine historische Chance: Gemeinsam mit den Ministerpräsi-  
323 denten und der Mehrheit im Bundestag können wir Deutschlands Lage mit klaren Mehr-  
324 heiten in beiden Kammern zum Guten wen- den - und wir werden dies tun!

325 Dafür stehe ich nicht nur persönlich, sondern auch unser gesamtes Kompetenzteam:  
326 Dieter Althaus für den Aufbau Ost. Er ist ein erfahrener Ministerpräsident, der in  
327 Thüringen viel für die Erfolge in den neuen Bundesländern getan hat.

328 Günther Beckstein für innere Sicherheit und Justiz. Er hat als bayerischer Innenminister  
329 bewiesen, wie man Sicherheit so durchsetzt, dass die Bürger sich sicher fühlen.

330 Gerda Hasselfeldt für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Umweltschutz. Sie steht  
331 dafür, die Bevormundung unserer Bauern, die Beschränkung der Verbraucher in ihren  
332 Freiheitsrechten und ideologische Gegensätze zwischen Ökologie und Ökonomie zu  
333 überwinden.

334 Paul Kirchhof für die Haushalts- und Finanzpolitik. Er ist der Vorkämpfer für ein  
335 vereinfachtes Steuerrecht in Deutschland. Für ihn ist ein Steuerkonzept ein Gesell-  
336 schaftskonzept. Und gerade an der Diskussion um seine Berufung können wir erkennen:  
337 Unser Land braucht eine neue Mentalität.

338 Geht nicht, gibt's nicht! Wer nicht wagt, der nicht gewinnt! Wenn wir von der  
339 schwersten Krise unseres Landes sprechen - und das tun wir zu Recht - dann brauchen  
340 wir Menschen wie Paul Kirchhof, die von heute auf morgen sagen: Ja, ich will helfen!  
341 Ja, ich will meinen Beitrag leisten, dieses Land wieder auf die Beine zu stellen. Ich  
342 wechsle meinen Beruf. Ich bin dabei! Das genau ist der Geist der 2. Gründerjahre,  
343 liebe Freunde!

344 Norbert Lammert steht für Kultur. Sein Engagement für kulturelle Werte ist von  
345 zentraler Bedeutung für die Wertevermittlung in unserer Gesellschaft. Er ist unser  
346 Brückenbauer zu Intellektuellen und Künstlern.

347 Ursula von der Leyen für Familie und Soziale Sicherheit. Sie hat maßgeblich an der  
348 Entwicklung unseres Konzeptes für eine solidarische Gesundheitsprämie mitgewirkt.

349 Peter Müller für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur. Er ist ein erfolgreicher Minis-  
350 terpräsident, der mutig Veränderungen angeht und dafür die Früchte erntet. Die Initiative  
351 Neue Soziale Marktwirtschaft hat ihn 2003 zum „Ministerpräsidenten des Jahres“ ausge-  
352 zeichnet.

353 Wolfgang Schäuble für Außen, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungshilfepolitik. Er  
354 zeigt, dass europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft keine Gegensätze  
355 sein müssen, sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

356 Annette Schavan für Bildung, Innovation und Wissenschaft. Sie steht für ein er-  
357 folgreiches und wertegebundenes Schulsystem in Baden-Württemberg.

358 Dieses Kompetenzteam stellen wir dem glücklosen Kanzler und seiner gescheiterten  
359 Mannschaft der Eichels, Schmidts, Clements, Buhlmanns, Stolpes und wie sie alle  
360 heißen entgegen. Gemeinsam werden wir zeigen, dass wir es besser können als Rot-  
361 Grün! Wir sind eine starke Truppe!

362 Liebe Freunde, Sie haben vielleicht auch schon mitbekommen, dass Herr Schröder  
363 in diesen Tagen bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die Zeitschrift „The  
364 Economist“ hochhält, weil dort angeblich die Erfolge seiner Politik gelobt würden.  
365 Liebe Freunde, der Mann hat den Text nicht wirklich gelesen oder nicht verstanden.  
366 Da steht zwar, dass Reformbemühungen Früchte zeigen können, dass das aber nur ge-  
367 lingt, wenn es einen Regierungswechsel gibt!

368 Das Licht am Ende des Tunnels, liebe Freunde, das kommt durch uns! Alle warten auf  
369 den Regierungswechsel! Denn es macht durchaus einen Unterschied, wer regiert.

370 Viele Menschen sind enttäuscht und sagen dagegen, es ist doch letztlich egal, wer das

371 Land regiert. Manche, gerade in den neuen Bundesländern, überlegen, ihrer Enttäu-  
372 schung in Wahlethaltung und Protest für die PDS Luft zu machen. Ich weiß das. Ich  
373 wische das nicht beiseite. Ich nehme das ernst. Ich werbe um jeden Wähler. Ich sage  
374 Ihnen: Überlegen Sie noch einmal, ob Ihnen Wahlethaltung oder Protest wirklich wei-  
375 terhilft. Gysi und Lafontaine werden Ihnen nicht wirklich helfen. Beide sind vor der  
376 Verantwortung weggelaufen, und der eine aus dem Saarland macht wochenlang Som-  
377 merurlaub im Süden und gibt gleichzeitig vor, Hartz IV-Empfänger zu verstehen. Das  
378 passt alles vorne und hinten nicht zusammen! Es ist also wirklich nicht egal, wer regiert.  
379 Kommt es darauf an, ob das Land sozialdemokratisch oder christlich- demokratisch  
380 regiert wird?

381 Ja, es kommt darauf an, ob Freiheit nur als Voraussetzung zur Verwirklichung  
382 individueller Lebenschancen gesehen wird, oder ob Sie mit Verantwortung für das Ge-  
383 meinwesen verknüpft ist.

384 Ja, es kommt darauf an, ob wir soziale Gerechtigkeit nur als Gleichheit aller interpretie-  
385 ren, oder als gerechte Verteilung von Pflichten und Rechten, als Chancengerechtigkeit.

386 Ja, es kommt darauf an, ob wir uns auf die Verteilung von „Weniger“ konzentrieren,  
387 oder eine Gesellschaft schaffen, die ihre Kräfte auf die Erwirtschaftung von „Mehr“ rich-  
388 tet.

389 Ja, es kommt darauf an, ob wir Flickwerk und Stückwerk auf unklarem Fundament zu-  
390 lassen oder ob wir eine Politik aus einem Guss, auf einer klaren Wertgrundlage - orien-  
391 tiert an einem christlichen Menschenbild - anstreben.

392 Unser Land braucht einen neuen Anfang! Unser Land braucht Politik aus einem Guss!  
393 Unser Land braucht eine Politik für mehr Wachstum, Arbeit und Sicherheit! Wir - die  
394 Union von CDU und CSU - wir wollen Verantwortung übernehmen für unser Land.  
395 Unsere Motivation heißt Deutschland.

396 Wir sind in einer guten Ausgangslage. Die Union ist bestens gerüstet, Regierungs-  
397 verantwortung für unser Land zu übernehmen. Wir haben das bessere Programm.  
398 Wir haben die bessere Mannschaft. Und wir haben eine begeisterte Partei, in der jeder  
399 mit ganzem Einsatz für den Wechsel kämpft.

400 Diese Begeisterung, dieses ungeheure Maß an Zustimmung und Sympathie, spüre ich  
401 auf all meinen Wahlkampfauftritten überall in Deutschland - von Stralsund bis Augs-  
402 burg, von Bielefeld bis Erfurt. Ich spüre, dass jeder auf seinem Platz, geschlossen  
403 und mit großem Einsatz für den Wechsel in Deutschland kämpft! In unserem „TEAM  
404 Zukunft“ sind es mittlerweile über 17.000 Unterstützer, die die Stimmung der Zuversicht  
405 und der Aufbruchs zu den Menschen in Deutschland tragen - und es werden jeden Tag  
406 mehr.

407 Jetzt biegen wir in die Schlusskurve ein. Die Entscheidung für Deutschland steht an.  
408 Noch 21 Tage. Die Umfragen sind gut, aber die Sache ist noch nicht gelaufen. Jeder  
409 weiß, dass es knapp wird. Es kommt auf jede Stimme an!

410 Wenn wir uns aber jetzt noch einmal richtig anstrengen, wenn wir das Letzte aus uns  
411 herausholen, wenn wir dem Bürger mit Respekt und Demut begegnen, wenn wir zeigen,  
412 dass wir Deutschland wirklich dienen wollen, dann können wir es schaffen! Dann ge-  
413 winnen wir! Und dann gewinnt Deutschland!

## Kanzlerduell Merkel gegen Schröder 2005: AMK05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Hybsgj1MIZ4&t=1s> (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Ich habe in meiner politischen Arbeit gezeigt, dass wir jetzt in elf Bundes-  
2 ländern regieren, viele Wahlen gewonnen haben. Ich habe die CDU auf einen Moderni-  
3 sierungskurs geführt, der uns fit macht für das 21. Jahrhundert, der uns wieder die Chance  
4 gibt mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu haben, der uns die Chance gibt wieder stärker  
5 in der Welt als eine wirtschaftlich fortschrittliche Kraft wahrgenommen zu werden. Und  
6 genau das traue ich mir zu. Für Deutschland. Denn Deutschland kann nur ein starker ver-  
7 lässlicher Partner in der Welt sein, wenn wir natürlich auch ökonomisch stark sind und  
8 daran mangelt es. Und ich weiß mich, im Gegensatz zum Bundeskanzler meiner Truppen,  
9 meiner Parteifreunde sicher. Das wir gemeinsam diesen Modernisierungskurs tragen und  
10 nicht das Vertrauen zwischen dem Bundeskanzler, wie es bei der SPD ist, und der eigenen  
11 Fraktion fehlt.

12 **Frau Merkel:** Wir müssen zwischen zwei Dingen unterscheiden. Das eine ist die Ar-  
13beitslosigkeit im Lande. Wir haben fast 5 Millionen Arbeitslose und wir müssen alles  
14 unternehmen um zu sagen „Vorfahrt für Arbeit“. Und das heißt die Lohnzusatzkosten  
15 unter anderem in einem ganzen Bündel von Maßnahmen runter zu bringen. Das andere  
16 ist die Frage der Mineralölsteuer und der Ökosteuer. Und hier ist es einfach so Herr Bun-  
17deskanzler: Sie haben 98 den Wählerinnen und Wählern versprochen sechs Pfennig.  
18 Darüber ist mit mir zu reden aber das ist dann das Ende der Fahnenstange. Wenn wir da  
19 heute wären, wären wir ungefähr bei drei Cent. Dann wäre alles ganz prima. Und in der  
20 Regierungserklärung haben Sie dann gesagt 98 das dieses Geld, was über die Ökosteuer  
21 eingenommen wird, voll der Rente zufließt. Auch das ist nicht der Fall. Und wir haben  
22 inzwischen mit die höchsten Benzinpreise in ganz Europa. Das ist bedauerlich und die  
23 Menschen könnten besser dastehen. Und deshalb finde ich neben der Bemerkung, bei der  
24 ich dem Bundeskanzler ausdrücklich zustimme, dass die Verantwortung der Konzerne in  
25 dieser Situation wie sie jetzt ist, auch da ist, bin ich der Meinung das wir alles unterneh-  
26 men müssen und natürlich speziell an dieser Stelle etwas zu machen. Und was die Pend-  
27lerpauschale anbelangt, die wollten Sie 2004 bis 20 Kilometer völlig abschaffen und dann  
28 haben die Koalitionsfraktionen gesagt, sie auf 15 Cent zu kürzen und jetzt tun Sie so als  
29 ob Sie noch nie etwas machen wollen. Wir haben es damals auf 30 Cent gerettet.

30 **Frau Merkel:** Wir können sieben Jahre rot-grün nicht ungeschehen machen mit einem  
31 Tag. Aber wir können das machen, was die Menschen auch erwarten. Wir können dort,  
32 wo es nicht die Rentnerinnen und Rentner betrifft, versuchen einen kleinen Beitrag zu  
33 leisten. Alle kleinen Beiträge, ob das jetzt die strategischen Reserven sind, ob das jetzt  
34 die Frage ist helfen wir den Menschen über eine bestimmte Zeit hinweg, sind ganz wich-  
35 tige Beiträge und deshalb würde ich nichts außer Acht lassen. Man kann darüber nach-  
36 denken. Wir sind, im Gegensatz zu rot-grün der Meinung dass langfristig eh die  
37 Ökosteuer nicht die richtige Steuer ist.

38 **Frau Merkel:** Ich kann sie natürlich nicht abschaffen, sondern ich muss doch mit dem  
39 Erbe von sieben Jahren rot-grün leben. Und ich kann die Rentnerinnen und Rentner, und  
40 das werden wir auch nicht tun, nicht einfach im Regen stehen lassen. Aber noch einmal  
41 um auf Ihr Beispiel zurück zu kommen, wenn wir nur die Mineralölsteuer senken und  
42 nicht die Ökosteuer nehmen, die auf Strom liegt, die auf Gas liegt und auf anderen Din-  
43 gen. Dann könnten wir drei Cent für die Mineralölsteuer senken. Natürlich ich hab es mir  
44 ja angeschaut. Ich hab auch erst den Rechenfehler gemacht, dass ich gesagt habe die  
45 ganze Ökosteuer vollkommen geteilt durch das. Es sind drei Cent für die Mineralölsteuer.  
46 Oder 1,5 Cent für alles. Aber alles ist im Augenblick ja nicht gefragt. Der Strom ist mit  
47 stabilen Preis da. Insofern sind wir der Meinung, dass man das prüfen könnte. Ich hab  
48 gesagt prüfen könnte. Denn hier sind die Bürgerinnen und Bürger schlicht und ergreifend  
49 betrogen worden, weil der Bundeskanzler ihnen 1998 versprochen hat er wird alles in die  
50 Rente tun. Und das ist eben gerade nicht passiert.

51 **Frau Merkel:** Steuerpolitik aus einem Guss ist dass wir ein Regierungsprogramm haben,  
52 in dem wir ganz klar unsere nächsten Schritte aufschreiben und sagen „Wir wollen Aus-  
53 nahmen abschaffen“, damit wir hinkommen zu einem direkten und gerechteren Steuer-  
54 system. Das halte ich für außerordentlich wichtig, dass spüren die Menschen auch das die  
55 endlich den Spitzensteuersatz zahlen sollen, die viel Geld verdienen. Das ist nämlich  
56 heute leider oft nicht der Fall. Und dann habe ich dankenswerter Weise einen kompeten-  
57 ten Mann für unser Kompetenzteam geworben: Paul Kirchhoff. Der diesen Schritt unter-  
58 stützt. Der sagt das es zweidrittel des Weges zu einem, aus seiner Sicht außerordentlich  
59 gerechtem Steuersystem. Der diese Schritte umsetzen wird. Wissen Sie ich gehöre nicht



60 zu den Menschen, die anschließend Ihren Mitarbeitern, die Ihrem Kompetenzteam ange-  
61 hören, die ihnen das weiterdenken verbieten. Und deshalb finde ich es gut, dass da einer  
62 eine Vision hat, ein Ziel hat und für dieses Ziel sich einsetzt, aber erst einmal gilt Regie-  
63 rungsprogramm für CDU und CSU.

64 **Frau Merkel:** Ich würde sagen, dass wird schneller passieren, als manch einer erwartet.

65 **Frau Merkel:** Ich finde es toll, dass ein renommierter Verfassungsrichter, und ich bin  
66 auch ein bisschen betroffen, wie zum Teil darüber gesprochen wird, sich bereit erklärt in  
67 der Politik etwas mitzugestalten und jetzt zweidrittel eines Weges, der zu gehen ist, geht  
68 deshalb bin Paul Kirchhoff sehr dankbar, dass er dies tut. Und jetzt muss man noch un-  
69 terscheiden können. Das geht uns doch im Leben immer so, dass wir Schritte gehen, dass  
70 wir die Dinge schrittweise machen. Das wir aber trotzdem ein Ziel vor den Augen haben  
71 können und vielleicht sollten wir in Deutschland mal wieder zu einer Mentalität kommen,  
72 nicht als erstes zu fragen „Was geht denn nicht,“ sondern als erstes Mal wirklich zu fragen  
73 „Was könnte gehen“. Und diese Mentalität bringt Paul Kirchhoff mit. Dafür bin ich sehr  
74 dankbar und mehr solche Leute würden Deutschland guttun.

75 **Frau Merkel:** Wir haben in Deutschland doch mehrere Probleme mit dem Steuerrecht.  
76 Das eine ist das es zu kompliziert ist. Und natürlich kann ich, wenn ich alle Ausnahmen  
77 streichen will, von manchen Ausnahmen haltmachen. Und Sie haben einer Menge schon  
78 begonnen, aber Sie sind jetzt stehen geblieben mit Ihren Plänen. Und ich kann nur sagen  
79 was die Sonn- und Feiertags- und die Nachtzuschläge anbelangt: es ist ganz eindeutig die  
80 Aufgabe der Tarifpartner für die Tatsache das man nachts und an Feiertagen Arbeitneh-  
81 merinnen und Arbeitnehmer einstellen möchte, dass man dafür auch bezahlt. Denn wie  
82 soll ich es der Verkäuferin im Supermarkt erklären, denjenigen erklären die als Hebamme  
83 nachts arbeiten, dass die einen als Angestellte wie Hebamme und Krankenschwester, die  
84 Zuschläge als steuerfrei bekommen. Die anderen ihr gesamtes Einkommen versteuern  
85 müssen. Deshalb kann ich nur sagen, wir müssen auf Gerechtigkeit achten. Wie wir ins-  
86 gesamt im Steuersystem auf Gerechtigkeit achten müssen. Zweitens es gilt unser Regie-  
87 rungsprogramm: Eingangssteuersatz für die, die wenig verdienen 12 Euro, äh 12 Prozent.  
88 Spitzensteuersatz 39 Prozent. 8000 Euro für jedes Kind und jeden Erwachsenen Steuer-  
89 freibetrag. Damit zahlt eine Familie bis zu 38200 Euro gar keine Steuern. Und unser  
90 Problem, und das wissen Sie, ist in Deutschland, das viele Leistungsträger gar nicht mehr

91 hier Steuern zahlen, sondern das sie das im europäischen Ausland tun. Und das müssen  
92 wir verhindern. Und jetzt ist der Schritt, der auf dem Tisch liegt, unser Regierungspro-  
93 gramm und das darüber hinaus nachgedacht werden darf, da finde ich mangelt es wirklich  
94 bei Ihnen und ihren Leuten die das tun. Sie denken von Tag zu Tag und das meistens noch  
95 im Zickzack-Kurs und deshalb kann ich nur sagen: Ich finde es gut, wenn wir ein Ziel  
96 haben, ein möglichst gerechtes Steuersystem.

97 **Frau Merkel:** Das ist richtig.

98 **Frau Merkel:** Ja ich verstehe unter Visionen auch positive Dinge, und darauf möchte ich  
99 noch antworten. Denn es ist schon wichtig. In unserem Programm geben wird den Ar-  
100 beitgebern und Arbeitnehmern sechs Jahre Zeit um genau diesen Übergang zu schaffen.  
101 Wir nehmen die Steuerfreiheit nicht weg, wir nehmen im Übrigen auch nicht die Zu-  
102 schläge weg, wie es manchmal gesagt wird. Ich habe es mir genau angeguckt, mit unse-  
103 rem neuen Steuerrecht sind das machbare Dinge. Da müssen Sie im Monat selbst beim  
104 Chemiarbeiter in einem Jahr zum Beispiel 20 Euro Gehaltserhöhung wegen der Gehalts-  
105 zuschläge machen, mal mit Zahlen gerechnet die nach dem alten Steuersystem sind. Und  
106 zweitens ich kann Ihnen nur sagen, Sie sagen immer der Professor aus Heidelberg, zu  
107 Herrn Professor Kirchhoff. Ich kann nur sagen es gab mal einen Mann namens Kurt  
108 Schuhmacher. Der hat immer von dem Professor aus Nürnberg gesprochen, als Werbe-  
109 luftballon, als Ideologe, als Agitator wurde er bezeichnet. Das war der Vater der sozialen  
110 Marktwirtschaft. Ludwig Erhard. Und wenn wir nicht Menschen haben, die weiterden-  
111 ken, dann kann ich nur sagen wird es Deutschland im internationalen Maßstab nicht gut  
112 gehen. Davon bin ich zutiefst überzeugt und die Bürgerinnen und Bürger können sich  
113 darauf verlassen, dass wir die Dinge sozial ausgestalten.

114 **Frau Merkel:** Es hält überhaupt niemand eine Liste unter Verschluss. Man kann sich  
115 ganz simpel das geltende Recht mal angucken, die Ausnahmen abzählen, die es gibt. Es  
116 gibt zu viele. Soviel sind wir uns glaube ich alle einig. Und wer es noch genauer wissen  
117 will, soll in jede Bahnhofsbuchhandlung gehen, tausend ganz legale Steuertricks. Das ist  
118 dort die Sache. Davon müssen wir doch wegkommen. Dass ist das was die Menschen  
119 auch ärgert. Dass die die viel verdienen die Ausnahmen gut kennen. Vielleicht noch einen  
120 Steuerberater gut kennen. Und nicht das bezahlen was auf dem Papier steht. Und ich

121 möchte, dass jeder wieder nach seiner Leistung besteuert wird und nicht sich mit Aus-  
122 nahmen rausreden kann.

123 **Frau Merkel:** Also erst einmal ist das Modell des Regierungsprogramms denkbar und  
124 das entspringt genau dem Modell von Friedrich März, das ist ein Kompromiss dann ge-  
125 wesen auch mit unserer Schwesterpartei und da sind wir ein riesen Stück, Friedrich März  
126 und Paul Kirchhoff würden sagen 2/3 des Weges vorangegangen, und dann bleibt natür-  
127 lich der Bierdeckel, das ganz einfache Modell das Ziel was wir haben wollten. Aber ich  
128 möchte vielleicht auch noch ein Wort zum Haushalt sagen. Herr Schröder es ist doch so,  
129 dass Sie daran gemessen werden, was Sie versprochen haben. Und Sie haben in einer  
130 Regierungserklärung uns zu Beginn Ihrer Legislaturperiode 2002 gesagt „unser Ziel ist  
131 ein ausgeglichener Haushalt 2006. Damals war aber bereits die Krise der neuen Ökono-  
132 mie vorbei, damals waren bereits die Terroranschläge vorbei. Sie haben es trotzdem ge-  
133 sagt und Sie sind meilenweit davon entfernt. 40 Milliarden Euro Neuverschuldung auch  
134 in diesem Jahr. Wir haben beim Subventionsabbau in vielen Teilen mitgemacht, aber was  
135 wir nicht gemacht haben das ist richtig: wir haben Steuervergünstigungen nicht gestri-  
136 chen, dafür das wir den Haushalt sanieren, mit einer Ausnahme: Koch-Steinbrück: eine  
137 gemeinsame Aktivität. Aber ansonsten haben wir gesagt, damit wir dieses Ziel eines ein-  
138 fachen gerechten Steuersystems überhaupt schaffen können, dürfen wir nicht alle Aus-  
139 nahmen nehmen und dann in den Haushalt stecken. Sondern wir müssen den Haushalt  
140 sanieren durch Wachstum. Und jetzt kommen wir doch zu dem Punkt, der der eigentliche  
141 Punkt ist: Deutschland hat die rote Laterne in diesem Jahr wieder beim Wachstum. Und  
142 hätten wir Wachstum und auch nur ansatzweise die Prognosen, die in Ihrer mittelfristigen  
143 Finanzplanung sind, dann würden wir auch mit unserem Haushaltsdefizit besser dastehen.  
144 Und da sind eben Dinge versäumt worden. Da sind Dinge richtige gemacht worden. Gar  
145 keine Frage. Die haben wir im Übrigen zu großen Teilen gemeinsam gemacht. Und dann  
146 sind Dinge falsch gemacht worden. Und das wollen wir ändern. Und da würde einen  
147 schon interessieren was denn nun rot-grün oder wer auch immer. Oder der Bundeskanzler  
148 selbst für die nächste Legislaturperiode vorhat. Absolute Fehlanzeige.

149 **Frau Merkel:** Nein. Nein. Wir machen in einem ersten Schritt wachstumsfördernde  
150 Maßnahmen. Dazu gehört Bürokratieabbau. Dazu gehört Flexibilisierung des Arbeits-  
151 rechts. Darüber werden wir sicherlich noch sprechen. Dazu gehört eine stärkere Fähigkeit

152 zur Innovation. Wir werden EU-Richtlinien nur noch eins zu eins umsetzen. Nicht wie  
153 bei rot-grün immer noch was drauf tun. Und dazu gehört die Senkung der Lohnzusatz-  
154 kosten. Das wird Wachstum schaffen und damit wird sich auch die Haushaltslage ent-  
155 spannen. Die Mehrwertsteuererhöhung dient der Senkung der Lohnzusatzkosten. Das  
156 heißt zum 1. Januar des Jahres 2006 bedeutet das, dass zwei Prozent des Arbeitslosenver-  
157 sicherungsbeitrags gesenkt wird. Dann wird langsam, weil das können wir ja nicht auf  
158 einen Schlag machen, die Bundesagentur für Arbeit umstrukturiert, so dass frei werdende  
159 Mittel so dann auch zur Umstrukturierung des Gesundheitssystems genutzt werden kön-  
160 nen. Denn auch dort brauchen wir geringere Lohnzusatzkosten. Die Gesundheitsreform,  
161 das will ich deutlich sagen, war ein gemeinsamer Schritt. Aber wir haben immer gesagt  
162 das reicht für diese Legislaturperiode.

163 **Frau Merkel:** Also ich kenne viele Wirtschaftsinstitute, die sehr deutlich sagen wie ein  
164 Prozent Lohnzusatzkostensteigerung sich auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirkt. Das  
165 sind immer nur Größen, Erfahrungsgrößen. Aber wir wissen ganz genau, geringere Lohn-  
166 zusatzkosten, mehr Arbeitsplätze. Das ist eine ganz große Binsenweisheit. Und selbst der  
167 heutige Bundeskanzler hat 1997 gesagt, dass er für die Senkung von Lohnzusatzkosten  
168 über die Mehrwertsteuer mit sich reden lassen würde. Das ist jetzt alles vergessen. Aber  
169 wir wissen ja wie es ist mit den Ankündigungen und wie es nachher gemacht wird. Ver-  
170 sprochen und gebrochen. Das ist das Markenzeichen leider in sieben Jahren rot-grün.

171 **Frau Merkel:** Also mit Verlaub, wenn alle Ministerpräsidenten bei der Union, wie Herr  
172 Schröder als Ministerpräsident war, dann kann das ja vielleicht richtig sein. Aber die Mi-  
173 nisterpräsidenten. Die Ministerpräsidenten der CDU-Länder haben sich dem gemeinsa-  
174 men Ziel der Lohnzusatzkostensenkung verpflichtet. Und jetzt weiß ich zwischen Export-  
175 weltmeister und Wachstum wahrlich zu unterscheiden. Natürlich sind wir Exportwelt-  
176 meister. Daraus generiert sich aber nicht automatisch Wachstum. Deutschland hat die ge-  
177 ringsten Wachstumsraten, weil sich Exportweltmeister plus Binnenkonjunktur addieren.  
178 Und es geht um das Gesamtwachstum einer Volkswirtschaft. Und da stehen wir schlecht  
179 da. Die Wachstumsprognosen sind nach unten korrigiert worden. Sie waren übrigens im  
180 Jahr 1998 höher. Aber es geht doch jetzt darum, dass wir überlegen was machen wir wei-  
181 ter. Sie können doch nicht wirklich zufrieden sein mit der Lage im Land. Wir haben 5  
182 Millionen Arbeitslose. Wir verlieren jeden Tag. Auch auf das letzte Jahr bezogen. Da

183 können Sie nicht von April bis Juni rechnen. Da geht die Sonne auf, da nehmen die Ar-  
184 beitsplätze zu. Nein. Nein. Herr Schröder. Nein. Nein. Im letzten Jahr, das hat die Bun-  
185 desagentur uns jetzt noch mal gesagt, sind wieder jeden Tag 1100 Arbeitsplätze verloren  
186 gegangen. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Und wenn Sie auf die Frage keine  
187 Antwort finden, und ich sehe keine in Ihrem Programm. Dann wird es nicht passieren.  
188 Aber es wird sowieso nicht passieren, weil die jetzige Bundesregierung keinerlei Mög-  
189 lichkeit mehr bekommen wird.

190 **Frau Merkel:** Also. Ich finde eine Gesellschaft, die fast 5 Millionen Arbeitslose hat, und  
191 die viele viele Menschen hat, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Dies ist verpflichtet,  
192 wenn sie eine menschliche Gesellschaft sein will, sich darüber Gedanken zu machen, wie  
193 wir das verändern können. Und natürlich sage ich auch sozial ist was Arbeit schafft. Aber  
194 es muss auch eine menschenwürdige Arbeit sein. Und was heißt das? Dann müssen wir  
195 besser sein als andere, weil wir teurer sind. Wir werden immer teurer sein, wenn wir  
196 unseren Wohlstand erhalten wollen und deshalb liegt der Schlüssel bei Innovation. Und  
197 hier muss man nun sagen, der Etat des entsprechenden Ressorts ist zwar um 30 Prozent  
198 gestiegen, aber darin ist jetzt die Ganztagsbetreuung, das kann ich nur bedingt als Inno-  
199 vationsförderung sehen. Real sind die Innovations- und Forschungsausgaben gleich ge-  
200 blieben. Was wir brauchen, ist aber vor allem eine Mentalität, die rot-grün nicht aufbringt.  
201 Dort ist man vielleicht bereit die Windenergie zu fördern. Das finde ich ok. Das können  
202 wir machen. Aber wir müssen vor allem überlegen, wo liegen die zukunftssträchtigen Be-  
203 reiche? Und da dürfen wir EU-Richtlinien nicht dauernd mit Bürokratie umsetzen. Da  
204 dürfen wir nicht die Chemikalienrichtlinie so kompliziert machen, wie das der Herr Trittin  
205 bei rot-grün gerne möchte. Vielleicht würde es ja der Herr Bundeskanzler gerne anders  
206 haben. Aber er kann sich da nicht durchsetzen. Da muss ich das Gentechnikgesetz ändern,  
207 damit ich hier auch wirklich die Dinge auf die Reihe kriege. Und das sagen selbst Ge-  
208 werkschaftsvorsitzende wie der Herr Schmoll von der Chemiegewerkschaft. Und dann  
209 Frau Christiansen geht es in der Tat um folgende Frage: Was hat sich bewährt und was  
210 muss ich vielleicht auf den Prüfstand stellen unter Bedingungen eines weltweiten Han-  
211 dels, einer Globalisierung, die wir heute haben, damit Arbeitsplätze hier gehalten werden  
212 können, die hier sein könnten, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort  
213 selbst darüber bestimmen könnten. Und insofern haben wir Änderungen beim Kündi-  
214 gungsschutz. Nicht für die, die Arbeit haben, da bleibt alles wie es ist. Aber für die die

215 draußen sind. Da überlegen wir, ob wir andere Einstellungsbedingungen machen. Zum  
216 Beispiel dadurch, dass man die Abfindung bei Einstellung verabredet damit niemand aufs  
217 Arbeitsgericht gehen muss und dann Schwierigkeiten haben. Ich finde, dass ist nur fair  
218 gegenüber den vielen die im Augenblick keine Chance in dieser Gesellschaft haben.

219 **Frau Merkel:** Also erstens hat rot-grün einen riesen Fehler gemacht als sie angetreten  
220 sind und die Reformen, die wir, ich gebe zu vielleicht zu spät gemacht haben, gleich  
221 wieder rückgängig gemacht hat. Vieles haben wir dann drei, vier Jahre später nachgeholt.  
222 Dem demographischen Faktor in der Rente. Ich will da jetzt gar nicht drüber reden. Wir  
223 haben die Petersberger-Steuerbeschlüsse alles abgelehnt bis hin zur Privatisierung von  
224 Telekom und Post. Aber wir sind abgewählt worden. Genau dafür. 1998. Und jetzt haben  
225 wir 7 Jahre Zeit gehabt uns zu überlegen was ist zu tun. Und deshalb hab ich aus Über-  
226 zeugung die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt. Mit Ihnen gemein-  
227 sam. Nicht dass ich mich dafür drücke. Das haben wir in unserem Programm seit 1996.  
228 Und als die rot-grün endlich so weit war, weil sie gesehen haben, dass es nicht anders  
229 geht, haben sie es in Angriff genommen. Wir haben es unterstützt. Wir haben sogar wei-  
230 tergehende Vorschläge gemacht als Ihre Fraktion bereit war zu machen. Und jetzt haben  
231 wir den Punkt, was müssen wir denn jetzt noch dazu tun? Jetzt können wir doch nicht  
232 stehen bleiben. Und Herr Schröder ist angetreten 1998 mit der Maßgabe, wenn ich es  
233 nicht schaffe die Zahl der Arbeitslosen signifikant zu reduzieren, dann bin ich es nicht  
234 wert wiedergewählt zu werden. Jetzt sind sieben Jahre rot-grün vorbei und die Zahl im  
235 Juli war höher als die Zahl unter der Regierung von Helmut Kohl. Und jetzt kann ich nur  
236 sagen: das ist kein Naturgesetz. Andere Länder haben bei gleichen externen Jobs Arbeits-  
237 plätze gewonnen. Bei uns ist die Arbeitslosigkeit nochmal gestiegen. Und die 300 000  
238 statistisch, die können wir wegnehmen. Das Problem ist, das wir vom Sockel her eine viel  
239 zu hohe Arbeitslosigkeit haben und eines Tages, wenn wir das dann durchsetzen, in der  
240 Regierung ab 2005, dann werden die Sozialdemokraten auch wieder begreifen, dass man  
241 weiter gehen muss. Das man da nicht stehen bleiben kann. Und da kann ich nur sagen:  
242 einfach nur hinsetzen und warten, dass die Reformen wirken, dass macht nichts. Und jetzt  
243 muss ich noch ein Wort für die Zuschauerinnen und Zuschauer sagen: Die Frage, dass  
244 von April bis Juni bis hin in den September immer die Zahl der Beschäftigungsverhält-  
245 nisse zunimmt. Das ist eine ganz normale Regel. Im Winter nimmt sie wieder ab. Und

246 deshalb ist jeder sinnvolle Vergleich immer nur ein Jahresvergleich. Alles andere ist sta-  
247 tistischer Schmu.

248 **Frau Merkel:** Also Herr Schröder läuft durchs Land und sagt sieben Jahre rot-grün das  
249 waren sieben gute Jahre für Deutschland. Da muss ich ganz ehrlich sagen, dass ist in den  
250 Ohren vieler vieler Menschen wirklich der blanke Hohn. Und damit sage ich nicht, dass  
251 wir nicht auch Stärken hätte. Das ist doch auch ganz selbstverständlich. Jeder ist stolz auf  
252 unser Land. Und ich kann Maschinenbauunternehmen nennen, ich kann Automobilfirmen nen-  
253 nen, ich kann Chemiefirmen nennen. Und ich weiß, und Sie sprechen doch mit den Chefs  
254 auch. Sie wissen doch ganz genau unter welchem Wettbewerbsdruck Unternehmen heute  
255 stehen und was sie an Standortbedingungen brauchen. Und das es eben nicht richtig ist,  
256 dass Sie das Gentechnikgesetz nicht so umgesetzt haben, wie es die europäische Richtli-  
257 nie erlaubt hätte. Das es eben nicht richtig ist, dass wir uns in Europa eine Chemikalien-  
258 richtlinie machen, die die chemische Industrie beschweren würde. Wenn wir zum Bei-  
259 spiel beim Gentechnikgesetz die Haftungsregeln anders machen, dann wird die grüne aber  
260 auch vor allem die weiße Gentechnologie, die für die Chemie ganz wichtig ist, nach  
261 Deutschland kommen. Wenn wir zum Beispiel Arbeitszeitregelung wenigstens auf den  
262 europäischen Standard bringen, werden wir mehr Softwareunternehmen in Deutschland  
263 haben. Wir haben den Computer erfunden. Wir Deutsche können darauf stolz sein. Jetzt  
264 schauen Sie mal wie viel Arbeitsplätze in und um den Computer herum in Deutschland  
265 sind. Wir haben Potenziale. Die Menschen sehen nur nicht, dass neue Felder, neue Be-  
266 schäftigungsfelder ausreichend hier nach Deutschland kommen. Und wir brauchen nicht,  
267 und wir brauchen auch den Niedriglohnsektor. Aber mit dem Niedriglohnsektor werden  
268 wir unseren Wohlstand nicht erhalten. Und deshalb: Innovation stärker fördern. Vor allen  
269 Dingen auch die Rahmenbedingungen für Technologien. Zweitens die Standortbedingun-  
270 gen verbessern, zum Beispiel durch den Strompreis, in dem man Kernkraftwerke nicht  
271 früher abschaltet, sondern so lange laufen lässt, wie sie sicher sind. Auch das ist eine  
272 vernünftige Maßnahme. Bürokratie abbauen. Der Wirtschaftsminister Clement ist massiv  
273 gescheitert bei all seinen Versuchen das zu machen, weil die, immer die sozialdemokra-  
274 tische Fraktion den Grünen nicht gefolgt sind. Das sind die Dinge, die Deutschland noch  
275 weiter nach vorne bringen würden und ich rede das Gute nicht schlecht. Ich sage nur:  
276 unser Land wird weit unter seinen Möglichkeiten regiert und das muss sich ändern und  
277 das wird sich auch ändern.

278 **Frau Merkel:** Sie gestatten noch einen abschließenden Satz zur Gentechnologie.

279 **Frau Merkel:** Doch das muss ich machen um einfach deutlich zu machen: Deutschland  
280 ist ein Chemiestandort und wir müssen es schaffen jene gentechnisch veränderte Roh-  
281 stoffe, nicht zum Konsum zum Essen, sondern für die chemischen Reaktionen herzustellen  
282 und die Bedingungen sind jetzt schlechter als in allen anderen europäischen Ländern.  
283 Das ist die Wahrheit und deshalb wird Deutschland sich auf diesem Gebiet nicht so entwickeln  
284 und deshalb werden wir das ändern. Ich finde das müssen die Zuschauerinnen  
285 und Zuschauer wissen. Das ist von der WASF bis zu anderen Chemieunternehmen eine  
286 ganz wichtige Sache.

287 Jetzt zum Rentensystem. Wir hatten eine kommissorische Kommission eingesetzt: die  
288 Herzog-Kommission. Und wir haben uns mit der Frage eines Systemumstiegs ausführlich  
289 befasst und sind zu dem abschließenden Schluss gekommen, dass das Umlagefinanzierungs-  
290 verfahren erhalten bleiben muss und genau das wird es auch sein. Es wird zwei  
291 Säulen geben. Davon hat Professor Kirchhoff auch gesprochen. Und diese beiden Säulen  
292 werden zwar in ihrer Bedeutung ab und zu nehmen, die umlagefinanzierte Rente wird  
293 nicht mehr in Zukunft den Lebensstandard sichern können. Darüber gibt es im Übrigen  
294 auch gar keinen Streit zwischen den Parteien. (Einruf Herr Schröder: Wir haben es gemacht  
295 bereits.) Wir haben 98 den demographischen Faktor gemacht und da haben Sie es  
296 abgeschafft. Und dann haben wir die kapitalgedeckte Rente, da hat rot-grün in der Tat die  
297 Riesterrente eingeführt. Das tragen wir vom Grundsatz her mit. Wir glauben nur, dass die  
298 Riesterrente zu bürokratisch ist. Und wir haben die betriebliche Vorsorge. Hier gibt es  
299 hervorragende Möglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich was anzusparen.  
300 Das heißt, das ist für mich wichtig.

301 **Frau Merkel:** Das Problem ist für die nächsten Jahre auf einem ganz guten Weg. Wenn  
302 ein Punkt eintritt. Das nämlich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse  
303 nicht weiter so abnimmt, wie das in den letzten Jahren der Fall war.  
304 Denn dadurch erodiert, dadurch ist im Augenblick die Einnahmehasis der Rente auf ganz  
305 tönernen Füßen. Das ist im Augenblick unser Problem. Ansonsten sind die Vorsorgedinge  
306 einigermaßen vernünftig geregelt. Wir wollen die Riesterrente entbürokratisieren, damit  
307 Menschen einfacher noch die kapitalgedeckte Vorsorge machen können. Ich will sie aber  
308 auch nicht verpflichtend machen, das muss ich ausdrücklich sagen. Menschen sollen frei



309 entscheiden können, in welchem Lebensabschnitt sie dafür eintreten wollen. Aber wir  
310 müssen den Leuten sagen, ihr müsst es tun wenn ihr euren Lebensstandard im Alter si-  
311 chern wollt.

312 **Frau Merkel:** Ich finde, man darf so nicht sprechen Herr Bundeskanzler. Ja ich muss das  
313 ganz klar sagen. Denn die kapitalgedeckte Säule, die wir beide gemeinsam aufbauen wol-  
314 len. Die funktioniert genau nach dem gleichen Prinzip. Und. Das ist doch vollkommener  
315 Unsinn. Es gibt die zwei Säulen. Es gibt die umlagerungsfinanzierte und es gibt die kapi-  
316 talgedeckte und die kapitalgedeckte wirkt für jeden einzelnen. Und deshalb finde ich soll-  
317 ten Sie an der Stelle mit der Verunsicherung aufhören. Sie betreiben nämlich in den letz-  
318 ten Wochen unentwegt Verunsicherung über die Frage des sozialen Friedens in Deutsch-  
319 land und unsere Maßnahmen. Sie betreiben eine Kampagne, in der Sie dauernd sagen,  
320 wenn irgendetwas in Deutschland geändert wird, was noch nicht auf Ihrer Agenda steht,  
321 dann gefährdet das den sozialen Frieden. Alles was Sie ändern möchten, natürlich nicht.  
322 Und das ist eine Argumentation die kann nicht dazu führen, dass Deutschland den besten  
323 Weg findet. Und ich finde wir haben wirklich allen Grund noch ein Stück zu überlegen  
324 wie es weitergeht.

325 **Frau Merkel:** Ich brauch nicht den Tagesspiegel zu Lesen, sondern ich habe die Süd-  
326 deutsche Zeitung gelesen. Es gibt zwei Säulen. Es gibt das umlagefinanzierte System, mit  
327 dem damals von uns eingeführten, im Übrigen demographischen Faktor, den Sie abge-  
328 lehnt haben. Wider besseres Wissen, aber das macht nichts. Sie haben ihn ja auch inzwi-  
329 schen wiedereingeführt. Und eine kapitalgedeckte Säule. Und dann hat Paul Kirchhoff  
330 über die nachgelagerte Besteuerung gesprochen. Das heißt das Altersaufwendungen erst  
331 im Alter besteuert werden sollen und ansonsten gilt unser Programm. Und es gibt hier  
332 jetzt überhaupt gar keine Diskussion. Ich finde nur bei allem, was die Union jetzt vor-  
333 schlägt an weitergehenden Maßnahmen um wirklich Menschen aus der Arbeitslosigkeit  
334 raus zu bringen, wird im Augenblick ein Klima erzeugt, dass das der Eindruck erweckt  
335 wird, es sollten hier Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in eine schlechtere Position  
336 gebracht werden. Und das ist einfach unwahr. Wir wollen, dass alle Menschen in diesem  
337 Lande möglichst Arbeit haben. Und wir können uns nicht abfinden damit, wie es im Au-  
338 genblick ist, und das leitet uns und ich finde, da sollte man doch wirklich mal den Gedan-

339 kenaustausch so führen, dass nicht Menschen die vielleicht im Detail nicht alles nach-  
340 vollziehen können, in Angst und Schrecken versetzt werden. Das halte ich für absolut  
341 falsch.

342 **Frau Merkel:** Also ich hab die Frage gestellt bekommen. Mit Verlaub und deshalb kann  
343 ich nur sagen was in meiner Macht steht, werde ich tun. Ich gehe davon aus, dass die  
344 Wählerinnen und Wähler uns das Vertrauen geben und dann wird Paul Kirchhoff auch  
345 der Finanzminister sein. Und er wird ein Finanzminister sein, der sich in einer Weise um  
346 die Gerechtigkeit, insbesondere von Familien kümmern wird. Wie es das her nicht gege-  
347 ben hat. Ich finde gerade, sehr interessant wie Steuerrecht und Familien in unserem Land  
348 hier mal verzahnt werden. Da gibt es viele Finanzminister, die haben überhaupt kein Herz  
349 dafür. Ich bin froh, dass Paul Kirchhoff das hat

350 **Frau Merkel:** Schauen Sie, das ist genau das was ich meine wie im Augenblick diskutiert  
351 wird. Paul Kirchhoff hat zu einem speziellen Buch von zwei Eltern ein Vorwort geschrie-  
352 ben und zwar von Journalisten vom Deutschlandfunk, die gemeinsam 10 Kinder haben.  
353 Wo die Mutter genau diese Rolle für sich einnimmt. Und wo der Vater berufliche Karriere  
354 macht. Und diese beiden haben das für sich so entschieden und Paul Kirchhoff hat dazu  
355 ein wohlwollendes Vorwort geschrieben. Paul Kirchhoff hat vier Töchter. Paul Kirchhoff  
356 hat. Das ist ein Zitat aus einem Vorwort. Und dieses Vorwort ist abgedruckt worden und  
357 deshalb kann ich nur sagen Paul Kirchhoff hat vier Töchter. Ich habe mich mit ihm un-  
358 terhalten. Alle vier Töchter sind berufstätig. Alle vier Töchter haben Kinder. Alle vier  
359 Töchter machen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, so wie es sich Millionen  
360 Frauen heute vorstellen. Ich kann nur sagen, ich werde als Bundeskanzlerin ganz fest  
361 genau diesen Punkt im Auge haben. Mit der Wirtschaft sprechen, dass hier die Fähigkei-  
362 ten von Müttern, die bei der Erziehung von Kindern erworben werden, besser eingebracht  
363 werden. Das hier dafür gesorgt wird, dass auch Kinderbetreuung, das unterstütze ich alles  
364 sehr. Wir sollen auch die Kommunen finanziell ordentlich ausstatten, dass die Kinderbe-  
365 treuung verbessert wird. Aber auch dass die Fähigkeiten und das was Mütter in dieser  
366 Erziehungsphase lernen im Beruf mehr gewürdigt wird, da es auch unsere Gesellschaft  
367 zum Teil sehr hartherzig. Verschenkt viele Potenziale und deshalb kann ich nur sagen  
368 Paul Kirchhoff ist das lebendige Beispiel dafür, in seiner Familie, das Vereinbarkeit von  
369 Beruf und Familie gelebt wird. Aber wo Eltern sich entscheiden zu Hause zu bleiben,

370 Vater oder Mutter, da finde ich hat das genauso den Respekt verdient in unserer Gesell-  
371 schaft, wie eine andere Entscheidung. Und die Politik hat das nicht vorzuschreiben, son-  
372 dern den Menschen es zu ermöglichen es so zu leben.

373 **Frau Merkel:** Also ich will vielleicht an der Stelle nochmal darauf hinweisen. Als der  
374 heutige Bundeskanzler noch Ministerpräsident war, da hat er Familien- und Frauenpolitik  
375 als Gedöns bezeichnet, Lehrer als faule Säcke. Da habe ich als Jungministerin den Rechts-  
376 anspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt. Ich bin da heute noch sehr stolz, ich bin  
377 da heute sehr stolz drauf und ich bin auch froh, dass Sie dazu gelernt haben. Das muss  
378 ich ganz einfach sagen, denn jetzt haben wir wenigstens in einer breiten Phalanx, in der  
379 Union aber auch bei anderen, die Tatsache was wir wollen, Vereinbarkeit von Beruf und  
380 Familie. Wir haben den Rechtsanspruch für einen Kindergartenplatz eingeführt. Ich als  
381 Jungministerin. Eine meiner wirklichen Leistungen in den 90ern. 1994. Und es haben  
382 Gottseidank viele dabei zugestimmt, aber ich war die verantwortliche Ministerin. Und ich  
383 möchte das auch weiterentwickeln: Betreuung für unter 3- Jährige. Alles ganz wichtige  
384 Felder. Und ich glaube, ich habe eben schon drüber gesprochen. Es gibt rechtliche Maß-  
385 nahmen, die wir ergreifen können. Wir können aber auch dafür sorgen, als Politikerinnen  
386 und Politiker, dass die Wirtschaft, dass die Gesellschaft hier ein offeneres Ohr bekommt.  
387 Und das vor allem, das vom Arbeitnehmer im 21. Jahrhundert erwartet wird: Nerven-  
388 stärke, Organisationskraft, Kreativität. Dass all das den Frauen mal zugestanden wird, die  
389 Kinder erziehen und wieder in den Beruf wollen. Ich habe zum Beispiel im akademischen  
390 Bereich, den Vorschlag zu machen, man kann nicht Berufungskarrieren, zum Beispiel  
391 zum Professor, für einen Mann der nie ausgesetzt hat, wegen der Kindererziehung, ge-  
392 nau so gestalten, wie man das zum Beispiel für Frauen macht, die einige Jahre aussetzen,  
393 Kinder erziehen und trotzdem den Kontakt zur Wissenschaft erhalten. Hier muss sich in  
394 unserem Land noch viel ändern. Dafür werde ich kämpfen und ich glaube, dass eine Frau  
395 als Bundeskanzlerin dafür auch ein gutes Beispiel sein kann.

396 **Frau Merkel:** Ich finde es richtig, dass unsere Bundesregierung und auch die Länder  
397 versuchen den Amerikanern zu helfen. Das ist jetzt nicht die Stunde, Sie haben von den  
398 schrecklichen Bildern gesprochen. Ich kann nur sagen, ich spreche über unsere Gesell-  
399 schaft und ich möchte, dass in unserer Gesellschaft nicht mehr 1 Millionen Kinder von

400 Sozialhilfe leben, wie das der Fall ist. Ich möchte nicht, dass wir jährlich einen Armuts-  
401 bericht bekommen, so wie das unter rot-grün jetzt der Fall ist. Wo die Zahl der Familien,  
402 die in Armut leben, immer weiter zunimmt. Das hat etwas mit Arbeitslosigkeit zu tun,  
403 das hat etwas damit zu tun, dass viele schon in mehreren Generationen den Einstieg ins  
404 Berufsleben nicht finden. Wir müssen. Hier müssen wir etwas ändern und deshalb kann  
405 ich nur sagen, ich arbeite für ein Deutschland in dem die Menschen sozial gerecht und  
406 menschlich leben können und dafür müssen wir schauen, dass wir eben wieder was un-  
407 seren Wohlstand anbelangt besser auf die Beine kommen. Und ich hoffe, dass wir öko-  
408 nomisch so stark sind, wir sind stark, aber wir sind nicht stark genug, dass wir ökon-  
409 omisch so stark sind, dass unser Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft, ein  
410 Modell ist das anderweitig auch akzeptiert wird.

411 **Frau Merkel:** Also Wahlkampfthemen sind die Themen, die die Menschen interessieren  
412 und welche Grenzen Europa hat, das interessiert die Bürgerinnen und Bürger nun wirklich  
413 außerordentlich. Denn es ist so: Wir haben eine Erweiterungsrunde hinter uns von 10  
414 neuen Mitgliedstaaten. Wir werden Bulgarien und Rumänien, wenn sie die Bedingungen  
415 erfüllen, als weitere Mitgliedstaaten aufnehmen. Und jetzt ist es schon einmal an der Zeit  
416 darüber zu reden, was die Perspektive für die Türkei ist. Ich möchte eine enge Anbindung  
417 an Europa. Aber ich glaube, dass die Integrationsfähigkeit, das heißt die Aufnahmefähig-  
418 keit, der europäischen Union, wie sie jetzt besteht, nicht gegeben ist um ein Mitgliedsland  
419 wie die Türkei als Vollmitglied aufzunehmen. Und das sage ich den Menschen heute und  
420 das habe ich auch dem türkischen Ministerpräsidenten gesagt. Und das interessiert die  
421 Menschen. Wir sagen das ohne Schaum vorm Mund. Aber wir haben dabei eine ganz  
422 große Zustimmung. Und es wäre ganz unverantwortlich der Türkei jetzt den Eindruck  
423 einer Vollmitgliedschaft zu erwecken, um dann eines Tages, wenn in einigen anderen  
424 europäischen Ländern zum Beispiel Volksabstimmungen darüber stattfinden, dann das  
425 nicht durchsetzen zu können und da ich glaube, dass wir verantwortlich auch für eine Zeit  
426 von 10 -15 Jahren denken sollten und nicht nur in den Tag, sehe ich da ein Problem.  
427 Privilegierte Partnerschaft, ein klares freundschaftliches Angebot. Eine privilegierte Part-  
428 nerschaft. Ich kann Ihnen das sagen, wir haben das sehr ausführlich dargestellt. Das würde  
429 zum Beispiel bedeuten, dass die Türkei in den außen sicherheitspolitischen Fragen sehr  
430 eng mit angebunden ist, auch in den europäischen Institutionen. Nein es ist kein Herr  
431 Kausch. Sie sind in der Nato, das ist richtig. Es gibt aber inzwischen eine eigenständige

432 Außen- und Sicherheitspolitik der EU, an der die Türkei sehr wohl mitarbeiten und als  
433 gleichberechtigter Partner mitarbeiten könnte. Wo ich die Probleme sehe, dass ist beim  
434 europäischen Binnenmarkt. Da wo wir ganz große wirtschaftliche Unterschiede heute  
435 schon haben. Wo wir über die Freizügigkeit reden müssen, dann in absehbarer Zeit. Das  
436 sehe ich nicht. Und das sage ich den Menschen und ich stoße damit auf viel Zustimmung  
437 und ich sag auch ganz ehrlich der türkischen Regierung.

438 **Frau Merkel:** Ein Blick noch zurück nach Europa, denn die Frage war ja nicht beant-  
439 wortet. Ja. Die Frage war ja nicht beantwortet, was die Bürgerinnen und Bürger fühlen  
440 über die Entwicklung der europäischen Union. Ich bin natürlich selbstverständlich für  
441 den Verfassungsvertrag und wir hätten ihn, wenn wir den Bürgern gesagt hätten wo die  
442 Grenzen Europas sind. Sicherlich auch einfacher in Frankreich durchsetzen können und  
443 in den Niederlanden. Das heißt also hier ist aus meiner Sicht ein Fehler gemacht worden,  
444 dass man weder die Bürokratisierung bei Zeiten in den Gripp bekommen hat und rot-grün  
445 hatte ja jetzt sieben Jahre Zeit. Da ist die Bürokratie in Europa erstmal richtig aufgeblüht  
446 und da ist dann auch der Punkt erreicht wurde, dass man eben nicht gesagt hat wo sind  
447 die Grenzen Europas. Und ich möchte diesen Verfassungsvertrag und deshalb finde ich  
448 sollten wir hier auch ganz ehrlich sein und den Sicherheitszuwachs mit der Türkei be-  
449 kommen wir auf jeden Fall auch wenn wir fair mit ihnen umgehen und eine privilegierte  
450 Partnerschaft anwenden. Wie verhandeln ergebnisoffen. Wir werden uns, wenn wir die  
451 Regierung übernehmen, selbstverständlich an die Ausgangslage halten und sagen packt  
452 das in Zawanda, das heißt es, dass was besprochen wurde gilt. Und dann geht es um er-  
453 gebnisoffene Verhandlungen und dann schauen wir mal wie die Dinge weitergehen. Aber  
454 wir dürfen die Bürger nicht überfordern, wenn wir ein integriertes Europa haben wollen  
455 und das will ich. Europa ist unsere Chance im Handel und in allen anderen Fragen. Jetzt  
456 zur Energiepolitik. Ja absolut erinnere ich mich an Ihre Frage und beantworte Sie auch  
457 gerne. Wir müssen uns was die Energiepolitik anbelangt auf breite Füße stellen und wir  
458 müssen Kohlendioxid einsparen. Das heißt uns auch unabhängiger machen von fossilen  
459 Energiequellen. Wir haben dafür, als ich Umweltministerin war, zum Beispiel verhandelt  
460 über benzinsparende Kraftfahrzeugflotten. Ich bin für einen breiten Energiemix. Dazu  
461 gehören die erneuerbaren Energien. Aber eben auch alle erneuerbaren Energien und mit  
462 einer sehr großen Präferenz für Windenergie. Dazu gehört Kohle, dazu gehört Erdgas,

463 dazu gehört Erdöl. Und aus meiner Sicht, da wir in Deutschland die sichersten Kernkraft-  
464 werke der Welt haben, auch wissen das weltweit hier weitergebaut wird, gehört dazu  
465 auch, dass wir die Kernkraftwerke, die wir haben, ich spreche ausdrücklich nicht über  
466 den Neubau, laufen lassen solange die sicherheitstechnischen Voraussetzungen gegeben  
467 sind. Alles andere ist Verschleuderung des Volksvermögens. Wenn ich heute einen Trittin  
468 höre, wir müssen unabhängig vom Erdöl werden, dann werden wir das natürlich auch ein  
469 Stück, wenn wir das was wir haben auch ein wenig weaternutzen. Also breite, sehr öko-  
470 logisch ausgelegte Energiepolitik und gleichzeitig Energie sparen. Und da sind wir immer  
471 noch am Anfang.

472 **Frau Merkel:** Ich schaue sorgenvoll in die Zukunft, dass unsere Strompreise in Deutsch-  
473 land mit zu den höchsten in Europa gehören. Und ich habe ja grade Maßnahmen genannt  
474 von denen ich glaube, dass sie dazu führen würden, dass wir geringere Strompreise haben.  
475 Das ist nämlich ein Standortfaktor. Die gesamte energieintensive Industrie, ob das nun  
476 Alu-, Hütten- oder anderes sind. Die sind davon abhängig. Und wenn ich Arbeitsplätze  
477 schaffen will, dann darf ich nicht die energieintensive Industrie aus Deutschland vertrei-  
478 ben. Und deshalb fehlt mir hier an einigen Stellen eine Ausgewogenheit. Energiepolitik  
479 muss immer drei Bedingungen entsprechen: ökologisch vernünftig sein, wirtschaftlich  
480 vernünftig sein und die Versorgungssicherheit garantieren. Und im Augenblick ist hier  
481 eine Inbalance bei rot-grün eingetreten die uns viele Arbeitsplätze gekostet hat.

482 **Frau Merkel:** Wir werben um jede Stimme und zwar in Ost und West, in Nord und Süd.  
483 Das versteht sich von selbst. Und ich kann nur sagen alle sind wichtig. Die, die über 60  
484 sind und ihre Hoffnung in uns setzen, genauso wie die Menschen in den neuen Bundes-  
485 ländern, von denen viele enttäuscht sind. In den sieben Jahren rot-grün ging es in den  
486 neuen Ländern kaum aufwärts. Die Schere ist größer geworden zwischen Ost und West  
487 was das Wachstum anbelangt. Und insofern haben viele Menschen dort Sorgen und ich  
488 werde bis zum letzten Tag darum kämpfen aber wenn es um Koalitionen geht, dann kann  
489 ich nur sagen wir arbeiten für einen Wechsel und zwar für einen vollkommenen komplet-  
490 ten Politikwechsel in Deutschland von CDU und CSU gemeinsam mit der FDP. Wir ha-  
491 ben ganz reale Chancen, dass wir das schaffen können. Und dann werden die Weichen  
492 auch wieder aufwärts gestellt, damit es Deutschland besser geht und dass ist meine Option

493 und ich glaube, dass wir sehr sehr gute Chancen haben die Wählerinnen und Wähler zu  
494 überzeugen.

495 **Frau Merkel:** Also ich finde es sehr realitätsbezogen, dass sich Herr Cohn-Bendit mit  
496 der Frage auseinandersetzt, dass ich Bundeskanzlerin sein werde, denn der Bundeskanz-  
497 ler hat ja gesagt, dass er weder die Große Koalition möchte, noch ein Zusammengehen  
498 mit der Linkspartei und das heißt nichts anderes als das er in 14 Tagen keine Rolle mehr  
499 spielen wird in der sozialdemokratischen Partei. Im Übrigen gibt es da Herrn Wowereit,  
500 der bereits davon träumt 2009 mit der Linkspartei zu kooperieren. Und das heißt, so wie  
501 ich Herrn Wowereit kenne, der aus der Großen Koalition zu den Linken übergelaufen ist,  
502 und heute mit der PDS zusammenarbeitet, dass er das sofort auch propergieren würde,  
503 wenn sich die Gelegenheit dazu gibt. Deshalb kann ich den Wählerinnen und Wählern  
504 nur sagen, wählen Sie die Frau als Kanzlerkandidatin bei CDU und CSU und FDP und  
505 Herr Cohn-Bendit ist herzlich eingeladen sich an einer zukunftsfähigen Entwicklung in  
506 Deutschland sich weiter mit zu beteiligen. Was nun das Ergebnis von rot-grün anbelangt,  
507 ich wurde neulich schon mal gefragt, ob ich ein Produkt von rot-grün bin. Da kann ich  
508 nur sagen: wenn ich ein politisches Produkt bin, dann eins der deutschen Einheit. Darauf  
509 bin ich stolz, gesamtdeutsche Politikerin mit ostdeutschen Wurzeln zu sein. Und ansons-  
510 ten bin ich ein Produkt meiner Eltern und darauf bin ich auch stolz.

511 **Frau Merkel:** Ich habe auf die Frage nach Herrn Cohn-Bendit geantwortet. Und ich hab  
512 von Ihnen in der Zeit gelesen, dass Sie deutlich gemacht haben rot-grün passte nicht in  
513 diese Zeit. Ja was man alles so sagt. Was man alles so sagt. Das Zitat war nämlich von  
514 Ihnen. Sie hatten sich ja weit abgewendet und Sie haben sich ja eben auch deutlich ge-  
515 macht, Sie telefonieren wegen der Außenpolitik mit Ihrem Außenminister. Das ist genau  
516 das Problem. Rot-grün hat sich auseinander gelebt. Aber noch schlimmer: Der Kanzler  
517 und seine Fraktion haben sich auseinandergeliebt. Deshalb diskutieren wir nämlich heute  
518 hier miteinander und nicht erst nächstes Jahr. Und das ist die Wahrheit. Und das müssen  
519 die Wählerinnen und Wähler auch wissen. Wir hätten keine Neuwahlen, wenn es einen  
520 Bundeskanzler gäbe, dem seine Fraktion folgt. Das tut sie nicht.

521 **Frau Merkel:** Ja liebe Wählerinnen und Wähler in zwei Wochen werden Sie Ihre Ent-  
522 scheidung über die Wahl fällen und vielleicht hilft Ihnen die Beantwortung einiger Fragen  
523 bei Ihrer Entscheidung. Geht es unserem Land heute besser als vor sieben Jahren, als rot-

524 grün antrat? Ist das Wachstum höher? Ist die Arbeitslosigkeit niedriger? Und haben wir  
525 weniger Bürokratie? Sind unsere Rente, Pflege und Gesundheit sicherer? Wenn Sie alle  
526 diese Fragen mit ja beantworten haben Sie Ihre Wahlentscheidung wahrscheinlich gefällt.  
527 Aber wenn Sie Zweifel haben, wenn Sie nicht wollen, dass es einfach so weitergeht, dann  
528 haben Sie die Wahl mit CDU und CSU. Wir wollen nach innen, dass wir „Vorfahrt für  
529 Arbeit“ haben, dass wir sagen „Sozial ist was Arbeit schafft“. Unsere Kinder eine bessere  
530 Zukunft haben. Wir wollen nach außen ein starker, verlässlicher Partner sein in einem  
531 Europa der Bürgerinnen und Bürger, einem Europa das seine Grenzen klar definiert und  
532 liebe Bürgerinnen und Bürger ich kann Ihnen nicht versprechen alle Probleme von einen  
533 Tag auf den anderen zu lösen, aber ich sage Ihnen vor der Wahl was wir nach der Wahl  
534 tun werden und ich bin überzeugt in Deutschland steckt mehr. Die Menschen in diesem  
535 Lande können mehr. Wir müssen unsere Chancen nutzen. Dafür bitte ich um Ihr Ver-  
536 trauen.



### Dr. Angela Merkel Elefantenrunde 2005: AME05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pHYbZRFptZM> (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Herr von der Tann: Also erstmal hat Rot-Grün die Wahl verloren. Rot-  
2 Grün hat keine Mehrheit mehr. Rot-Grün ist angetreten um eine Mehrheit zu bekommen  
3 und hat sie nicht bekommen. Zweitens sind wir, wie die Hochrechnungen jetzt sagen  
4 stärkste Kraft im Deutschen Bundestag und haben damit auch einen klaren Auftrag zur  
5 Regierungsbildung. Und drittens kann man sagen, dass wir uns natürlich ein besseres Er-  
6 gebnis gewünscht hätten. Gar keine Frage. Aber um das analysieren zu können, braucht  
7 man noch ein paar weitere Fakten. Auf jeden Fall kann ich nochmal darauf verweisen,  
8 dass die Sozialdemokraten sehr viel stärker verloren haben gegenüber der letzten Wahl  
9 als wir. Damit will ich unser Ergebnis nun nicht schön reden, nur die Dinge mal in eine  
10 vernünftige Proportion stellen.

11 **Frau Merkel:** Also wenn wir stärkste Kraft sind, und so sieht es jetzt aus, dann werden  
12 wir selbstverständlich Gespräche mit allen Parteien führen. Das ist so die Spielregel der  
13 Demokratie. Und dann wird man schauen, wie wir eine stabile Regierung hinbekommen.  
14 Das sage ich heute Abend gar nicht. Am liebsten wäre mir ein Bündnis mit der FDP ge-  
15 wesen. Das geht jetzt nicht. Wir werden nicht mit der Links-Partei sprechen, aber sonst  
16 mit allen anderen.

17 **Frau Merkel:** Ich werde meinen Weg finden mit den Sozialdemokraten zu sprechen.  
18 Auch wenn sich das heute Abend eher wie im Wahlkampf weiter fortsetzt. Ich kann es  
19 nur deutlich machen: Zum Schluss muss eine Mehrheit zustande kommen. Es sei denn  
20 der Bundeskanzler hat die Absicht dann doch mit den Linken gemeinsam etwas zu unter-  
21 nehmen. Was er im Wahlkampf immer abgelehnt hat. Ansonsten muss eine Mehrheit zu-  
22 stande kommen und das ist in jeder sozial-liberalen Koalition, wenn ich mich recht so  
23 erinnere, auch so gewesen. Da kann es schon mal sein, dass die Union stärker war, aber  
24 zum Schluss hatten Liberale und Sozialdemokraten eine Mehrheit. In dem Falle, wo aber  
25 zwei Parteien zusammenkommen müssen, die eine Mehrheit bilden, stellt die stärkere  
26 Fraktion auch den Bundeskanzler. Dagegen gibt es keinerlei Beispiele in der Geschichte  
27 der Bundesrepublik Deutschland. Und insofern kann es ja sein, dass der Bundeskanzler  
28 heute Abend noch etwas Schwierigkeiten hat von der Tatsache wirklich erfasst zu sein,

29 dass Rot-Grün abgewählt ist. Ich weiß nicht, ob das wirklich schon angekommen ist. Das  
30 würde ich hier gerne angesichts der Diskussion noch mal sagen: Rot-Grün wollte einen  
31 Auftrag wieder regieren zu können. Rot-Grün hat diesen Auftrag ganz offensichtlich nicht  
32 bekommen. Und der Bundeskanzler hat angestrebt stärkste Fraktion zu werden. Hat sich  
33 dafür auch Zielmargen gesetzt und auch die sind so nicht eingetreten. Es ist richtig, dass  
34 bei uns auch nicht alle Zielmargen eingetreten sind. Aber nach dem jetzigen Stand sind  
35 wir die stärkere Fraktion und deshalb werden wir das alles in ganzer Ruhe besprechen.  
36 Und Deutschland braucht eine stabile Regierung. Und abgestimmt wurde über Parteien  
37 und da ist das Ergebnis so wie es ist.

38 **Frau Merkel:** Ja ich mache es flott, indem ich erstmal das Wahlergebnis doch wirklich  
39 in Respekt vor dem Wähler auch annehme. Auch ich freue mich über jeden, der uns ge-  
40 wählt hat. Und danke auch denen, die engagiert Wahlkampf geführt haben. Aber jetzt  
41 haben wir doch die Aufgabe aus dem Ergebnis was uns der Wähler gegeben hat auch eine  
42 vernünftige und für Deutschland weiterführend, eine Regierung zu bilden. Und in diesem  
43 Zusammenhang werden die Gespräche geführt werden und da gibt es nur eins: das den  
44 Regierungsauftrag derjenige hat, der die stärkste Fraktion stellt. Es sei denn es gibt sonst  
45 Mehrheiten, die sich zusammenfinden. Aber dazu habe ich heute Abend noch keinen Auf-  
46 schluss bekommen. Insofern sehe ich die Aufgabe jetzt erstmal so wie ich sie hier schon  
47 mehrfach dargestellt habe. Ich bin einigermaßen überrascht in welcher Art und Weise nun  
48 hier von der anderen Seite das Ergebnis dargestellt wird. Es ist einfach schlicht und er-  
49 greifend so, dass Sie heute Abend nicht gewonnen haben und Rot-Grün nicht gewonnen  
50 hat. Das ist die Realität ja.

51 **Frau Merkel:** Die Argumente gelten ja rum wie num. Aber jetzt nehmen wir mal die  
52 Sachlage wie sie ist. Ich weiß ja. Na ja. Mandate. Da kommt erstmal eins. Das werden  
53 wir ja sehen, aber jetzt gehen wir mal von den Fakten aus, wie sie uns zu diesem Zeitpunkt  
54 in dieser Runde vorliegen. Was anderes können wir ja alle miteinander nicht tun. Und da  
55 kann ich nur sagen, gilt das, was ich gesagt habe und das bleibt auch weiter richtig.

56 **Frau Merkel:** Also. Das letzte Mal waren ja auch beide bei 38,5. Insofern ist nicht zum  
57 ersten Mal in der Geschichte das sie beide unter 40 sind. Okay. Das ist wieder was ande-  
58 res. Massiv unter 40 ist wieder was anderes als unter 40. Aber das lassen wir jetzt mal  
59 dahingestellt sein. Ich glaube, dass sich dieses Mal etwas anderes vollzogen hat. Es gibt

60 einen großen Teil der Wählerinnen und Wähler, die die Debatte über die Große Koalition  
61 schon als Stillstand empfunden haben und jetzt versucht haben, durch die jeweilige Wahl-  
62 entscheidung zu Gunsten der kleineren Parteien, doch von Ihrer Warte aus, auch wenn  
63 das sehr auseinander laufende Bedingungen sind, in Punkt zu setzen und zu sagen „Das  
64 ist uns eigentlich nicht so recht und das wollen wir nicht“. Um noch einmal zurückzu-  
65 kommen auf die Debatte, die jetzt vor uns liegt in den nächsten Tagen. Ich möchte zu-  
66 mindest für die Union und da sind wir uns auch vollkommen einig, erklären: Wir sind  
67 gewillt das Wahlergebnis zu akzeptieren wie es ist. Wenn wir stärkste Kraft im Deutschen  
68 Bundestag sind, dann sind wir stärkste Kraft. Das ist dann der Wille der Wählerinnen und  
69 Wähler gewesen und das muss jeder akzeptieren. Und ich glaube nach ein paar Tagen  
70 Nachdenken wird das auch in der Sozialdemokratie als die Realität ankommen. Und in-  
71 sofern bin ich da ganz optimistisch, dass das Votum der Wählerinnen und Wähler jeden-  
72 falls von unserer Seite aus auf demütige und akzeptierende Art und Weise zur Kenntnis  
73 genommen wird. Das ist unser Auftrag. Das ist unsere Aufgabe. Aber da werden wir nicht  
74 alle Regeln der Demokratie auf den Kopf stellen. Das kann ich Ihnen auch versprechen.  
75 Wir haben das das letzte Mal erlebt: 5000 Stimmen. Damals hieß es „Mehrheit ist Mehr-  
76 heit“. Das haben wir so akzeptiert. Auch bei allen Fragen der Besetzung dann im Deut-  
77 schen Bundestag. Und genau so wird es auch diesmal zu akzeptieren sein.

## Edmund Stoiber Elefantenrunde 2005: EME05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pHYbZRFptZM> (eigene Transkription)

1 **Herr Stoiber:** Zunächst möchte ich doch betonen, dass wenn Sie schon Bayern anspre-  
2 chen was die CSU anbelangt, dann liegen wir um die 50 Prozent und liegen damit natür-  
3 lich über dem Gesamtergebnis der Union weit über 15 Prozent. Und bringen natürlich  
4 einen erheblichen Anteil für die Stabilität der Union insgesamt. Das will ich nur zur Er-  
5 läuterung und zur Interpretation Ihrer Aussage treffen. Ansonsten, wenn natürlich die  
6 Union insgesamt abnimmt und wir eben unser Ziel nicht erreichen was wir wollen, wir  
7 wollen nämlich eine Regierungsbildung mit der FDP, dann ist es klar, dass wir mehr oder  
8 weniger überall abnehmen. Aber ich will auch deutlich machen, dass der Süden, also  
9 Bayern und Baden-Württemberg einen ganz erklecklichen Anteil an dem Gesamtergebnis  
10 der CDU/CSU erbracht hat. Das ist auch richtig, wenn ich das noch einmal wiederhole,  
11 weil Sie immer wieder darauf rekrutieren. Insgesamt haben wir, wie es jetzt auch sein  
12 mag den Regierungsauftrag. Ich erinnere mich noch sehr gut: Vor drei Jahren, als wir hier  
13 gestritten haben, da waren beide bei 38,5 Prozent und Herr Schröder hat damals gesagt:  
14 „Ja aber wir haben ein paar Mandate mehr, durch Überhangmandate. Deswegen habe ich  
15 also den Anspruch die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.“ Heute ist das anders. Wir  
16 haben sicherlich weniger als vor drei Jahren. Das ist richtig. Aber wir haben eine Verän-  
17 derung gegenüber von vor drei Jahren: Wir stellen die stärkste Fraktion von CDU/CSU  
18 und damit ist nach den demokratischen Gepflogenheiten der Regierungsauftrag bei Frau  
19 Merkel und die wird jetzt sicherlich die Gespräche führen mit der SPD, mit den Grünen,  
20 mit der FDP im Besonderen. Und wir müssen ja auch mal sehen bei aller Plänkelei, die  
21 Sie beide da getan haben: Der Wahlkampf ist vorbei. Wir haben ein kompliziertes Wahl-  
22 ergebnis. Aber wir brauchen für Deutschland eine starke Regierung, dass wir nicht gleich  
23 wieder zur Vertrauensfrage oder Ähnlichem kommen, denn die letzten Jahre hatten wir  
24 keine stabile Regierung.

25 **Herr Stoiber:** Wir haben nach den Prognosen immer wieder signalisiert bekommen wir  
26 lägen bei über 40 und ich habe immer deutlich gemacht, dass wir letzten Endes nicht 48,  
27 47, was auch mal prognostiziert worden ist, dass das unreal ist. Und ich habe gesagt, das  
28 was wir erreichen können liegt in dieser Bandbreite. Dann haben wir das nicht erreicht.  
29 Aber ich will nochmal deutlich machen: Man kann nicht von irgendwelchen Prognosen

30 ausgehen Herr Schröder. Sie haben halt mehr verloren als CDU/CSU. Das ist gar keine  
31 Frage. Vor drei Jahren haben Sie 38,5 Prozent gehabt, auch die CDU/CSU 38,5. Heute  
32 haben Sie deutlich mehr verloren als die CDU/CSU. Dann ist das auch klar und deutlich,  
33 dass Frau Merkel zunächst den Regierungsauftrag hat. Wir sind alle jetzt verpflichtet eine  
34 stabile Regierung zu finden.

35 **Herr Stoiber:** Also wenn man mal nicht die Personen, sondern die sachlichen Schnitt-  
36 mengen ansieht, gibt es so viele Unterschiede zwischen CDU/CSU und Grünen. Es gibt  
37 natürlich auch gravierende Unterschiede zwischen FDP und Grünen, dass ich mir das nur  
38 sehr, sehr schwer als eine Notsituation vorstellen kann.

39 **Herr Stoiber:** Ich muss das mal ganz ehrlich sagen. Die Arroganz mit der der Bundes-  
40 kanzler letzten Endes auftritt ist nicht ganz in Ordnung. Nein. Nein. Das ist für mich schon  
41 ein Punkt Herr Schröder. Wenn jetzt die, nach den Ergebnissen wie sie uns vorliegen, die  
42 stärkste Fraktion eben hier zu Gesprächen einlädt, und natürlich die CDU/CSU natürlich  
43 mit der SPD auch ein Gespräch führt und Sie erklären hier solche Gespräche werden bei  
44 Ihnen überhaupt nicht angenommen. Dann halte ich das wirklich nicht für einen ord-  
45 nungsgemäßen Umgang miteinander. Jetzt haben wir alle die Aufgabe eine stabile Regie-  
46 rung zu bilden. Das ist ja das entscheidende. Ich will ja doch mal deutlich machen: Sie  
47 hatten keine stabile Regierung mehr. Deswegen haben Sie die Vertrauensfrage gestellt.  
48 Und es kann doch nicht so sein, dass es jetzt so bleibt wie es bei Ihnen war. Das ist kein  
49 Wahlkampf. Das ist ein Faktum.

50 **Herr Stoiber:** Ich habe immer gesagt, dass ich bereit bin auch Verantwortung in Berlin  
51 zu tragen. Auch mit dem Ergebnis. Das hängt natürlich jetzt davon ab, welche Regierung  
52 bringen wir zustande? Welche Möglichkeiten gibt es in der Regierung gerade auch für  
53 den CSU-Vorsitzenden? Das Ergebnis ändert nichts daran, dass wir eine schwierige Si-  
54 tuation haben und das alle, die letzten Endes für Deutschland viel bewegen wollen, auch  
55 bereit sein müssen für Deutschland Verantwortung zu tragen. Dazu bin ich bereit. Aber  
56 wir haben heute natürlich eine andere Situation, als wir uns jetzt vorgestellt haben auf  
57 dieser Seite. Denn wir wissen ja noch gar nicht, bringen wir die CDU/CSU, bringen wir  
58 eine stabile Regierung hin. Und jedenfalls ist die Herausforderung für Deutschland so  
59 stark, dass sich keiner verweigern darf unabhängig von dem Ergebnis. Auf der anderen  
60 Seite aber will ich noch einmal betonen: Dann muss man auch vernünftig miteinander

61 umgehen. Auch wenn das Fernsehen jetzt hier die Scheinwerfer auf uns richtet. Und man  
62 muss ja eines sehen Herr von der Tann: Wir haben hier letzten Endes fünf Parteien, eine  
63 Partei, die Partei von Herrn Bisky hat von über acht erzählt. Aber er sagt ja von sich  
64 selber, seine Partei will ja gar nicht regieren. Sie will also opponieren. Das heißt es sind  
65 im Prinzip nur fünf Parteien gegenwärtig in der Lage überhaupt zu sagen „Wir wollen  
66 regieren“ und aus denen muss eine vernünftige Regierung gebildet werden. Ich sage ganz  
67 deutlich Herr von der Tann: Ich wünsche mir eine Koalition mit Herrn Westerwelle. Nur  
68 wenn sie nicht geht, kann damit natürlich nicht das Staatsschiff Deutschland mehr oder  
69 weniger führerlos umherirren. Da muss man letzten Endes natürlich auch andere Koaliti-  
70 onen prägen und gegenüber der CDU/CSU halte ich eine Regierungsbildung für uns mög-  
71 lich. Der Regierungsauftrag liegt bei uns. Bei Frau Merkel.

72 **Herr Stoiber:** Na ja. Als Kanzler bin ich nicht ganz reingegangen aber, aber er hat schon  
73 gemeint, dass er verloren hätte.

**Dr. Angela Merkel Bundestag November 2005: AMB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-  
2 gen! Gestatten Sie mir aus aktuellem Anlass zunächst eine Bemerkung. Seit Freitag ver-  
3 gangener Woche werden im Irak eine deutsche Staatsangehörige und ihr irakischer Fahrer  
4 vermisst. Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse müssen wir davon ausgehen, dass  
5 die beiden entführt worden sind. Die Bundesregierung und – ich bin sicher – auch das  
6 gesamte Hohe Haus verurteilen diese Tat mit Entschiedenheit.

7 Eines ist für die Bundesregierung und, wie ich denke, auch für dieses Parlament klar: Wir  
8 lassen uns nicht erpressen.

9 Genauso klar ist: Alle Anstrengungen der Bundesregierung sind in dieser Situation darauf  
10 gerichtet, das Leben von Susanne Osthoff und ihres irakischen Begleiters zu schützen und  
11 ihre Freilassung zu erreichen. Unsere Gedanken sind in diesen Stunden und Tagen bei  
12 den Angehörigen und Freunden der Betroffenen. Wir fühlen mit ihnen. Sie sollen wissen:  
13 Alle Deutschen nehmen Anteil am Schicksal der Entführten und alle Deutschen empfin-  
14 den eine tiefe Solidarität und Verbundenheit mit ihnen.

15 Ihnen allen möchte ich versichern: Die Bundesregierung unternimmt alles, was in ihrer  
16 Macht steht, um die deutsche Staatsangehörige und ihren Fahrer so schnell wie möglich  
17 in Sicherheit zu bringen. Noch wissen wir nichts über die Motive oder die Hintergründe.  
18 Daher verbieten sich voreilige Schlussfolgerungen.

19 Aber es ist ganz grundsätzlich festzuhalten: Der internationale Terrorismus ist unverän-  
20 dert eine der größten Herausforderungen für die Staatengemeinschaft. Im Kampf gegen  
21 den internationalen Terrorismus dürfen wir nicht nachlassen. Er richtet sich gegen das,  
22 was uns wichtig ist und was den Kern unserer Zivilisation ausmacht: Er richtet sich gegen  
23 unser gesamtes Wertesystem, gegen Freiheit, Toleranz, Respekt und die Achtung der  
24 Menschenwürde, gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Würden wir diese Werte  
25 aufgeben, würden wir uns selbst aufgeben.

26 Meine Damen und Herren, noch etwas spüren wir in diesen Stunden, etwas, das unser  
27 Land auszeichnet: Vor dem Leid anderer verschließen wir weder unsere Augen noch un-  
28 sere Herzen. Wir wissen, was Solidarität vermag. Wir haben erfahren, welche Kraft aus  
29 der Gemeinschaft und aus der Nächstenliebe erwachsen kann. Wir sind uns bewusst, dass  
30 ein Volk mehr ist als eine lose Ansammlung von Individuen, und wir wissen, dass ein  
31 Volk auch immer eine Schicksalsgemeinschaft ist. Wenn wir diese Erkenntnis beherzi-  
32 gen, können wir daraus Kraft und Zuversicht schöpfen, mit denen wir auch diese großen  
33 Herausforderungen meistern können.

34 Meine Damen und Herren, dieses Signal aus diesem Hohen Haus am Anfang der Debatte  
35 ist mir sehr wichtig. Wir haben uns nämlich zusammengefunden, um heute und in den  
36 nächsten Tagen die erste Regierungserklärung der neuen Bundesregierung zu diskutieren.  
37 Ich darf Sie zu Beginn fragen: Für wen mag das heute wohl die größte Überraschung  
38 sein? Wer hätte noch vor einigen Wochen und Monaten gedacht, dass heute eine große  
39 Koalition antritt, um unser Land gemeinsam in die Zukunft zu führen?

40 Wer hätte gedacht, dass SPD und Union so viel Verbindendes entdecken, dass sie ein  
41 dichtes Programm für vier Jahre vorlegen?

42 Wer hätte gedacht, dass mein Koalitionspartner von einem Parteivorsitzenden aus Bran-  
43 denburg angeführt wird? Wer hätte gedacht, dass das höchste Regierungsamt schon in  
44 diesem Jahr einer Frau übertragen wird? Wer hätte das alles gedacht?

45 Das alles ist für viele von uns eine Überraschung und ich sage: manches davon auch für  
46 mich. Aber es ist nicht die größte Überraschung meines Lebens. Die größte Überraschung  
47 meines Lebens ist die Freiheit. Mit vielem habe ich gerechnet, aber nicht mit dem Ge-  
48 schenk der Freiheit vor meinem Rentenalter.

49 Alle Wege vor 1989 endeten an einer Mauer, die nur wenige Meter von diesem Platz  
50 entfernt unser Land für alle Zeit zu zerschneiden schien. Wenn Sie schon einmal in Ihrem  
51 Leben so positiv überrascht wurden, dann halten Sie vieles für möglich. Dabei möchte  
52 ich bleiben.

53 Ich habe die neue Koalition eine „Koalition der neuen Möglichkeiten“ genannt. Ich wün-  
54 sche mir, dass sie unserem Land und allen Deutschen neue Möglichkeiten eröffnet, und



55 ich wünsche mir, dass wir diese Chancen dann auch wirklich nutzen und wahrnehmen.  
56 Das heißt für mich konkret: Der Anspruch der neuen Bundesregierung an sich und an das  
57 Land ist nicht gering. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass Deutschland in  
58 zehn Jahren wieder zu den ersten drei in Europa gehört. Ich finde, das ist ein legitimer  
59 und wichtiger Anspruch.

60 Meine Damen und Herren, das Grundgesetz, die soziale Marktwirtschaft, die duale Be-  
61 rufsausbildung, all das waren Ideen, die die Menschen in der gesamten Welt inspirierten.  
62 In Deutschland wurde das erste Auto gebaut und der erste Computer, in Deutschland  
63 wurde das Aspirin entwickelt. Von diesen Innovationen zehren wir noch heute. Warum  
64 soll uns das, was uns früher und was uns zu Beginn dieser Bundesrepublik Deutschland,  
65 in den ersten Gründerjahren, gelungen ist, heute, in den – wie ich sage – zweiten Grün-  
66 derjahren, nicht wieder gelingen?

67 Lassen Sie uns also alle damit überraschen, was wir in diesem Lande können.

68 Eine große Koalition zweier unterschiedlicher Volksparteien eröffnet die ganz unerwar-  
69 tete Möglichkeit, zu fragen, was wir gemeinsam besser machen können – ohne uns dabei  
70 dauernd mit Schuldigkeiten aufzuhalten, ohne dauernd mit dem Finger auf den anderen  
71 zu zeigen und zu fragen, welchen Missstand der andere – natürlich ganz allein – herbei-  
72 geführt hat. Denn eines ist klar: Wir alle, ob wir es zugeben oder nicht, tragen Verant-  
73 wortung dafür, dass wir heute die Möglichkeiten unseres Landes noch nicht voll aus-  
74 schöpfen: Unser Wachstum kommt seit Jahren nicht mehr richtig in Schwung, die Ver-  
75 schuldung ist in erschreckende Höhen gestiegen, der Aufholprozess der neuen Bundes-  
76 länder ist seit Jahren gestoppt und ohne den Automobilsektor wäre Deutschland nicht  
77 mehr ein solches Hightechland, wie ich mir das wünsche. PISA zeigt, dass wir an vielen  
78 Stellen nicht mehr einfach sagen können: Wir sind eine Bildungsnation. Den rapiden  
79 Wandel der Arbeitswelt haben wir noch nicht bewältigt. Deutschland ist nicht hinreichend  
80 auf die demographischen Veränderungen vorbereitet. Auch auf die Bedrohungen neuer  
81 Art und die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit haben wir noch  
82 keine umfassenden Antworten gefunden.

83 Meine Damen und Herren, wir alle kennen die Probleme und ich kann sagen: Die große  
84 Koalition hat die Lage unseres Landes ehrlich analysiert und wir haben auch gemeinsam

85 die Chance erkannt, die Möglichkeiten unseres Landes besser zu nutzen. Warum sollten  
86 wir nicht alle damit überraschen, was in diesem Land gelingen kann?

87 Wir wissen, wir haben dicke Bretter zu bohren: Wir wollen den Föderalismus neu ordnen,  
88 wir wollen den Arbeitsmarkt fit machen, wir wollen unsere Schulen und Hochschulen  
89 wieder an die Spitze führen, wir wollen unsere Verschuldung bändigen und unsere Ge-  
90 sundheits- und Renten- und Pflegesysteme in Ordnung bringen. Niemand kann uns daran  
91 hindern – außer wir selbst. Deshalb lassen Sie uns verzichten auf die eingeübten Rituale,  
92 auf die reflexhaften Aufschreie, wenn jemand etwas verändern will. Es sollte wirklich  
93 einmal möglich sein, dass wir in dieser großen Koalition dieses alles hinter uns lassen  
94 und neue Wege gehen.

95 Die Umwelt erholt sich, die Infrastruktur ist ausgebaut, in wenigen Tagen wird – das sei  
96 mir als Bewohnerin von Mecklenburg-Vorpommern gestattet zu sagen – das letzte Stück  
97 der Ostseeautobahn dem Verkehr übergeben. Das sind nur einige Beispiele dafür, was wir  
98 in 15 Jahren alles geschafft haben.

99 Auch sonst bietet unser Land großartige Voraussetzungen, die wir nun endlich nutzen  
100 sollten: Deutschland ist Exportweltmeister. In keinem Land in Europa werden mehr Pa-  
101 tente angemeldet. Gerade wurde wieder ein deutscher Wissenschaftler mit einem Nobel-  
102 preis geehrt. Unsere kulturelle Vielfalt ist einzigartig.

103 Deutschland ist das Land der Ideen, wie der Bundespräsident sagt. Zu einem Land der  
104 Ideen gehört nach meiner Auffassung eine Regierung der Taten. Und diese unsere Bun-  
105 desregierung hat sich viele Taten vorgenommen.

106 Bei der Vorbereitung auf diese Regierungserklärung habe ich viel darüber nachgedacht,  
107 wie ich alle Gruppen erwähnen und würdigen kann, die für das Miteinander in unserem  
108 Land so wichtig sind. Ich habe darüber nachgedacht, ob ich Wirtschaftsverbände und Ge-  
109 werkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften alle einzeln benennen soll. Ich habe  
110 mich am Ende dafür entschieden, auf eine solche Auflistung zu verzichten. Denn es geht  
111 nicht um Gruppen – es geht um uns alle, es geht um unser Gemeinwesen, um unsere  
112 gemeinsame Zukunft.

113 Überraschen wir uns deshalb damit, dass wir die großen Fragen nicht immer aufgegliedert  
114 nach Einzelfragen und -Interessen angehen, sondern einmal im Zusammenhang. Überra-  
115 schen wir uns damit, dass wir sachlich, fair, ehrlich alles angehen und gemeinsam lösen.  
116 Bei allen

117 Aufgaben, die wir vor uns haben, sollten wir nicht vergessen: Frühere Generationen, die,  
118 die vor uns Probleme zu lösen hatten, hatten ungleich größere Probleme; denken wir an  
119 den Aufbau nach dem Krieg in West und Ost, denken wir an die historische Leistung der  
120 Ostdeutschen, friedlich eine Diktatur zu überwinden. Dagegen ist unsere heutige Lage  
121 beneidenswert.

122 Sicher: Licht und Schatten liegen an vielen Stellen sehr eng beieinander; ich nenne den  
123 Aufbau Ost. Aber festzuhalten bleibt doch: 15 Jahre nach der deutschen Einheit ist Gi-  
124 gantisches geleistet worden. Mit Transferzahlungen von jährlich 4 Prozent des Sozialpro-  
125 dukts ist es gelungen, die neuen Bundesländer wieder aufzubauen. Ich möchte von dieser  
126 Stelle aus allen in Deutschland danken, die zu diesem Prozess beigetragen haben.

127 Ein Vizekanzler einer früheren großen Koalition und späterer Bundeskanzler hat einmal  
128 gesagt: Mehr Demokratie wagen.

129 Ich weiß, dass dieser Satz viele, zum Teil sehr heftige Diskussionen ausgelöst hat. Aber  
130 ganz offensichtlich hat er den Ton der damaligen Zeit getroffen. Ich sage persönlich: Ge-  
131 rade in den Ohren der Menschen jenseits der Mauer klang er wie Musik. Gestatten Sie  
132 mir, diesen Satz heute zu ergänzen und uns zuzurufen: Lassen Sie uns mehr Freiheit wa-  
133 gen!

134 Lassen Sie uns die Wachstumsbremsen lösen! Lassen Sie uns uns selbst befreien von  
135 Bürokratie und altbackenen Verordnungen! Viele unserer europäischen Nachbarn zeigen  
136 uns doch, was möglich ist. Deutschland kann das, was andere können, auch; davon bin  
137 ich zutiefst überzeugt.

138 Schon die vergangene Regierung hatte Schritte eingeleitet, wodurch die Möglichkeiten,  
139 die unser Land hat, besser genutzt werden sollten. Jenseits aller parteipolitischen Diffe-  
140 renzen – diese waren in den vergangenen Jahren nicht zu übersehen – möchte ich deshalb

141 an dieser Stelle ausdrücklich eines tun: Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persön-  
142 lich dafür danken, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür auf-  
143 gestoßen hat, eine Tür zu Reformen, und dass er die Agenda gegen Widerstände durch-  
144 gesetzt hat. Damit hat er sich um unser Land verdient gemacht. Nicht zuletzt dafür möchte  
145 ich ihm im Namen aller Deutschen danken.

146 Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, dass ich nicht jede Gruppe einzeln benennen  
147 möchte, und zwar nur deshalb, damit mir niemand vorwerfen kann, ich hätte eine Gruppe  
148 vergessen. Aber eine Gruppe ist mir so wichtig, dass sie erwähnt werden muss – sie wird  
149 bei allen künftigen Fragen eine wichtige Rolle spielen –: Ich meine die Schwachen. Ich  
150 meine die Schwachen, die die Solidarität und die Hilfe von uns allen brauchen. Ich meine  
151 Kranke, Kinder und viele Ältere. Die Menschlichkeit unserer Gesellschaft entscheidet  
152 sich daran, wie wir mit ihnen umgehen.

153 Wir, die neue Bundesregierung von Union und Sozialdemokraten, wollen unser Land so  
154 ertüchtigen, dass sich die Schwachen auch in Zukunft darauf verlassen können, dass sie  
155 nicht alleine gelassen werden, dass ihnen geholfen wird. Das ist unser Verständnis von  
156 sozialer Gerechtigkeit.

157 Das beginnt bei der Absicherung der großen Lebensrisiken. Wir wollen die solidarische  
158 Altersversorgung erhalten. Aber wie wir wissen, wird der dritte Lebensabschnitt immer  
159 länger. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Antwort darauf zu geben und die gesetz-  
160 liche Regelaltersgrenze der Rentenversicherung schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Das  
161 geschieht nicht sofort, sondern beginnt erst ab 2012 mit einer langen Übergangszeit. Wir  
162 haben daneben aber festgelegt, dass Menschen, die 45 Arbeitsjahre hinter sich haben,  
163 auch weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren in Rente gehen können. Ich denke, damit ha-  
164 ben wir uns eine ganz sinnvolle Regelung überlegt.

165 Wir haben das ausführlich diskutiert und gesagt, wir müssen dafür sorgen, dass sich die  
166 Menschen rechtzeitig darauf einstellen können. Verlässlichkeit soll das Markenzeichen  
167 dieser Bundesregierung sein. Wir werden das deshalb schon 2007 beschließen müssen.  
168 Dieses Vorhaben wird dann Hand in Hand mit besonderen Anstrengungen in Bezug auf  
169 Beschäftigungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen  
170 der Initiative 50 plus gehen. Wenn wir es nicht schaffen, dass auch die Älteren wieder die

171 Chance haben, länger arbeiten zu können, dann werden wir in der Gesellschaft kein Ver-  
172 ständnis dafür erhalten, dass wir die Lebensarbeitszeit insgesamt verlängern. Beides muss  
173 Hand in Hand gehen. Alles andere wird keine Akzeptanz finden.

174 Wir haben gesagt, dass wir die Rentnerinnen und Rentner mit einer Sicherungsklausel  
175 vor Rentenkürzungen schützen. Weil es aber dabei bleibt, dass sich die Rente auch in  
176 Zukunft im Grundsatz an der Lohnentwicklung orientiert, müssen wir gleichermaßen  
177 auch sagen, dass ausgebliebene Anpassungen in den kommenden Jahren nachgeholt wer-  
178 den. Das bedeutet, dass wir den Menschen – insbesondere denjenigen mit kleineren Ren-  
179 ten – sehr viel zumuten. Ich weiß das. Ich sage aber auch: Wir haben darum gerungen,  
180 wie wir Gerechtigkeit zwischen den Älteren und den Jüngeren herstellen können. Ich  
181 halte es für besser, dass wir heute klar sagen, was wir können und was wir nicht können,  
182 um einen Ausgleich zwischen den Generationen auch als Vertrauensbasis für den Zusam-  
183 menhalt in unserer Gesellschaft durchzusetzen.

184 Meine Damen und Herren, es gehört doch zur Ehrlichkeit, zu sagen – ich sage das für alle  
185 politischen Gruppen –, dass wir den Menschen dort zu oft Sicherheit vorgegaukelt haben,  
186 wo wir sie im Grunde nicht mehr garantieren konnten. Diesen Fehler wollen wir nicht  
187 wiederholen.

188 Deshalb werden wir auch die kapitalgedeckte Altersversorgung für junge Familien deut-  
189 lich verbessern und das selbst genutzte Wohneigentum in die Altersversorgung integrie-  
190 ren. Ich glaube, damit sind zwei wesentliche Punkte gelungen, durch die die Menschen  
191 ihre freiwillige Vorsorge für ihr Alter verstärken werden. Insofern kann ich sagen: Wir  
192 sind bei der Rente und dem, was wir uns vorgenommen haben, einen ehrlichen, schwie-  
193 rigen, aber zukunftssträchtigen Weg gegangen.

194 Ich sage ganz ehrlich: Zur Wahrheit dieser Regierungserklärung gehört auch, dass uns  
195 das beim Gesundheitssystem noch nicht gelungen ist. Ich sage: „noch nicht“. Auch die  
196 Kranken sollen sich natürlich auf ein zuverlässiges Gesundheitssystem verlassen können.  
197 Sie alle wissen – darüber braucht man gar nicht hinwegzugehen –, Union und Sozialde-  
198 mokraten haben mit der solidarischen Gesundheitsprämie auf der einen Seite und der  
199 Bürgerversicherung auf der anderen Seite bisher zwei völlig konträre Ansätze verfolgt.

200 Ich sage auch sehr deutlich: Wir wollten in den Koalitionsverhandlungen keinen faulen  
201 Kompromiss auf die Schnelle erreichen.

202 Das heißt: Wir alle wissen, dass wir einen neuen Ansatz und ein leistungsfähiges und  
203 hoch qualifiziertes Gesundheitssystem brauchen, das für alle zugänglich ist. Es muss Be-  
204 schäftigung ermöglichen, wettbewerbsfördernd sein, die Lasten solidarisch verteilen und  
205 Generationengerechtigkeit bieten. All diese Dinge wissen wir. Deshalb sind wir bereit  
206 und willens, mit einem neuen Ansatz im neuen Jahr eine Lösung hierfür zu finden, auch  
207 wenn das eine schwierige Aufgabe ist. Ich zumindest werde mich sehr dafür einsetzen.

208 Auf der Leistungsseite werden wir allerdings schnell Veränderungen vornehmen. Wir  
209 wollen mehr Vertragsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten von den Patienten über die  
210 Krankenkassen bis hin zu den Praxen und den Krankenhäusern. Bei der Arzneimittelver-  
211 sorgung kommen wir um weitere Maßnahmen zur Kostensenkung nicht herum. Insbe-  
212 sondere die forschende Pharmaindustrie muss bessere Standortbedingungen erhalten.  
213 Auch dafür haben wir Sorge getragen. Denn die Innovationskraft Deutschlands wird ge-  
214 rade von der forschenden Pharmaindustrie in ganz wesentlichem Umfang abhängen.

215 Genauso wie die Krankenversicherung bleibt auch die Pflegeversicherung ein zentraler  
216 Baustein der solidarischen Absicherung. Wir wollen, dass der Zweck und die Idee der  
217 Pflegeversicherung auch weiterhin gelebt werden können. Das heißt, dass wir das Umla-  
218 geverfahren durch eine kapitalgedeckte Demographierücklage ergänzen werden. Das  
219 heißt auch, dass die private Pflegeversicherung zukünftig einen Beitrag zur Bewältigung  
220 der Solidarität leisten muss. Das muss fair geschehen; aber wir glauben, dass dies im  
221 Rahmen der Pflegeversicherung ein richtiger Schritt ist.

222 Wir tun das – ich wiederhole mich –, weil sich Alte, Kranke und Kinder auch in Zukunft  
223 darauf verlassen können müssen, dass ihnen geholfen wird und sie nicht alleine sind. Es  
224 geht dabei nicht nur um materielle Dinge, sondern das ist auch eine moralische Aufgabe.

225 Dabei wissen wir: Das Zusammenleben der Generationen hat sich in den letzten Jahren  
226 tief greifend verändert. Es gibt die traditionellen Familien; es gibt die so genannten Patch-  
227 workfamilien; es gibt allein erziehende Eltern. Ich sage es kurz und knapp: Familie ist  
228 überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.

229 Ich will nicht, dass der Staat lenkend eingreift oder gar Lebensentwürfe vorschreibt. Aber  
230 ich will schon – das ist unser gemeinsames Anliegen –, dass der Staat gute Rahmenbe-  
231 dingungen schafft. Das heißt, dass junge Menschen ermutigt werden, sich für ein Leben  
232 mit Kindern zu entscheiden, und dass sie dazu nicht nur ermutigt werden, sondern dass  
233 sie sich auch entscheiden können.

234 Das hat aus meiner Sicht zuvörderst damit zu tun, ob es in diesem Land ein Klima der  
235 Zuversicht, des Mutes und der Perspektiven für das eigene Leben gibt. Aber es hat außer-  
236 dem etwas mit sehr praktischen Fragen zu tun, nämlich mit ausreichenden und bezahlba-  
237 ren Betreuungsmöglichkeiten. Sicher: Nach außen ist der Streit über die Entscheidung  
238 zwischen Kindererziehung und beruflichem Fortkommen der vergangenen Jahrzehnte  
239 nach vielen Diskussionen und Reden überwunden. Aber ich betone: nach außen.

240 Dennoch wissen wir, dass die Realität auch heute noch oft eine andere ist, dass die Wi-  
241 dersprüche zwischen Arbeits- und Familienwelt nicht einfach verschwunden sind und es  
242 auch heute nicht selten noch immer eine Frage ist, ob sich eine Frau am Ende für die  
243 Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheiden kann oder ob sie sich zwischen Familie  
244 und Beruf entscheiden muss.

245 Die Politik will dabei helfen, dass diese Widersprüche nicht nur in Worten und Sonntags-  
246 reden überwunden werden, sondern zunehmend auch im täglichen Leben. Das werden  
247 wir tun, indem wir den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen vorantreiben. Bis  
248 2010 sollen

249 230 000 zusätzliche Betreuungsplätze vor allem für Kleinkinder entstehen. Die zugesag-  
250 ten Mittel allerdings – das betone ich – müssen den Kommunen real zur Verfügung ge-  
251 stellt werden, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. Nach der Föderalismusreform  
252 wird das noch wichtiger.

253 Wir werden die Kinderbetreuung auch steuerlich besser fördern. Die Vielzahl von Fami-  
254 lienleistungen wollen wir im Übrigen in einer Familienkasse bündeln, harmonisieren und  
255 organisatorisch zusammenfassen.

256 Aber an einem Problem in unserem Land können wir nicht vorbeisehen: Je besser die  
257 Ausbildung der jungen Frauen und Männer ist, desto seltener entscheiden sie sich für

258 Kinder. Das kennen wir alle und das wird uns auch immer wieder erzählt. Eine Frau hat  
259 ein Studium absolviert, eine hervorragende Ausbildung machen können, möchte im Beruf  
260 Karriere machen und steht dann vor der Frage, wie sie diesen Berufswunsch mit ihrem  
261 Wunsch, eine Familie zu gründen, vereinbart.

262 Ich sage unumwunden: Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, dass dieser Konflikt  
263 ganz einfach und locker überwunden werden kann. Das kann er nicht. Aber seitens der  
264 Politik können wir einen kleinen Beitrag dazu leisten, diesen Konflikt ein wenig zu mil-  
265 dern. Genau das haben wir getan, indem wir uns entschlossen haben, ein Elterngeld ein-  
266 zuführen. Es wird erstmals als Einkommensersatz ausgestaltet und zusätzlich mit einer  
267 Väterkomponente verbunden. Das ist ein neuartiger Ansatz in beide Richtungen. Ich ahne  
268 schon jetzt, welche Diskussionen er hervorrufen wird. Doch die Betriebe – das sage ich  
269 ganz ausdrücklich – sollen sich stärker als bisher in der Pflicht sehen, auch einmal die  
270 Väter zeitweise freizustellen, und zwar, wo immer dies möglich ist, ohne berufliche Nach-  
271 teile. Dieser sanfte Druck ist unumgänglich.

272 Ich nenne ein weiteres Stichwort aus unserem Familienprogramm, das mir sehr wichtig  
273 ist: die Mehrgenerationenhäuser. Ich halte es für eines der spannendsten Projekte der Fa-  
274 milien- und Gesellschaftspolitik in einer Zeit der Änderung der Altersstruktur in unserer  
275 Gesellschaft. Wir wissen, dass die Anforderungen an Mobilität im Berufsleben auf der  
276 einen Seite und der Wunsch nach Fürsorge innerhalb der Familie auf der anderen Seite  
277 heute oft nicht miteinander vereinbar sind. Deshalb gelingt es oft nicht, dass die pflege-  
278 bedürftigen Eltern am gleichen Ort wie die Kinder wohnen oder dass sich die Großeltern  
279 um die Enkel kümmern können.

280 Mit Mehrgenerationenhäusern – wir müssen diesen Weg symbolisch gehen, um immer  
281 wieder deutlich zu machen, dass es andere Formen des Zusammenlebens gibt – können  
282 wir Menschen aus der Vereinsamung herausführen. Wir können eine Plattform für bür-  
283 gerschaftliches Engagement schaffen und zeigen, dass sich die Generationen mit ihren  
284 Erfahrungen im Miteinander der Starken und Schwachen unserer Gesellschaft etwas zu  
285 sagen haben. Deshalb ist das mehr als irgendein Projekt; es ist vielmehr eine Pforte für  
286 uns, um zu lernen, in einer sich verändernden Gesellschaft miteinander menschlich zu  
287 leben.



288 Ich habe über die vermeintlich Schwachen gesprochen. Wir wissen, dass sie in Wahrheit  
289 oft stark sind und einen unverzichtbaren Beitrag für sich selbst und unser Gemeinwesen  
290 leisten können. Dies zu erkennen und auch zu nutzen macht den Wert von Gerechtigkeit  
291 in unserer Gesellschaft aus.

292 Ich bin davon überzeugt: Wir müssen uns in jeder Generation neu besinnen, was gerecht  
293 und was ungerecht ist. Gerecht ist, wenn den Schwachen geholfen wird. Ungerecht ist,  
294 wenn sich Starke als Schwache verkleiden und damit die Gemeinschaft ausnutzen.

295 Ungerecht ist auch, wenn wir Menschen entmündigen und ihnen die Möglichkeit nehmen,  
296 ihre eigenen Kräfte zu entdecken. Deshalb brauchen wir eine neue Gerechtigkeit.

297 Jeder von uns kennt in seinem Bekanntenkreis Menschen, denen es wirklich schlecht geht  
298 und die unsere Hilfe dringend brauchen. Aber wir alle kennen auch Menschen, die diese  
299 Hilfsbereitschaft einfach ausnutzen.

300 Lassen Sie mich auch an dieser Stelle ganz konkret werden: Diese Regierung bekennt  
301 sich ausdrücklich zur

302 Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe. SPD und Union haben diesen  
303 Schritt von Anfang an grundsätzlich für richtig gehalten. Das schließt unterschiedliche  
304 Auffassungen, zum Beispiel über die Rolle der Kommunen, nicht aus. Aber wir werden  
305 diesen Schritt nicht nur gemeinsam gehen, sondern wir werden auch dafür Sorge tragen,  
306 dass es in diesem Bereich mehr Gerechtigkeit und weniger Missbrauch geben wird. Des-  
307 halb werden wir die Reform der Bundesagentur für Arbeit fortsetzen. Bei der Vermitt-  
308 lungsarbeit sind – das kann mit Recht festgestellt werden – in den letzten Jahren erhebli-  
309 che Fortschritte erzielt worden. Wir werden auch, wo immer möglich, Arbeit finanzieren  
310 statt Nichtarbeit.

311 Denn Arbeit heißt, wie wir alle wissen, mehr als Einkommen und Geld; Arbeit bedeutet  
312 vielmehr Würde und Selbstachtung für die betroffenen Menschen.

313 Aber nicht immer – auch das gehört zur Wahrheit – wird nur das in Anspruch genommen,  
314 was nach Sinn und Zweck den Empfängern gesetzlich zusteht. Deshalb werden wir die  
315 Regelungen so ändern, dass Kinder unter 25 Jahren zunächst einmal von ihren Eltern  
316 unterhalten werden, bevor die Gemeinschaft eintritt. Solidarität in der Gesellschaft kann

317 keine Einbahnstraße sein. Sie müssen immer bedenken: Das alles wird von den Steuer-  
318 zahlern bezahlt, die jeden Morgen zur Arbeit gehen und ein Recht darauf haben, dass  
319 auch andere ihre Verpflichtungen einhalten.

320 Mehr Gerechtigkeit in diesem Bereich bedeutet aber auch, dass der Maßstab, das Arbeits-  
321 losengeld II einfach in zwei Zonen – Ost und West – aufzuteilen, so nicht trägt. Deshalb  
322 wird die so genannte Regelleistung beim Arbeitslosengeld II Ost an die des Westens an-  
323 geglichen.

324 Alles in allem haben wir uns in der Arbeitsmarktpolitik vorgenommen, knapp 4 Milliar-  
325 den Euro einzusparen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, aber es ist ein wichtiger Beitrag  
326 zur Haushaltskonsolidierung.

327 Wir führen – das richte ich an alle Landräte und Kommunalpolitiker – derzeit sehr inten-  
328 sive Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Ländern, um bei der Re-  
329 visionsklausel, was die Kosten für die soziale Grundsicherung angeht, noch ein Einver-  
330 nehmen zu erzielen. Wir werden dabei an dem Ziel, die Kommunen um 2,5 Milliarden  
331 Euro zu entlasten, wie wir es versprochen haben, festhalten und das muss auch die Basis  
332 für die Verhandlungen über die Jahre 2006 und 2007 sein.

333 Wir müssen – das wissen wir alle angesichts der kurzen Zeit, in der die Zusammenlegung  
334 von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erst wirkt – den Grundsatz „Fördern und Fordern“ um-  
335 fassend umsetzen. Wir haben heute noch nicht den Zustand erreicht, dass die Menschen,  
336 die zum Teil weniger Leistungen bekommen, den Eindruck haben, dass sie wirklich eine  
337 zusätzliche Chance erhalten haben. Das muss durchgesetzt werden. Ansonsten wird die  
338 Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine allgemeine Akzeptanz finden.

339 Wenn wir ein Land sein wollen, in dem wir ein Herz für Schwache haben, dann brauchen  
340 wir auch ein Herz für Leistung und auch ein Herz für mehr Leistung. Wir müssen stärker  
341 anerkennen, wenn sich Menschen engagieren, wenn sie etwas leisten und wenn sie etwas  
342 aufbauen. Diese Menschen verdienen nicht unseren Neid, sondern unsere Dankbarkeit.

343 Denn mehr Freiheit möglich zu machen heißt: Wir können den Schwachen dann und nur  
344 dann etwas abgeben, wenn wir mehr Starke haben, die alle anderen mitziehen.

345 Die neue Regierung wird sich genau aus diesem Grund in ganz besonderer Weise für den  
346 Mittelstand einsetzen; denn dort lassen sich die meisten Quellen der Innovation finden.  
347 Dort ist der Jobmotor am wirkungsvollsten und werden die meisten Ausbildungsplätze  
348 bereitgestellt.

349 Wir werden die Wachstumskräfte des Mittelstandes sehr gezielt stärken. Wir wollen zum  
350 1. Januar 2008 eine rechtsformneutrale Unternehmensteuerreform in Kraft setzen, das  
351 heißt endlich eine Lösung – das ist in Zeiten der Globalisierung in Deutschland von ext-  
352 remer Bedeutung –, bei der die Personengesellschaften, die Familienbetriebe, die glei-  
353 chen steuerliche Möglichkeiten haben wie die Körperschaften, wie die ganz Großen. Die  
354 Lösung dieser Aufgabe haben wir uns – das sage ich ganz unumwunden – seit zehn Jahren  
355 vorgenommen, wo immer wir gemeinsam oder nicht gemeinsam politisch tätig waren.  
356 Aber wir haben diese Aufgabe nie gelöst. Deshalb sage ich ausdrücklich: Diese Regie-  
357 rung will diese Aufgabe lösen. Genau dies kann eine Möglichkeit der großen Koalition  
358 sein, sich auf die Sache zu konzentrieren, damit wir nicht im parteipolitischen Hickhack  
359 aneinander geraten.

360 Für die Übergangszeit, in der wir die Rechtsformneutralität noch nicht erreicht haben,  
361 wollen wir die Abschreibungsmöglichkeiten befristet verbessern. Wir wollen durch die  
362 Verbesserung der Istbesteuerung einen kleinen Beitrag zur Entlastung des Mittelstandes  
363 leisten, der durch die 13. Beitragserhebung im kommenden Jahr stärker belastet wird. Wir  
364 wollen des Weiteren – das halte ich für ausgesprochen wichtig; das ist ein klares Signal  
365 – eine reduzierte Erbschaftsteuer für Familienbetriebe; das ist ein ganz wichtiger Punkt.  
366 Das sind drei Dinge, die wir für den Mittelstand tun.

367 Meiner Meinung nach können wir am meisten beim Bürokratieabbau leisten. Wir wissen,  
368 dass kleine und mittlere Unternehmen etwa vier bis sechs Prozent ihres Umsatzes nur für  
369 die Deckung von Bürokratiekosten ausgeben. Wir werden uns das genau anschauen und  
370 erst einmal lernen, Bürokratiekosten zu berechnen und zu bemessen. Wir nehmen uns  
371 klare Reduktionsziele vor. Andere Länder, zum Beispiel die Niederlande oder Großbri-  
372 tannien, haben uns das schon vorgemacht. Wir machen einen Small-Companies-Act, wie  
373 das auf Neudeutsch heißt, also ein Gesetz für kleine Unternehmen, das ganz konkret zu  
374 weniger Kontroll- und Überprüfungspflichten, einfacheren Formularen und nicht dauernd  
375 zu neuen Statistiken führt. Dann haben wir für den Mittelstand in Deutschland wirklich

376 etwas erreicht. Dies wird eine ganz besonders wichtige Aufgabe sein, deren Lösung wir  
377 vom Kanzleramt aus steuern werden.

378 Wir haben uns vorgenommen, die EU-Richtlinien im Grundsatz nur noch eins zu eins  
379 umzusetzen. Ich halte das für ausgesprochen wichtig. Ich weiß, dass das Gegenstand vie-  
380 ler politischer Debatten und Entscheidungen war. Jeder muss in diesem Land begreifen:  
381 Wenn wir uns zusätzlich zu dem, was wir in Europa vereinbaren – das ist oft schon büro-  
382 kratisch genug; das muss ich leider sagen –, Lasten aufbürden, dann haben wir gegenüber  
383 unseren europäischen Mitbewerbern keine fairen Chancen. Wir wollen aber bei aller  
384 Freundschaft zu allen anderen Ländern, dass in Deutschland Arbeitsplätze entstehen. Das  
385 ist die Aufgabe einer Bundesregierung. Dafür müssen wir sorgen.

386 Das heißt also, dass wir eine Politik mit einem Grundverständnis machen werden, das  
387 darauf beruht, dass die Vorschriften, die wir machen, für die Menschen da sind und nicht  
388 die Menschen zur Erfüllung der Vorschriften. So können wir den Starken im Lande wie-  
389 der helfen und dann auch den Schwachen in diesem Lande. Das muss unser Grundver-  
390 ständnis sein. Daran müssen wir alles prüfen. Das hat gar nichts mit Ideologie zu tun,  
391 sondern mit ganz praktischem menschlichem Sachverstand.

392 Ich bin davon überzeugt, dass uns das gelingen kann. Es gibt viele tüchtige Vorbilder. Ich  
393 habe vor einigen Wochen etwas sehr Selbstverständliches gesagt. Ich habe gesagt: Ich  
394 will Deutschland dienen. – Ich kenne viele Menschen, die dem Land, anderen Menschen  
395 und der Gemeinschaft dienen – selbstlos und ohne dass davon groß Notiz genommen  
396 wird. Diese Menschen müssen unser Vorbild, das Vorbild für diese Bundesregierung sein.  
397 Die Anerkennung des Nächsten in der Gemeinde, im Wohngebiet, in der Schule oder im  
398 Betrieb – das alles hat etwas damit zu tun, ob wir das schaffen, was wir oft eine lebendige  
399 Bürgergesellschaft nennen. Das ehrenamtliche Engagement ist ein unersetzbarer Be-  
400 standteil dieser Bürgergesellschaft. Wo immer es geht, wollen wir dieses ehrenamtliche  
401 Engagement stärken. Genau das, was viele Menschen in ungezählten Kultur-, Musik- und  
402 Gesangsvereinen in ihrer Freizeit tun, hält unsere Gesellschaft zusammen. Bei allen  
403 Rechtsansprüchen, die wir uns durch Gesetze setzen, müssen wir immer bedenken, dass  
404 noch ausreichend Spielraum genau für dieses ehrenamtliche Engagement bleibt. Ansons-  
405 ten geht unserer Gesellschaft ganz Wesentliches verloren. Ich zumindest bin davon zu-  
406 tiefst überzeugt.

407 Unsere Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenhaltes. Deshalb ist Kulturförderung  
408 für diese Bundesregierung keine Subvention. Dieser Begriff – ich sage das ausdrücklich  
409 – verbietet sich an dieser Stelle. Sie ist eine Investition, und zwar eine Investition in ein  
410 lebenswertes Deutschland.

411 Kunst und Kultur. Sie ist primär den Ländern zugeordnet. Das wissen wir. Aber ich sage  
412 ebenso deutlich, dass der Bund auch in Zukunft eine Reihe ganz wichtiger Kulturaufga-  
413 ben wahrnehmen wird. Deutschland – und nicht nur die Summe der 16 Bundesländer –  
414 ist schließlich eine europäische Kulturnation.

415 Diese Bundesregierung – das hat etwas mit unserem historischem Verständnis zu tun –  
416 wird wie die Regierung zuvor auch einen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes der  
417 Vertriebenen leisten. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares  
418 Zeichen setzen, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern, und wir werden dies im  
419 europäischen Kontext tun. Aus meiner Sicht bietet die gemeinsame Erklärung der Präsi-  
420 denten Rau und Kwásniewski eine gute Grundlage dafür, dass wir einen gemeinsamen  
421 und nicht einen trennenden Weg finden werden. Ich sage hier sehr persönlich: Auf meinen  
422 Reisen, die ich in die entsprechenden Länder mache, werde ich mich sehr dafür einsetzen,  
423 dass uns dies gelingt. Das hat etwas mit unserem eigenen historischen Selbstverständnis  
424 zu tun. Es hat aber auch etwas mit dem Vertrauen anderer in uns zu tun. Deshalb muss  
425 beides zusammengebracht werden. Ich bin der Überzeugung: Das geht und das können  
426 wir schaffen.

427 Meine Regierung ist Anwalt aller Deutschen wie aller in Deutschland lebenden Mitbür-  
428 gerinnen und Mitbürger. Wir werden deswegen mit allem Nachdruck, wo immer es er-  
429 forderlich ist, gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus kämp-  
430 fen.

431 Die Initiativen der Bürgergesellschaft, die sich hier engagieren, haben unsere volle Un-  
432 terstützung. Wir sind ein tolerantes, wir sind ein weltoffenes Land. Deutschland ist zu-  
433 gleich ein Land, das seine Traditionen und seine Kultur pflegt. Das eine kann es ohne das  
434 andere nicht geben; denn Heimat gibt gerade in Zeiten des sehr schnellen Wandels, in  
435 denen wir leben, den Halt, den die Menschen brauchen, jedem Einzelnen und unserem  
436 Land als Ganzem. Deshalb haben wir nicht ohne Grund unserem Koalitionsvertrag den

437 Titel „Gemeinsam für Deutschland“ gegeben. Parallelgesellschaften, in denen die grund-  
438 legenden Werte des Zusammenlebens in unserem Land nicht geachtet werden, passen  
439 nicht in dieses Denken.

440 Deshalb ist Integration eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Mit der Ansiedelung der Be-  
441 auftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt habe ich sehr be-  
442 wusst ein Signal gesetzt, dass dies eine gesamtpolitische Aufgabe ist, der wir große Be-  
443 achtung schenken wollen.

444 Ich bin der Überzeugung, dass Integration nur gelingen kann, wenn ausländische Kinder  
445 konsequent dazu gebracht werden und auch die Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen.  
446 Wir werden deshalb gerade in den Schulen das Erlernen der deutschen Sprache fördern.  
447 Besser gesagt, wir werden die Länder in ihrem Bemühen unterstützen, dass Kinder nur  
448 dann in die Schule kommen dürfen, wenn sie der deutschen Sprache mächtig sind. An-  
449 sonsten haben sie vom ersten Schultag an nicht die Chancen, die wir ihnen geben müssen,  
450 um auch ihnen ein gutes Leben in unserem Land zu ermöglichen.

451 Wir brauchen einen Dialog mit dem Islam. Wir müssen einander verstehen lernen; das  
452 gehört dazu. Wir müssen im Übrigen darauf achten, dass wir unsere eigene Religion, das  
453 Christentum, ausreichend verstehen, soweit wir Christen sind – das gilt auch für andere,  
454 die anderen Religionen anhängen –; denn einen Dialog der Kulturen kann man nur führen,  
455 wenn man sich seiner eigenen Kultur auch wirklich bewusst ist.

456 Wir werden das offen und ehrlich tun. Wir werden vor allen Dingen Differenzen eindeutig  
457 benennen, wo immer sie auftreten. Deshalb sage ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich –  
458 ich sage dies auch als Frau –: Zwangsverheiratungen oder Ehrenmorde – beides schreck-  
459 liche Begriffe – haben nichts, aber auch gar nichts mit Ehre zu tun und sie haben auch gar  
460 nichts in unserer Gesellschaft zu suchen.

461 Wir können sie nicht dulden, wir wollen sie nicht dulden. Wir werden das deutlich ma-  
462 chen. Sicher kann jeder von uns selbst etwas für unsere Gemeinschaft tun. Vieles kann  
463 von dem Einzelnen besser als vom Staat erreicht werden. Aber der Einzelne hat ein An-  
464 recht darauf, dass der Staat auch ihn in die Lage versetzt, seine eigenen Kräfte zu entfal-  
465 ten. Viele Menschen werden heute – das müssen wir ganz klar sehen – an ihrem Einsatz,  
466 am Einbringen ihrer Möglichkeiten gehindert, weil das größte Problem, mit dem unser

467 Land zu kämpfen hat – die Arbeitslosigkeit –, nicht ausreichend gelöst ist. Wir haben die  
468 höchste Zahl an Langzeitarbeitslosen, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat,  
469 und das muss sich wieder ändern.

470 Im Übrigen werden wir von den Menschen als Regierung und als die diese Regierung  
471 tragenden Fraktionen zum Schluss an genau dieser Frage gemessen werden: Haben wir  
472 hier etwas erreicht oder haben wir nichts erreicht? Diesem Anspruch wollen wir uns auch  
473 stellen. Ich sage ganz ausdrücklich: Das muss unser Ziel sein.

474 Wir wissen, dass die Politik keine Arbeitsplätze schaffen kann; aber sie kann Rahmenbe-  
475 dingungen stellen. Wir haben sehr viel über diese Rahmenbedingungen gesprochen. Wir  
476 wissen, dass damit zusammenhängt, dass Menschen in Würde leben können. Deshalb ha-  
477 ben wir uns einiges vorgenommen.

478 Erstens. Seit über drei Jahrzehnten steigen die gesetzlichen Lohnzusatzkosten bzw. ver-  
479 harren auf einem internationalen Höchstniveau. Wir wollen das ändern; deshalb wollen  
480 wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte senken. Einen Pro-  
481 zentpunkt sollen Strukturmaßnahmen innerhalb der Bundesagentur für Arbeit erbringen.  
482 Ein weiterer Prozentpunkt soll durch den Einsatz eines Punktes Mehrwertsteuer finanziert  
483 werden. Es ist im Übrigen erfreulich, dass die Länder an dieser Stelle auf ihren Anteil an  
484 der Mehrwertsteuer verzichten werden. Wir wollen die Lohnzusatzkosten in dieser Le-  
485 gislaturperiode dauerhaft unter 40 Prozent halten.

486 Zweitens. Deutschland muss den Wandel zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft  
487 schaffen. Wir werden deshalb die privaten Haushalte im Grundsatz als Arbeitgeber aner-  
488 kennen. Jeder, der den politischen Streit der vergangenen Jahrzehnte verfolgt hat, weiß,  
489 dass hier eine lange ideologische Auseinandersetzung zu Ende geht. Wir werden sowohl  
490 für die Abrechnung von Handwerkerleistungen als auch für die Frage der Kinderbetreu-  
491 ung als auch für andere haushaltsnahen Dienstleistungen den Haushalt als Arbeitgeber  
492 installieren. Das wird ein Umdenken in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft in  
493 Deutschland bedeuten. Ich finde das richtig, ich finde das erfreulich. Lassen Sie uns das  
494 Ganze mit Freude angehen.

495 Drittens. Wir wissen, dass gerade gering Qualifizierte in unserem Land unglaubliche  
496 Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung, und zwar zu regulären Löhnen, zu finden. Es

497 geht hierbei nicht um irgendeine Statistik der Bundesagentur für Arbeit, sondern es geht  
498 um etwa 2 Millionen Menschen in unserem Land, für die wir uns Gedanken über die  
499 Frage machen müssen: In welcher Art und Weise können wir diese Menschen wieder in  
500 Lohn und Brot bringen? Deshalb werden wir das Thema Kombilohn im Niedriglohnsek-  
501 tor aufgreifen. Wir werden uns darum bemühen, genau an dieser Stelle eine Lösung zu  
502 finden, bei der eine Lohnleistung durch eine staatliche Leistung ergänzt wird.

503 Wir wissen, dass das Fragen berührt – wir haben das auch in unserem Koalitionsvertrag  
504 niedergelegt – wie Entsendegesetz, Mindestlohn, Auswirkungen der EU-Dienstleistungs-  
505 richtlinie. Das gehört zu den kompliziertesten Themen. Aber ich habe in den Koalitions-  
506 verhandlungen gespürt, dass der Wille da ist, diese 2 Millionen Menschen nicht einfach  
507 zu vergessen, sondern sich um vernünftige Lösungen zu bemühen. Dafür lohnt es sich  
508 auch, in den nächsten Monaten zu arbeiten.

509 Viertens. Wir werden moderate Reformen im Bereich des Arbeitsrechts durchführen. Wir  
510 müssen immer wieder schauen: Wo sind Hürden, die Menschen den Weg in die Arbeits-  
511 welt versperren? Wir müssen lernen, dies möglichst vorurteilsfrei zu betrachten. Deshalb  
512 bin ich sehr dankbar dafür, dass es uns gelungen ist, beim Kündigungsschutz die Warte-  
513 zeit von bis zu 24 Monaten einzuführen, das heißt, Kündigungsschutz gilt dann erst nach  
514 24 Monaten. Ich glaube, dass das für kleine Betriebe bessere Möglichkeiten bietet, Men-  
515 schen einzustellen und ein Wagnis einzugehen, sodass nicht die Menschen an dieser  
516 Stelle sozusagen draußen gelassen werden.

517 – Ich höre schon das Gegrummel. – Wir können natürlich so weitermachen. Wir können  
518 so tun, als ob bestehende Sicherheiten wirklich Sicherheit bieten. Wir können aber auch  
519 einfach einmal fragen, ob wir das, was andere Länder mit guten Erfahrungen machen,  
520 nicht auch tun sollten. Wir können doch das, was wir hören, wenn wir bei unserer Abge-  
521 ordnetentätigkeit im Wahlkreis den Handwerksmeister fragen: „Warum lassen Sie Ihre  
522 Leute Überstunden machen? Warum stellen Sie nicht einen zusätzlich ein?“, einfach ein-  
523 mal bedenken und neue Wege gehen. Nach ein paar Jahren können wir schauen, ob es  
524 sich bewährt hat oder nicht und ob wir daraus Erfolge machen können. Wir sind das den  
525 Menschen in diesem Lande schuldig. Bei über 4 Millionen Arbeitslosen muss man auch  
526 einmal neue Wege gehen. Ich zumindest bin davon völlig überzeugt.



527 Fünftens. Wir werden den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs  
528 weiterführen. Ich möchte mich hier ausdrücklich dafür bedanken, dass die Wirtschaft,  
529 insbesondere das Handwerk und die Kammern, hierzu einen riesigen Beitrag geleistet  
530 haben. Wir gehen davon aus, dass wir weiterhin in jedem Jahr 30 000 neue Ausbildungs-  
531 plätze brauchen. Wir müssen uns auch ganz intensiv der Tatsache annehmen, dass viele  
532 junge Leute nicht ausbildungsfähig sind, wenn sie von der Schule kommen. Das erfordert  
533 ein enges Zusammenwirken von Bund und Ländern an dieser Stelle; denn man kann sich  
534 nicht damit abfinden, dass teure Schulausbildung nicht zur Ausbildungsfähigkeit der jun-  
535 gen Menschen führt.

536 In der Frage der betrieblichen Bündnisse – jeder weiß, dass wir darüber im Wahlkampf  
537 sehr unterschiedlicher Meinung waren und es auch weiter sind; das gehört zur Wahrheit  
538 dazu – müssen wir weiterhin schauen, wie wir im Rahmen der Tarifautonomie – ich be-  
539 tone ausdrücklich, dass niemand in dieser Koalition die Tarifautonomie infrage stellt –  
540 ein höheres Maß an Flexibilität erreichen. Ich will ausdrücklich sagen: Es geschieht eini-  
541 ges bei den Gewerkschaften. Unser ganzes Tun sollte darauf gerichtet sein, Gewerkschaf-  
542 ten zu ermuntern, da, wo das heute noch nicht geschieht, weiterzugehen und mehr Flexi-  
543 bilität zu schaffen. Die Erfahrungen von denen, die das getan haben, sind positiv. Genau  
544 dieser Weg muss von uns weiter gegangen werden oder es müssen zunächst Gespräche  
545 darüber geführt werden.

546 Die beste Reform des Arbeitsmarkts hilft wenig – auch das wissen wir –, wenn wir uns  
547 nicht auf eines besinnen, nämlich auf das, was uns als Land – ich habe das am Anfang  
548 gesagt – immer wieder stark gemacht hat: Das sind Bildung und Innovation. Sie sind  
549 mehr denn je der Rohstoff unseres Landes, der Rohstoff der Deutschen. Wir wissen: Wir  
550 müssen besser sein als andere, und zwar immer so viel besser, wie wir teurer sind.

551 Wir wollen teurer sein, weil wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Deshalb ist unser  
552 Ziel nicht, im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne mitzuhalten; das können wir nicht.  
553 Vielmehr müssen wir besser sein als andere und Bildung nach vorn bringen. Herkunft  
554 darf in diesem Land nicht die Zukunft der jungen Menschen bestimmen. Das muss unser  
555 Anspruch sein.

556 Meine Damen und Herren, an guten Traditionen mangelt es nicht, weder bei unserer  
557 Schulbildung, wie man an ihrem Ruf erkennt, noch bei der Berufsbildung. Das System  
558 der dualen Berufsausbildung ist fast so bedeutend wie „Made in Germany“ bei der Pro-  
559 duktherstellung. „Trained in Germany“ könnte wieder ein Markenzeichen von uns wer-  
560 den. Wir wissen aber auch, weil es uns die PISA-Studie vor Augen geführt hat: Wir sind  
561 nicht so Spitze, wie wir es eigentlich gerne wären. An der zweiten PISA-Studie zeigt sich  
562 allerdings, dass, wenn sich Länder anstrengen – ich nenne als Beispiel das Land Sachsen-  
563 Anhalt –, innerhalb von wenigen Jahren ein deutlicher Fortschritt erreicht werden kann.  
564 Wir wissen ja an vielen Stellen, wo die Probleme liegen. Es ist wichtig, dass wir die Bil-  
565 dungschancen verbessern. Deshalb hat der Bund einmalig – wir werden das fortsetzen –  
566 ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen aufgelegt, damit wir auch in diesem  
567 Bereich besser vorankommen. Ich hoffe, dass das nach der Föderalismusreform von den  
568 Ländern in entsprechender Weise fortgesetzt wird.

569 Ich sage das mit großem Ernst: Ich glaube, noch nie hat ein Koalitionsvertrag in Deutsch-  
570 land so sehr auf Innovation und Technologiefreundlichkeit in Zukunftsbranchen gesetzt.  
571 Die finanzielle Ausstattung für die nächsten Jahre, das Ziel, die Ausgaben für Forschung,  
572 Technologie und Entwicklung bis zum Jahr 2010 auf 3 Prozent unseres Bruttoinlandspro-  
573 dukts zu erhöhen, wozu der Staat mit 1 Prozent seinen Beitrag leisten wird, zeigt deutlich:  
574 Diese Verpflichtung sucht ihresgleichen. Wir werden sie ganz strikt umsetzen. Dabei  
575 wollen wir vor allen Dingen darauf achten, dass das Geld in Wissenschaft und Technik  
576 sinnvoll eingesetzt wird. Der Staat darf nicht glauben, er wisse selber, was da am besten  
577 zu tun sei, sondern wir müssen die Begutachtung durch die Wissenschaftsorganisationen  
578 in den Vordergrund rücken. Wir müssen auf die Freiheit der Entwicklungsmöglichkeiten  
579 in der Nano-, Bio- und Informationstechnologie setzen. Wir müssen auch auf Leucht-  
580 turmprojekte setzen, mit denen wir in der Welt beweisen können, auf welchen Gebieten  
581 wir vorne sind. Ich nenne als Beispiele hoch effiziente Kraftwerke, die elektronische Ge-  
582 sundheitskarte, die Weiterentwicklung der Brennstoffzelle und – darüber haben wir lange  
583 genug gesprochen – den Aufbau einer Transrapidreferenzstrecke. Es wäre schön, wenn  
584 es auch an dieser Stelle weiterginge.

585 Wir haben in der Koalitionsvereinbarung auch einige heiße Eisen angepackt. Wir werden  
586 noch einmal das Regelwerk für die Grüne Gentechnologie überarbeiten und wir werden

587 bessere Möglichkeiten für unsere chemische Industrie schaffen. Der Herr Bundesumwelt-  
588 minister hatte gestern das Vergnügen, in Brüssel genau darüber zu verhandeln. Wir wer-  
589 den die Initiative „Partner für Innovation“ fortführen. Ich persönlich werde einen Rat für  
590 Innovation und Wachstum, über den ich schon vor einigen Monaten gesprochen habe,  
591 einrichten, weil ich glaube, dass die Tatsache – dessen muss sich die Politik im gesamten  
592 Hause bewusst sein –, dass sich das Wissen auf der Welt innerhalb von vier Jahren ver-  
593 doppelt, bei uns mental noch nicht ausreichend wahrgenommen wird. Wir alle – das gilt  
594 auch für mich persönlich – haben an vielen Stellen Mühe, die technischen Entwicklungen  
595 so zu verstehen, dass wir in der Lage wären, zu erkennen, welche rechtlichen Rahmenbe-  
596 dingungen wir schaffen müssen. Wir sollten so ehrlich sein, das zuzugeben, und im Dia-  
597 log mit den Wissenschaftlern und Entwicklern von diesen lernen.

598 Meine Damen und Herren, wir wissen: Als modernes Industrieland, als Dienstleistungsgesellschaft, als Wissensgesellschaft werden wir nicht bestehen können, wenn wir nicht ein modernes Infrastrukturland sind. Das hat auch etwas mit unseren Verkehrsnetzen zu tun. Wir werden in den nächsten vier Jahren 4,3 Milliarden Euro mehr für Verkehrsinfrastrukturprojekte ausgeben. Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern. Wir werden nicht nur, wie das in der Vergangenheit der Fall war, das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz für die neuen Bundesländer weiterführen, sondern für ganz Deutschland ein umfassendes Planungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen. Das wird schwierige Beratungen erfordern. Aber wenn man sieht, wie europäische Mittel zum Beispiel in Spanien in Windeseile verbaut werden, während wir Menschen um Arbeitschancen bringen, weil wir für bestimmte Infrastrukturprojekte Jahrzehnte brauchen, dann kann ich nur sagen: Wir sind es den Menschen in diesem Lande schuldig, dass wir uns an dieser Stelle anstrengen und schauen, wie wir hier schneller vorankommen können.

611 Wir wissen, dass die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes ohne eine zukunftsweisende Energiepolitik nicht denkbar ist. Wir haben unterschiedliche Auffassungen über die Nutzung der Kernenergie. Aber wir haben uns – das finde ich wichtig – auf eine Gesamtstrategie in der Energiepolitik sowie darauf geeinigt, dass wir uns über den Energiemix Gedanken machen.

616 Das heißt natürlich auch, dass wir ein deutliches Plädoyer für erneuerbare Energien abgeben. Wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz in der Grundstruktur fortführen,

618 aber wir werden – auch das gehört zur Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bür-  
619 gern – die wirtschaftliche Effizienz der einzelnen Vergütungen bis 2007 überprüfen. Wir  
620 werden schauen, was grundlastfähig ist und wohin das Geld gehen muss. Ich glaube, wir  
621 werden das in guter Gemeinsamkeit schaffen. Ziel ist ein energiepolitisches Gesamtkon-  
622 zept mit einem ausgewogenen Energiemix.

623 Ich werde Anfang des Jahres zu einem nationalen Energiegipfel einladen, um einmal alle  
624 Beteiligten an einen Tisch zu bekommen. Die Probleme müssen auf den Tisch gelegt  
625 werden. Denn wir wissen, es gibt auch unter den verschiedenen Anbietern vielerlei Wi-  
626 dersprüche.

627 Wir werden ein sehr anspruchsvolles Programm zur energetischen Gebäudesanierung  
628 auflegen. Dieses Programm wird nicht nur der Bauwirtschaft neue Impulse geben – das  
629 ist der eine Aspekt –, sondern es wird auch – davon bin ich zutiefst überzeugt – dem  
630 einzelnen Bürger deutlich machen, welchen Beitrag er zur verbesserten Effizienz bei der  
631 Energieversorgung, also auch bei der Reduktion von Kohlendioxidemissionen, leisten  
632 kann. Wir haben uns bis jetzt viel zu viel auf die Industrie konzentriert. Es ist gut, dass  
633 wir jetzt auch den privaten Bereich hinzunehmen.

634 Wir werden die Regeln für den Emissionshandel überarbeiten. Ich sage ausdrücklich, dass  
635 dieser ein gutes Instrument ist. Aber wir werden in der zweiten Phase, also ab 2008,  
636 schauen müssen, dass die Anreize für die Modernisierung unseres Kraftwerksparks er-  
637 halten bleiben. Wir werden dafür sorgen müssen, dass die energieintensive Industrie nicht  
638 aus Deutschland abwandert und dass wirtschaftliches Wachstum weiter möglich ist.

639 Ich werde – das sage ich auch in Richtung des Umweltministers – auf meinen Auslands-  
640 reisen sehr bewusst die Klimaschutzprojekte, die nach dem Kiotoprotokoll gerade für die  
641 Entwicklungsländer von außerordentlicher Bedeutung sind, als technologisches Know-  
642 how der Bundesrepublik Deutschland propagieren. Technologieexport und Klimaschutz  
643 liegen heute ganz eng beieinander. Ich glaube, hier können wir unsere Rolle als Export-  
644 weltmeister deutlich machen.

645 An einer Stelle ist der Knoten im Grunde schon durchgeschlagen worden, bevor die große  
646 Koalition ihre Arbeit aufgenommen hat: das ist die Föderalismusreform, also die Neu-  
647 ordnung unseres föderalen Staatsaufbaus, die allerdings noch umgesetzt werden muss.

648 Ich glaube, diese Reform ist zum einen gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern  
649 wichtig. Denn sie können dann wieder besser verstehen, wo die Verantwortlichkeiten lie-  
650 gen, wer für was verantwortlich ist. Sie ist zum anderen aber auch im internationalen  
651 Wettbewerb notwendig, um schnellere Entscheidungsmechanismen durchzusetzen. An  
652 einem entsprechenden Mangel leiden wir heute. Föderalismus darf keine Bremse, sondern  
653 Föderalismus muss ein Mehrgewinn für den Standort Deutschland sein. Genau das wollen  
654 wir durchsetzen.

655 Wir werden in Absprache mit den Freien Demokraten einen weiteren Schritt gehen. Wir  
656 werden im nächsten Jahr prüfen, wie auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und  
657 Ländern grundsätzlich neu geordnet werden können. Denn – auch das gehört zur Wahr-  
658 heit – eine Föderalismusreform ohne die Neuordnung der Finanzbeziehungen ist zwar ein  
659 erster wichtiger, aber noch kein endgültiger Schritt.

660 Ich weiß, dass dies schwer ist. Aber lassen Sie uns solche anspruchsvollen Aufgaben an-  
661 gehen.

662 Wir wissen: Ohne einen Fortschritt beim Aufbau Ost wird es kein gesundes Wachstum  
663 in ganz Deutschland geben. Wir brauchen dieses Wachstum für das innere Gleichgewicht  
664 unseres Landes. Deshalb müssen wir die hohe Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen die  
665 Abwanderung aus den neuen Bundesländern stoppen und hier das Notwendige tun. Das  
666 heißt, wir müssen den neuen Ländern, wo immer es möglich ist – europarechtlich und auf  
667 anderen Gebieten –, mehr Freiheiten geben, Freiheiten, um mit den Geldern, die im Zu-  
668 sammenhang mit dem Solidarpakt II zur Verfügung gestellt werden, möglichst viele sinn-  
669 volle Investitionen zu tätigen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch in den neuen  
670 Bundesländern vorankommen.

671 Mehr Freiheit möglich machen für neue Gerechtigkeit: All diese Neuausrichtungen vom  
672 Arbeitsmarkt bis zum Aufbau Ost gehören zusammen. Sie dienen einem langfristigen  
673 Ziel: Wir wollen Deutschland stärken und wieder zum Motor in Europa machen. Die Ge-  
674 staltung dieses Wandels, den wir dringend brauchen, ist ohne Vertrauen und ohne das  
675 Bewusstsein, dass sich die Menschen auf die Politik verlassen können, undenkbar. Des-  
676 halb ist einer dieser Vertrauensbeweise gegenüber den Menschen eine solide Finanzpoli-  
677 tik, eine gute, solide Situation bei unseren Staatsfinanzen.

678 Meine Damen und Herren, wir brauchen dazu einen Wandel, einen Kurswechsel in der  
679 Haushaltspolitik. Ich sage ganz ausdrücklich: Die Ursachen, die Anfänge dieser Fehlent-  
680 wicklung liegen weit zurück. Die lassen sich im Übrigen ganz gut bei der ersten großen  
681 Koalition verorten.

682 – Da können Sie noch klatschen. – Deshalb wäre es schön, wenn die zweite große Koali-  
683 tion diesen Kurswechsel schafft. Wir haben die Weichen dafür sehr gut und entschlossen  
684 gestellt.

685 Wir brauchen eine langfristige Konsolidierungsstrategie. Dabei hat für uns das Reformie-  
686 ren und Investieren zeitlichen Vorrang. Wir haben die Abfolge der Schritte unseres poli-  
687 tischen Handelns sehr gut vereinbart. Am Ende wird aus diesem politischen Konzept ein  
688 Dreiklang: sanieren, reformieren, investieren.

689 Wir werden durch einen Zukunftsfonds in Höhe von 25 Milliarden Euro Investitionen in  
690 Schwerpunktbereiche über die Legislaturperiode möglich machen. Ich habe den Bereich  
691 Mittelstand genannt. Ich nenne weiterhin die Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Tech-  
692 nologie, die Förderung des Haushalts als Arbeitgeber und die Förderung von Familien.  
693 Dies sind fünf Projektbereiche, bei denen die Menschen sehen: Wir können Schwer-  
694 punkte setzen; wir sind entschlossen, etwas zu investieren.

695 Aber ohne eine Sanierung der Haushalte kommen wir natürlich nicht zurande. Deshalb  
696 umfasst unsere Haushaltskonsolidierung, dass wir einerseits – ich habe darüber gespro-  
697 chen – die Arbeitsmarktkosten reduzieren. Wir werden die Zuschüsse an die sozialen Si-  
698 cherungssysteme begrenzen. Dies wird eine schwierige Aufgabe, die nur zu schaffen ist,  
699 wenn wir Strukturreformen durchführen.

700

701 Andererseits wird die öffentliche Verwaltung einen substanziellen Solidarbeitrag dazu  
702 leisten. Ich nenne die Größe von 1 Milliarde Euro, die der Bund im öffentlichen Bereich  
703 einsparen wird. Wir merken schon jetzt, dass wir über die Details sicherlich noch lange  
704 zu diskutieren haben werden. Aber es bleibt die Verpflichtung,

705 1 Milliarde Euro einzusparen. Auch wir als Politiker werden dazu unseren Beitrag leisten.  
706 Wir werden Steuerförderungstatbestände reduzieren; wir haben damit gestern im Kabi-  
707 nett begonnen. Wir werden ab 2007 den Spitzensteuersatz für nicht gewerbliche – ich  
708 betone: nicht gewerbliche – sehr hohe Einkommen auf 45 Prozent erhöhen.

709 Ich will nicht verhehlen: Die für uns alle schwierigste Entscheidung war die Erhöhung  
710 des Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte ab 2007. Umso wichtiger ist es, dass zum  
711 einen 1 Prozentpunkt für die Senkung der Lohnzusatzkosten eingesetzt wird, um Arbeits-  
712 plätze wettbewerbsfähiger zu machen, und dass zum anderen der niedrige Mehrwertsteu-  
713 ersatz von 7 Prozent für Lebensmittel, den öffentlichen Personennahverkehr und Kultur-  
714 güter erhalten bleibt. Auch darüber haben wir uns viele Gedanken gemacht und dann die-  
715 sen Entschluss gefasst.

716 Meine Damen und Herren, ich sage ausdrücklich: Ich und wir alle wissen, dass für viele  
717 Menschen die Entscheidung, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, und die weiteren Konsoli-  
718 dierungspläne in Bezug auf unseren Haushalt tief greifende Einschnitte bedeuten. Wir  
719 wissen, dass wir den Menschen an dieser Stelle viel abverlangen. Wir wissen auch, dass  
720 die Bürgerinnen und Bürger deshalb eine Gegenleistung erwarten können.

721 Diese Gegenleistung liegt für mich auf der Hand: Wenn wir solide Staatsfinanzen schaf-  
722 fen, dann beenden wir das Leben von der Substanz. Zur Generationengerechtigkeit gehört  
723 auch, dass wir die Augen nicht davor verschließen dürfen, dass wir mit allen Schulden,  
724 die wir neu machen, zukünftigen Generationen Spielräume rauben. Wer ernsthaft von  
725 Nachhaltigkeit spricht, muss sich diesem Problem widmen. Das hat nichts damit zu tun,  
726 dass wir in Europa einen Stabilitäts- und Wachstumspakt haben, den wir natürlich auch  
727 erfüllen wollen. Das hat etwas mit dem moralischen Anspruch unserer Politik, generati-  
728 onengerecht zu sein, und der Ernsthaftigkeit zu tun. Deshalb werden wir das entschlossen  
729 umsetzen.

730 Deutschland ist Exportweltmeister. Deutschland muss sich, wenn es Exportweltmeister  
731 bleiben will, dem freien Welthandel öffnen, auch wenn das in vielen Bereichen schwer  
732 fällt. Nach einer Regierungswoche kann ich sagen, dass wir bereits einen ersten Erfolg  
733 errungen haben. Wir haben am Beispiel der Zuckermarktordnung innerhalb der Europäi-  
734 schen Union gezeigt – – – Ja, Frau Künast, das geht auch ohne Sie.

735 Es ist sogar so, Frau Künast, dass Herr Sonnleitner dies lobt und es trotzdem gut ist für  
736 die WTO-Verhandlung. Das ist das Erstaunliche.

737 Wir sind gut vorbereitet auf die WTO-Verhandlung, die wir noch im Dezember zu führen  
738 haben. Ich sage ausdrücklich: Ein Gegeneinander von moderner Landwirtschaft und Ver-  
739 braucherschutz gehört mit dieser Regierung der Vergangenheit an. Das soll unser Mar-  
740 kenzeichen sein.

741 Unser Motto in Bezug auf den Verbraucherschutz lautet: Null Toleranz gegenüber den-  
742jenigen, die das Vertrauen der Verbraucher mit Füßen treten. Deshalb darf uns der Skan-  
743 dal, das Handeln mit verdorbenem Fleisch, so lange nicht ruhen lassen, bis wir an dieser  
744 Stelle alle Schwachstellen beseitigt haben. Ansonsten wird es für die deutsche Lebens-  
745 mittelwirtschaft ganz schwierig.

746 Meine Damen und Herren, Sie sehen an all dem, was ich aufgeführt habe, dass wir uns  
747 viel vorgenommen haben. Wir sind auch ganz sicher, dass viel möglich ist. Wir haben  
748 uns viel vorgenommen, weil wir wissen, dass wir wirtschaftlich wieder stark werden kön-  
749 nen und dann auch das leben können, was die soziale Marktwirtschaft in unserem Land  
750 groß gemacht hat. Dann können wir nämlich den Widerspruch zwischen Arbeit und Ka-  
751 pital weiter ausgleichen und denen helfen, die sich heute noch auf der Schattenseite des  
752 Lebens befinden.

753 Wir können dann aber auch noch etwas anderes schaffen: Wir können wieder ein starker  
754 Partner in Europa und in der Welt werden. Deutsche Außen- und Europapolitik gründet  
755 sich auf Werte und sie ist Interessenpolitik. Eine Politik in deutschem Interesse setzt auf  
756 Bündnisse und Kooperationen mit unseren Partnern. Ich weiß, dass unsere Partner große  
757 Erwartungen an uns richten. Das haben ich und auch der Außenminister in den ersten  
758 Tagen unserer Tätigkeit bei unseren Besuchen in Paris, Brüssel, London und vielen an-  
759 deren Ländern der Europäischen Union ganz deutlich gespürt. Die Erwartungen an  
760 Deutschland in diesem Bereich sind so immens, weil sich Europa im Augenblick in einer  
761 tiefen Krise befindet. Im Kern gründet diese Krise – das ist meine Überzeugung – auf  
762 fehlendem gegenseitigem Vertrauen. Es gab schwere Rückschläge bezüglich des Verfas-  
763 sungsvertrages. Hinsichtlich der Finanzen der Europäischen Union gibt es starke Interes-  
764 senkonflikte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Lissabon-Prozess, der Prozess,



765 Europa zum dynamischsten Kontinent der Welt zu machen, ist bei weitem nicht so vo-  
766 rangelommen, wie er hätte vorankommen müssen. Im Fortgang der Erweiterung der Eu-  
767 ropäischen Union stellen sich drängende Grundsatzfragen: Wie weit reicht Europa? Was  
768 ist Sinn und Zweck der europäischen Einigung?

769 Ich glaube, es hat keinen Sinn, um diese Krise herumzureden, auch heute nicht. Es kommt  
770 vielmehr darauf an, sie zu meistern. Wir können sie aber nur gemeinsam mit unseren  
771 Nachbarn, mit unseren Partnern meistern, und zwar den großen und den kleinen. Ich  
772 glaube, dass Deutschlands Aufgabe auch aufgrund seiner geografischen Lage darin be-  
773 stehen sollte, Mittler und ausgleichender Faktor zu sein. Genau dies werden der Außen-  
774 minister und ich am Freitag praktizieren, wenn wir nach Polen reisen, zu unserem zweiten  
775 großen Nachbarn.

776 Ich weiß, dass auf dem Dezembergipfel der Europäischen Union große Aufgaben lasten,  
777 dass große Erwartungen daran gestellt werden. Wir werden im Zusammenhang mit der  
778 finanziellen Vorausschau natürlich für eine Lösung eintreten, die im gesamteuropäischen  
779 Interesse liegt und nicht gleich dem Revisionszwang ausgesetzt ist. Deutschland ist – das  
780 sage ich ausdrücklich – zu einem vernünftigen Kompromiss bereit und wird dazu auch  
781 seinen Beitrag leisten. Klar ist aber auch, dass wir als neue Bundesregierung die deut-  
782 schen Interessen mit allem Nachdruck vertreten werden. Das heißt: Eine finanzielle Über-  
783 forderung kann es angesichts unserer Haushaltslage, angesichts unserer eigenen Probleme  
784 nicht geben. Auch das haben wir allen Partnern gesagt.

785 Europa hat sich mit den Lissabon-Verabredungen weit reichende Ziele gesetzt. Wir brau-  
786 chen einen Erfolg und wir brauchen diesen Erfolg, indem wir Reformen durchführen.  
787 Hier bündeln sich im Übrigen unsere innenpolitischen Anstrengungen mit dem, was in  
788 Europa stattfindet. Ich will ausdrücklich sagen – wir haben das in diesem Hause viel zu  
789 wenig beachtet –: Die jetzige Kommission und auch gerade der deutsche Kommissar  
790 Günter Verheugen haben in der Europäischen Union etwas gemacht, was es seit Jahr-  
791 zehnten nicht mehr gegeben hat – ich sage: eigentlich noch nie –: Sie haben sich Richtli-  
792 nien angeschaut und haben gefragt: Sind die noch notwendig? Brauchen wir bestimmte  
793 neue Projekte oder sind sie für den Lissabon-Prozess, also für eine dynamische Entwick-  
794 lung, schädlich? Es handelt sich um über

795 60 Richtlinien, die damit erst einmal vom Tisch sind oder die verändert werden. Ich bin  
796 dafür ausgesprochen dankbar. Europa kann nicht bestehen, indem man sagt: Das eine gibt  
797 es und dann kommt immer etwas hinzu, geschehe auf der Welt, was es wolle. – Der  
798 Schritt, den ich oben beschrieben habe, muss von Deutschland unterstützt werden.

799 Wir wollen den Verfassungsvertrag, auch wenn das heute zum Teil illusorisch erscheint,  
800 zu einem Erfolg machen. Ohne ein eigenes Selbstverständnis ist Europa nicht möglich.  
801 Das ist ein dickes Brett, das zu bohren sein wird. Aber wir haben uns in unserer Koaliti-  
802 onsvereinbarung hierzu ausdrücklich bekannt.

803 Europa ist – auch das wissen wir – ohne die Unterstützung und das Vertrauen der Bürge-  
804 rinnen und Bürger nicht möglich. Wir müssen darauf achten, dass die Menschen nicht  
805 den Eindruck haben, sie würden überfordert. Deshalb müssen wir ganz besonders Wert  
806 darauf legen, dass Staaten, die der Europäischen Union beitreten werden, alle Bedingun-  
807 gen uneingeschränkt erfüllen müssen. Das muss die Voraussetzung sein, wenn wir Er-  
808weiterungen der Europäischen Union vornehmen wollen.

809 So haben wir es auch in unserer Koalitionsvereinbarung festgelegt: Die am 3. Oktober  
810 2005 aufgenommenen Verhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei mit dem  
811 Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet  
812 und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Sollte die EU nicht auf-  
813nahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbun-  
814denen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, so muss die Türkei in einer Weise, die  
815 ihr privilegiertes Verhältnis zur Europäischen Union weiterentwickelt – das wollen wir  
816 alle –, möglichst eng an die europäischen Strukturen gebunden werden. Das ist eine Auf-  
817gabe, die sich über die nächsten Jahre erstrecken wird. Wir stehen zu den Vereinbarungen,  
818 so wie sie von der Vorgängerregierung getroffen wurden. „Pacta sunt servanda“ muss das  
819 Prinzip europäischen Vertrauens sein. Aber dieser Prozess wird mit besonderer Aufmerk-  
820samkeit zu beobachten sein.

821 Die Menschen in Europa erwarten von uns natürlich, dass sie auf die bestehenden Her-  
822ausforderungen eine Antwort bekommen; das sind Terrorismus, Massenvernichtungs-

823 waffen, Bürgerkriege und internationale Kriminalität. Deshalb kann ich mit Blick auf un-  
824 ser politisches Programm sagen, dass die große Koalition an dieser Stelle mehr Gemein-  
825 samkeiten gefunden hat als jede andere denkbare politische Konstellation.

826 Das ist nicht in jedem Bereich so. Aber für den Bereich der inneren Sicherheit sage ich  
827 das aus voller Überzeugung. Hier haben wir einige Dinge hinbekommen, die ich ausge-  
828 sprochen wichtig finde: Das Bundeskriminalamt wird zur Abwehr von Terrorgefahren  
829 Präventivbefugnisse erhalten. Mit der Kronzeugenregelung verbessern wir den Kampf  
830 gegen die organisierte Kriminalität. Opferschutz geht vor Täterschutz.

831 – Es ist ja klar, dass da welche mit den Köpfen schütteln. Trotzdem geht Opferschutz vor  
832 Täterschutz. Wir werden das ganz konsequent umsetzen. Deshalb werden wir auch die  
833 nachträgliche Sicherungsverwahrung gegen solche Jugendliche einführen, die wegen  
834 schwerster Gewalttaten verurteilt worden sind. Man kann da nicht den Kopf in den Sand  
835 stecken, sondern muss sich dem Problem widmen. Das erwarten die Menschen von uns,  
836 und das zu Recht.

837 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit – das spüren wir alle – werden  
838 immer fließender. Deshalb brauchen wir eine Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik  
839 innerhalb der Europäischen Union, und das auf der Grundlage einer europäischen Sicher-  
840 heitsstrategie. Europa muss – danach werden uns die Bürgerinnen und Bürger fragen –  
841 sicherheitspolitisch handlungsfähig sein. Das ist kein Ersatz – ich sage das ausdrücklich  
842 –, sondern eine Ergänzung des bewährten Bündnisses NATO. Es geht darum, den euro-  
843 päischen Pfeiler der Allianz und damit die Allianz insgesamt zu stärken. Denn die NATO  
844 ist und bleibt der stärkste Anker unserer gemeinsamen Sicherheit. Sie ist das strategische  
845 Konsultations- und Koordinierungsforum und wo sie das nicht ist, müssen wir, auch wir  
846 in Deutschland, einen Beitrag dazu leisten, dass sie es wieder wird. Ich habe das bei mei-  
847 nem Besuch in Brüssel sehr deutlich gemacht.

848 Ich sage auch ganz bewusst: Das ist kein Gegensatz dazu, dass wir ein selbstbewusstes  
849 Europa sein wollen. Ein selbstbewusstes Europa muss aber ein starker und vor allen Din-  
850 gen auch ein einiger Partner sein, wenn es darum geht, die Interessen von Sicherheit,  
851 Frieden und Menschenrechten durchzusetzen.

852 Meine Damen und Herren, ich sage deshalb auch: Lassen Sie die Schlachten der Vergan-  
853 genheit ruhen. Die Schlachten sind geschlagen. Aber für die Zukunft gilt: Die neue Bun-  
854 desregierung wird sich mit aller Kraft für ein enges, ehrliches, offenes und vertrauensvol-  
855 les Verhältnis in der transatlantischen Partnerschaft einsetzen. Diese Partnerschaft der  
856 Wertegemeinschaft der westlichen Welt ist ein hohes – ich sage: ein kaum zu überschät-  
857 zendes – Gut.

858 Ich glaube, dass wir in diesem Zusammenhang auch darauf vertrauen können – der Bun-  
859 desaußenminister ist heute aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgekommen  
860 –, dass die amerikanische Regierung die Besorgnis in Europa ernst nimmt und jüngste  
861 Berichte zu angeblichen CIA-Gefängnissen und illegalen Flügen, wie auch gegenüber  
862 dem Außenminister zugesagt, kurzfristig aufklären wird.

863 – Wissen Sie, es ist auch dramatisch, welche Entwicklung Sie genommen haben.

864 Meine Damen und Herren, wir fühlen uns im Blick auf die transatlantische Partnerschaft  
865 den gleichen Werten verpflichtet – das ist viel in dieser Welt –: Frieden und Freiheit,  
866 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Toleranz. Anders gesagt: Wir ha-  
867 ben das gleiche Verständnis von der Würde des Menschen. Das schweißt uns zusammen  
868 und bildet auch das Fundament.

869 Aber zum Selbstverständnis dieser Wertegemeinschaft und zum Selbstverständnis, das  
870 wir von uns und anderen Menschen haben, zählt auch, dass wir bei Menschenrechtsver-  
871 letzungen nicht schweigen, gegenüber niemandem auf der Welt, und seien es noch so  
872 hoffnungsvolle Handelspartner und noch so wichtige Staaten für Stabilität und Sicherheit.

873 Ich sehe – das sage ich ausdrücklich – zwischen Kooperation, die notwendig ist, und dem  
874 Einhalten der Menschenrechte oder dem Benennen dessen, was wir unter Menschenrech-  
875 ten verstehen, keine Kluft, die nicht zu überbrücken wäre. Es geht hier um Ehrlichkeit im  
876 Dialog. Das macht Beziehungen nicht unmöglich. So ist jedenfalls meine Erfahrung.

877 Meine Damen und Herren, es ist richtig: Deutschland ist noch nie so sicher und so frei  
878 gewesen wie heute. Dennoch – ich habe das am Anfang gesagt – leben wir in einer Welt  
879 voller Herausforderungen: Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, zerfallende Staaten,

880 extreme Armut, Epidemien und Umweltzerstörung. All das bedroht unsere Sicherheit und  
881 unseren Wohlstand.

882 Wir brauchen deshalb unsere Partnerschaften in der Welt dringender denn je. Ich möchte  
883 hier beispielhaft die Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland als eine strategi-  
884 sche Partnerschaft nennen. Russland ist ein wichtiger Wirtschaftspartner. Aber Russland  
885 ist genauso ein Verbündeter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und natür-  
886 lich als Land für die politische Stabilität Europas unverzichtbar. Wir haben ein ganz be-  
887 sonderes Interesse daran, dass der Modernisierungsprozess in Russland gelingt. Wir wer-  
888 den das in unseren außenpolitischen Kontakten deutlich machen.

889 Meine Damen und Herren, wir werden uns mit Kräften für Frieden und Stabilität im Na-  
890 hen Osten einsetzen. Wir schauen natürlich mit besonderer Sorge in diesen Tagen auf den  
891 Irak, aber genauso auf die Entwicklung im Iran. Trotz der Rückschläge in letzter Zeit wird  
892 sich die Bundesregierung weiter im Drei-plus-Eins-Prozess engagieren. Dieser Prozess  
893 muss fortgeführt werden. Ich sehe zu ihm keine Alternative. Aber ich kann den Iran nur  
894 davor warnen, sich der Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft und der  
895 IAEO zu entziehen. Was gegenüber Israel seitens des Iran gesagt wurde, ist in jeder Hin-  
896 sicht absolut inakzeptabel. Der Iran muss wissen, dass wir das nicht hinnehmen.

897 Deutschland steht zu Israel in einer ganz besonderen Verantwortung. Wir haben in diesem  
898 Jahr den 40. Jahrestag der Aufnahme deutsch-israelischer Beziehungen begangen. Für die  
899 neue Bundesregierung möchte ich deshalb bei dieser Gelegenheit das Existenzrecht Isra-  
900 els und das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in sicheren Grenzen frei von Terror,  
901 Angst und Gewalt zu leben, ausdrücklich bekräftigen.

902 Ebenso bekräftigen möchte ich allerdings das Recht des palästinensischen Volkes auf ei-  
903 nen eigenen Staat, der Seite an Seite mit Israel in Sicherheit und anerkannten Grenzen  
904 lebt. Das wäre auch ein klares Signal gegen Terrorismus.

905 Meine Damen und Herren, deutsche Außenpolitik bewährt sich im konkreten Handeln.  
906 Auf dem Balkan, in Afghanistan und an vielen anderen Orten tragen deutsche Soldaten,  
907 Polizisten, Diplomaten und Entwicklungshelfer unter erheblichen Gefahren zu Frieden  
908 und Stabilität bei. Was das im äußersten Fall bedeuten kann, das haben wir gerade wieder

909 in Afghanistan schmerzlich erleben müssen. Deshalb möchte ich all denen, die Deutsch-  
910 land im Ausland vertreten, einen ganz besonderen Dank sagen und eine ganz besondere  
911 Anerkennung für ihren mutigen Einsatz aussprechen. Sie sind in verschiedenen Funktio-  
912 nen wichtige Botschafter unseres Landes.

913 Meine Damen und Herren, die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz, mit über 6 000  
914 Soldaten auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika oder jetzt in humanitärer  
915 Mission in Pakistan. Die Bundeswehr kann sich glücklicherweise auf die breite Unter-  
916 stützung dieser Regierung, des Parlaments und der Gesellschaft verlassen. Die Soldatin-  
917 nen und Soldaten haben sie auch verdient; denn sie brauchen sie für ihren Einsatz.

918 Unser Anspruch, in der Welt mitzusprechen und mitzuentcheiden, und unsere Bereit-  
919 schaft zum Mitwirken bedingen sich. Die neue Bundesregierung wird darauf achten, dass  
920 die Ziele und Fähigkeiten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik immer in einem  
921 Gleichgewicht bleiben. Deshalb werden wir den Umbau der Bundeswehr zu einer Ein-  
922 satzarmee konsequent fortsetzen. Der Kernauftrag der Bundeswehr aus der Verfassung,  
923 die Landesverteidigung, bleibt dabei natürlich unverändert gültig. Wir werden auch an  
924 den Beschlüssen zur Struktur und Stationierung der Bundeswehr festhalten. Die Bundes-  
925 regierung bekennt sich zur allgemeinen Wehrpflicht.

926 Sie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als die für unser Land beste Wehrform er-  
927 wiesen, gerade auch mit Blick auf die Beziehung zu den Parlamentariern. Ich glaube, dass  
928 es an dieser Stelle ganz wichtig ist, eine Bundeswehr zu haben, die sich sicher sein kann,  
929 dass sie eine tiefe Verankerung in der deutschen Bevölkerung hat.

930 Wir werden Ende nächsten Jahres ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik veröffentlichen,  
931 erstmals wieder nach mehr als zehn Jahren. Ich denke, dann ist es höchste Zeit, wieder  
932 ausführlich über ein solches Grundlagendokument zur Sicherheitspolitik Deutschlands  
933 und zur Bundeswehr zu diskutieren.

934 Angesichts der Globalisierung nimmt die Bedeutung der internationalen Institutionen zu.  
935 Für uns – das ist unser gemeinsames Verständnis – muss die UNO der zentrale Ort der  
936 Konfliktlösung werden und dies dann auch bleiben.

937 Hier liegt eine wichtige Aufgabe vor uns. Wir werden uns bemühen – ich halte es für  
938 ganz wichtig, dass wir das schaffen –, bei der Reform der UNO gemeinsame europäische  
939 Positionen durchzusetzen. Wir bleiben bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sitzes  
940 im Sicherheitsrat mehr Verantwortung zu übernehmen. Ich sage aber ausdrücklich: Die  
941 Reform der UNO kann nicht auf die Frage des Sicherheitsrates reduziert werden, sondern  
942 sie geht weit darüber hinaus. Die Frage, welche Rolle die UNO in den nächsten Jahrzehn-  
943 ten einnimmt, wird von existenzieller strategischer Bedeutung für eine global zusammen-  
944 wachsende Welt sein.

945 Denn, meine Damen und Herren, die Stärkung der internationalen Institutionen ist ange-  
946 sichts der Globalisierung lebensnotwendig. Eine Politik, die den Anspruch erhebt, die  
947 Globalisierung zu gestalten – diesen Anspruch müssen wir erheben, auch wenn viele  
948 Menschen den Eindruck haben, Politik könne das nicht mehr –, darf nicht über internati-  
949 onale Institutionen hinweggehen, sondern sie muss die internationalen Institutionen dazu  
950 befähigen, die Globalisierung auch zu gestalten.

951 Wir sagen: Die soziale Marktwirtschaft hat sich als großer Erfolg für uns alle und als  
952 Vorbild für andere erwiesen; das ist ein schöner Satz, aber die Fragen, ob wir das durch-  
953 setzen können und in welcher Weise die internationalen Organisationen agieren – ich  
954 kann das an der Welthandelsorganisation festmachen –, sind damit nicht beantwortet. Die  
955 meisten Menschen haben nicht den Eindruck, dass wir heute über die Möglichkeiten ver-  
956 fügen, weltweit das zu vertreten, was uns an sozialem Ausgleich der freien Wirtschaft –  
957 in Form der sozialen Marktwirtschaft – wichtig ist, sondern sie haben Angst, dass davon  
958 für sie nichts mehr übrig bleibt. Deshalb ist die Gestaltungskraft von Politik nicht mehr  
959 nur national notwendig, sondern auch bei der Ausprägung internationaler Organisationen,  
960 und dem wird sich diese Bundesregierung ganz wesentlich verpflichtet fühlen.

961 Dieses Wertverständnis von Politik leitet uns natürlich auch bei der Entwicklungszusam-  
962 menarbeit. Wir wissen, dass uns die Probleme zu Hause erreichen, wenn wir sie nicht  
963 woanders lösen. Dafür brauchen wir natürlich Geld. Wir haben uns deshalb dazu ver-  
964 pflichtet, bis 2006 0,33 Prozent, bis 2010 mindestens 0,51 Prozent und bis 2015 die ODA-  
965 Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die öffentliche Entwicklungszusam-  
966 menarbeit aufzubringen.

967 Ich weiß, was ich da sage. Das sind ganz anspruchsvolle Ziele. Aber wir müssen lernen:  
968 Die Probleme ereilen uns im Inland, wenn wir es nicht schaffen, die Probleme anderswo  
969 einer Lösung zuzuführen.

970 Meine Damen und Herren, aus all dem, was ich gesagt habe, wird deutlich: Wir haben  
971 uns viel vorgenommen – weil wir sicher sind, dass vieles möglich ist und weil wir auch  
972 wissen, dass viele Menschen vieles erwarten. Diese Koalition will Rituale überwinden  
973 und neue Wege aufzeigen. Viele werden sagen: Diese Koalition, die geht ja viele kleine  
974 Schritte und nicht den einen großen. Ich erwidere ihnen: Ja, genau so machen wir das.  
975 Denn wir glauben, dass auch das ein moderner Ansatz sein kann. Es hat sich herausge-  
976 stellt, dass die Vernetzung von vielen kleinen Computern, an vielen Stellen, effektiver ist  
977 als der eine Großrechner – der Erfolg des Internets beruht auf genau dieser Philosophie.  
978 Deshalb werden wir eine Regierung sein, die diese vielen kleinen Schritte ganz bewusst  
979 in Angriff nimmt. Wir werden uns nicht drücken vor dem Handeln, wir werden eine Re-  
980 gierung der Taten sein. Wir wissen, dass wir auch Rückschläge werden hinnehmen müs-  
981 sen. Aber wir werden eines zeigen: Wir haben große Möglichkeiten in diesem Land.  
982 Deutschland ist voller Chancen, nach innen wie nach außen.

983 Fragen wir deshalb nicht zuerst, was nicht geht oder was schon immer so war; fragen wir  
984 zuerst, was geht, und suchen wir nach dem, was noch nie so gemacht wurde. Haben wir  
985 den Mut, das dann aber auch wirklich durchzusetzen! Überraschen wir uns also damit,  
986 was möglich ist, überraschen wir uns damit, was wir können! Stellen wir unter Beweis,  
987 dass wir unser Land gemeinsam nach vorn bringen, mit Mut und Menschlichkeit! Denn  
988 Deutschland kann mehr und ich bin überzeugt, Deutschland kann es schaffen.

989 Herzlichen Dank.



**Dr. Peter Ramsauer Bundestag November 2005 (CDU/CSU): PRB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
2 Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalition aus den drei Parteien CDU, CSU  
3 und SPD legt heute ihr Programm für diese Wahlperiode vor. Es ist der Startschuss für  
4 einen politischen Neubeginn. Die Wähler haben es so gewollt; die Wähler haben es so  
5 entschieden. Sie würden heute wohl ähnlich oder fast genauso entscheiden, wie die Um-  
6 fragen zeigen. Gut ist, dass die alte Regierung ausgeschieden ist und die neue Regierung  
7 ihre Arbeit aufnimmt.

8 Wir werden in den Debatten dieser Woche die dargelegten Grundsätze und Ziele sehr  
9 genau prüfen und diskutieren. Mein Urteil ist klar: Diese große Koalition in Deutschland  
10 hat eine Chance verdient und sie ist eine große Chance für unser Land.

11 Sie, Frau Bundeskanzlerin, liebe Frau Dr. Merkel, stehen für einen Neubeginn. Ich gra-  
12 tuliere Ihnen ganz herzlich im Namen meiner Partei, der CSU, und insbesondere im Na-  
13 men der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu Ihrer Wahl. – Ich sehe, dass Sie  
14 gerade zusammen mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister in den hinteren Reihen Platz  
15 genommen haben. Wer auf der Regierungsbank sitzt, kann sich auch diese Großzügigkeit  
16 leisten. – Ich gratuliere Ihnen auch zu Ihrer Regierungserklärung. Sie haben uns damit  
17 gezeigt, dass der überfällige Politikwechsel eingeleitet ist.

18 Ich gratuliere Ihnen auch dazu, dass Sie – das habe ich heute Agenturmeldungen entnom-  
19 men –, laut Umfragen einen immensen Vertrauensvorschluss bei der Bevölkerung haben.  
20 Das ist ungewöhnlich; denn der Politik wird eher mit einem Misstrauensvorschluss begeg-  
21 net. Die Tatsache, dass Sie, liebe Frau Bundeskanzlerin, einen gewaltigen Vertrauensvor-  
22 schuss haben, ist eine riesige Chance für die neue Bundesregierung.

23 Diese Regierung ist – das finde ich besonders wichtig – auch eine Regierung aus der Mitte  
24 der Gesellschaft heraus. Sie spaltet und polarisiert nicht, sondern sie führt zusammen.  
25 Konservative und liberale, ökologische und soziale Ansätze dürfen nicht gegeneinander  
26 ausgespielt werden. Sie werden es auch nicht in dieser Regierung; sie werden vielmehr  
27 für eine gute Politik miteinander fruchtbar gemacht.

28 Das ist auch ein Stück Handschrift der CSU. Diese Handschrift prägt auch den Koaliti-  
29 onsvertrag. Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen stolz darauf, dass der CSU-Parteitag – in  
30 Klammern gesagt: unter meiner Tagungsleitung – diesen Koalitionsvertrag einstimmig –  
31 das möchte ich betonen – gebilligt hat.

32 Meine Damen und Herren, die neue Regierung pflegt einen neuen Stil: sachbezogen und  
33 ergebnisorientiert. Die Koalition aus unseren drei Parteien startet zugegebenermaßen un-  
34 ter schwierigen Bedingungen. Keiner der Partner hat Wahlkampf für diese große Koali-  
35 tion gemacht.

36 Wir werden aber jetzt gemeinsam etwas daraus machen. Wir werden versuchen, mit Leis-  
37 tung zu überzeugen. Nur auf diesem Weg kann das Vertrauen der Bevölkerung wieder-  
38 gewonnen werden.

39 Vertrauen schaffen, das ist auch die Richtschnur für die Außen- und Europapolitik dieser  
40 Regierung. Deutschland ist – man kann dies nicht oft genug betonen – ein verlässlicher  
41 Partner und Verbündeter. Gerade die kleinen und mittleren Länder in der Europäischen  
42 Union setzen auf einen Partner Deutschland, der ihre Interessen ernst nimmt.

43 Ich erinnere mich sehr gut und sehr gern an meine ersten Parlamentsjahre, als Helmut  
44 Kohl uns jungen, neuen Abgeordneten vor allen Dingen in Bezug auf die Europapolitik  
45 immer eines eingeschärft hat: Nehmt die kleinen und die ganz kleinen Länder ernst; denn  
46 das ist ein wichtiger Erfolgsgrundsatz für eine gedeihliche und nachhaltige Europapolitik!

47 Die europäische Einigung und die transatlantische Partnerschaft sind gleichermaßen  
48 wichtige Pfeiler deutscher Staatsräson. Eine ausgewogene Außenpolitik, die auf diesen  
49 beiden Pfeilern stabil aufbaut, ist ein echter Gewinn für unser Land.

50 Die erste Regierungserklärung der ersten Bundeskanzlerin unseres Landes hat deutlich  
51 gemacht: Deutschland bekommt eine kraftvolle Regierung. Ich sage ganz klar: Meine  
52 Partei und die CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion wollen diesen Er-  
53 folg mit ganzer Kraft.

54 Frau Bundeskanzlerin, Sie haben mit Ihrer Regierungserklärung ein Zeichen der Zuver-  
55 sicht gesetzt. Es gibt eine Reihe hervorragender, guter Zeichen, die schon in dieser De-  
56 batte sichtbar geworden sind. Ein gutes Zeichen ist: Die Sanierung des Haushalts steht an

57 oberster Stelle. Wir alle wissen heute: Die Lage der Staatsfinanzen ist dramatisch. Die  
58 Strukturprobleme der Wirtschaft und die Misere auf dem Arbeitsmarkt belasten den  
59 Haushalt. Die Steuereinnahmen reichen in diesem Jahr nicht einmal aus, um Sozialleis-  
60 tungen, Zinsen und Gehälter zu zahlen. Auf den Punkt gebracht: Ein Teil der Steigerung  
61 der sozialen Ausgaben wurde mit einem Rückgang der öffentlichen Investitionen bezahlt.  
62 Dies ist eine außergewöhnlich gefährliche Entwicklung, ein dramatisches Zehren von un-  
63 serer Substanz. Der Anteil der Investitionen am Bundeshaushalt liegt jetzt bei unter 9  
64 Prozent. 15 Prozent des Haushalts muss der Bund 2006 allein für Zinsen aufwenden.

65 Diese bedrückende Eröffnungsbilanz zwingt uns alle zu einer konsequenten Konsolidie-  
66 rung. Das ist die Verpflichtung der heute Verantwortlichen gegenüber kommenden Ge-  
67 nerationen.

68 Nur eine entschlossene Konsolidierung eröffnet Spielräume für Zukunftsinvestitionen,  
69 egal ob das Infrastrukturinvestitionen im Bereich Verkehr oder an anderer Stelle oder  
70 Investitionen in Bildung sind. Bildungsinvestitionen sind rentierliche Investitionen in die  
71 Zukunft. Das sage ich auch als Kaufmann, obwohl in kaufmännischer Hinsicht nur dass  
72 als Zukunftsinvestition zählt, was sich in kaufmännischen Rechnungslegungen wieder-  
73 findet; volkswirtschaftlich sieht das anders aus. Investitionen in die Bildung sind wichtige  
74 Zukunftsinvestitionen.

75 Im Koalitionsvertrag wird dafür der richtige Kurs abgesteckt. Wir setzen dies gemeinsam  
76 um. Wir tragen auch gemeinsam Verantwortung dafür.

77 Ein weiteres gutes Zeichen ist, dass angesichts der Mehrheiten in Bundestag und Bundes-  
78 rat die Signale nicht auf Konfrontation, sondern – Gott sei Dank – auf Kooperation ge-  
79 stellt sind. Die neue Regierung und die Fraktionen der großen Koalition setzen auf eine  
80 gute Zusammenarbeit mit den Ländern. Deutschland wieder nach vorne zu bringen, das  
81 müssen sich Bund und Länder gemeinsam auf die Fahnen schreiben. Die Länder und Re-  
82 gionen, wir alle miteinander können nur gewinnen, wenn die makroökonomischen Wei-  
83 chen hier in Berlin, aber auch in Brüssel wieder richtig gestellt werden. – Darauf komme  
84 ich jetzt zu sprechen, lieber Herr Kuhn.

85 Es ist auch ein gutes Zeichen, dass zwei Ministerpräsidenten, Edmund Stoiber und  
86 Matthias Platzeck, im Koalitionsausschuss die Interessen der Länder einbringen. – Damit  
87 ist Ihre Frage beantwortet.

88 Gerade wir Bayern wissen, dass wir ohne die Bereitschaft zur Verantwortung für  
89 Deutschland nichts für unsere Heimat bewegen können. Deshalb ist es erfreulich, dass  
90 die große Koalition die Föderalismusreform schon ein ganzes Stück vorangebracht hat.  
91 Deutschland braucht starke Länder, wir wollen starke Länder. Vielfalt belebt. Wettbe-  
92 werb ist ein Anreiz, nach besseren Lösungen zu suchen. Das Bessere ist der Feind des  
93 Guten. Der Wettbewerb der Länder untereinander ist ein Segen für unsere föderale Ord-  
94 nung und für unser Land.

95 Der Bund gibt deshalb zahlreiche Kompetenzen in die ausschließliche Zuständigkeit der  
96 Länder. Schule, Kultur und Rundfunk werden als Sache der Länder bestätigt. Vom Straf-  
97 vollzug bis zum Ladenschluss kommen aber auch neue Kompetenzen hinzu. Hervorheben  
98 will ich, dass der Bund künftig Aufgaben nicht mehr direkt auf Gemeinden, Städte und  
99 Kreise übertragen darf, da das Verhältnis zu den Kommunen von den Ländern geregelt  
100 werden soll. Ausufernde Zustimmungserfordernisse im Bundesrat verwischen bisher die  
101 Verantwortung und verzögern Entscheidungen. Das können wir uns nicht mehr leisten.  
102 Die Zahl der Gesetze, denen der Bundesrat zustimmen muss, wird reduziert; denn das,  
103 was wir in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten hier im Parlament geleistet haben,  
104 hat unter den Zustimmungserfordernissen maßgeblich gelitten.

105 Bundesminister Franz Müntefering und Ministerpräsident Edmund Stoiber haben an der  
106 Spitze der Föderalismuskommission eine, wie ich meine, ganz exzellente Vorarbeit ge-  
107 leistet.

108 Das verdient Dank und Respekt. Drei Punkte sind festzuhalten: Länder und Landtage  
109 werden gestärkt, Entscheidungen werden schneller fallen und – das ist ganz wichtig –  
110 politische Verantwortungen – die Frage, wer für was geradesteht – werden endlich viel  
111 deutlicher.

112 Ein weiteres gutes Zeichen ist, dass die Familien als wichtigste Form des Zusammenle-  
113 bens gestärkt werden. Es wird keine Relativierung der Familie geben. Kindererziehung

114 ist eine außergewöhnlich anspruchsvolle Aufgabe, die hohen Respekt verdient. Eltern,  
115 die erziehen, haben Anspruch auf die Solidarität der gesamten Gesellschaft.

116 Zu dieser Solidarität gehört, Müttern, aber auch Vätern – als Vater von vier Kindern weiß  
117 ich, wovon ich spreche – Wahlfreiheit bei ihrer Lebensgestaltung zu eröffnen. Diese  
118 Wahlfreiheit wird bisher doppelt eingeschränkt erlebt: Den einen fehlt es an Unterstüt-  
119 zung, um Beruf und Familie verbinden zu können, und die anderen erleben, wie wenig  
120 öffentliche Anerkennung die Aufgabe erfährt, Kinder zu erziehen. Beides gilt es zu än-  
121 dern.

122 Ich möchte an dieser Stelle Folgendes ergänzen: Beide familiären Leitbilder verdienen  
123 gleichermaßen Respekt, das Leitbild der berufstätigen Frau und Mutter genauso wie das  
124 Leitbild der jungen Frau, die, exzellent ausgebildet, sich ganz bewusst dafür entscheidet,  
125 mehr oder weniger viele Jahre zu Hause zu bleiben und sich der Kindererziehung oder  
126 der Pflege älterer Menschen in der Familie zu widmen. Ich wehre mich dagegen, dass oft  
127 diese Leitbilder sehr einseitig gesehen werden.

128 Wir dürfen das andere Leitbild, das Leitbild der Frau, die wegen der Kindererziehung zu  
129 Hause bleibt, nicht in die Schmutzdecke der Gesellschaft stellen. Beide Leitbilder sind  
130 in unserer Gesellschaft gleichwertig.

131 Der Ausbau der Angebote der Kinderbetreuung schafft bessere Chancen dafür, Familie  
132 und Beruf zu verbinden. Mit dem Elterngeld ist gewährleistet, dass die Förderung junger  
133 Familien besser auf ihre persönliche Situation abgestimmt werden kann. Mehrgeneratio-  
134 onenhäuser – ein Modewort – machen die Solidarität der Generationen konkret lebbar und  
135 erlebbar. – Sie lachen. Ich kann Ihnen aber sagen, warum ich das Wort „Modewort“ ge-  
136 braucht habe – es ist nicht alles schlecht, was Mode ist; sonst wäre es vielleicht nicht  
137 Mode –: Damit wird etwas ganz Selbstverständliches aufgegriffen. Vor zwei, drei Gene-  
138 rationen war es nämlich ganz natürlich, dass drei Generationen in einem Haus, unter ei-  
139 nem Dach, zusammen gewohnt haben. Die sozialen Probleme und Konflikte und die ma-  
140 terielle Not in jener Zeit waren vielleicht aus anderen Gründen größer als heute, aber nicht  
141 wegen der damaligen Familienstruktur. Eine Mehrgenerationenfamilie ist Ausdruck von  
142 gelebter Solidarität und auch von Subsidiarität.

143 Darauf legen wir viel Wert.

144 Auch wenn wir noch so viele soziale Dienste aus öffentlichen Mitteln finanzieren: Sie  
145 können nicht so viel Nestwärme und Geborgenheit bieten wie gewachsene Familien.

146 Es ist doch absurd: Wir geben heute in Deutschland nach wie vor eine Rekordsumme für  
147 soziale Zwecke aus und trotzdem war in unserem Land noch nie so viel von sozialer Kälte  
148 und Ellenbogengesellschaft die Rede. Beides passt nicht zusammen. Darum ist es gut,  
149 wenn wir die Generationen in den Mehrgenerationenhäusern wieder zusammenbringen.

150 Das neue Kabinett ist ein starkes Team. Politische Schwergewichte machen die Schwer-  
151 punkte der Regierungsarbeit deutlich: Sanieren, also auch reparieren, reformieren und  
152 investieren, also aussäen für die Zukunft. Dieser Dreiklang bestimmt die Politik der neuen  
153 Regierung. Deutschland braucht bessere Standortbedingungen für Betriebe und Arbeits-  
154 plätze. Der Kern unserer Entscheidung für die große Koalition und auch der Maßstab für  
155 ihren Erfolg ist: Deutschland muss investitionsfreundlicher werden, damit wieder neue  
156 Arbeitsplätze in unserem Land entstehen. Auch wenn wir bei den Steuern und Abgaben  
157 das eine oder andere tun müssen, weil uns kein anderer Weg bleibt, muss die Botschaft  
158 sein: Deutschland ist ein investitionsfreundliches Land. Es lohnt sich, in Deutschland zu  
159 investieren; es lohnt sich, in Deutschland etwas aufzubauen; es lohnt sich, hier zu bleiben,  
160 nicht zu desinvestieren; es lohnt sich, in Deutschland Arbeitsplätze zu schaffen.

161 Die Politik der neuen Regierung wird zu Investitionen in Deutschland ermutigen und da-  
162 mit die Wachstumskräfte in unserem Land entfesseln.

163 Unser Land soll und darf nicht von der Substanz leben. Es sollen Werte geschaffen wer-  
164 den. Auf diesem Weg wird mehr Beschäftigung dauerhaft gesichert. So werden neue  
165 Chancen eröffnet.

166 Bundesminister Michael Glos bürgt für eine Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand und  
167 eigentümergeführte Familienunternehmen stärkt. Sie sind die Stütze des Standortes  
168 Deutschland. Sie machen keine Negativschlagzeilen, weder mit Stellenabbau noch mit  
169 überzogenen Managergehältern. 50 Prozent der Wertschöpfung, 70 Prozent der Arbeits-  
170 plätze und 80 Prozent der Lehrstellen entfallen auf Unternehmen mit weniger als 500  
171 Mitarbeitern. Auch hier weiß ich, wovon ich rede. Der Mittelstand ist das Rückgrat der  
172 Gesellschaft. Hier liegt das Potenzial für mehr Wachstum und Beschäftigung.

173 Wir haben im ersten Halbjahr Debatten zu diesem Thema geführt. Ich bekenne mich aus-  
174 drücklich zu meiner Nebentätigkeit bzw. beruflichen Tätigkeit als Unternehmer. Es freut  
175 mich, dass es außer der Politik noch Unternehmertum gibt. Dieses pflege ich neben mei-  
176 ner Tätigkeit im Parlament und damit sichere und schaffe ich Arbeitsplätze.

177 Die Stundung oder der schrittweise Erlass der Erbschaftsteuer ist wichtig für die Fortfüh-  
178 rung mittelständischer Betriebe. Auch die degressive Abschreibung gibt einen starken  
179 Investitionsanreiz für die Jahre 2006 und 2007. Jeder weiß, dass wir gerade im Hinblick  
180 auf die mittelständische Wirtschaft bürokratiebedingte Kosten abbauen müssen. Wir fas-  
181 sen uns an die eigene Nase: Wir müssen das in unserer Gesetzgebung beherzigen. Unser  
182 konkretes parlamentarisches und Regierungshandeln muss sich danach richten.

183 Ich danke Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie nochmals betont haben, dass eine Eins-  
184 zu-eins-Umsetzung europäischer Normen ein wichtiger Maßstab für unser Regierungshandeln  
185 ist. Dem steht aber entgegen, dass – wohl noch als Überbleibsel aus der Trittin-  
186 Zeit – uns momentan der Entwurf einer Verpackungsverordnung vorliegt, in dessen Be-  
187 gründung – vorletzte Woche habe ich das gelesen – steht: Mit dieser Regelung gehen wir  
188 über die Vorgaben der Europäischen Union hinaus. – Wenn wir jetzt hierbei schon dar-  
189 über hinausgehen würden, obwohl wir sagen, dass wir nur eins zu eins umsetzen wollen,  
190 dann wäre das die erste Verfehlung. Darum sage ich: Wir fassen uns hier an die eigene  
191 Nase.

192 Ein weiteres Beispiel aus der rot-grünen Regierungszeit. – Ich differenziere ganz genau.

193 Ab 1. Januar dürfen alle Betriebe, auch Klein- und Kleinstunternehmen, die Übermittlung  
194 ihrer Sozialversicherungsdaten an die Krankenkasse nur noch elektronisch per Internet  
195 vornehmen. Ich sage Ihnen: Das ist eine völlig verrückte Vorgabe. Denn es gibt viele  
196 Kleinstunternehmen entweder ohne Angestellte oder nur mit ein, zwei oder drei Mitar-  
197 beitern, die wegen ihres Betriebsumfangs überhaupt keine entsprechenden elektronischen  
198 Einrichtungen haben.

199 – So ist das. Das ist die Praxis.

200 Dazu verlangen – jetzt kommt es – die Krankenkassen ein- bis zweitägige Schulungskurse  
201 für diese Kleinstunternehmen, als ob ein Kleinstunternehmer nichts anderes zu tun hätte,

202 als tagelang bei der Krankenkasse in Schulungskursen zu sitzen, damit er mit den neuen  
203 Vorschriften zur Übermittlung seiner Sozialversicherungsdaten zurechtkommt. Auch das  
204 ist ein Fehler. Ich verstehe jeden Kleinstbetrieb, der sich dieser Regelung widersetzt.

205 Hinsichtlich der Bürokratie sollte man auch bei den eigenen Strukturen ansetzen. Ich  
206 frage mich manchmal: Muss es sein, dass wir 72 Bundesämter haben und sich auf glei-  
207 chen Gebieten bis zu drei Bundesämter tummeln, die noch dazu gegeneinander arbeiten,  
208 wie mir von Präsidenten solcher Ämter bestätigt wurde? Es gibt Hunderte von Landes-  
209 ämtern. Das alles passt nicht in eine Landschaft, in der wir eher zu viel als zu wenig  
210 Bürokratie haben.

211 Ich begrüße sehr, was Sie, Frau Bundeskanzlerin, zu einer nachhaltigen Politik und zu  
212 den erneuerbaren Energien gesagt haben. Ich meine Ihr Bekenntnis zur grundsätzlichen  
213 Beibehaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und Ihr Bekenntnis zu erneuerbaren  
214 Energien als wichtigem Bestandteil einer Energiepolitik insgesamt.

215 In diesem Zusammenhang möchte ich auch daran erinnern, dass das heutige EEG ein  
216 politisches Tochtergesetz unseres Stromeinspeisungsgesetzes aus dem Jahr 1990 ist, dass  
217 also bereits in den 90er-Jahren der Grundstock für das gelegt worden ist, was sich heute  
218 auf diesem Gebiet tut.

219 Meine Damen und Herren, wir spüren: Die Zeit drängt, auch meine Redezeit. Deutsch-  
220 land hat eine stabile Regierung. Aber Deutschland braucht auch – das möchte ich zum  
221 Schluss betonen – eine konstruktive bürgerliche Opposition. Hier blicke ich vor allen  
222 Dingen auf die Liberalen und auf die Grünen. Ihnen von den Liberalen sage ich: Ich selbst  
223 bin ein praktizierender Liberaler, genauso wie mein Vorgänger im Amt des Landesgrup-  
224 penvorsitzenden der CSU.

225 Egal ob Regierung oder Opposition, wir alle stehen in der Verantwortung. Hier kann sich  
226 niemand drücken.

227 Nur im Wettstreit der Argumente kann Politik gedeihen. Meine Damen und Herren, die  
228 neue Regierung und die Fraktionen der großen Koalition haben sich ehrgeizige Ziele ge-  
229 steckt. Deutschland braucht eine erfolgreiche Regierung. Dafür werden meine Fraktion  
230 und in ihr die CSU-Landesgruppe mit ganzer Kraft arbeiten. Vielen Dank.



**Wolfgang Bosbach Bundestag November 2005 (CDU/CSU): WBB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

- 1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zuerst gratuliere ich Ihnen, lieber Herr Dr.  
2 Schäuble, im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und – als Vertreter ohne Vertre-  
3 tungsmacht – der Koalition zu Ihrem neuen Amt. Ich weiß gar nicht, ob Sie vor Monaten  
4 damit gerechnet haben, dass Sie einmal Ihr eigener Nachfolger werden. Jedenfalls wissen  
5 wir die Innenpolitik des Bundes bei Wolfgang Schäuble in besten Händen. Wir wünschen  
6 Ihnen für die Arbeit viel Erfolg und auch das bisschen Glück und Fortune, das man haben  
7 muss, um ein guter Bundesinnenminister zu sein. Sie haben unsere volle Unterstützung.
- 8 Wie können Sie sich diese Unterstützung auf Dauer sichern? Sie haben zum Schluss den  
9 zutreffenden Hinweis gegeben, dass Sie auch Sportminister sind. Wenn Sie bei dieser  
10 Gelegenheit auch die Kartenwünsche der Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen  
11 erfüllen, dann wäre Ihnen unsere Unterstützung auf Dauer sicher.
- 12 Eine weitere Bemerkung. Wenn es sonst schon keiner tut, dann will wenigstens ich es tun  
13 – er ist nicht hier; aber, Herr Kollege Wiefelspütz, Sie hatten doch die besten Beziehungen  
14 zu ihm –: Wir sollten uns auch bei dieser Gelegenheit bei dem Bundesinnenminister a. D.  
15 Otto Schily für seine Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken.
- 16 Er war Bundesinnenminister in einer schwierigen Zeit. Er hat es uns nicht leicht gemacht.  
17 Wir haben es ihm nicht leicht gemacht. Insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
18 hat manche harte Auseinandersetzung mit ihm geführt. Das ändert aber nichts an unserem  
19 Respekt vor seiner politischen Lebensleistung und deswegen danken wir ihm für seine  
20 Arbeit.
- 21 Ich möchte folgende drei Punkte ansprechen: Erstens. Die Koalition möchte Deutschland  
22 sicherer machen. Natürlich haben wir es in unserem Leben mit der Spannung zwischen  
23 Sicherheit und Freiheit zu tun. Aber Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze und  
24 wir sollten nicht so tun, als wenn es Gegensätze wären. Es sind zwei Seiten ein und der-  
25 selben Medaille. Ansonsten müsste man die Rechnung aufmachen: Je weniger Sicherheit  
26 wir haben, desto mehr Freiheit haben wir. Genau umgekehrt ist es richtig. Ich wiederhole:  
27 Es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

28 Bei allem, was wir zur Gefahrenabwehr tun, befinden wir uns in einem Abwägungspro-  
29 zess: Auf der einen Seite wollen wir das Land sicherer machen, aber auf der anderen Seite  
30 wollen wir auch die Freiheitsrechte nicht aufgeben, sondern verteidigen. Das gilt übrigens  
31 auch für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wir werden Rechtsstaatlich-  
32 keit und Freiheit nicht preisgeben; denn dann hätten die Terroristen schon ein Ziel er-  
33 reicht, das sie erreichen wollen, nämlich die westliche Zivilisation zu destabilisieren.

34 Um auf das Thema Mautgesetz zurückzukommen: Diese Debatte nimmt mittlerweile  
35 wirklich skurrile Züge an.

36 Es ist doch ein Unterschied, ob sich ein Staat auf den Weg macht und sagt, wir sammeln  
37 auf Bundesfernstraßen und auf Bundesautobahnen alle Daten, die wir bekommen können,  
38 vielleicht können wir sie eines Tages einmal gebrauchen, oder ob er sagt, wir haben zu  
39 einem legitimen Zweck Daten gespeichert.

40 Im Übrigen, Frau Kollegin: Diese Daten werden selbstverständlich registriert. Das gilt  
41 auch in Bezug auf die Daten derjenigen, die bezahlt haben. Diese Daten werden nur nicht  
42 gespeichert. Aber zur Beantwortung der Frage, ob jemand die Mautgebühr geprellt hat  
43 oder nicht, muss man ja zunächst jedes Kennzeichen erfassen und die Daten derjenigen,  
44 die gezahlt haben, anschließend sofort löschen. Man speichert dann die Daten der so ge-  
45 nannten Mautpreller. Speicherzweck ist also legitimerweise, an diejenigen heranzukom-  
46 men, die die Mautgebühr geprellt haben.

47 Wir könnten die legitimerweise gespeicherten Daten dazu nutzen, schwerste Straftaten  
48 aufzuklären. Dazu sagt der Staat: Das tue ich nicht. Dazu muss ich sagen: Das kann ich  
49 nicht verstehen, egal wie die Debatten im Verkehrsausschuss gewesen sind.

50 Wir sollten uns über diese Thematik noch einmal in aller Ruhe unterhalten. Ich berufe  
51 mich ausdrücklich auf den Vorgänger von Herrn Schaar, auf Herrn Jacob, der gesagt hat:  
52 Es wird behauptet, der Datenschutz sei Täterschutz; wenn man mir eine Vorschrift nennt,  
53 die die Aufklärung von Straftaten behindert, dann bin ich bereit, darüber zu reden.

54 Eine solche Vorschrift ist die Vorschrift im Mautgesetz. Deswegen sollten wir über diese  
55 Vorschrift reden – ohne Zorn und Eifer. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bevöl-  
56 kerung dagegen überhaupt nichts hat, weil es nämlich kein Bürgerrecht gibt, als Straftäter

57 nicht entdeckt zu werden, und weil es auch kein Bürgerrecht gibt, Straftaten unerkannt  
58 begehen zu können.

59 Herr Kollege Ströbele, wie oft warnen Sie davor, die Bundesrepublik Deutschland sei auf  
60 dem Weg in den Überwachungsstaat? In düsteren Farben wird die Zukunft der Republik  
61 geschildert.

62 In dem Moment, als Ihr Fahrrad gestohlen worden war, konnten Sie aber all Ihre Reden  
63 beiseitelegen; da wären Sie heilfroh gewesen, wenn Sie mithilfe modernster Überwa-  
64 chungstechnik des Deutschen Bundestages Ihr Fahrrad schnell hätten zurückbekommen  
65 können. Was Ihnen Ihr Fahrrad, ist uns die Sicherheit von 82 Millionen Menschen in der  
66 Bundesrepublik Deutschland.

67 Zweiter Punkt. Wir wollen mehr für Integration tun. Wir haben keinen Mangel an Zu-  
68 wanderung, aber wir haben einen Mangel an Integration. Das bedeutet auf der einen Seite:  
69 Wenn wir mehr Integration fordern, dann müssen wir auch mehr Integration fördern. Auf  
70 der anderen Seite geht der Appell an all jene, die zu uns kommen, aus welchen Gründen  
71 auch immer, sich um Integration zu bemühen; denn ohne Integrationsbereitschaft und  
72 ohne Integrationsfähigkeit, insbesondere ohne den festen Vorsatz, die deutsche Sprache  
73 in Wort und Schrift zu erlernen, kann Integration in Staat und Gesellschaft nicht funktio-  
74 nieren.

75 Nicht alle Nachrichten dieser Tage waren gut. Sie haben das Thema aber dankenswerter-  
76 weise angesprochen. Hier die neuesten Zahlen: 94 000 Migrantinnen und Migranten ohne  
77 Rechtsanspruch, so genannte Bestandsausländer, befinden sich in Sprach- und Integrati-  
78 onskursen. 15 000 sind zur Teilnahme verpflichtet worden. 52 000 neu Zugewanderte und  
79 31 000 Spätaussiedler sind in diesen Kursen. Also nehmen zurzeit knapp 200 000 Men-  
80 schen an Sprach- und Integrationskursen teil.

81 Natürlich wird legitimerweise die Frage gestellt: Kostet das nicht eine Menge? Dies ist  
82 zu bejahen. Es ist eine gewaltige staatliche Anstrengung. Wir müssen uns aber auch fra-  
83 gen: Was kostet fehlgeschlagene Integration?

84 Sind die sozialen Folgekosten einer nicht erfolgten Integration für Staat und Gesellschaft  
85 auf Dauer nicht viel belastender als die Anstrengungen, die wir hier unternehmen?

86 Ich füge hinzu: Wir müssen uns insbesondere um die kleinen Kinder bemühen. Wir müs-  
87 sen in den Migrantenfamilien dafür werben, dass ihre Kinder möglichst schon in den Kin-  
88 dergarten kommen, sodass sie dort eine Förderung erfahren; denn wenn sie mit einem  
89 sprachlichen Handicap eingeschult werden, dann begleitet sie dieses sprachliche Handi-  
90 cap möglicherweise in ihrer gesamten Schullaufbahn.

91 Dritter Punkt. Wir wollen ein modernes öffentliches Dienstrecht, ein modernes Beamten-  
92 recht schaffen – nicht gegen die Betroffenen, sondern mit den Betroffenen. Die Basis ist  
93 das, was BMI, Deutscher Beamtenbund und Verdi miteinander vereinbart haben.

94 Das aktuelle Thema ist nun das Weihnachtsgeld. Wahrscheinlich geht es auch manch  
95 anderem so wie mir: Vormittags beantworte ich die Briefe empörter Bürger, die schrei-  
96 ben: Jetzt müsst ihr aber mal den öffentlichen Dienst ein bisschen zur Sanierung der  
97 Staatsfinanzen heranziehen. – Nachmittags beantworte ich die Briefe empörter Beamtin-  
98 nen und Beamten, die sich darüber beklagen, dass sie erneut zu ungerechtfertigten Son-  
99 deropfern herangezogen werden. Jeder meint natürlich, dass er Recht hat, und irgendwo  
100 hat auch jeder Recht. Das ist das Fatale an dieser Situation.

101 Es wäre gut, wenn diese Frage Besoldung/Versorgung – hier geht es auch um die Versor-  
102 gung derjenigen, die sich im Ruhestand befinden – nicht den Haushaltspolitikern allein  
103 überlassen würde, sondern – das ist unsere Bitte, Herr Bundesinnenminister – dass auch  
104 der Innenausschuss des Deutschen Bundestags Gelegenheit erhielte, sich mit dieser Fach-  
105 frage zu beschäftigen.

106 Die Verwaltungsausgaben für den Schwerpunkt Personal betragen etwa 15 Milliarden  
107 Euro. In der Koalition ist verabredet worden, dass der Sparbeitrag pro Jahr

108 1 Milliarde Euro betragen soll, im Wesentlichen aufgebracht durch eine Reduzierung des  
109 Weihnachtsgeldes und eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden. Wie das  
110 ausgestaltet wird, muss noch diskutiert werden. Dass wir bei den Einsparbemühungen um  
111 den öffentlichen Dienst, um die Verwaltungs- und Personalausgaben, keinen Bogen  
112 schlagen können, ist richtig. Wie wir das ausgestalten, müssen wir in diesem Hause, wie  
113 gesagt, noch diskutieren. Dabei sollten wir allerdings eines bedenken: Wenn es gegen die  
114 Beamten geht, gibt es in jeder Versammlung Applaus.

115 Aber bevor jetzt Schadenfreude ausbricht, füge ich hinzu: Wenn es gegen die Politiker  
116 geht, gibt es genauso lauten Applaus. – Oder noch mehr Applaus. – Die Beamtinnen und  
117 Beamten haben deswegen einen Anspruch darauf, dass wir fair mit ihnen umgehen.

118 Wenn man einmal addiert, was wir diesem Personenkreis in den letzten Jahren zugemutet  
119 haben – seit 1998 hat es keinen realen Anstieg der Löhne mehr gegeben, wir haben das  
120 Urlaubsgeld gestrichen, wir haben die Arbeitszeit zweimal verlängert, wir haben die Bei-  
121 hilfe gekürzt –, kann niemand behaupten, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes  
122 keinen Konsolidierungsbeitrag geleistet hätten.

123 In diesem Sinne – das ist die Schlussbemerkung – haben sie einen fairen Umgang ver-  
124 dient. Der Hinweis, dass sie sich in einem sicheren, unkündbaren Arbeitsverhältnis be-  
125 finden, ist richtig; aber damit kann man natürlich nicht alles rechtfertigen. Deswegen  
126 müssen wir auf der einen Seite fair mit den Beamtinnen und Beamten umgehen, ihnen  
127 auf der anderen Seite aber auch deutlich machen, dass wir den öffentlichen Dienst bei den  
128 notwendigen Einsparungen nicht ausnehmen können.

129 Danke fürs Zuhören.

**Volker Kauder Bundestag November 2005 (CDU/CSU): VKB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land hat wieder eine  
2 handlungsfähige Regierung – das ist eine gute Nachricht für unser Land und für die Men-  
3 schen – und Angela Merkel hat als erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutsch-  
4 land das Steuer übernommen. Darüber freuen wir uns als Union ganz besonders.

5 Ich gratuliere allen Mitgliedern der Bundesregierung und unserer Bundeskanzlerin. Ich  
6 wünsche Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, viel Erfolg und für Ihre Arbeit Gottes Segen.

7 Die Herausforderungen, vor denen unser Land steht, sind groß. Die Menschen wissen  
8 das. Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel, das fort-  
9 schreitende Zusammenwachsen der globalen Wirtschaft und die neue Konkurrenz durch  
10 dynamisch wachsende und erfolgshungrige Volkswirtschaften in Ostasien haben erhebli-  
11 che Auswirkungen auf unser Land. Wer sich auf den Erfolgen der Vergangenheit ausru-  
12 hen will, wird sich gegenüber diesen Entwicklungen nicht behaupten können. Wir hinge-  
13 gen gestalten als Regierungskoalition das Heute, um das Morgen zu gewinnen.

14 Bevölkerungsrückgang und Überalterung sind Herausforderungen für die Zukunftsfähig-  
15 keit unseres Landes. Wenn unsere Systeme der sozialen Sicherung sowohl heute lebenden  
16 als auch zukünftigen Generationen eine stabile Perspektive bieten sollen, dann müssen  
17 wir jetzt die Weichen richtig stellen.

18 Noch dramatischer stellt sich die Situation der öffentlichen Haushalte dar. Wir spüren,  
19 dass die gewaltige Staatsverschuldung der Politik fast den Atem nimmt. Sie beschränkt  
20 die Handlungs- und Freiheitsräume kommender Generationen. Ein finanzpolitisches  
21 „Weiter so!“ wäre ein Verrat an der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Die Sanie-  
22 rung unserer Staatsfinanzen wird deshalb vordringliche Aufgabe der neuen Regierung  
23 sein. Dies ist im Koalitionsvertrag auch ganz klar und deutlich geregelt.

24 Diese Ausgangslage zeigt die schwierige Aufgabe, die vor uns liegt. Aber wir glauben an  
25 dieses Land und seine Zukunft. Deutschland hat gute Grundlagen: innovative Unterneh-  
26 men, eine bedeutende Forschungslandschaft. Das größte Potenzial unseres Landes aber

27 sind die Menschen, gerade die jungen Menschen. Sie müssen durch die Politik dieser  
28 Regierung wieder Zukunftsperspektiven erhalten und Zuversicht schöpfen können.

29 Manchmal erinnert mich Deutschland an den gefesselten Riesen Gulliver, kraftstrotzend  
30 und doch bewegungsunfähig. Wir wollen in dieser Regierungskoalition einen Beitrag  
31 dazu leisten, Gulliver zu entfesseln und die in unserem Land steckenden Möglichkeiten  
32 zur Entfaltung zu bringen. Wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern neue Chancen  
33 eröffnen. Deutschland kann mehr – diese Regierung wird dazu einen Beitrag leisten.

34 Viele Menschen machen sich wegen der schwierigen Lage unseres Landes Sorgen – das  
35 kann ich gut verstehen. Was Angela Merkel aber heute als Regierungsprogramm vorge-  
36 stellt hat, vermittelt Zuversicht, Optimismus, Zukunft. Mit Mut und Menschlichkeit stellt  
37 sich diese Regierung den Herausforderungen unserer Zeit.

38 Wir haben alle Chancen. Wir können immer noch aus eigener Kraft die in unserem Land  
39 angelegten Möglichkeiten entfalten, um Wohlstand und Freiheit auch in Zukunft zu si-  
40 chern und den Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

41 Auch wenn es sich bei der großen Koalition um ein Bündnis auf Zeit handelt, geht es uns  
42 nicht um eine Politik für den Augenblick. Wenn wir Seifenblase auf Seifenblase aufstei-  
43 gen ließen, um den Launen der Demoskopie und den Partikularinteressen der Lobbyisten  
44 zu gefallen, könnte dies einen Unterhaltungseffekt haben; den Erwartungen unserer Bür-  
45 gerinnen und Bürger würden wir damit nicht gerecht werden. Verantwortliche Politik  
46 heißt, auch über den Tag – über diese Legislaturperiode – hinauszuschauen. Dazu sind  
47 wir in dieser großen Koalition bereit.

48 Ein Beispiel für diese Politik über den Augenblick hinaus ist die Reform unserer bundes-  
49 staatlichen Ordnung. Die Bundeskanzlerin hat es in ihrer Regierungserklärung klar und  
50 deutlich gesagt: Wir werden das föderale System erneuern und die Kompetenzen von  
51 Bund und Ländern entflechten, klare Verantwortlichkeiten festlegen und das Prinzip der  
52 Subsidiarität stärken.

53 Ein weiteres Beispiel ist die Gesundheitspolitik. Union und SPD sind mit unterschiedli-  
54 chen Konzepten angetreten. Aber beide Seiten eint die Überzeugung, dass unser Gesund-

55 heitssystem wieder auf eine tragfähige Basis gestellt werden muss. Deswegen, Herr Kol-  
56 lege Westerwelle, haben wir gerade nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht,  
57 was auch möglich gewesen wäre. Vielmehr wollen wir in den nächsten Wochen und Mo-  
58 naten eine zukunftsfähige Lösung finden.

59 Wenn ich an manche Arbeit der vergangenen Regierung denke – das will ich als einzigen  
60 Hinweis geben –, dann muss ich sagen: Sich ein bisschen mehr Zeit zu lassen ist besser,  
61 als Schnellschüsse zu machen, die man hinterher nachbessern muss.

62 Die Gesundheitspolitik ist aber auch, Herr Kollege Struck, ein Beispiel dafür – wir wollen  
63 sie ja zur Führungsaufgabe machen, was richtig ist –, dass wir es noch lernen müssen,  
64 zunächst intern miteinander zu reden, bevor wir öffentlich Vorschläge machen.

65 Wir wollen den Erfolg der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Peter  
66 Struck und ich werden dazu, zusammen mit unseren Fraktionen im Deutschen Bundestag,  
67 den Beitrag leisten, der notwendig ist.

68 Die Verhandlungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass es trotz politischer Gegner-  
69 schaft möglich gewesen ist, für eine Wahlperiode ein Regierungsprogramm aufzustellen.  
70 Nach einem harten Wahlkampf ist uns das allen am Anfang nicht leicht gefallen. Aber  
71 die Erkenntnis, dass Menschen und Land vor der Parteipolitik rangieren, hat zu diesem  
72 Regierungsbündnis geführt. Damit bekennen sich Union und SPD zu ihrer staatspoliti-  
73 schen Verantwortung.

74 Natürlich ist in den letzten Wochen das Verständnis füreinander gewachsen. Das mensch-  
75 lich gute Klima der Verhandlungen ist entscheidende Vertrauensbasis für diese Regie-  
76 rung.

77 Aber es gibt nach wie vor Unterschiede zwischen Union und SPD. Bei aller guten Zu-  
78 sammenarbeit: Wir bleiben unterschiedliche Parteien und wir bleiben unterschiedliche  
79 Fraktionen.

80 Die Parteien dieser Koalition haben mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vor-  
81 stellungen um den Gestaltungsauftrag für unser Land geworben. Trotz konkreter Eini-  
82 gungen und trotz der Koalitionsvereinbarung, die wir getroffen haben, haben wir aber  
83 unsere bleibenden Überzeugungen.



84 Leitbild der Union ist das christliche Menschenbild. Es ist geprägt durch unverfügbare  
85 personale Würde, Freiheitsbegabung, Unvollkommenheit und den Bezug zu einer Ge-  
86 meinschaft, in der sich das Leben des Einzelnen verwirklicht. Einen bevormundenden  
87 Staat, der den Menschen gängelt, seine Entfaltungsräume einengt und in alle Lebensbe-  
88 reiche regelnd eingreift, lehnen wir ab.

89 Aus der Unvollkommenheit und Gemeinschaftsbezogenheit des Einzelnen erwächst für  
90 uns wiederum die Pflicht, denen zu helfen, die es schwerer im Leben haben. Wir werden  
91 die Schwachen nicht allein lassen, sondern ihnen Lebenschancen eröffnen. Das ist unser  
92 Verständnis von Solidarität.

93 Jeder ist aber auch gefordert, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen  
94 die Menschen zu Freiheit und Eigenverantwortung ermutigen. Verantwortung für sich  
95 und Verantwortung für andere müssen unsere Gesellschaft prägen. Das verlangt von uns  
96 allen, nicht nur an die Maximierung des eigenen Vorteils zu denken, sondern auch das  
97 Wohl der Allgemeinheit im Blick zu haben.

98 Um eine solche Haltung zu fördern, brauchen wir eine Bildung, die sich nicht verkürzt  
99 als Berufsbildung versteht. Im Begriff Bildung steckt das Wort Bild. Damit ist das Men-  
100 schenbild gemeint, an dem sich alle pädagogischen Anstrengungen orientieren müssen.  
101 In einer Zeit zunehmender Beliebigkeit und moralischer Orientierungslosigkeit werden  
102 sich CDU und CSU für ein Bildungssystem einsetzen, das auf dem Bild einer verantwort-  
103 lichen Persönlichkeit beruht und einen Wertekompass vermittelt.

104 Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist  
105 das zentrale und größte Anliegen der großen Koalition. Daran werden wir gemessen.  
106 Massenarbeitslosigkeit steht ebenso für die gesellschaftliche Ausgrenzung des Einzelnen  
107 und seiner Familie wie für die Erosion der Finanz- und Sozialsysteme. Das gilt für ganz  
108 Deutschland. Das gilt insbesondere aber auch für die Menschen in den neuen Ländern.  
109 Deshalb hat der weitere Aufbau Ost für uns eine ganz besondere Bedeutung und ist in der  
110 Koalitionsvereinbarung zentral benannt.

111 Vorfahrt für Arbeit, Vorfahrt für Rahmenbedingungen, die wirtschaftlichen Aufbruch  
112 möglich machen und die Produktivkräfte unseres Landes entfalten, das hat die Union vor  
113 der Wahl versprochen und das werden wir jetzt in der großen Koalition umsetzen. Wir

114 begrüßen deshalb ganz besonders die getroffenen Vereinbarungen zur Entlastung des  
115 Mittelstandes und zum Abbau bürokratischer Fesseln, die Neuregelung des Kündigungsschutz-  
116 schutzes und die Vereinbarung zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen vor al-  
117 lem für die mittelständische Wirtschaft. Das alles sind richtige und notwendige Entschei-  
118 dungen. Ich verhehle nicht, dass wir uns an diesem Punkt – auch die Frau Bundeskanzle-  
119 rin hat es angesprochen – noch etwas mehr hätten vorstellen können.

120 Vor allem die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um zwei volle  
121 Prozentpunkte leistet einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Lohnzusatzkosten. Wir  
122 werden das Ziel, das sich schon viele vorgenommen haben, erreichen, nämlich dass wir  
123 bei den Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent kommen. Das ist ein Erfolg, den diese Regie-  
124 rung zu verbuchen haben wird.

125 Die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen, um den wirtschaftlichen Aufbruch  
126 möglich zu machen, müssen auch andere mithelfen. Ich sage ganz deutlich: Gefordert ist  
127 jetzt auch die Wirtschaft. Sie muss die neuen Spielräume nutzen und stärker investieren.  
128 Aber auch die Gewerkschaften haben eine Verantwortung, dabei zu helfen, dass wir in  
129 unserem Land vorankommen.

130 Grundlage verantwortlicher Politik sind geordnete Staatsfinanzen. Die Lage der öffentli-  
131 chen Haushalte ist dramatisch. Die Personal- und Zinsausgaben, die Sozialausgaben des  
132 Bundes übersteigen in diesem Jahr voraussichtlich die Steuereinnahmen. Wir zahlen also  
133 die Zinsen mit neuen Schulden. So darf es nicht weitergehen. Wir können zukünftigen  
134 Generationen keine unzumutbaren Belastungen aufbürden und wir dürfen nicht zulassen,  
135 dass die Zukunftsperspektiven der zukünftigen Generationen und der jungen Menschen  
136 immer mehr verbaut werden.

137 Wir haben deshalb vereinbart – dies kann man nicht oft genug sagen –, entschlossen zu  
138 sparen und vor allem auch gleichermaßen entschlossen Subventionen abzubauen. Diese  
139 Maßnahmen sind für eine nachhaltige Gesundung des Bundeshaushalts unabdingbar.

140 Nachhaltigkeit im Sinne einer Stärkung der Chancen junger Generationen spielt sich vor  
141 allem im Bereich der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ab, meine sehr verehrten  
142 Damen und Herren.

143 Wir stehen deshalb fest hinter dem Programm der Bundesregierung, bis zum Jahr 2007  
144 die Haushaltskonsolidierung durchzusetzen. Mit diesen Anstrengungen werden wir 2007  
145 wieder einen verfassungskonformen Haushalt erreichen und auch das Defizitkriterium  
146 von Maastricht einhalten. Dies erreichen wir leider nicht allein durch Einsparungen. Das  
147 wurde allen Beteiligten in den Koalitionsverhandlungen schnell klar. Aber wir verfolgen  
148 ein Ziel, das allen nützt. Wir leisten damit ein Stück Zukunftssicherung im Interesse der  
149 Menschen in unserem Land, insbesondere im Interesse der nachwachsenden, jungen Ge-  
150 nerationen.

151 Die Zukunft unseres Landes, gerade seine wirtschaftliche Zukunft, liegt in den Köpfen  
152 unserer Menschen. Nur an der Spitze des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts  
153 wird unser rohstoffarmes Land seine Zukunftschancen wahren können. Die Neugier und  
154 den Erfindergeist unserer Forscher dürfen wir nicht bürokratisch ersticken. Wir müssen  
155 Möglichkeitsräume schaffen, in denen sich wissenschaftliche Spitzenleistungen entfalten  
156 können.

157 Vom Erfindungsreichtum und Forschergeist unserer Spitzenwissenschaftler in Hochschu-  
158 len, Forschungseinrichtungen und Unternehmen profitieren wir alle. Die Koalition wird  
159 ein Klima schaffen, in dem Spitzenleistungen gedeihen können. Deshalb ist es gut, dass  
160 wir uns darauf geeinigt haben, die Mittel für Forschung und Entwicklung deutlich anzu-  
161 heben.

162 Aber es geht nicht nur um die Spitze. Als Unionsfraktion setzen wir uns auch für die  
163 Schaffung von Bedingungen ein, die gerade den Schwachen den Zugang zu qualifizierter  
164 Bildung eröffnen. Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg, zu Wohlstand sowie zu  
165 gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und  
166 Herren, darf es so nicht weitergehen wie in den letzten Jahren: dass der Bildungserfolg  
167 der Kinder immer mehr vom Bildungshintergrund und der sozialen Situation ihrer Eltern  
168 abhängt. Das ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis und in gleichem Maße eine Ver-  
169 schwendung von Ressourcen.

170 Soziale Gerechtigkeit hat viele Facetten und viele Ausprägungen. Eines ist für mich aber  
171 klar: Ein Land ist nur dann wirklich sozial gerecht, wenn der Zugang zu Bildung und  
172 sozialem Aufstieg tatsächlich auch Kindern aus einfachen Verhältnissen ermöglicht wird.

173 Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt in besonderem Maße für ausländische  
174 Zuwanderer und deren Kinder. Bildung eröffnet diesen Menschen Wege aus der gesell-  
175 schaftlichen Isolierung und ermöglicht Integration.

176 Die zum Teil schon vorhandenen Angebote, etwa im Bereich der Ganztagschule, müssen  
177 ausgebaut werden. Das betrifft ganz besonders den frühen Erwerb von Deutschkenntnis-  
178 sen. Wer die deutsche Sprache bei der Einschulung nicht beherrscht, ist auf dem Weg  
179 zum Bildungsverlierer. Die Angebote, die wir machen, müssen genutzt werden. Ich sage  
180 ganz deutlich: Es gibt auch eine Verantwortung der Eltern für die Zukunft ihrer Kinder.  
181 Integration ist keine Einbahnstraße.

182 Die Zukunft einer Gesellschaft liegt vor allem in ihren Kindern. In Deutschland aber wer-  
183 den zu wenige Kinder geboren. Wir wollen die Menschen durch eine familienfreundliche  
184 Politik wieder ermutigen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen. Die Familie ist der zent-  
185 rale Ort, an dem heranwachsende junge Menschen Eigenverantwortung und Verantwor-  
186 tung für andere erlernen. Wir werden uns für die Schaffung eines kinderfreundlichen Kli-  
187 mas in unserem Land einsetzen, die Familien schützen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten  
188 sichern.

189 Wir begreifen Deutschland als Zukunftsgemeinschaft. Keimzelle und Grundlage dieser  
190 Zukunftsgemeinschaft sind die Familien. Sie sind nach wie vor die wichtigste Form des  
191 Zusammenlebens. Das Füreinandereinstehen in den Familien ist Grundlage für die Soli-  
192 darität der Zukunftsgemeinschaft.

193 Mit dem Koalitionsvertrag stellen wir in diesem Sinn die richtigen Weichen. Deshalb  
194 werden wir daran mitwirken, ein qualitätsorientiertes und bedarfsgerechtes Bildungs- und  
195 Betreuungsangebot für Kinder aller Altersklassen zu schaffen. Um Familien besser als  
196 bisher zu fördern, wollen wir die verschiedenen Leistungen in einer Familienkasse bün-  
197 deln und damit für mehr Transparenz und Effizienz sorgen. Schließlich ist die Vereinbar-  
198 keit von Familie und Beruf eine unserer großen Zukunftsaufgaben. Viele Unternehmer  
199 wissen, welche Vorteile eine größere Familienfreundlichkeit bietet. Familien bringen Ge-  
200 winn – auch unternehmerischen Gewinn. Ich fordere die Betriebe und Unternehmen des-  
201 halb auf, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu  
202 machen.

203 Meine Damen und Herren, Reformen im Innern sind Teil unserer Arbeit für Europa; daran  
204 hat uns nicht zuletzt der Bundespräsident in den vergangenen Monaten immer wieder  
205 erinnert. Sie sind auch die Voraussetzung für das Überleben der sozialen Marktwirtschaft  
206 unter den Bedingungen globaler Märkte. Der Markt ist kein Selbstzweck – im Mittelpunkt  
207 allen Wirtschaftens steht immer der Mensch. Der Mensch darf nicht zum Objekt werden,  
208 aber angesichts der weltwirtschaftlichen Verflechtungen kann dieses Prinzip kein Staat  
209 mehr allein garantieren. Daher müssen wir mit unseren internationalen Partnern eine welt-  
210 wirtschaftliche Rahmenordnung gestalten. Sie muss Freiheit und Eigentum schützen und  
211 gleichzeitig den Menschen im Mittelpunkt halten. Auch die globale Wirtschaft braucht  
212 moralische Maßstäbe und klare Regeln. Wir werden Sie, Frau Bundeskanzlerin, bei der  
213 Gestaltung dieser Aufgabe nach Kräften unterstützen.

214 Nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden müs-  
215 sen wir uns um Europa kümmern – wir können nicht einfach weitermachen, als wäre  
216 nichts passiert. Schwärmerische Europaromantik hilft uns dabei aber nicht weiter: Es ist  
217 Zeit für eine nüchterne Europapolitik. Wir müssen den Menschen klipp und klar sagen,  
218 wohin die Reise geht und – das sage ich auch ganz deutlich – wohin nicht. Wir dürfen  
219 nicht länger so tun, als ließen sich permanente Erweiterung und Vertiefung problemlos  
220 miteinander vereinbaren.

221 Die Menschen haben längst durchschaut, dass es im Gebälk knirscht. Aber der Verfas-  
222 sungsvertrag enthält viele Ansätze, die in die richtige Richtung weisen; deshalb werden  
223 wir auch weiter für ihn werben. Wir müssen die Bürokratie in Europa abbauen, anstatt sie  
224 auszuweiten. Deshalb begrüße ich, dass die Bundesregierung Richtlinien und Verordnun-  
225 gen eins zu eins umsetzen und nicht wie in der Vergangenheit immer wieder draufsatteln  
226 wird. So tragen wir dazu bei, dass sich Europa von der Bürokratie ab- und den Menschen  
227 wieder zuwendet.

228 Zur Vertrauensbildung nach innen wie nach außen gehört auch, dass wir endlich wieder  
229 Wort halten beim europäischen Stabilitätspakt. Wir haben zugesagt, dass wir die Stabili-  
230 tätskriterien im Jahr 2007 wieder erfüllen werden. Wir werden den Beitrag dazu leisten,  
231 dass sich unsere Partner in der Europäischen Union auf dieses Versprechen verlassen  
232 können; das wäre auch ein guter Start in die deutsche Ratspräsidentschaft, die wir im  
233 ersten Halbjahr 2007 übernehmen.

234 Nein. – Wir stehen zu Europa, aber Europa ist für uns keine bloße Freihandelszone, son-  
235 dern immer auch eine Wertegemeinschaft; davon werden wir uns bei allen anstehenden  
236 Erweiterungsverhandlungen auch leiten lassen.

237 Verlässlichkeit ist das wichtigste Kapital für unsere außenpolitischen Beziehungen. Die  
238 beiden wichtigsten Pfeiler unserer Außenpolitik sind die Einbindung in die Europäische  
239 Union und die transatlantische Partnerschaft. Europa und die Vereinigten Staaten gehören  
240 derselben Wertegemeinschaft an: Uns eint das Streben, Freiheit, Demokratie und Men-  
241 schenrechte weltweit zu fördern, und gemeinsam verbunden sind wir auch in unserem  
242 Bekenntnis zur Freundschaft mit Israel. Für die Wahrnehmung unserer außenpolitischen  
243 Interessen brauchen wir Europa und Amerika. In der Sicherheitspolitik, in Bosnien und  
244 Afghanistan, im Nahen Osten und bei der Bekämpfung terroristischer Bedrohungen, beim  
245 Klimaschutz, zur Sicherung der Energieversorgung und der Außenwirtschaft und bei den  
246 WTO-Verhandlungen – ohne Partner kann Deutschland seine weltpolitischen Interessen  
247 nicht durchsetzen. Wir, die Unionsfraktion, stehen für verlässliche und stabile Beziehun-  
248 gen zu unseren Partnern. Dass wir heute in Freiheit leben können, verdanken wir auch  
249 unseren amerikanischen Freunden.

250 Frieden und Freiheit zu erhalten und durchzusetzen, das war schon immer eine unserer  
251 Aufgaben. Dafür steht aber auch im 50. Jahr unsere Bundeswehr. Der Dienst der Solda-  
252 tinnen und Soldaten verdient unseren ganzen Respekt.

253 Wir begreifen Deutschland als Zukunftsgemeinschaft. Daher denken wir über den Au-  
254 genblick hinaus und wollen in den nächsten vier Jahren die Weichen für eine Politik stel-  
255 len, die auch den kommenden Generationen gerecht wird.

256 Wir werden es nicht allen recht machen können. Aber alle gemeinsam entwickelten Lö-  
257 sungen, auch die, die auf den ersten Blick schmerzhaft sind, sind von der Verantwortung  
258 für die langfristige Zukunftsfähigkeit Deutschlands getragen. Wir sind bereit, unseren  
259 Beitrag zu leisten. Aber die Politik braucht auch die Unterstützung der Bürger. Durch  
260 eine konsequente Politik werden wir um das Vertrauen der Menschen werben. Wir wis-  
261 sen, dass wir uns durch gute und erfolgreiche Arbeit dieses Vertrauen verdienen müssen.

262 Wir brauchen aber auch Menschen – das sage ich mit allem Nachdruck –, die anpacken,  
263 die sich beteiligen. Weglaufen ist das Gegenteil davon, Verantwortung für unser Land zu

264 übernehmen. Das gilt im Besonderen für unsere Eliten. Mitmachen heißt das Gebot der  
265 Stunde! Wer mitmacht, dient Deutschland. Wer mitmacht, ist ein Patriot.

266 Deutschland ist ein großartiges Land mit großartigen Menschen. Wir können aber noch  
267 mehr. Bringen wir das Staatsschiff in Fahrt! Die Mannschaft steht bereit. Der Kurs ist  
268 klar. Lassen Sie uns gemeinsam die Segel setzen. Wir wollen den Erfolg der Regierung  
269 Merkel. Wir wollen den Erfolg dieser Koalition aus CDU/CSU und SPD. Also: Wagen  
270 wir es miteinander!

**Dr. Wolfgang Schäuble Bundestag November 2005: WSB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

- 1 Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entführung von Susanne  
2 Osthoff, die heute Morgen von der Frau Bundeskanzlerin und allen Fraktionsvorsitzenden  
3 bereits in angemessener Weise angesprochen worden ist, hat uns in Erinnerung gerufen,  
4 dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus uns alle betrifft. Ich glaube  
5 nicht, dass dies eine neue Bedrohungslage ist. Ich glaube, es ist vielleicht nur eine neue  
6 Wahrnehmung, die klar macht, dass wir alles tun müssen, um den Gefahren zu wehren.
- 7 Wir haben immer gesagt – das gilt auch heute –: Es gibt keine hundertprozentige Sicher-  
8 heit. Das möchte ich gerne am Anfang meiner Amtszeit sagen. Das heißt aber nicht, dass  
9 wir nicht das menschenmögliche Maß an Sicherheit gewährleisten wollen. Wir haben  
10 miteinander verabredet, dass wir uns damit alle Mühe geben, und dem sind wir – vermut-  
11 lich über alle Fraktionsgrenzen hinweg – verpflichtet.
- 12 Im Einzelfall wird es immer schwierige Abwägungssituationen geben; darüber haben wir  
13 gesprochen. Es muss auch klar sein, dass wir nicht nur die Sicherheit unseres Landes und  
14 unserer Bürger und Bürgerinnen verteidigen, sondern auch die Sicherheit der Gewähr-  
15 leistung unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung. Das ist  
16 kein Gegensatz.
- 17 Vielmehr bedingt das eine das andere: Es gibt keine Sicherheit ohne Freiheitsrechte und  
18 keine Freiheitsrechte ohne Sicherheit. Dass dies so ist, muss bei der Abwägung immer  
19 klar sein. Manchmal haben wir in Deutschland eine gewisse Neigung zur Erregungskul-  
20 tur.
- 21 Mir hat in der vergangenen Woche am Rande unserer ersten Bundestagssitzung der Kol-  
22 lege von Stetten von dem Fall berichtet, dass ein Parkplatzwächter auf einem Autobahn-  
23 parkplatz zu Tode gekommen ist und die Strafverfolgungsbehörden wegen Mordver-  
24 dachts ermitteln. Ob die Daten, die die Einrichtungen zur Erfassung der LKW-Maut lie-  
25 fern, geeignet wären, den Täter zu fassen, weiß kein Mensch. Aber die Strafverfolgungs-  
26 behörden sind gehindert, überhaupt zu prüfen, ob diese Daten einen Hinweis auf den Tä-  
27 ter liefern können.



28 Deswegen habe ich mit dem Kollegen Tiefensee und mit der Kollegin Zypries darüber  
29 gesprochen. Wir hatten übrigens auch in den Koalitionsgesprächen, Herr Kollege Körper,  
30 schon besprochen, dass wir in einem solchen Fall die Voraussetzungen, unter denen dies  
31 gesetzlich geändert werden muss, genau prüfen werden. Es muss geändert werden. Es  
32 kann nicht wahr sein, dass dieser Staat Daten erhebt, die wir nicht nutzen dürfen, um  
33 notfalls einen Mord aufzuklären.

34 Die Voraussetzungen dafür kann man diskutieren. Aber es kann nicht so sein, dass wir in  
35 einem solchen Fall – wo der Staat Daten erhebt, um von den LKW-Fahrern Mautgebühren  
36 zu kassieren – gehindert sind, sie zu nutzen, um einen Mord aufzuklären oder zu verhin-  
37 dern. Lassen Sie uns über die Einzelheiten, über die Voraussetzungen und über die Ab-  
38 grenzungen genau reden, aber lassen Sie uns um Himmels willen nicht bei unseren Mit-  
39 bürgerinnen und Mitbürgern den Eindruck erwecken, wir würden uns künstlich blind ma-  
40 chen. Ich sage auch gleich: Das muss nicht nur für die Aufklärung schwerer oder schwers-  
41 ter Straftaten gelten, sondern das muss – unter zu definierenden Voraussetzungen – auch  
42 für die Verhinderung schwerster Straftaten und damit von Terrorismus gelten.

43 – Ich finde es sehr schön, dass Sie sagen: „Sie lassen die Katze aus dem Sack“. Ich rede  
44 über das Thema in der Tat im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den internatio-  
45 nalen Terrorismus. Ich möchte, dass wir das Menschenmögliche tun, um schlimme An-  
46 schläge, die uns wie auch allen anderen drohen, zu verhindern.

47 – Auch nach den Regeln der Verhältnismäßigkeit. Ich finde, was in London, was in Mad-  
48 rid und was in New York passiert ist, sprengt alle Grenzen der Verhältnismäßigkeit. Des-  
49 wegen möchte ich so etwas gerne im Rahmen unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ver-  
50 fassung verhindern. Ich bitte Sie um Ihr Mitwirken und nicht um Ihre mich eher weniger  
51 überzeugende Art von Blockade. Man muss schon darüber reden können. Das ist ein  
52 wichtiger Punkt.

53 – Das sind Abwägungsfragen, aber man darf nicht von vornherein sagen: Das kommt  
54 überhaupt nicht in Frage. Man darf auch nicht denjenigen, der sich die Mühe macht, dar-  
55 über nachzudenken, wie man Sicherheit optimieren kann, ohne Freiheitsrechte zu gefähr-  
56 den, von vornherein in eine Tabuecke drängen. Ich sage Ihnen vorweg: Das wird Ihnen  
57 mit mir nicht gelingen.

58 Sie müssen auf der anderen Seite wissen: Ich werde immer wieder Ihre Verantwortung,  
59 also die Verantwortung dieses Gesetzgebers, einfordern. Wir müssen das Menschenmög-  
60 liche tun – im Rahmen unserer freiheitlichen Verfassung –, um unsere Bürger zu schüt-  
61 zen. Wenn wir uns einig sind, dass es keinen Widerstreit von Freiheit und Sicherheit gibt,  
62 dann muss das in beide Richtungen gelten. Deswegen sind wir in dieser Verantwortung.  
63 Ich möchte auch nicht darauf warten, dass ein großer Anschlag passiert und wir erst dann  
64 die Gesetze ändern. Ich möchte lieber vorher getan haben, was wir tun können, damit so  
65 ein Anschlag nicht passiert.

66 Ich werde jetzt nicht dem letzten Deutschen Bundestag in meiner ersten Rede als Bun-  
67 desinnenminister eine verfassungswidrige Gesetzgebung bescheinigen; dafür ist das Bun-  
68 desverfassungsgericht zuständig. Aber, Herr Kollege Wiefelspütz, wir stimmen überein:  
69 Die Norm ist in jedem Fall falsch; deswegen müssen wir sie ändern. Das ist es, was ich  
70 gerne möchte. Deswegen ist die Erregung – wo immer sie entstanden ist – auch völlig  
71 unangebracht. Lassen Sie mich weiter anmerken: Ich glaube, zur Vorsorge gehört auch,  
72 dass wir im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes unsere Bemühungen  
73 effektivieren. Wir haben das auch ein Stück weit in der Föderalismuskommission, also in  
74 der Diskussion zur Reform des Föderalismus beraten. Ich glaube, das ist ein wichtiges  
75 Thema.

76 Ich will die Gelegenheit nutzen, unzuständigerweise zu sagen: Wir sind eigentlich immer  
77 so unterrichtet gewesen, dass wir uns, was die Sicherheit der Energieversorgung betrifft,  
78 keine Sorgen über tagelange Stromunterbrechungen, die ja unter Umständen für den Zi-  
79 vil- und Bevölkerungsschutz relevant sein können, machen müssen, wie es etwa in den  
80 Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist. Ich hätte gern, dass wir diese Zuversicht  
81 auch in der Zukunft haben. Die Erfahrungen der letzten Tage waren nicht ganz so gut.  
82 Daraus müssen ein paar Konsequenzen gezogen werden.

83 Meine zweite Bemerkung, die ich machen möchte, lautet: Neben der Bedrohung durch  
84 den internationalen Terrorismus ist die Bewältigung der Veränderung der modernen Welt  
85 durch Migration eine der großen Herausforderungen. Das gilt in zweierlei Richtungen.  
86 Auch in diesem Bereich haben wir in den letzten Wochen in den anderen europäischen  
87 Ländern in die eine oder in die andere Richtung bedrückende Erfahrungen gemacht. Die  
88 Spanier und auch die Franzosen mussten hier Erfahrungen machen. Wir in Deutschland

89 kennen die Debatte seit vielen Jahren. Die ist so alt, dass ich sie als Innenminister schon  
90 einmal mitgemacht habe.

91 Ich bin ganz überzeugt, dass wir auch da beide Elemente bedenken und berücksichtigen  
92 müssen. Wir werden Zuwanderung nicht, wie es im Zuwanderungsgesetz heißt, steuern  
93 und begrenzen können, wenn wir Fluchtursachen nicht erfolgreicher bekämpfen. Da muss  
94 es eine Gesamtverantwortung der Regierung geben. Wir haben in unserer Koalitionsver-  
95 einbarung festgehalten, dass wir alle in diesem Bereich noch mehr tun müssen, insbeson-  
96 dere in Afrika, aber nicht nur.

97 Aber wir werden die notwendige Offenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft, die ja  
98 Voraussetzung dafür ist, dass wir Zuwanderung als Bereicherung empfinden können und  
99 nicht als Bedrohung empfinden müssen, nur aufrechterhalten, wenn es uns gelingt, die  
100 Menschen davon zu überzeugen, dass wir zur Steuerung und Begrenzung von Zuwande-  
101 rung in der Lage sind.

102 Beides gehört zusammen. Dazu gehört auch Integration. Wir sind kein dünn besiedeltes  
103 Land, in dem sich Parallelgesellschaften bilden können. Wir sind auf Kommunikation  
104 angewiesen und müssen die Entstehung von Parallelgesellschaften vermeiden.

105 Wir haben übrigens im Gegensatz zu Frankreich, wo wenigstens fast alle Französisch  
106 sprechen, oder im Gegensatz zu Großbritannien, wo alle Englisch sprechen, in Deutsch-  
107 land das Problem, dass wir nicht einmal dieselbe Sprache sprechen. Wir müssen darauf  
108 bestehen, dass, wer auf Dauer in Deutschland lebt, in der Lage ist, mit den anderen, die  
109 auf Dauer in Deutschland leben, kommunizieren kann, weil sonst nicht die Gemeinschaft  
110 entsteht, von der die Frau Bundeskanzlerin heute Morgen und auch der Herr SPD-Vorsit-  
111 zende zu Recht gesprochen haben.

112 Gemeinsamkeit fängt damit an, dass man miteinander kommunizieren kann, setzt Spra-  
113 che voraus. Das heißt übrigens auch, dass wir staatlicherseits – Gemeinden, Länder und  
114 der Bund – helfen müssen, Sprache zu lernen. Das heißt aber auch, dass wir zuvor den  
115 Eltern sagen: Ihr habt zunächst eine Verantwortung dafür, dass eure Kinder die Sprache  
116 lernen. Denn die Eltern haben eine Verantwortung und jedes Kind, auch ausländischer  
117 Abstammung, hat einen Vater und eine Mutter. Die haben die prioritäre Verantwortung.  
118 Diese muss eingefordert werden.

119 Integration ist eine Zweibahnstraße. Sie setzt Bemühungen und Offenheit derjenigen vo-  
120 raus, die dauernd hier leben, aber auch die Bereitschaft derjenigen, die zu uns gekommen  
121 sind – oder deren Eltern oder Großeltern –, um mit uns zusammenzuleben. Dafür müssen  
122 wir arbeiten. Das ist eine zentrale Aufgabe dieser Bundesregierung, was nicht zuletzt  
123 dadurch zum Ausdruck gebracht werden soll und gebracht wird, dass die Beauftragte für  
124 die Integration als Staatsministerin im Kanzleramt angesiedelt ist. Ich bitte da um Mit-  
125 wirkung.

126 Aber ich sage noch einmal: Es wird nur gelingen, wenn wir die Steuerung und Begren-  
127 zung von Zuwanderung leisten. Das macht sich dann im Einzelfall bemerkbar. Wir haben  
128 in einer schwierigen Debatte über die Frage von Bleiberechten derjenigen, die irgend-  
129 wann einmal illegal hierher gekommen sind, gesprochen. Auch da sind es Abwägungs-  
130 fragen. Man weiß, dass, wenn diese Menschen oder deren Kinder hier schon lange leben,  
131 man irgendwann einen Punkt erreicht, an dem eine Ausweisung keinen Sinn mehr macht.

132 Man weiß aber auch, dass viele derjenigen, über die wir reden, irgendwann einmal illegal  
133 hierher gekommen sind. Im Zweifel befördert man also das Geschäft derjenigen, die sie  
134 illegal hierher verbracht haben – das nennt man organisierte Kriminalität – was man nicht  
135 darf.

136 Deswegen bitte ich auch in diesem Sinne darum, dass wir miteinander die beste Lösung  
137 erreichen, aber uns die Sache nicht zu leicht machen.

138 Meine dritte Bemerkung – das ist eine zentrale Aufgabe für uns – ist: Wir müssen unseren  
139 staatlichen Aufbau, unsere Verfahrensweisen und die Bürokratie verschlanken, nicht nur  
140 aufgrund der Wirkung auf die Wirtschaft – dieser Bereich ist im Kanzleramt angesiedelt  
141 –, sondern auch zur weiteren Optimierung der Verwaltungs- und Verfahrensabläufe.

142 Dazu gehört auch in Zukunft ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst. Deswegen bekenne  
143 ich mich dazu, dass auch der öffentliche Dienst, wie wir es in der Koalitionsvereinbarung  
144 verabredet haben, seinen Beitrag dazu leisten muss. Der Innenminister wird seine Ver-  
145 antwortung dafür als Teil der Bundesregierung wahrnehmen, um seinen Beitrag zur not-  
146 wendigen Sanierung der Haushalte im Sinne einer nachhaltigen Generationengerechtig-

147 keit – denn darum geht es – zu leisten. Über die Einzelheiten werden wir uns verständi-  
148 gen. Deswegen bitte ich Sie auch hier, sowohl die zu frühzeitige bzw. vorzeitige Erregung  
149 als auch die Phantasie, was alles nicht sein darf, ein bisschen zurückzustellen.

150 Lassen Sie uns dieses Thema in Ruhe und in Verantwortung miteinander angehen. Ich  
151 bin überzeugt, dass wir die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst  
152 von der Notwendigkeit überzeugen werden und dass wir das gemeinsam mit den Beschäf-  
153 tigten – den Beamten, Arbeitern und Angestellten – schaffen, wenn wir auf vernünftige  
154 Weise vorgehen. Denn wir alle, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentli-  
155 chen Dienst, haben eine Verantwortung gegenüber dem Souverän dieses Landes. Ich bin  
156 ja nicht nur für den öffentlichen Dienst da. Vielmehr haben wir zusammen mit den dortigen  
157 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bür-  
158 ger dieses Landes.

159 Damit ich nicht nur von Sorgen spreche, sage ich: Auch der Sport gehört zum Ressort des  
160 Bundesinnenministers; das freut mich. Ich füge hinzu: Mein Verständnis, was den Sport  
161 betrifft, reduziert sich, obwohl auch ich fußballbegeistert bin, nicht auf Fußball. In Turin  
162 finden die Olympischen Winterspiele statt; auch darauf sollten wir uns freuen. Es gibt im  
163 Sport eine große Vielfalt, die wir erhalten wollen. Aber natürlich ist die Fußballweltmeis-  
164 terschaft ein Ereignis, das uns, was die Sicherheit betrifft, vor große Herausforderungen  
165 stellt. Die Vorbereitungen sind auf einem guten Weg. Wir hoffen, dass wir wunderbare  
166 Fußballspiele mit einer möglichst erfolgreichen deutschen Fußballmannschaft erleben  
167 werden. – Ich habe meine Meinung ja schon gesagt: dass ich am liebsten hoffe. – Ich habe  
168 meine Redezeit schon überzogen; dafür bitte ich um Nachsicht.

169 Nun möchte ich zu meiner letzten Bemerkung kommen. Ich glaube, das Allerwichtigste  
170 aus der Sicht der Bundesregierung und damit auch aus der Sicht des Bundesinnenminis-  
171 ters ist, dass wir dieses Ereignis, das Milliarden Menschen in der Welt verfolgen, als  
172 Chance nutzen, unser Land als das darzustellen, was es ist: als ein Land, das in der Lage  
173 ist, ein solches Ereignis gut zu organisieren. Bei dieser Gelegenheit können wir Milliar-  
174 den Menschen zeigen, dass Deutschland ein schönes Land ist, in dem es sich zu leben  
175 lohnt und für das es sich zu arbeiten lohnt.

176 Herzlichen Dank.

FDP

2005

**Gudrun Kopp Bundestag Juni 2005 (FDP): GKB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15180.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Lieber Herr Kollege Zöllmer,  
2 nicht der Markt versagt, sondern die rot-grüne Bundesregierung hat versagt und ist am  
3 Ende.

4 Zu dieser letzten Runde mit Frau Künast als Verbraucherministerin kann ich Ihnen nur  
5 sagen: Sie veranstalten hier eine verbraucherpolitische Märchenstunde, die wirklich kaum  
6 noch zu ertragen ist.

7 Herr Kollege Zöllmer, es ist richtig, wenn Sie sagen: Unternehmen, die Verbraucher-  
8 schutz nicht ernst nehmen, verlieren Marktanteile. Sehr richtig! Und weil das so ist, ist  
9 jedes seriöse Unternehmen – dazu zählt der überwiegende Teil der Unternehmen – von  
10 sich aus daran interessiert, Verbraucher zu informieren und zufrieden zu stellen, damit es  
11 Marktanteile behalten und überhaupt existieren kann.

12 Das hat natürlich auch etwas mit der furchtbar desolaten Wirtschaftslage hier in Deutsch-  
13 land zu tun. Frau Ministerin Künast hat eben von der hohen, inzwischen zweistelligen  
14 Sparquote gesprochen. Gründe dafür sind die hohe Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit  
15 der Menschen hinsichtlich ihrer Zukunft, was Bildung, Arbeitsplätze und wirtschaftliche  
16 Prosperität betrifft. Die Menschen glauben, sie haben null Chancen. Deshalb bin ich  
17 ziemlich sicher, dass wir dieses Desaster recht bald beenden werden.

18 Sehr geehrte Frau Ministerin Künast, Sie haben sich in der zurückliegenden Legislatur-  
19 periode als wahre Aktionskünstlerin dargestellt. Ein paar Beispiele sind hier schon ge-  
20 nannt worden; ich füge noch eines hinzu: Sie haben vor kurzem in einer Riesenaktion den  
21 staunenden Medien Listen mit über 1 000 Inhaltsstoffen präsentiert, die in Zigarettenta-  
22 baken enthalten sind.

23 Das haben Sie als die Sensation verkauft. Auf die Frage nach der wissenschaftlichen Er-  
24 probung dieser Erkenntnisse und den Wirkungen dieser Inhaltsstoffe konnten

25 Sie jedoch nur sagen: Das müssen wir jetzt erst einmal prüfen. – Das ist eine tolle Ge-  
26 schichte. Sie haben daraus eine Riesenshow gemacht, aber der Informationswert für den

27 Verbraucher war gleich null. Es ist wirklich nichts anderes als eine große Mogelpackung,  
28 denn schließlich weiß jeder, dass Rauchen nicht nur gefährlich ist, sondern auch tödlich  
29 sein kann.

30 Sie haben immer wieder Riesenlisten vorgelegt und dem Verbraucher zu sagen versucht,  
31 was er tun und wie er sich verhalten soll; Sie haben Landwirte gegängelt und gezeißelt;  
32 Sie haben Biolandwirte gegen konventionell wirtschaftende Landwirte auszuspielen ver-  
33 sucht; Sie haben gegen Billigkäufe gewettert. Aber Sie haben beim Thema „Der Staat als  
34 Kostentreiber“ keine Aktion gestartet. Sie haben sich niemals wirklich eingemischt bei  
35 hohen Energiepreisen, die Arbeitsplätze kosten und Verbraucher und Firmen hoch belas-  
36 ten.

37 Sie haben immer mehr Bürokratielasten, die eben auch Kosten bedeuten, aufgebürdet und  
38 sich nicht auf das wirklich Notwendige beschränkt. Seien Sie versichert: Die meisten  
39 Verbraucher sind erwachsen und selbstbestimmt und wissen selber, was für sie gut und  
40 richtig ist.

41 Beim Thema Forschung ist vieles nachzuholen. Wenn ich daran denke, dass sie sogar für  
42 Werbeverbote gestritten haben, kann ich Ihnen nur sagen: Legale Produkte müssen auch  
43 beworben werden dürfen oder aber die Produkte haben vom Markt zu verschwinden.

44 Den ersten Gesetzentwurf zum Verbraucherinformationsgesetz mussten Sie zurückzie-  
45 hen, weil Sie damit die Behörden der Städte, Gemeinden und Kreise enorm belastet hät-  
46 ten.

47 Die haben Ihnen den Garaus gemacht und haben sich bedankt für immer mehr Belastun-  
48 gen im Zusammenhang mit Informationen, die für die Verbraucher nur geringen Nähr-  
49 wert haben.

50 Ich kann Ihnen nur sagen: Kümmern Sie sich in Zukunft vermehrt um Bürgerrechte!  
51 Kümmern Sie sich darum, dass die Bahn als Dienstleister ihre Kunden im Schadensfall  
52 oder im Beschwerdefall rechtsgleich behandelt! Kümmern Sie sich darum, dass Men-  
53 schen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft auch als Verbraucher gesehen werden!  
54 Kümmern Sie sich darum, dass Bürgerrechte wieder etwas gelten! Ich erwähne hier nur



55 das Stichwort „gläsernes Bankkonto“ und denke dabei nicht an die Inhaber großer Kon-  
56 ten. Es geht einfach darum: Wer guckt in die Konten? Wer darf sich hinter dem Rücken  
57 der Kontoinhaber Informationen verschaffen? Ich bin gegen einen Schnüffelstaat. Ich  
58 finde, das ist eine Verbraucherpolitik, die Verbraucher in höchstem Maße missachtet, an-  
59 statt ihre Interessen zu vertreten.

60 Mich beruhigt am heutigen Tag, dass viele Verbraucher Sie längst durchschaut haben und  
61 bei Ihrer nächsten Aktion gelassen bleiben; denn wir wissen: Das ist bald vorüber. Der  
62 September wird den Wechselwind bringen.

63 Herzlichen Dank.

## Dr. Guido Westerwelle Elefantenrunde 2005: GWE05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pHYbZRFptZM> (eigene Transkription)

1 **Herr Westerwelle:** Das kann ich mir nicht erklären, wie ich mir auch Ihren Auftritt bis-  
2 her nicht erklären kann, Herr Bundeskanzler. Denn bei allem Respekt: Die Freien Demo-  
3 kraten sind angetreten, um Rot-Grün abzulösen. Das haben wir als klares Ziel unseren  
4 Wählerinnen und Wählern genannt. Und wir werden jetzt nicht nach der Wahl einen Bei-  
5 trag dazu leisten, dass Rot-Grün doch noch im Amt bleiben kann. Wir wollen, dass die  
6 SPD und die Grünen die Regierungsverantwortung in Deutschland nicht länger haben,  
7 dafür haben wir um das Vertrauen unser Wählerinnen und Wähler geworben. Ich bedanke  
8 mich sehr herzlich dafür, dass wir eines der besten Wahlergebnisse der FDP mit dieser  
9 klaren Aussage bekommen konnten, seitdem es die FDP gibt bei Parlamentswahlen in  
10 Deutschland. Und wir werden selbstverständlich auch das Vertrauen unserer Wähler nicht  
11 enttäuschen, sondern bleiben genau bei dem, was wir vor der Wahl gesagt haben. Eine  
12 Ampel ist eine theoretische Diskussion, die vielleicht mathematisch, aber eben nicht po-  
13 litisch zusammenpasst. Es wird keine Ampel in Deutschland geben mit den Freien De-  
14 mokraten. Das ist die Meinung des Parteivorsitzenden Westerwelle, das ist die Meinung  
15 des Präsidiums. Einstimmig, gerade eben noch einmal bestätigt. Und das ist die Meinung  
16 des Bundesparteitages der FDP, der das ebenfalls einstimmig klar gemacht hat. Drohen  
17 Sie weiter. Nicht mit uns.

18 **Herr Westerwelle:** Nein. Ich sagte es, glaube ich klarer kann man etwas nicht sagen als  
19 ich es gerade getan habe. Und es gibt kein höheres Beschlussgremium meiner Partei als  
20 der Bundesparteitag und der hat das einstimmig, auf meinen Antrag hin, beschlossen.  
21 Und dabei bleibt es. Unsere Wähler können sich darauf verlassen. Wir sind der Meinung,  
22 dass Rot-Grün aus der Regierung raus muss. Wir werden dieses Elend nicht verlängern.

23 **Herr Westerwelle:** Darf ich ganz kurz dazu was sagen? Wissen Sie, ich meine das ist ja  
24 auch eine schwere Stunde für Sie. Ja ich glaube schon. So gekünstelt wie Sie hier mitt-  
25 lerweile Ihren Triumph feiern, das ist ja nicht mehr anzunehmen, bei allem Respekt, Herr  
26 Bundeskanzler. Der Wahlkampf ist jetzt auch vorbei und ich glaube wir können auch  
27 wieder normal miteinander respektvoll miteinander umgehen. Und ich will zunächst ein-  
28 mal festhalten: Bisher ist in Deutschland eine demokratische Gepflogenheit gewesen,

29 dass derjenige, der die stärkste Fraktion führt einen Auftrag hat die Gespräche dann auch  
30 einzuleiten.

31 **Herr Westerwelle:** Wenn es Ihnen nichts ausmachen würde Herr Kollege Schröder. Ich  
32 weiß nicht, was Sie hier vor der Sendung gemacht haben, aber ich würde jetzt gerne  
33 freundlicherwise. Ja ich bin mir nicht ganz sicher, was da davor alles gewesen ist. Aber  
34 wenn Sie jetzt freundlicherwise mich diesen Satz zu Ende sagen lassen. Normalerweise  
35 ist es so, dass die stärkste Fraktion auch einen Regierungsauftrag hat. Und es ist Tatsache,  
36 dass Frau Kollegin Merkel stärker im nächsten Deutschen Bundestag vertreten sein wird,  
37 als Sie mit Ihrer Fraktion. Also wird Frau Merkel zu Gesprächen auch einladen. Das ist  
38 jedenfalls aus unserer Sicht richtig. Und es gibt immer zu jeder Regel eine Ausnahme.  
39 Die hat es auch schon in der Geschichte gegeben. Aber weil Sie auf mich zeigen Herr  
40 Bundeskanzler: Ich möchte Ihnen Ihre Nachtruhe nicht nehmen und Ihre gute, aufgesetzte  
41 Laune, aber Sie werden mit uns nicht koalieren. Wir werden Ihren Regierungsauftrag  
42 nicht verlängern. Ich bin vielleicht jünger als Sie aber nicht blöder.

43 **Herr Westerwelle:** Ja. Und das würde ich sehr bedauern. Aber das ist dann so. Ich habe  
44 das Wahlergebnis zu respektieren. Dann ist es so. Opposition ist nichts Unehrenhaftes.  
45 Ich gehe dann in die Opposition. Falls es beispielsweise eine Große Koalition gäbe, wären  
46 wir dann in der Opposition die drittstärkste Kraft. Das sind wir jetzt im Deutschen Bun-  
47 destag. Wir sind als Freidemokraten die drittgrößte Partei bei dieser Bundestagswahl. Wir  
48 sind aber auch die drittgrößte Fraktion im nächsten Deutschen Bundestag. Also das wir  
49 uns über das Wahlergebnis der FDP freuen dürfen, das wird uns niemand verübeln. Aber  
50 wir müssen ja und wollen ja auch das Votum, die Stimmabgabe unserer Wählerinnen und  
51 Wähler ernstnehmen. Darum geht es mir ja. Unsere Wähler haben uns gewählt, nachdem  
52 ich Ihnen gesagt habe ich bin nicht bereit Rot-Grün das Leben zu verlängern, sondern ich  
53 möchte das Rot-Grün abgelöst wird. Und ich denke gar nicht daran, nach der Wahl etwas  
54 anderes zu sagen als vor der Wahl. Mögen sich vielleicht andere darüber freuen oder  
55 würden sich vielleicht andere drüber freuen. Aber meine Wählerinnen und Wähler, die  
56 Wähler der Freien Demokratischen Partei, die würden uns zu Recht sagen, dass wir ihre  
57 Stimme nicht so einsetzen, wie sie sie uns gegeben hat. Und deswegen kommt das für  
58 mich nicht in Betracht. Ich sage ihnen: wenn man um den Preis der eigenen Inhalte, um  
59 den Preis auch des eigenen Charakters für ein paar Dienstwagen nicht in die Opposition

60 gehen will, dass wäre wirklich schrecklich. Deswegen: Wenn wir die Wahl haben für  
61 unsere Inhalte, für die wir geworben haben in die Opposition zu gehen, dann sind wir  
62 eben in der Opposition und werden versuchen in den Ländern möglichst stark zu sein.  
63 Das ist uns in den letzten Jahren sehr gelungen. Wir sind jetzt in fünf Landesregierungen  
64 dabei. Haben die Substanz der FDP bei den Wählerinnen und Wählern deutlich verbreitern  
65 können. Das hat man heute an diesem Wahltag ja auch gesehen. Und auf diesem Weg  
66 wollen wir dann fort arbeiten und bitten auch die Wählerinnen und Wähler um Unterstüt-  
67 zung.

**Dr. Guido Westerwelle Bundestag November 2005 (FDP): GWB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die liberale Op-  
2 position in diesem Hause zunächst etwas über die beiden schrecklichen Entführungen im  
3 Irak sagen. Frau Bundeskanzlerin, ich möchte hier klar erklären, dass wir uns Ihren Äu-  
4 ßerungen zu dieser Entführung in vollem Umfange anschließen. Hier stehen wir alle bei-  
5 einander und zueinander und die Regierung hat das volle Vertrauen auch der Opposition,  
6 dass sie hier richtig handelt.

7 Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und den Damen und Herren Ministern gratulieren wir zur  
8 Wahl bzw. zur Ernennung. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand und, weil es um  
9 unser Land insgesamt geht, auch viel Erfolg.

10 Wir Freidemokraten werden hier im Deutschen Bundestag eine Opposition sein, die hart  
11 in der Sache ist, verbindlich im Umgang und bei den Ergebnissen konstruktiv. Wir ken-  
12 nen unsere Verantwortung; das haben Sie in den jüngsten Gesprächen zur Föderalismus-  
13 reform gemerkt. Wir Freidemokraten sind hier im Deutschen Bundestag in der Opposi-  
14 tion, sind aber in fünf Landesregierungen vertreten. Damit haben die Liberalen im Bun-  
15 desrat übrigens Einfluss auf genauso viele Stimmen wie der Juniorpartner in dieser Bun-  
16 desregierung, die Sozialdemokraten.

17 Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat beginnen: Eine Op-  
18 position ist in ihren Qualitäten nicht dann staaterhaltend, wenn sie eine wohlwollende  
19 Beurteilung durch die Bundesregierung oder durch ihre Parteien findet. ... Die Opposi-  
20 tion ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft.

21 Das waren die Worte des Oppositionsführers Kurt Schumacher am 21. September 1949  
22 im Deutschen Bundestag.

23 Was damals galt, bei einer Stimme Mehrheit, das gilt umso mehr bei der Begrenzung der  
24 Regierungsmacht einer so genannten großen Koalition. Gerade in Zeiten einer großen  
25 Koalition kommt auch auf die Opposition eine besondere Verantwortung zu. Diese wer-  
26 den wir wahrnehmen.

27 Die Macht einer Regierung leitet sich nicht von der Zahl der Abgeordneten im Deutschen  
28 Bundestag ab. Macht ist in der Demokratie eine Frage des Vertrauens und der Anerken-  
29 nung durch die Bürgerinnen und Bürger. In punkto Vertrauen und Anerkennung muss  
30 sich die so genannte große Koalition ihren Namen erst noch verdienen.

31 Ich glaube auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird nicht aufgehen, wenn  
32 die Bundeskanzlerin aus der Not eine Tugend machen will, nach dem Motto: Zu großen  
33 Schritten ist die große Koalition nicht fähig, deswegen sind kleine Schritte in Wahrheit  
34 die klügste Lösung. – Das, was Sie machen, bleibt eine Politik der Trippelschritte, auch  
35 wenn Sie das rhetorisch verbrämen. Das ist in Zeiten der Globalisierung für Deutschland  
36 zu wenig.

37 Manche Regierungsmitglieder haben darum gebeten, dass der neuen Bundesregierung  
38 eine faire Chance zu geben sei. So soll es auch sein. Aber auch eine Schonfrist für die  
39 ersten 100 Tage bedeutet nicht, dass sich die Opposition einer Bewertung der Entschei-  
40 dungen in diesem Zeitraum enthält. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben mit dieser Regie-  
41 rung eine Chance, wenn Sie Ihren inneren Überzeugungen folgen. Wenn Sie über diese  
42 Koalitionsvereinbarung des kleinsten gemeinsamen Nenners nicht hinausgehen, dann  
43 wird diese Bundesregierung vor der Geschichte genauso scheitern, wie Rot-Grün geschei-  
44 tert ist.

45 Es reicht nicht aus, hier zu sagen: „Mehr Freiheit wagen!“ Es müssen auch die Taten  
46 folgen, bei der Gesundheitspolitik, bei der Forschung, bei der Steuerpolitik. Steuern zu  
47 erhöhen heißt nicht, mehr Freiheit zu wagen. Steuererhöhungen sind ein Stück mehr Un-  
48 freiheit für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

49 Was jetzt nötig ist, das schreibt der Sachverständigenrat in seinem Herbstgutachten von  
50 vor wenigen Wochen: Erstens. Die Eingriffe des Staates sollen zugunsten von mehr  
51 marktwirtschaftlichen Elementen und von mehr Eigenverantwortung zurückgeführt wer-  
52 den. – Diese Regierung hingegen vertraut auf den teuren und wohlwollenden Staat.

53 Zweitens. Der Staat muss sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. – Diese  
54 Regierung hingegen verwechselt den schlanken noch immer mit dem schwachen Staat.

55 Drittens. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sollte alleine über die Ausgabenseite er-  
56 folgen, indem konsumtive Ausgaben gekürzt werden. – Sie hingegen beschließen in die-  
57 sem Koalitionsvertrag das größte Steuererhöhungsprogramm in der Geschichte unserer  
58 Republik.

59 Viertens. Die Abgabenlast von Haushalten und Unternehmen darf nicht steigen, sondern  
60 sie muss mittelfristig zurückgeführt werden. – Sie hingegen stopfen mit dem Abbau von  
61 Steuervergünstigungen die Haushaltslöcher, anstatt die Steuersätze damit zu senken.

62 Fünftens. Die Arbeitsanreize müssen stärker werden. Dies erfordert Änderungen in der  
63 Steuer- und Sozialpolitik. – Ihre Regierung hingegen klammert, angefangen bei den be-  
64 trieblichen Bündnissen bis hin zur Gesundheitsreform, das Entscheidende unverändert  
65 aus.

66 Auch der ehrliche Hinweis, man sei sich da und dort nicht einig, ändert nichts an Ihrer  
67 Verantwortung. Das Eingeständnis einer Regierung, dass sie hier und dort nicht weiter-  
68 kommt, weil man sich nicht einig ist, ist für die Betroffenen in keiner Weise tröstlich,  
69 wenn die Krankenkassen- und Rentenbeiträge weiter steigen, wodurch die Lohnzusatz-  
70 kosten nach oben gehen, wenn die Steuerlast entsprechend angehoben wird und wenn es  
71 keine betrieblichen Bündnisse gibt. Sie sagen, Sie seien sich in der Energiepolitik einig,  
72 mit Ausnahme der Kernenergie. Ja, wenn man sich bei der Kernenergie nicht einig ist,  
73 dann kann man weiß Gott nicht von Einigkeit im Grundsatz bei der Energiepolitik spre-  
74 chen.

75 Der Bundespräsident hat in seiner ersten Rede in diesem Jahr das Motto „Arbeit hat Vor-  
76 fahrt“ ausgegeben. Die Koalitionsvereinbarung gibt vielem Vorfahrt – manch Sinnigem  
77 und manch Unsinnigem –, nur der Arbeit eben nicht. Durch Steuererhöhungen sowie  
78 durch Einmalerlöse wollen Sie von 2006 bis 2009 – an dem, was gedruckt wurde, muss  
79 man sie messen – 150 Milliarden Euro mehr einnehmen. Die echten Minderausgaben  
80 sollen in diesem Zeitraum aber nur 15 Milliarden Euro betragen. Hier geht es nur noch  
81 um die Finanzierung des „Weiter so!“. Wie man bei einer Einnahmeverbesserung von  
82 150 Milliarden Euro und gleichzeitiger Ausgabenkürzung von 15 Milliarden Euro, also  
83 bei einem Verhältnis von 10 : 1, von einer sparsamen Regierung reden kann, bleibt das  
84 Geheimnis manchen Kommentators.

85 Das komplizierte Steuersystem wird nicht vereinfacht. Die Sozialversicherungssysteme  
86 werden weder mutig noch grundsätzlich reformiert, stattdessen wird mehr Geld hinein-  
87 gegeben.

88 Die letzte Regierung ist doch nicht an dem gescheitert, was sie getan hat, die letzte Re-  
89 gierung ist zuerst an dem gescheitert, was sie nicht getan hat, an dem Hin und Her und an  
90 der eigenen Zögerlichkeit. Das darf sich nicht wiederholen. Deswegen ist es übrigens  
91 auch beunruhigend, dass Sie gleich in der ersten Regierungserklärung um Verständnis für  
92 das Prinzip Nachbessern und die Trippelschritte bitten.

93 Diese große Koalition ist eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners. Der kleinste  
94 gemeinsame Nenner regiert Deutschland. Mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner lassen  
95 sich in Deutschland aber weder Aufbruchstimmung noch ein Neuanfang bewirken.

96 Das, was ich Ihnen hier sage und vortrage, ist ja nicht die Einzelmeinung einer böswilligen  
97 Opposition oder von schlecht gelaunten Journalisten. Ich möchte ein paar Zitate in  
98 diese Debatte einführen.

99 Erstes Zitat: Mit der großen Koalition kann sich nichts Tiefgreifendes ändern ... Das ist  
100 völlig ausgeschlossen. Das sagt nicht etwa Herr Kollege Gysi, das sagt Roland Koch.  
101 Nächstes Zitat: Deutschland bekommt eine große Koalition, die zur Lösung der jetzigen  
102 Aufgaben eigentlich nicht geeignet ist.

103 Das sagt nicht etwa Frau Künast, sondern das sagt Günther Oettinger. Zitat: Es bleibt der  
104 Eindruck, dass die Union wenige Tage nach der Wahl das Gegenteil zu allem sagt, was  
105 sie früher für richtig gehalten hat ... Für die Steuerpolitik können Sie sagen: So viel SPD  
106 war nie.

107 Das sagt nicht etwa Hermann Otto Solms, das sagt Friedrich Merz. Den wird man in  
108 diesem Hause ja noch zitieren dürfen.

109 Sie haben darum gebeten, dass die Regierung eine faire Chance bekommt. Aber auch die  
110 Opposition bittet um eine faire Chance, nämlich darum, dass die große Koalition als Re-  
111 gierung nicht gleich auch noch die Aufgaben der Opposition mit erledigen will. Das  
112 würde uns nämlich nicht voranbringen.



113 Das Wahlergebnis hat zwei zusammengebracht, die nicht zusammenkommen wollten.  
114 Aber das allein kann nicht alles rechtfertigen. Was vor der Wahl grundfalsch war, kann  
115 nach der Wahl nicht grundrichtig sein. Ich zitiere hier den Herrn Kollegen und Vizekanz-  
116 ler Müntefering, der noch im August dieses Jahres wörtlich gesagt hat: So, wie die Wirt-  
117 schaftslage bei uns ist, ist es ein völlig falscher Weg, den Binnenmarkt durch eine Erhö-  
118 hung der Mehrwertsteuer zu belasten.

119 Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, im Wahlkampf haben Sie in jeder  
120 Stadt Deutschlands ein Plakat aufgehängt, auf dem es hieß: „2 % Merkelsteuer auf alles“.  
121 Jetzt kommen nicht nur 2 Prozent Merkelsteuer, sondern obendrauf noch 1 Prozent  
122 Münte-Steuer. Das ist die Lage in diesem Lande.

123 Es ist nicht einmal politik- oder kompromisstheoretisch nachvollziehbar, wie Sie zu die-  
124 sem Ergebnis gekommen sind. Wenn man Verträge schließt, ist es normalerweise so, dass  
125 man sich dann, wenn der eine die eine Meinung und der andere eine andere Meinung  
126 vertritt, in der Mitte trifft. – Nicht so bei der großen Koalition! Die Union sagt: „2 Prozent  
127 Mehrwertsteuererhöhung!“, die SPD sagt „Keine Mehrwertsteuererhöhung!“ und dann  
128 trifft man sich mutig bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent. Das ist wirk-  
129 lich nur noch peinlich.

130 Weil Sie, meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, an dieser Stelle mit Fröhlich-  
131 keit über Ihre Verlegenheit hinwegtäuschen wollen, möchte ich Ihnen eines sagen: Wenn  
132 wir aus Koalitionsverhandlungen nicht mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Pro-  
133 zent, sondern um gleich 3 Prozent herausgekommen wären, kann ich nur erahnen, wel-  
134 chen Tanz Sie in diesem Haus aufgeführt hätten. Dagegen sind wir richtig zurückhaltend.

135 Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Union, weil Sie jetzt ebenfalls Ihre Fröhlich-  
136 keit entdeckt haben, möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen: In der Kabinettsit-  
137 zung gestern hat man sich auf die Streichung der Eigenheimzulage verständigt. Ich erin-  
138 nere mich an Debatten in diesem Hause, bei denen wir von der rechten Seite dieses Hau-  
139 ses alle gemeinsam gesagt haben: Ja, die steuerlichen Ausnahmetatbestände müssen ge-  
140 strichen werden, aber sie dürfen nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern verwendet  
141 werden, sondern sie müssen in die Senkung der Steuersätze investiert werden, sonst ist  
142 das für die Bürgerinnen und Bürger unterm Strich eine fette Steuererhöhung. – Genau das

143 tun Sie jetzt. Nicht Freiheit und Vorfahrt für Arbeit diktieren Ihre Politik, sondern es wird  
144 eine Politik nach Kassen- und Haushaltslage gemacht. Weil Sie sich an echte Struktur-  
145 veränderungen nicht heranwagen und Sie sich nicht einig sind, müssen diese Verträge bei  
146 Ihnen zulasten Dritter geschlossen werden, nämlich zulasten der Bürgerinnen und Bürger  
147 in Deutschland.

148 Übrigens: Ein Musterbeispiel für das, was in Zeiten einer großen Koalition einem Kampf  
149 von David gegen Goliath gleicht, war die erste Pressekonferenz nach Abschluss der Ko-  
150 alitionsverhandlungen. Da stellen sich Bundeskanzlerin und Vizekanzler auf der Bundes-  
151 pressekonferenz hin und erzählen vor einigen Hundert Journalisten, wie stolz sie seien,  
152 dass sie sich einig geworden sind. Im selben Atemzug verkünden sie, sie hätten nicht  
153 einmal mehr die Absicht, den nächsten Haushalt verfassungskonform aufzustellen, sich  
154 also ans Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu halten. – Dieses Vorhaben ist  
155 – Sie müssen schon selber nicken, weil Sie wissen, dass ich Recht habe – Gott sei Dank  
156 von vielen Kräften und auch von der Opposition verhindert worden. Jetzt müssen Sie den  
157 Weg des Grundgesetzes gehen. Darüber freuen wir uns. Das zeigt auch, dass David im  
158 Kampf gegen Goliath nicht machtlos ist.

159 Sie sagen, man müsse von den Bürgern viel verlangen. Das ist zwar richtig, aber wenn  
160 man Menschen für einen Weg gewinnen will, dann muss die Politik auch mit gutem Bei-  
161 spiel vorangehen. Wenn man Zivildienst- und Wehrdienstleistenden das Weihnachtsgeld  
162 in Höhe von 172 Euro streichen will, dann passt das nicht mit der Erhöhung der Zahl der  
163 Minister und Staatssekretäre zusammen.

164 Wenn eine Bundesregierung von allen Deutschen Sparsamkeit verlangt, dann ist eine Re-  
165 gierung mit 70 Mitgliedern überdimensioniert. Ein Ministerium, zwei Bundesminister  
166 und drei Parlamentarische Staatssekretäre mehr – wer so handelt und redet, der trinkt  
167 selber Wein und predigt der Bevölkerung Wasser. Auch das passt nicht zur Glaubwür-  
168 digkeit einer neuen Zeit, die Sie angemahnt haben.

169 Wir brauchen eine Politik, die konsequent auf Wachstum und Reformen statt auf ein  
170 „Weiter so“ setzt. Wir haben heute in einem Antrag zum wiederholten Male in diesem  
171 Hause darauf hingewiesen, dass Steuersenkung und Steuervereinfachung zusammenge-  
172 hören und dass die Finanzierung entsprechender Maßnahmen auch möglich ist.

173 Es war übrigens eben eine drollige Begegnung, als sich die Bundeskanzlerin dankbar an  
174 die Herren Ministerpräsidenten gewandt und bemerkt hat, wie schön es doch sei, dass sie  
175 auf ihren Anteil an der Mehrwertsteuer verzichtet hätten. Aber der deutschen Öffentlich-  
176 keit sei dann auch die komplette Wahrheit genannt: Bei 1 Prozent der Einnahmen ver-  
177 zichten die Länder – pfiffig und auch raffiniert, wie sie sind – auf ihren Anteil; bei den 2  
178 Prozent langen sie natürlich genauso zu. Nicht, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit  
179 ein falscher Eindruck durchsetzt: Dort auf der Länderbank sitzt nicht Mutter Teresa; die  
180 Ministerpräsidenten haben vielmehr ihre Interessen – auch die finanzpolitischen – eiskalt  
181 ausverhandelt. Das will ich an dieser Stelle festhalten. – An dieser Stelle auch Sie nicht,  
182 Herr Platzeck.

183 Die Konjunktur zieht nur dann an, wenn auf dem Arbeitsmarkt positive Signale gesetzt  
184 werden. Was Sie für die Probezeit vereinbart haben, ist zu wenig. Wir haben gemeinsam  
185 regelmäßig über die betrieblichen Bündnisse und die Notwendigkeit des Aufbruchs der  
186 Tariffkartelle gesprochen. Leider haben Sie selber heute eingestanden: Können wir nicht,  
187 schaffen wir nicht!

188 Die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist nicht nur nötig, sondern auch möglich.  
189 Das haben wir gerade heute gesehen, da die Rente zum ersten Mal überhaupt nur noch  
190 unter Inanspruchnahme eines Überbrückungsgelds ausgezahlt werden kann. In Wahrheit  
191 haben wir bei der Rente noch eine Schwankungsreserve – die eiserne Reserve – von zwei  
192 Tagen.

193 Was das Gesundheitswesen angeht, wissen wir, dass die Kassen zum 1. Januar die Bei-  
194 träge erhöhen wollen. Sie aber sagen uns hier: Wir werden uns im nächsten Jahr mal  
195 wegen der Gesundheitspolitik zusammensetzen; das konnten wir gemeinsam leider nicht  
196 schaffen. – Das ist für Deutschland zu wenig!

197 Sie haben ausgeführt, dass wir eine Qualifizierungs- und Technologieoffensive brauchen.  
198 Darin unterstützen wir Sie, insbesondere, wenn Sie bei der Biotechnologie Fortschritte  
199 erzielen. Auch bei der Grünen Gentechnik werden Sie uns an Ihrer Seite haben.

200 Ich betone auch ausdrücklich: Es ist richtig, dass Sie sich eine neue Allianz der Familien-  
201 und Bildungspolitik zum Ziel gesetzt haben. Auch wir sind der Überzeugung, dass die  
202 Globalisierung in erster Linie im Wettbewerb der Bildungssysteme entschieden wird.

203 Sie sagten aber auch, wir bräuchten ein anderes Klima in Deutschland, keine Neidgesell-  
204 schaft; Spitzenleistungen müssten anerkannt werden. Sie haben aber gerade das glatte  
205 Gegenteil beschlossen: Nachdem zum 1. Januar der Spitzensteuersatz gesenkt worden ist,  
206 wird er jetzt, wenige Monate später, zum Jahresende gleich wieder erhöht. Das Ganze  
207 nennen Sie „Erhöhung des Spitzensteuersatzes“. In Wahrheit ist es nichts anderes als die  
208 Reichensteuer, wie sie Herr Müntefering mit seiner Heuschreckendebatte in die Diskus-  
209 sion eingeführt hat. Wer eine solche Heuschreckendebatte führt und dann mit einer Rei-  
210 chensteuer darauf antwortet, der sorgt dafür, dass Arbeitsplätze entstehen – in Österreich  
211 und anderen Nachbarländern, aber nicht bei uns in Deutschland. Anerkennungskultur  
212 heißt auch, Leistungen anzuerkennen, statt sie mit Strafzetteln zu verfolgen.

213 Wenn Sie beim Bürokratieabbau vorankommen, werden wir Sie dabei begleiten und un-  
214 terstützen. Wenn aus dem positiven Ansatz des Elterngeldes nicht neue Schulden, son-  
215 dern neue Chancen für die Kinder entstehen, werden wir diesen Vorschlag unterstützen.

216 Wir haben in der letzten Legislaturperiode mit 400 Anträgen im Deutschen Bundestag  
217 gezeigt, dass wir in der Lage sind, konkrete Einsparungen vorzuschlagen und zu vertre-  
218 ten. Wir haben als Liberale eine besondere Verantwortung bei den Themen Bürgerrechte  
219 und Rechtsstaat. Diese dürfen in einer großen Koalition nicht unter die Räder kommen.  
220 Wir werden dafür sorgen, dass es einen vernünftigen Ausgleich zwischen Bürgerfreiheit  
221 und Bürgersicherheit geben wird.

222 Zum Schluss, meine sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende, Frau Bundes-  
223 kanzlerin: Wir, CDU/ CSU und FDP, haben am 1. September dieses Jahres, kurz vor der  
224 Wahl, beim so genannten Oppositionsgipfel ein gemeinsames Programm vorgelegt. Die-  
225 ses hatte die Überschrift „Deutschland braucht den Wechsel“ und trägt die Unterschriften  
226 von Angela Merkel, Edmund Stoiber und meiner Person. Wir haben damals nicht einen  
227 Personalwechsel gemeint, sondern einen Politikwechsel gewollt.

228 An einem Politikwechsel werden wir weiter arbeiten. Das heißt, dass Privat vor dem Staat  
229 kommt und dass die Freiheit unseren Wohlstand besser sichert als jede ideologische  
230 Gleichmacherei. Unsere Alternative in diesem Hause ist, auf die Kraft der Freiheit zu  
231 setzen.

232 Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zu allem ein bisschen und zu jedem  
233 etwas gesagt. Aber das ist für Deutschland nicht genug.

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Bundestag November 2005 (FDP): SLSB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ihre letzte Be-  
2 merkung, Frau Ministerin, galt dem Bürokratieabbau. Bei solchen Gelegenheiten wird  
3 immer die Anzahl der Gesetze genannt, die neu geschaffen wurden. Von daher ist Büro-  
4 kratieabbau anscheinend eine unendliche Aufgabe.

5 Es ist ja schön, dass in der Debatte zur Innenpolitik wie auch in der zur Rechtspolitik die  
6 Grundrechte und Bürgerrechte sehr häufig genannt wurden. Aber dann ist es auch not-  
7 wendig, zu schauen, wer denn in den letzten Jahren die Grundrechte geachtet und gestärkt  
8 hat.

9 Das war letztendlich in den meisten Fällen das Bundesverfassungsgericht, das die Ge-  
10 setze, die hier von der Mehrheit durchgedrückt wurden, zu korrigieren hatte.

11 – Nein, ich zähle sie Ihnen gleich alle auf. Sie, die SPD, haben übrigens allen einschlägi-  
12 gen Gesetzen zugestimmt, auch als noch CDU/CSU und FDP regiert haben. Das wissen  
13 wir. Sie sprechen wohl das Gesetz zur akustischen Wohnraumüberwachung an.

14 Ich denke, die Tatsache, dass es eine Fülle von Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes  
15 gibt und dass mehrere Urteile bevorstehen, ist ganz entscheidend, zum Beispiel zum Luft-  
16 sicherheitsgesetz oder zur Einschränkung des Fernmeldegeheimnisses; hierbei geht es um  
17 die Durchsuchung und die Beschlagnahme bei einer Richterin. All das zeigt doch, dass  
18 zwar über Bürgerrechte geredet wird, aber wenn konkret in einem Gesetzgebungsverfahren  
19 abzuwägen ist, wie der unantastbare Kernbereich der Grundrechte, der durch das Bun-  
20 desverfassungsgericht festgeschrieben ist, tatsächlich geschützt werden kann, wird argu-  
21 mentiert: Wie kann ich am besten Urteile des Bundesverfassungsgerichts umgehen und  
22 Regelungen finden? Dabei handelt es sich um Regelungen, die dann in ein paar Jahren  
23 wieder aufgehoben werden. Das muss sich ändern.

24 Da haben Sie, Frau Ministerin, unsere Unterstützung, wenn sich die Politik in dieser Le-  
25 gislaturperiode an diesen Grundsätzen orientiert. Denn es war ja nicht nur ein Urteil, das  
26 Fernwirkung hat. Es betraf zum einen das Gesetz zur akustischen Wohnraumüberwa-  
27 chung aus der letzten Legislaturperiode, das nicht Ihr Gesetz ist. Es handelt sich zum

28 anderen um das AWG, das Außenwirtschaftsgesetz. Heute überweisen wir in erster Le-  
29 sung einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Zollfahndungsdienstgesetzes um weitere  
30 zwei Jahre, eines Gesetzes, das verfassungsrechtlich, um es ganz vorsichtig auszudrü-  
31 cken, extrem bedenklich ist.

32 Deshalb hat es die FDP in der letzten Legislaturperiode nicht mitgetragen. Jetzt wird uns  
33 ein Entwurf vorgelegt, mit dem Sie ein verfassungswidriges Gesetz für weitere zwei Jahre  
34 in Kraft lassen wollen. Ich denke, das Äußerste der Gefühle wäre ein halbes Jahr. Dann  
35 müssten hier im Hause die Hausaufgaben gemacht worden sein, um in dieser Angelegen-  
36 heit einen verfassungskonformen rechtlichen Zustand wiederherzustellen.

37 Wir haben uns auch mit dem Europäischen Haftbefehl zu beschäftigen. Hierzu gibt es  
38 einen Referentenentwurf aus Ihrem Haus, Frau Ministerin. Es handelt sich um ein Gesetz  
39 aus der letzten Legislaturperiode, das in Teilen nicht verfassungskonform war. Wenn an  
40 einzelnen Punkten zaghaft und vorsichtig Kritik geäußert wurde, dann wurde entgegnet,  
41 man wolle ja nur die europäische Zusammenarbeit behindern und habe eigentlich gar  
42 nicht die Qualifikation bzw. Berechtigung, Kritikpunkte anzumerken. Jetzt muss das Ge-  
43 setz natürlich nachgebessert werden.

44 Sie haben diesen Referentenentwurf vorgelegt. Aber ich habe vermisst, dass Sie darin  
45 nicht einmal mit einem einzigen Wort darauf eingehen, dass der belgische Verfassungs-  
46 gerichtshof den Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl dem Europäischen Ge-  
47 richtshof vorgelegt hat, weil er nicht mit den europäischen Vertragsgrundlagen in Ein-  
48 klang zu bringen ist. Es geht konkret um Art. 34 des EU-Vertrages.

49 Ich denke, im Rahmen der Gesetzgebung im Bundestag, wo es um die Umsetzung geht,  
50 sollte man sich vielleicht auch einmal damit befassen, welche Bedeutung es hat, dass die  
51 Rechtsgrundlage dieses Gesetzes beim Europäischen Gerichtshof zur grundsätzlichen  
52 Überprüfung ansteht. Wir als FDP-Fraktion erwarten, dass das in dieser Legislaturperiode  
53 auch mit Blick auf die zahlreichen künftigen Vorhaben im Bereich der europäischen In-  
54 nen- und Justizzusammenarbeit geschieht; denn hier ist die Zahl von Rahmenbeschlüssen,  
55 Entwürfen und Überlegungen sehr groß.

56 Wir wissen – auch Sie haben das immer gesagt, Frau Ministerin –, dass Stellungnahmen,  
57 die wir im Bundestag abgeben, für Sie rechtlich nicht verpflichtend sind. Aber wir alle

58 sollten aus der mündlichen Verhandlung zum Europäischen Haftbefehl vor dem Verfas-  
59 sungsgericht gelernt haben, in der uns Parlamentariern klar vor Augen geführt wurde,  
60 dass Gesetze viel zu unkritisch und viel zu schnell durchgewunken werden, die hinterher  
61 keinen Bestand hatten.

62 Deshalb sage ich für die FDP-Fraktion: Wenn der Bundestag – ich hoffe: mit großer  
63 Mehrheit – seine Positionen zu den Rahmenbeschlussvorhaben in den Bereichen der  
64 Strafvollstreckung, der Justizverfahren und der strafrechtlichen Bestimmungen gefunden  
65 hat, sollten seine Vorstellungen von Ihnen, Frau Ministerin, als wichtige Aufträge und als  
66 Verpflichtungen angesehen werden. Dann sollte versucht werden, diese Vorgaben im Rat  
67 der Europäischen Union durchzusetzen.

68 Denn das einzige Recht, das wir Abgeordnete im Bereich der europäischen Gesetzgebung  
69 haben, ist, dass wir ein Umsetzungsgesetz in toto ablehnen können. Das wollen wir aber  
70 nicht tun; denn das ist ja nicht konstruktiv. Aber wenn Sie uns keine andere Möglichkeit  
71 lassen, denke ich, darf man diesen Weg – gerade vor dem Hintergrund der Mahnungen  
72 der Verfassungsrichter beim Thema Europäischer Haftbefehl – nicht mehr generell aus-  
73 schließen.

74 Wir sehen, Frau Ministerin, dass es in der Koalitionsvereinbarung eine Ansammlung von  
75 Einzelpunkten gibt. Es sind auch manche Vorhaben dabei, die wir unterstützen und bei  
76 denen wir Sie konstruktiv begleiten werden, gerade wenn es zum Beispiel um Stalking  
77 oder eine rechtsstaatliche, eng gefasste Kronzeugenregelung geht, die diesen Namen auch  
78 wirklich verdient und nicht nur zu einer Milderung des Strafmaßes führt; wir wissen ja  
79 um die rechtsstaatliche Bedenklichkeit dieses Instrumentes. Wir werden Sie auch bei an-  
80 deren Vorhaben unterstützen, zum Beispiel, wenn es tatsächlich zu einer Unterhalts-  
81 rechtsreform sowie zu Änderungen im Familienrecht und insbesondere beim Versor-  
82 gungsausgleich – das sind aus unserer Sicht notwendige Reformen – kommen sollte.

83 Was Sie aber bei diesen vielen Einzelvorhaben, die Sie aneinander reihen, ohne dass man  
84 aus ihnen ein klares, grundlegendes und stringentes Konzept für eine zukunftsgerichtete  
85 Rechtspolitik erkennen könnte, haben vermissen lassen, ist, dass Sie kein Wort zur Pres-  
86 sefreiheit gesagt haben.



87 Wir halten es angesichts einer Fülle von Fällen – es war nicht nur ein Einzelfall – im  
88 Laufe der letzten Jahre für notwendig, dass man sich im Bereich der Strafprozessordnung  
89 und des Strafrechts nach vorsichtigen, ausgewogenen Korrekturen nicht nur umschaute,  
90 sondern auch entsprechende Vorschläge macht. Wir als FDP-Fraktion werden einen ei-  
91 genen Vorschlag dazu in die Diskussion einbringen.

92 Wir hätten uns ebenfalls gewünscht, dass entweder in der Innen- oder in der Rechtsde-  
93 batte das Thema Datenschutz im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis wenigstens  
94 einmal angesprochen wird.

95 Denn es ist ja richtig: In der Koalitionsvereinbarung steht zum Datenschutz im dritten  
96 Absatz des Vorspanns zur Innenpolitik nur: Wir werden Gesetze daraufhin überprüfen,  
97 ob der Datenschutz ein Hindernis darstellt. Wir sehen im Zusammenhang mit dem Ein-  
98 griff in das ja sowieso nicht uneingeschränkt bestehende Bankgeheimnis erhebliche da-  
99 tenschutzrechtliche Bedenken – auch das Bundesverfassungsgericht prüft das ja derzeit.  
100 Ich denke, da ist es dringend notwendig, dass sich die Ministerin, aber auch dieses Haus  
101 mit dieser Frage intensiv befassen.

102 Wenn das alles wahr sein soll – Bürgerrechte sollen eine wichtige Rolle spielen; es soll  
103 einen richtigen Ausgleich geben –, dann muss es, denke ich, in einigen Bereichen der  
104 Rechtspolitik zu deutlichen Korrekturen kommen. Wir als FDP-Fraktion werden sie ein-  
105 fordern.

106 Vielen Dank.

**Dr. Werner Hoyer Bundestag Dezember 2005 (FDP): WHB1205**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister reisen zu ihrem ersten großen Europäischen Rat in einer krisenhaften  
2 Situation der Europäischen Union. Wesentliche Entscheidungen, die Auswirkungen auf  
3 eine ganze Reihe von europäischen Räten haben, werden zu treffen sein. Wir als liberale  
4 Opposition wünschen ihnen viel Erfolg bei dem nun beginnenden Europäischen Rat in  
5 Brüssel, auch deshalb, weil es in unserem Interesse liegt, dass manches geklärt wird, was  
6 uns sonst vor die Füße fällt, wenn wir im Januar 2007 die Ratspräsidentschaft übernehmen.  
7 Es wäre gut, wenn das eine oder andere vorher erledigt werden könnte.

9 Es sind mindestens vier große Komplexe, die Europa in die gegenwärtige Krise gebracht  
10 haben: das bisher fehlende Einvernehmen über die finanzielle Vorausschau, das Stocken  
11 des Verfassungsprozesses, eine Glaubwürdigkeits- sowie eine Vertrauens- und Zutrauen-  
12 enskrise bei den Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf das große europäische Projekt  
13 und nicht zuletzt die wirtschaftliche Situation, die deutlich macht, dass wir im Hinblick  
14 auf das Erreichen der Lissabon-Ziele nicht vorankommen, was übrigens kein Thema der  
15 Europäischen Union, sondern eines ihrer Mitgliedstaaten ist. Deswegen herrschen eher  
16 Skepsis und Unsicherheit in der Bevölkerung. Es gibt eine fast sklerotische Erscheinung  
17 der Europäischen Union, die an das erinnert, was Ende der 70er-Jahre/Anfang der 80er-  
18 Jahre war. Dann kam damals das große Projekt: der Binnenmarkt. Und innerhalb kürzes-  
19 ter Zeit war von europäischer Sklerose keine Rede mehr. Deswegen hat der Außenminis-  
20 ter Recht, wenn er sagt: Es bedarf jetzt eines großen, neuen europäischen Projekts, um  
21 die Bürgerinnen und Bürger wieder mitzunehmen, und zwar in Kenntnis der Tatsache,  
22 dass wir diese vertiefte und erweiterte Europäische Union brauchen.

23 Man muss sich gegenwärtig nur in der Welt umschaun, um zu begreifen, dass ein neues  
24 europäisches Projekt, zu dem nach meiner Auffassung der Verfassungsvertrag gehört,  
25 dringend erforderlich ist.

26 Wir haben die Befürchtung, dass bei dem gerade stattfindenden WTO-Gipfel in Hong-  
27 kong nichts herauskommt. Ob mithilfe der Autorität, die dem amerikanischen Präsidenten  
28 im nächsten Jahr noch gegeben sein wird, einen Vertrag abzuschließen, etwas zustande

29 kommt, ist noch völlig unklar. Das geht mit Blick auf die deutschen Interessen weit über  
30 die Fragen betreffend die Agrarpolitik hinaus, so wichtig dieses Feld – hier muss sich die  
31 Europäische Union bewegen – auch sein mag. Hier geht es vielmehr darum, ob wir in  
32 Zukunft noch auf ein wirklich globales Welthandelssystem setzen können oder ob wir auf  
33 das Niveau eines Systems bzw. Netzwerkes von bilateralen oder interregionalen Verein-  
34 barungen absinken werden. Letzteres kann nicht im Interesse der großen Export- und Im-  
35 portnation Bundesrepublik Deutschland liegen. Wir haben ein großes Interesse an einer  
36 funktionstüchtigen WTO. Hier muss die Europäische Union voll handlungsfähig sein.  
37 Deswegen müssen wir an dem großen europäischen Projekt dringend weiterarbeiten.

38 Es kann nicht sein, dass viele Menschen in Europa fasziniert auf die wirtschaftlichen Ent-  
39 wicklungen in China und Indien blicken und gleichzeitig fast vor Angst erstarren. Die  
40 Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung ist die europäische Integration.  
41 Hier müssen wir dringend wieder ansetzen.

42 Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern aber auch sagen. Dabei darf sich niemand  
43 in die Ackerfurche ducken. Wir haben ja in der europäischen Politik die unglückliche  
44 Situation, dass das Erklären gegenüber der Bevölkerung oft einigen wenigen überlassen  
45 wird. Diese sind zumeist so sehr Experten, dass sie vergessen, ihre Erklärungen so zu  
46 formulieren, dass die Bürgerinnen und Bürger mitkommen. Hier muss sich jeder in der  
47 Politik und insbesondere in diesem Parlament in die Pflicht nehmen lassen. Das gilt auch  
48 für den Verfassungsprozess.

49 Das – zumindest vorläufige – Scheitern des Verfassungsprozesses ist deshalb so tragisch,  
50 weil die Kritik an der Europäischen Union, die immer wieder vorgetragen und auch von  
51 Politikerinnen und Politikern verstärkt wird, durch den Verfassungsvertrag selber in we-  
52 sentlichen Teilen entkräftet worden wäre. Die Bedenken, die häufig geäußert werden,  
53 wären dann, wenn der Verfassungsvertrag durchgekommen wäre, hinfällig. Das gilt für  
54 die Themen Transparenz, Demokratie, Subsidiarität und Bürgernähe. Deswegen ist es  
55 wichtig, dass wir die Reflexionsphase, die jetzt eingetreten ist und auf die man sich ver-  
56 ständigt hat, tatsächlich zur Reflexion nutzen. Denkpause heißt ja nicht Pause vom Den-  
57 ken, sondern zum Denken.

58 Das, was der Europäischen Union fehlt – das merkt man an der schwierigen Finanzsitua-  
59 tion, die heute in Brüssel zu besprechen sein wird –, ist Leadership, Führungskraft. Weit  
60 und breit sind keine Persönlichkeiten zu erkennen, die für die Menschen einen persönli-  
61 chen Beitrag leisten könnten, um Europa wirklich voranzubringen.

62 Es wird sich in den nächsten Jahren viel ändern. Ich bin davon überzeugt, dass Deutsch-  
63 land eine Schlüsselfunktion zukommen wird, nicht nur wegen der Präsidentschaft, die  
64 Deutschland im Jahr 2007 übernehmen wird, sondern auch deshalb, weil bei den neuen  
65 personellen Konstellationen auf Deutschland eine ganz besondere Verantwortung zu-  
66 kommt und eine große Erwartungshaltung auf Deutschland projiziert wird.

67 Die Menschen in Europa, nicht nur die Politikerinnen und Politiker, haben den Eindruck,  
68 dass in Deutschland ein Wechsel stattgefunden hat, der auch zu einem Wechsel in der  
69 europapolitischen Positionierung führt. Deutschland wird nicht mehr dazu beitragen – ich  
70 bin ganz sicher, dass die Bundeskanzlerin dafür sorgen wird –, dass wir als Teil eines  
71 Direktoriums wahrgenommen werden, sondern in der Rolle, die Deutschland aufgrund  
72 seiner Geschichte, der kulturellen Umstände, seiner Geographie, strategischer Überlegun-  
73 gen und nicht zuletzt seiner Wirtschaftskraft zukommt. Deutschland muss ein ausglei-  
74 chender Faktor sein, und zwar zwischen groß und klein, zwischen neu und alt und zwi-  
75 schen Verbündeten und Partnern, die früher nicht so eng zusammengearbeitet haben. Des-  
76 wegen wird mein Kollege Michael Link ausführlich auf die Finanzfragen und die Rolle,  
77 die Deutschland bei der Bewältigung dieses Problems spielen muss, eingehen.

78 Es sind auf dem Weg zu einer Verständigung auf den letzten Metern noch ganz wichtige  
79 Verhandlungen zu führen. Diese finden übrigens nicht auf der Bühne, sondern weiter  
80 hinten statt. Deshalb soll man sich nicht verrückt machen. Es ist darauf zu achten, dass  
81 wir, auch im Hinblick auf unsere eigenen Interessen, sicherstellen, dass dabei nichts den  
82 Bach heruntergeht. Ich denke insbesondere an die Situation der neuen Bundesländer. Das  
83 ist aber auch ein so schwieriges technisches Problem, dass man es nicht auf der großen  
84 Bühne austragen können wird, wenn man es lösen will.

85 Etwas ist mir in diesem Zusammenhang ganz besonders wichtig. Herr Minister Stein-  
86 meier hat zu Recht gesagt: Wir werden dort unsere nationalen Interessen vertreten. – Aber  
87 er hat auch gesagt – ich sage es in meinen Worten –, dass es um das große Ganze gehe.

88 Es muss am Ende der Europäischen Räte Schluss sein mit den Pressekonferenzen, wo  
89 diejenigen, die dort sprechen, den Menschen den Eindruck vermitteln, Europa sei ein  
90 Nullsummenspiel, und sagen, sie hätten für sich etwas herausgeschlagen und dafür habe  
91 ein anderer bluten müssen. Nein, meine Damen und Herren, wir müssen endlich wieder  
92 über den europäischen Mehrwert reden und genau den wünschen wir uns für den Euro-  
93 päischen Rat, der heute beginnt.

## **Rainer Brüderle Bundestag Dezember 2005 (FDP): RBB1205**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde zeigt: Die Opposition ist  
2 in diesem Parlament nicht machtlos.

3 Sie hat es geschafft, dass sich gnädigerweise wenigstens ein Minister ins Parlament be-  
4 geben hat. Die mangelnde Präsenz der SPD-Fraktion zeigt die innere Distanz der Sozial-  
5 demokraten zu ihrem früheren Kanzler.

6 Herr Kollege Benneter, Sie sprachen immer von Öl. Ich darf Ihnen verraten: Es geht hier  
7 um Gas und um Kohle, aber nicht um Öl. Das sage ich Ihnen, damit Sie die Fakten ken-  
8 nen.

9 Herr Müntefering, ich möchte aufgreifen, was Sie gesagt haben, nämlich dass sich die  
10 Bundesregierung dazu nicht äußern soll und nicht äußern kann. Der Fall Bangemann, der  
11 mir nicht gefallen hat, ist nicht vergleichbar mit dem Fall Schröder.

12 – Nein, nein. Der Unterschied ist, dass dort jemand europaweit für generelle Regeln zu-  
13 ständig war. Daran haben Sie sich täglich abgearbeitet. Hier hat ein ehemaliger Kanzler  
14 ein konkretes Projekt eines Unternehmens gefördert, das dem russischen Staat gehört und  
15 das Instrument der russischen Politik ist. Es ist ein Unterschied, ob Sie im Einzelfall ein-  
16 greifen oder für generelle Regeln zuständig sind.

17 Der Regierungssprecher von Herrn Schröder, Uwe-Karsten Heye – mancher kennt ihn  
18 noch –, hat im Fall von Herrn Bangemann öffentlich erklärt, Herr Bangemann habe dem  
19 Ansehen der Kommission einen erheblichen Schaden zugefügt. Regierungssprecher Heye  
20 erklärte, Bangemann habe Deutschland einen schlechten Dienst erwiesen.

21 Herr Heye erklärte öffentlich in der „Passauer Neuen Presse“, die Bundesregierung werde  
22 sich einer möglichen Klage einiger europäischer Länder gegen den beurlaubten Kommis-  
23 sar anschließen. Regierungssprecher Heye sagte wörtlich, man werde sich beteiligen,  
24 wenn es darum gehe, ein Verfahren in Gang zu setzen. – Dort haben Sie sich in einem  
25 Fall, der ungleich anders war, durch den Regierungssprecher Ihrer Partei intensiv öffent-  
26 lich betätigt. Heute sagen Sie, das ginge das Kabinett nichts an. Was ist denn da richtig?

27 Das Schlimme ist ja die innere Unaufrichtigkeit. Wirtschaftsminister Müller hat, als er  
28 der rot-grünen Regierung angehörte, in seiner Amtszeit die Fusion von Eon und Ruhrgas  
29 – auch Partner dieser Pipeline – gegen das Votum des Kartellamts und der Monopolkom-  
30 mission genehmigt. Der ganze ökonomische Sachverstand war dagegen, auch wegen des  
31 Marktanteils dieses Unternehmens von 87 Prozent. Später hat sich Schröder beschwert,  
32 dass die Gaspreise gestiegen sind. Einführung in die Grundzüge der Ökonomie an der  
33 Volkshochschule Mainz-Süd, zweite Stunde: Monopolpreise sind immer höher als Wett-  
34 bewerbspreise.

35 Anschließend ist dieser Herr Müller Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG, einer  
36 Tochtergesellschaft von Eon, geworden. Staatssekretär Tacke, der das für ihn unterschrie-  
37 ben hat, ist anschließend Vorstandsvorsitzender der STEAG AG, einer Tochtergesell-  
38 schaft von Eon Ruhrgas, geworden.

39 Das ist die Schiefelage, weshalb viele im Land sagen, dass die Politik dort nicht in Ord-  
40 nung ist. Wir wollen uns nicht in Richtung einer Bananenrepublik bewegen. Hier müssen  
41 andere Maßstäbe und andere Haltungen her. Darum geht es.

42 Es geht doch gar nicht um diese Gasleitung, die ökonomisch vernünftig ist. Es geht auch  
43 gar nicht darum, ob sie nun in Greifswald oder woanders ankommt; es geht um die Hal-  
44 tung. Bundeskanzlerin Merkel spricht mittlerweile liebevoll vom „Altbundeskanzler“. Da  
45 schwingt der Kanzler nach. 14 Tage war er abgewählt und aus dem Amt und schon wurde  
46 er beim russischen Staatsunternehmen Aufsichtsratsvorsitzender. Wahrscheinlich wird er  
47 auch noch Ehrenbürger der Schweiz; denn er wirbt ja für den Standort Schweiz.

48 Es gibt offenbar keinen besseren Beleg dafür, dass es sich nicht lohnt, ein Unternehmen  
49 in dem Land zu wählen, dessen politische Konkursmasse Rot-Grün hinterlassen hat, als  
50 nach Zug in die Schweiz zu gehen. Wahrscheinlich erhält er dort den Ehrenpreis für die  
51 Standortwerbung für die Schweiz. Was wurde vorher über die unpatriotischen Unterneh-  
52 mer geschimpft, die sich ökonomisch entscheiden!

53 Ich habe gelesen – das ist interessant –, was der Chef von Gazprom operativ alles machen  
54 soll. Aber Sie sagen ja, es gehe nicht ums Geld, also um die 1,5 Millionen Euro, von  
55 denen die „Leipziger Zeitung“ heute berichtet, sondern um die Sache. Sie sollten wirklich

56 einmal die Kirche im Dorf lassen: Es ist nicht in Ordnung, dass Sie Monopole begünsti-  
57 gen – ein Unternehmen auf dem Gasmarkt: Marktanteil von 87 Prozent – und anschlie-  
58 ßend die politisch Zuständigen dorthin gehen. Hier ist wieder so ein Fall. Gazprom ist ja  
59 nicht irgendein Unternehmen. Misslebige Medienunternehmen werden schnell aufge-  
60 kauft. In Weißrussland, wo es einen Diktator gibt, werden günstige Energiepreise ge-  
61 macht. Das ist ein Instrumentarium der russischen Politik und kein Unternehmen wie Te-  
62 lefonica oder sonst irgendeines, bei dem es einen Markt mit Konkurrenz gibt. Hier ist ein  
63 Staatsmonopol in Russland. Dort geht der deutsche Kanzler hin und wird Aufsichtsrats-  
64 vorsitzender!

65 Sie sollten mal überlegen, was Sie tun! Den kleinen Genossen, die bei Ihnen Plakate ge-  
66 klebt haben, kommt das Frühstück hoch und ein Teil Ihrer Fraktion schämt sich draußen.



# DIE GRÜNEN

2005

**Renate Künast Bundestag Juni 2005: RKB0605-01**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15180.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Bereich Verbrau-  
2 cherschutz bzw. vorsorgender Verbraucherschutz bei den Lebensmitteln in den letzten  
3 Jahren, zum Teil auch mit Zustimmung der Opposition, eine Neuaufstellung vorgenom-  
4 men. Sie lief nach dem Motto „Wissen, was drin ist“. Das war für uns selbstverständlich:  
5 dass die Verbraucher wissen, was in dem Produkt, das sie kaufen, drin ist.

6 Heute stehe ich hier und kann in Richtung Opposition und gerade CDU/CSU ein lautes  
7 Bravo rufen; denn heute hat die Opposition ihr Glanzstück, ihr Meisterstück in Sachen  
8 Verbraucherpolitik vollbracht. Sie hat gerade im Vermittlungsausschuss, als es um das  
9 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch ging, gezeigt, was sie meint und was sie darun-  
10 ter versteht, wenn sie sagt: Wir wollen die Verbraucher informieren. Sie hat nämlich mal  
11 eben dafür gesorgt, dass in diesem Gesetz der Verbraucherinformationsteil gestrichen  
12 wurde.

13 Endlich wissen wir, was drin ist, wenn wir CDU „kaufen“.

14 Ich verstehe eines nicht: Warum wollen Sie nicht, dass Verbraucherinnen und Verbrau-  
15 cher wissen, was drin ist? Warum wollen Sie nicht, dass die Verbraucherinnen und Ver-  
16 braucher die notwendigen Informationen haben, um richtige Entscheidungen – auch  
17 preisangemessene Entscheidungen – für sich und ihre Familien treffen zu können? Das  
18 ist das schnelle Ende der „neuen Ehrlichkeit“. Ich habe jetzt nicht mehr im Kopf, wann  
19 Angela Merkel diesen Satz sprach, sage aber: Eine erschreckend und beeindruckend  
20 kurze Halbwertszeit! Das ist der Beweis, dass es Ihnen überhaupt nicht um neue Ehrlich-  
21 keit geht, sondern um Desinformation. Sie wollen die Verbraucher allein stehen lassen.  
22 Das haben Sie bei Gentechnik gezeigt, das haben Sie bei den Health Claims gezeigt und  
23 das zeigen Sie bei Verbraucherpolitik allgemein.

24 Was ich daran beeindruckend finde: dass die CDU/CSU, die sich gerne als wirtschafts-  
25 kompetente Partei zeigt, an dieser Stelle wieder einmal zeigt, dass sie nicht verstanden  
26 hat, wie Binnenkonjunktur eigentlich funktioniert.

27 – Na ja, es gibt ja Unternehmen, die selbst Sie kritisieren – trotz aller Abtauchversuche  
28 von Frau Merkel.

29 Eine starke Binnenkonjunktur setzt immer voraus, dass die Verbraucher bei ihren All-  
30 tagsgeschäften in der Lage sind, eine verantwortbare Entscheidung zu treffen. Sie müssen  
31 ein Gefühl von Sicherheit bei der Entscheidung haben, Geld für ein bestimmtes Produkt  
32 oder eine bestimmte Dienstleistung auszugeben.

33 An dieser Stelle kann man die Verbraucherpolitik als Chance begreifen, die Konsum-  
34 freude zu animieren. Woher kommt es denn, dass wir derartig hohe Spareinlagen haben  
35 und dass gleichzeitig ungeheure Zurückhaltung besteht, Geld auszugeben?

36 Sie können erkennen, dass es auch in diesen wirtschaftlich schwachen Zeiten durchaus  
37 Unternehmen in Deutschland gibt, die mit einer guten und transparenten Information  
38 schwarze Zahlen schreiben. Schauen Sie sich allein den Bereich E-Commerce an.

39 Ich muss Ihnen sagen: Meine These ist, dass sich die CDU immer noch in der kleinen  
40 Welt des 19. Jahrhunderts befindet.

41 – Ja. Sie haben sich nämlich immer noch nicht mit den komplexen Strukturen der All-  
42 tagsverträge im 21. Jahrhundert beschäftigt. Sie empfehlen die Marktwirtschaft aus der  
43 Erhard-Zeit.

44 Diese Zeit gibt es aber gar nicht mehr. Die Zeit, in der sich das Geld und die Unternehmen  
45 lediglich im nationalen Rahmen bewegt haben, ist doch längst vorbei. Tatsache ist, dass  
46 die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im  
47 Wesentlichen in ihrem Land leben, während sich das Geld und die Produktion bewegen  
48 können. Genau in diesem Zusammenhang empfehlen Sie eine Wirtschaftspolitik aus den  
49 60erund 70er-Jahren.

50 – Ja, doch. Sie alle sitzen hier und tragen Kleidung, die irgendwo – ich weiß nicht, wo –  
51 hergestellt wurde. Insofern sollten eigentlich auch Sie einen Hauch von Bezug zu diesem  
52 Thema haben.

53 Die Realität sieht so aus, dass wir eine immer größere Vielzahl von Produkten und An-  
54 geboten sowie eine immer größere Anzahl unterschiedlicher Vertrags- und Geschäfts-  
55 strukturen haben. Gleichzeitig müssen die Menschen ihr Leben immer mehr in Eigenver-  
56 antwortung planen und organisieren. Deshalb geht es an dieser Stelle definitiv nicht nur  
57 um wirtschaftliche Freiheit, sondern auch um die Verantwortung der Wirtschaft. Verant-  
58 wortung der Wirtschaft muss an dieser Stelle bedeuten, dass es Leitplanken gibt. Das ist  
59 das gute Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher.

60 Es ist schon so: Das Leben im Jahre 2005 entspricht nicht dem Leben im Jahre 1960 und  
61 wir wissen, dass wir heute, 2005, die Probleme von heute lösen und uns aber auch auf die  
62 Probleme von übermorgen vorbereiten müssen. Die jungen Leute, die hier oben auf der  
63 Tribüne sitzen, fragen sich zum Beispiel, wie sie an das Standbein private Altersvorsorge  
64 herankommen. Wofür geben sie denn ihr Geld aus?

65 Sie haben dazu überhaupt nichts geboten außer der Freiheit der Versicherungsvermittler  
66 – mehr nicht. Es ging Ihnen um die Freiheit derer, die eine Provision haben wollen, und  
67 nicht um die Freiheit derer, die hier oben sitzen und sagen: Wenn ich für mein Alter Geld  
68 investiere, will ich dafür auch eine Leistung haben.

69 Das unterscheidet uns. Hier zeigen sich der tiefe Graben zwischen uns und unsere unter-  
70 schiedlichen Richtungen.

71 Angefangen bei den Lebensmitteln haben wir die Produktsicherheit erhöht. Auch beim  
72 Schutz vor unlauterem Wettbewerb haben wir Verbesserungen erreicht. Ich nenne nur die  
73 Stichworte Spam und Schlussverkaufsrecht. Im Bereich der Telekommunikation haben  
74 wir bei den 0190er-Nummern – ebenfalls gegen Ihren Widerstand – dafür gesorgt, dass  
75 die Verbraucher abgesichert sind.

76 – Mein Gott, jetzt, nach Jahren, sind auch Sie endlich so weit. Trotzdem darf ich darauf  
77 hinweisen, dass Sie eine Mauer sind, die verhindert hat, dass wir das bereits früher gere-  
78 gelt haben. An Ihre eigenen Aussagen sollten Sie sich schon noch erinnern.

79 Die 0190er-Nummern waren immer ein Vorteil für die schwarzen Schafe – vielleicht  
80 noch für Sexanbieter –, aber nicht für den Mittelstand und die Verbraucher. Weiterhin

81 nenne ich: vertragliche Informationspflichten bei Finanzdienstleistungen, Patientenbetei-  
82 ligung, Datenschutz und bessere Tarife bis hin zum Kinderhandy. Das alles sind tatsäch-  
83 lich Verbesserungen.

84 – Ja, die Konten der Leute. Jetzt kam wieder der berühmte Zwischenruf der Partei der  
85 Besserverdiener. Sie werden Ihr Image nie los. Wozu brauchen Sie das Bankgeheimnis  
86 denn? Sie brauchen es doch nicht für diejenigen, die nur 100 Euro auf dem Konto haben.  
87 Sie wollen das Bankgeheimnis für diejenigen erhalten, die 100 000 Euro oder 1 Million  
88 Euro auf ihrem Konto haben. Wir sind aber gegen Steuerhinterziehung.

89 Wir haben das Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, das Sie 16 Jahre lang vor sich her  
90 geschoben haben, endlich geschaffen. Jetzt gibt es endlich eine durchgehende Kette vom  
91 Futtermittel bis hin zur Ladentheke. Wir schaffen damit für die Verbraucher mehr Sicher-  
92 heit bei den Lebensmitteln, während Sie schon wieder sagen: Verbraucherinformationen  
93 können wegfallen.

94 Ich weiß schon, dass Sie nachher sagen werden, Sie wollten ja Verbraucherinformation,  
95 sogar mehr als wir. Dabei werden Sie aber hinter Ihrem Rücken die Finger überkreuzen;  
96 denn danach werden Sie erklären: Das werden wir später machen, also in 100 Jahren,  
97 oder wir lassen es über Brüssel laufen. – Die Verbraucher wollen aber nicht 15 Jahre  
98 warten, bis diese Angelegenheit in Brüssel entschieden wird. Sie wollen schon heute In-  
99 formationen über die Lebensmittel haben, die sie für ihr Geld kaufen.

100 Auch das Thema digitaler Verbraucherschutz ist wichtig. Nehmen wir zum Beispiel die  
101 RFID-Chips, mit denen Großhandelsunternehmen ihr Warenmanagement gestalten. Auch  
102 bei diesem Thema sind der Handel und die Wirtschaft längst weiter als die Opposition.  
103 Sie haben entschieden: Die Chips sind nur bis zur Kasse lesbar; denn danach geht es um  
104 das Recht der Verbraucher auf Datenschutz, sodass sie nach dem Kauf keine Informatio-  
105 nen preisgeben. Das ist eine moderne Verbraucherschutzpolitik. Das entspricht meines  
106 Erachtens dem Grundgesetz, weil das Grundgesetz auch die Aufgabe hat, seine Bürgerin-  
107 nen und Bürger zu schützen. Nicht nur bei der eigenen Existenz muss Verbraucherschutz  
108 so funktionieren, dass man sich eigenständig und informiert entscheiden kann.

109 Ihre Verbraucherpolitik ist so ausgerichtet, dass Sie eigentlich das C aus Ihrem Namen  
110 streichen müssten. Ich sehe gerade, dass Frau Hasselfeldt leider nicht da ist. Sie hat hier

111 neulich gesagt: Wer soll bewerten, was ethische Aspekte sind? Meine Damen und Herren,  
112 wenn selbst Sie mit dem C im Namen es nicht wissen, dann kann ich nur sagen: Gute  
113 Nacht!

114 Wir wissen, dass auch ethische Aspekte bei der verbraucherpolitischen Information eine  
115 Rolle spielen. Wir wissen, es geht um Freiheit, aber nicht nur um die Freiheit der Wirt-  
116 schaft, sondern auch die Freiheit der Kunden, wählen und entscheiden zu können. Sie  
117 wollen wissen, was das richtige Produkt ist.

118 Es geht um Ehrlichkeit und Wahrheit. Es geht um eine Wirtschaft, die mit Verbraucher-  
119 politik schwarze Zahlen schreiben wird.

## **Renate Künast Bundestag Juni 2005: RKB0605-02**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15181.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Lob für Frau  
2 Hasselfeldt beginnen. Ich finde es gut, dass Frau Hasselfeldt immerhin erkannt hat, dass  
3 wir analysieren müssen, wie die Bedingungen der Landwirtschaft vor dem Hintergrund  
4 der Globalisierung aussehen. Ich fand bedauerlich, dass Sie darüber nicht hinausgekom-  
5 men sind. Sie sagten „Wir müssen uns doch fragen ...“ und wandten sich an die Reihen  
6 der SPD-Fraktion. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir uns diese Frage schon lange gestellt  
7 haben. Mir wäre wohl gewesen, wenn Sie schon vor vier Jahren mitgemacht hätten und  
8 nicht erst jetzt mittun.

9 Ansonsten muss ich Ihnen sagen: Hauptsache ist für Sie noch immer, dass die Menschen  
10 irgendwie eingelullt sind. Das Wort „Verbraucher“ oder „Verbraucherin“ habe ich über-  
11 haupt nicht gehört. Sie haben es überhaupt nicht nötig gehabt, an dieser Stelle auch nur  
12 ein einziges Mal darauf hinzuweisen, dass der ganze Sinn der Produktion eines Landwir-  
13 tes und einer Landwirtin darin besteht, Verbraucher und Verbraucherinnen zufrieden zu  
14 stellen und irgendwie zu beglücken. Das taucht bei Ihnen immer noch nicht auf. Sie ma-  
15 chen immer noch Politik nach dem Motto: „Vorfahrt für die Lobby!“

16 Ich gebe zu: Für uns ist es schwierig, zu beurteilen, was Sie überhaupt wollen, weil wir  
17 von Ihnen täglich etwas anderes lesen.

18 Einmal wollen Sie beim Ökolandbau alles streichen; dann wollen Sie doch wieder Öko-  
19 landbau und erneuerbare Energien. Herr Stoiber erklärt uns, alle Subventionen müssten  
20 radikal gekürzt werden, auch vor der Landwirtschaft könne man nicht Halt machen; der  
21 Nächste erzählt es wieder anders.

22 Sie sind jetzt schon wieder beim Thema Agrardiesel. Das finde ich wirklich eine tolle  
23 Nummer. Auf der einen Seite sagt Merz, auf einen Bierdeckel müsse eine Steuererklärung  
24 passen; auf der einen Seite sagt Frau Merkel, jetzt beginne die Phase der neuen Ehrlich-  
25 keit. Ich denke: Endlich, nach Jahren, nimmt sie zur Kenntnis, wie es in Zeiten der Glo-  
26 balisierung um die Haushalte in Europa bestellt ist. – Auf der anderen Seite wollen Sie  
27 doch beim Agrardiesel bleiben.

28 Dann kommen Sie mit der Sozialversicherung. Ich weiß, dass das ein Problem ist, Frau  
29 Hasselfeldt.

30 – Mein Gott, natürlich! Jeder in dieser Republik hat Belastungen. Ich habe es vor vierein-  
31 halb Jahren auf dem Bauerntag gesagt und sage es Ihnen als alter Garde der alten Agrar-  
32 lobby noch einmal: Sagen Sie mir, woher das Geld kommen soll! Sagen Sie mir, ob Sie  
33 es bei den Kindern und der Bildung streichen wollen! Sie lügen die Bauern doch an.

34 – Ja, ja, ja. Sie lügen die Bauern an.

35 Ihr Mächtigenkoalitionspartner, Herr Goldmann, sagt in der „Berliner Zeitung“ von  
36 heute zu dem, was Sie machen, das sei unseriöse Agrarpolitik. Ich sage Ihnen: Sie ver-  
37 sprechen den Bauern und Bäuerinnen das Blaue vom Himmel; aber es ist nicht vom Him-  
38 mel zu holen. Haben Sie doch endlich einmal Mut zur Ehrlichkeit und erzählen Sie hier  
39 nicht stundenweise etwas anderes!

40 – Diesen Zwischenruf hätten Sie bei Frau Merkel machen können, die eine Dreiviertel-  
41 stunde über Mut sprach und dann mutlos das Podium verließ.

42 Darauf warte ich seit Stunden. Denn nur einlullen reicht nicht. Sie sind im Bereich Ag-  
43 rarpolitik eine Art Brummkreisel. Sie wissen wahrscheinlich selber nicht mehr, was Sie  
44 wollen. Frau Merkel hat uns aber vorhin erklärt, was sie will, als sie nämlich ganz klar  
45 sagte: Auch Chirac, der französische Präsident, muss sich bewegen. – Sie hat an dieser  
46 Stelle klar die Ansage gemacht, in Europa Agrarsubventionen zu streichen. Streichen Sie  
47 also Ihre Redebeiträge! Ihrer war doch offensichtlich falsch.

48 – Wissen Sie, „städterschlau“ gibt es nicht, aber „bauernschlau“ gibt es. Mindestens die  
49 Junglandwirte in dieser Republik wissen, dass Sie sie belügen. – Möchten Sie sich zu  
50 einer Zwischenfrage melden oder eine Kurzintervention machen? Entweder rede ich oder  
51 Sie reden, aber nicht ständig gleichzeitig.

52 Sie wollen zurück zu einer Scheinidylle der 80eroder 90er-Jahre, als es noch eine Art  
53 Personalunion zwischen Bauernverband und Landwirtschaftsministerium gab, als der  
54 Bauernverbandspräsident anrief und der Minister seine Wünsche sofort aufschrieb.



55 Sie haben die Entwicklung verpasst und möchten zurück. Sie möchten eine Differenzie-  
56 rung und Diversifizierung gar nicht. Sie möchten sich gar nicht auf Globalisierung ein-  
57 stellen. Wenn Sie so weiterarbeiten, können Sie die BSE-Krise problemlos wiederholen.  
58 Wir haben sie hinter uns. Wir haben mit dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch  
59 eine neue Ära begonnen. Das ist das Ende einer wichtigen Geschichte.

60 Ich freue mich im Übrigen darüber, dass Sie zwar alles Mögliche an unserer Agrarpolitik  
61 in ideologischer Art und Weise kritisieren, aber nie unser Meisterstück: das neue System  
62 der Berechnung ab dem 1. Januar 2005. Ich vergesse nichts. Erstens haben Sie sich jah-  
63 relang dagegen gewehrt, überhaupt eine Reform zu machen; sie saßen auf dem Schoß der  
64 Funktionäre des Bauernverbandes.

65 Zweitens haben Sie sich immer dagegen gewehrt, dass wir endlich Gleichheit in den Prä-  
66 mien schaffen, dass nicht einer, der besonders gut wirtschaftet, der besonders viel Rück-  
67 sicht auf die Umwelt und auf die Tiere nimmt, bedeutend weniger kriegt als ein anderer,  
68 der die Tiere dicht an dicht im Stall stehen hat. Ich bin froh, dass dies anders sein wird.  
69 Genau diesen Punkt trauen Sie sich aber in Ihrer ideologischen Debatte nicht als zur Dis-  
70 position stehend zu bezeichnen.

71 Ich weiß, wie die Exportzahlen aussehen. Sie sind von 24 Milliarden in 1999 auf 32 Mil-  
72 liarden Euro 2003 gestiegen. In diesem Jahr kommt es wohl noch einmal zu einer Steige-  
73 rung um 6 Prozent. Die Unternehmensgewinne sind letztes Jahr um 4,8 Prozent gestiegen,  
74 dieses Jahr wahrscheinlich um 10 Prozent; so sagen uns die Wissenschaftler. – Ich weiß:  
75 Bauern jammern gerne. Zumindest die Funktionäre jammern immer auf hohem Niveau.

76 Ich weiß, dass die Erweiterung der Europäischen Union für die Landwirte und die Le-  
77 bensmittelwirtschaft in dieser Republik zu höheren Absätzen geführt hat. Ich weiß auch,  
78 dass selbst beim Deutschen Bauernverband erkannt wurde, dass man mit Ökolandbau  
79 Geld verdienen kann. Wir haben bei den nachwachsenden Rohstoffen eine Produktivi-  
80 tätssteigerung ungeheuren Ausmaßes. Es gibt eine Warteliste für die Errichtung von Bi-  
81 omassenanlagen und wir vergeben heute mehr Kredite für Solaranlagen als für Stallneu-  
82 bauten. Ich muss Ihnen sagen: Auf diese positive Entwicklung, die wir gegen Ihren erbit-  
83 terten Widerstand durchgesetzt haben, sind wir zu Recht stolz.

84 Wir setzen systematisch auf Qualität, auf Qualifikation und auf Innovation. Eines sage  
85 ich ganz klar: Ich denke nicht im Traum daran, bei den Bauern zum Beispiel in Bezug auf  
86 Pestizide und andere Chemikalien EU-weit Harmonisierungen vorzunehmen, die in  
87 Deutschland zu dem gleichen schlechten Niveau, wie es das in anderen Ländern gibt,  
88 führen. Ich will, dass die deutschen Produkte bei den entsprechenden Tests nicht negativ  
89 auffallen. Deshalb sind wir auf dem richtigen Weg.

90 Man kann nicht beklagen, das sei teuer. Da muss man überlegen: Wie werden diese Be-  
91 triebe effizienter? Da muss man überlegen: Wie macht man mit den Geldern der CMA  
92 Werbung für die hiesigen hochqualitativen Produkte? So wird ein Schuh daraus. Deshalb  
93 hat nämlich der liebe Gott die Werbung überhaupt erfunden.

94 Ich will auch auf das Thema Agrogentechnik zu sprechen kommen. Sie reden ja gerne  
95 über die Bauernbefreiung. Ich würde jedem, der darüber spricht, empfehlen, in der His-  
96 torie nachzulesen, wie die so genannte Bauernbefreiung endete: für viele Bauern tödlich.

97 Wir wollen definitiv keine neue Abhängigkeit der Landwirtschaft schaffen. Früher gab  
98 es eine Abhängigkeit von Interventionsaufkäufen und gekoppelten Zahlungen aus Brüs-  
99 sel; in Zukunft würde es eine neue Abhängigkeit von ein oder zwei großen Saatgutunter-  
100 nehmen geben. So stelle ich mir die bäuerliche Tradition und die Landwirtschaft nicht  
101 vor.

102 Sie haben – das haben Sie jetzt wieder bewiesen – keinen Plan und kein Ziel. Während  
103 andere jetzt versuchen, die junge Garde des Proletariats zu sein – die Betreffenden sind  
104 gerade nicht hier –, sind Sie leider Gottes immer noch die alte Garde des Lobbyismus.  
105 Wir werden auf Qualifikation und Qualität setzen und die Bauern werden damit weiter  
106 Geld verdienen

### Joschka Fischer Elefantenrunde 2005: JFE05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pHYbZRFptZM> (eigene Transkription)

1 **Herr Fischer:** Das ist so eine Journalisten-Frage nach der menschlichen Vorstellungskraft und die ist weit. Aber der Realismus gebietet es doch ein wenig enger zu interpretieren. Erstmal freue ich mich über unser Ergebnis. Das hat man uns nicht zugetraut und es hat sich wirklich rentiert zu kämpfen. Und deswegen möchte ich mich bei all unseren Wählerinnen und Wählern bedanken. Und ich meine: Wenn es eine Große Koalition gibt ist es relativ einfach und geht dann auch schnell. Aber es gebietet schon der Respekt und ich fand das nicht gut, dass sozusagen in den Wahltag hinein, dann auch Wahlkampf gemacht wurde. Man sollte es in Zukunft so halten, dass sozusagen der Wahltag, der Moment ist, dass dann der Souverän/die Souveränin, das deutsche Volk, spricht. Wir haben jetzt eine schwierige Konstellation jenseits der Großen Koalition, wenn sich die Umfragen so bestätigen. Man soll doch da nicht drum rum reden. Natürlich sind die inhaltlichen Unterschiede sehr groß. Rot-Grün hat keine Mehrheit mehr. Aber auf der anderen Seite ist auch klar: Schwarz-Gelb für die Politik, die Schwarz-Gelb machen wollte und meinte dafür eine Mehrheit zu haben, gibt es auch keine Mehrheit. Insofern möchte ich da heute gar nicht spekulieren. Sondern ich kann nur sagen: Wir müssen dieses Wahlergebnis ernst nehmen. Wovon ich gar nichts halte, sind Überlegungen wie „wir lassen so oft wählen, bis ein Ergebnis rauskommt, das passt.“

18 **Herr Fischer:** Ja wenn Frau Merkel mit uns redet. Aber ganz klipp und klar. Wie das zusammengehen soll, das kann ich mir nicht vorstellen. Sondern völlig klar: Ich meine wir haben jetzt diesen Wahlkampf gegen diese Politik gemacht der sozialen Kälte und des ökologischen Rückschritts. Insofern das politische Parteien miteinander sprechen ist das eine, der Realismus gebietet aber, dass was schwarze Ampel oder so ähnlich genannt wird oder besonders reizvoll finde ich ja Jamaika-Koalition, bei der mir eine ganze Reihe von Assoziationen einfällt. Reggae-Musik direkt im Hintergrund. Ich glaube das geht weder mit Herrn Stoiber, noch mit Frau Merkel.

26 **Herr Fischer:** Also Opposition ist für mich, wenn Sie so wollen, keine Niederlage, sondern demokratische Selbstverständlichkeit. Aber wenn die Große Koalition nicht zustande kommt, stehen wir alle in der Pflicht. Insofern glaube ich, dass es spannend wird.

29 Nicht am heutigen Abend. Ich glaube diese Diskussion ist nicht sehr ergiebig. Gehe ich  
30 jetzt mal in die Prophezeiung. Wir tun alle unser Bestes. Aber ich nehme an, dass wir  
31 jetzt ein sehr spannendes Wahlergebnis haben. Das wollten die Deutschen so. Die Wäh-  
32 lerinnen und Wähler haben so entschieden. Und damit werden wir jetzt verantwortlich  
33 umgehen müssen. Wissend allerdings um die Realitäten. Und insofern: Ich hätte mir ge-  
34 wünscht, dass wir zugelegt hätten. Jetzt ist es etwas weniger geworden. Aber um es mal  
35 ehrlich zu sagen: die Befürchtung war bei uns, dass wir um die 6 kämpfen müssen. Und  
36 da freue ich mich ganz wahnsinnig darüber, dass das nicht der Fall war.

37 **Herr Fischer:** Also ich glaube, dass wäre jetzt hochspekulativ. In einer Großen Koalition  
38 würden ja wesentliche Elemente der gemeinsamen Außenpolitik fortgeführt werden.  
39 Aber die Große Koalition geht immer, insofern möchte ich numerisch gar nicht darüber  
40 spekulieren. Ob sie tatsächlich geht und was das für die Beteiligten und für das Land  
41 hieße ist eine andere Frage. Aber von der Numerik, also von den Zahlen her, braucht man  
42 sich allen Ernstes Gedanken machen, Dann werden wir Opposition. Insofern ist das  
43 nichts, worüber ich mich groß gräme. Herr von der Tann, Sie machen sich Gedanken, die  
44 mache ich mir ehrlich gesagt nicht. Es gibt weitaus schlimmeres als in der Opposition zu  
45 sein und gegen die Regierung zu opponieren. Aber es ist weitaus besser, in einem kom-  
46 plizierten Wahlergebnis sich mal Gedanken zu machen was die Wählerinnen und Wähler  
47 uns da mitgegeben haben. Fakt ist, dass diese Politik und das war eine sehr harte Ause-  
48 nandersetzung wie ich fand in der Sache und es ging auch um die Person, die die Mehrheit  
49 nicht bekommen hat. Das muss man feststellen. Wir haben unsere Mehrheit verloren. Teil  
50 eins. Teil zwei: Für die Politik haben Sie die Mehrheit nicht bekommen. Und da haben  
51 wir jetzt Große Koalition als eine Option die immer geht, wenn die Wahlgroßen sich  
52 einigen. Oder aber es bedarf eines entsprechenden Nachdenkens. Das werden wir heute  
53 Abend nicht mehr gemeinsam schaffen. Fakt ist: Herr Brenner hat ja gesagt die Wähler  
54 wollen Stabilität. Das ist schon recht. Aber Stabilität muss auch heißen, dass sozusagen  
55 ein solches Wahlergebnis ernst nimmt. Und es schadet doch auch gar nichts, wenn man  
56 nach einem solch harten Wahlkampf mal ein bisschen durchatmet und nachdenkt. Ich  
57 meine, diese Echtzeitentscheidungen sind nicht immer die Besten. Insofern muss ich  
58 Ihnen ganz ehrlich sagen, bin ich froh, wenn die Runde zu Ende geht und ich dann Abend-  
59 essen gehen kann.

**Fritz Kuhn Bundestag November 2005 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): FKB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Bundeskanzlerin Merkel!  
2 Auch wir, die Fraktion der Grünen, denken an diesem Tag an die Geiselnahme im Irak.  
3 Wir haben die Hoffnung und die Zuversicht, dass die Bundesregierung jenseits allen Par-  
4 teienstreits still und geräuschlos das Beste tut, was man in dieser Situation tun kann.

5 Frau Merkel, wenn man Ihre Reden, die Sie in den letzten Jahren, die Sie in Leipzig und  
6 im Juli und September hier im Parlament gehalten haben, gehört hat und mit Ihrer Regie-  
7 rungserklärung von heute vergleicht, dann kann man nur sagen: Wie sich die Zeiten än-  
8 dern. In den vergangenen Reden, die Sie in diesem Hause gehalten haben, haben Sie ge-  
9 schildert, dass wir, wenn sich in Deutschland bei den Steuern, in der Arbeitsmarktpolitik  
10 und in allen anderen Bereichen im Kern nicht grundsätzlich etwas ändert, auf einen Ab-  
11 grund zurasen. Heute stellen Sie sich hier hin, zollen dem Bundeskanzler Respekt für die  
12 Agenda, sind für kleine Schritte und sagen, etwas Großes müsse es nicht sein. Sie machen  
13 eine Tugend aus den kleinen Schritten. Damit werde Deutschland wieder auf die Beine  
14 kommen. Wie haben Sie Ihre Meinung in dieser kurzen Zeit nur so stark ändern können,  
15 Frau Merkel, dass die Grundsatzreden Vergangenheit sind und Sie jetzt die Politik der  
16 kleinen Schritte gehen wollen?

17 Damit wir uns richtig verstehen: Ich habe nichts gegen klug gewählte kleine Schritte. Die  
18 Richtung muss aber klar sein. Da ich den Koalitionsvertrag studiert und mir Ihre Regie-  
19 rungserklärung heute angehört habe, kann ich für meine Fraktion feststellen, dass Sie die-  
20 ser Koalition mit Ihrer Politik für die Bundesrepublik Deutschland keine Richtung haben  
21 geben können.

22 Das waren Häppchen für jeden, der vorbeikommt. Am Schluss weiß man nicht, was es  
23 Gescheites zum Essen geben soll. Ihre Rede war eine Aneinanderreihung von einzelnen  
24 Punkten.

25 Ich möchte darauf eingehen, was aus unserer Sicht unzureichend war. Erstens zur Be-  
26 kämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir wollen einmal festhalten, dass Sie in Ihrer Regie-  
27 rungserklärung und im Koalitionsvertrag eine sehr riskante Wette auf die konjunkturelle

28 Entwicklung in Deutschland eingegangen sind. Sie sagen, dass die Angst vor den ein-  
29 schneidenden Maßnahmen und vor der Steuererhöhung zum 1. Januar 2007 die Menschen  
30 im Land so beeindrucken wird, dass sie im Jahre 2006 vehement konsumieren werden,  
31 womit die Konjunkturprobleme der Bundesrepublik Deutschland gelöst werden.

32 Dies halte ich für zu riskant und auch für falsch; denn Sie haben keinen vernünftigen  
33 Grund dafür genannt, warum Menschen, die vor dem sozialen Abstieg Angst haben, in  
34 diesem Jahr mehr ausgeben sollen. Nur weil es im nächsten Jahr noch schlimmer kommen  
35 wird, ist kein vernünftiger Grund. Sie sind eine richtig riskante Ökonomiewette einge-  
36 gangen.

37 Es gibt historische Beispiele: Japan hat es im Jahre 1979 zum Beispiel genauso gemacht.  
38 Die damalige Umsatzsteuererhöhung hat zu einer langjährigen konjunkturellen Krise ge-  
39 führt, von der man sich nicht mehr erholt hat.

40 Zweitens. Wir glauben auch nicht, dass Ihre Ansage, die Lohnnebenkosten würden unter  
41 40 Prozent sinken, wirklich stimmt.

42 Wenn Sie sie um 2 Prozent senken können, werden wir bei 40,3 Prozent sein; denn die  
43 Arbeitnehmer tragen die 0,9 Prozentpunkte in der Krankenversicherung seit diesem Jahr  
44 alleine. Sie wollen die versicherungsfremden Leistungen wieder in die gesetzliche Kran-  
45 kenversicherung hineinnehmen. Ich glaube nicht, dass Sie das einsparen können. Dadurch  
46 werden die Lohnnebenkosten bei der gesetzlichen Krankenversicherung wieder um 0,5  
47 Prozent steigen. Das heißt: Sie senken auf der einen Seite und sorgen für Anstiege auf der  
48 anderen Seite. Deswegen kann dieses Rezept nach unserer Überzeugung nicht aufgehen.

49 Frau Merkel, Sie haben immer wieder versucht – ich finde richtig, dass Sie das tun –, über  
50 die Werthaltung Ihrer Politik zu sprechen. Sie haben die Freiheit in den Vordergrund  
51 gerückt und auch von Gerechtigkeit gesprochen. Ich will das gerne aufnehmen, weil wir  
52 uns in solchen Debatten darüber auseinandersetzen müssen.

53 Zunächst will ich sagen: Wer hier das Wort Freiheit in den Mund nimmt, der darf zu den  
54 Bürgerrechten nicht schweigen, wie Sie das getan haben.

55 Freiheit hat nur dann einen Sinn, wenn die Bürger auch genügend Rechte und Möglich-  
56 keiten haben, ihre Freiheit gegenüber dem Staat zu verwirklichen. Wir dürfen nicht nur

57 abstrakt über Freiheit reden, sondern wir müssen auch über die Frage sprechen, ob jeder  
58 Einzelne die Möglichkeit hat, seine Selbstbestimmung, die angewandte Freiheit, auch in  
59 Anspruch zu nehmen.

60 Als Aufgabe der Politik sehe ich es an, dass sie diese Möglichkeit schaffen muss. Sie tun  
61 es an keiner Stelle.

62 Ich will Ihnen ein Beispiel für die Freiheit aus der Wirtschaft nennen, die Sie nur mit  
63 Entbürokratisierung identifiziert haben. Zu einem freien Wirtschaften in diesem Land ge-  
64 hört, dass wir in Deutschland einen echten Wettbewerb haben. Dann müssen Sie aber  
65 einmal sagen, was Sie tun wollen, damit in wirklich allen Bereichen unserer Wirtschaft  
66 echte Märkte und nicht nur Monopole oder Oligopole herrschen. Dazu haben Sie kein  
67 Wort gesagt, obwohl Sie in den Grundsatzreden immer über Ludwig Erhard und die Ord-  
68 nungspolitik in der Marktwirtschaft reden. Sie hätten dann auch etwas zur Stromwirt-  
69 schaft sagen müssen, die durch überhöhte Durchleitungsgebühren alles andere als Wett-  
70 bewerb in diesem Land möglich macht.

71 Daneben hätten Sie auch etwas zum Schienenverkehr sagen müssen. Es geht ja gerade  
72 darum, die Bahnreform so zu vollenden, dass alle Zugang zum Netz haben und ein echter  
73 Wettbewerb entsteht. Schließlich hätten Sie dann auch etwas zum Wettbewerb im Ge-  
74 sundheitssystem sagen müssen, der nur dann zu realisieren ist, wenn wir energisch gegen  
75 die Lobbys kämpfen, die sich am Gesundheitssystem einen dicken Hals verdienen kön-  
76 nen.

77 Ich bin schon jetzt gespannt, was Michael Glos – er hat sich irrtümlicherweise ja auch in  
78 die Tradition von Ludwig Erhard stellen lassen – im Hinblick auf den Wettbewerb im  
79 Mediensektor tun wird, der nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine Kernfrage  
80 der Demokratie ist. Ein echter Wettbewerb im Mediensektor ist nämlich das Gefäß, in-  
81 nerhalb dessen sich eine demokratische Meinungsbildung entfalten kann.

82 Hier darf man nicht vorschnell vor denjenigen in die Knie gehen, die im Wahlkampf für  
83 eine gute Presse gesorgt oder der Partei Geld gespendet haben, sondern es muss für alle  
84 Teilnehmer des Marktes Wettbewerb hergestellt werden. Das ist die Realisierung von  
85 Freiheit, über die wir sprechen müssen.

86 Kommen wir zu den Stichworten Freiheit und Gerechtigkeit. Frau Merkel, ich finde, Sie  
87 haben zum Thema der sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft zu wenig gesagt. Längst  
88 existiert das Problem in unserer  
89 Gesellschaft, dass sich ein Teil der Menschen systematisch ausgegrenzt fühlt und keine  
90 Chance mehr sieht, wieder in Erwerbsarbeit oder in eine Weiter- oder Fortbildung zu  
91 kommen, also am gesellschaftlichen Geschehen teilzuhaben. Es reicht nicht, von hier aus  
92 zu erklären, liebe Frau Merkel, dass Sie Ihr Herz für die Schwachen entdeckt haben. Für  
93 diese abstrakte Formulierung werden Sie von jedem in diesem Haus Unterstützung be-  
94 kommen. Aber die Frage ist, was das konkret heißt, welche neuen Formen der Armutssi-  
95 cherung Sie anstreben. Das ist die spannende Frage. Wie kann die Grundsicherung in  
96 einer Gesellschaft aussehen, die in den letzten Jahren Produktivitätsgewinne nicht mehr  
97 in neue Arbeitsplätze investiert hat? Hier wird jetzt ein anderer Weg gegangen.

98 Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel. Ein Problem ist, dass viele Dauerarbeitslose nicht  
99 sehen, wie sie wieder in Erwerbsarbeit kommen, weil aufgrund der niedrigen Löhne die  
100 Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt zu hoch sind. In diesem Punkt sind wir uns einig.  
101 Unter dem Stichwort „Ein Herz für Schwache“ erklären Sie: Wir müssen einmal über  
102 Kombilöhne diskutieren. Wo leben Sie denn eigentlich? Wie lange diskutieren und expe-  
103 rimentieren wir in der Bundesrepublik Deutschland bereits über und mit Kombilöhnen?  
104 Wir müssen die Lohnnebenkosten im Bereich der unteren Einkommensgruppen, also für  
105 Niedrigqualifizierte, nach einem Progressivmodell senken. Es wäre viel klüger, bei den  
106 Lohnnebenkosten langsam auf die Zahl von 40 Prozent zu kommen und damit die Arbeit  
107 für Menschen mit niedriger Qualifikation zu ermöglichen und vor allem die vielen Dienst-  
108 leistungsarbeitsplätze zu schaffen, die in Deutschland existieren würden, wenn die Zu-  
109 gangsbarrieren zu diesem Arbeitsmarkt nicht so hoch wären.

110 Sie haben auch von Vertrauen gesprochen. In diesem Zusammenhang will ich ein Thema  
111 ansprechen, das Sie nicht erwähnt haben, nämlich den Verbraucherschutz. Wir sagen  
112 klar, Herr Seehofer: Wir wollen in Deutschland kein stinkendes Fleisch.



113 Dafür müssen wir etwas tun. Wir müssen die Kontrollen in den Ländern verstärken. Wir  
114 müssen die wirtschaftliche Selbstkontrolle ausbauen. Wir brauchen ein klares Verbrau-  
115 cherinformationsgesetz, das es ermöglicht, Ross und Reiter zu nennen, wenn jemand sol-  
116 che Produkte auf den Markt bringt oder sie annimmt und weiterverkauft.

117 Ich frage Herrn Seehofer und Frau Merkel: Warum haben Sie unseren Gesetzentwurf im  
118 Bundesrat zweimal blockiert, der dies möglich gemacht hätte?

119 Ich komme zu dem Punkt, der mich in Ihren Ausführungen am meisten gestört hat. Sie  
120 haben beim Innovationsprozess keine Richtung vorgegeben. Sie haben zum Beispiel eine  
121 Strategie zum Klimaschutz, die wir mit dem Stichwort „Weg vom Öl“ zusammenfassen,  
122 gar nicht erwähnt. Das ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine wirtschaftliche  
123 Strategie, um von den idiotisch hohen Ölkosten wegzukommen. Das ist auch eine Strate-  
124 gie zur Sicherheitspolitik; denn Öl ist ein international umkämpfter Rohstoff. Dazu hätte  
125 ich gerne etwas von Ihnen gehört. Ich hätte gerne gewusst, wie es in der Energiepolitik  
126 über das Erreichte hinaus weitergeht.

127 Ich hätte auch gerne gehört, welche neuen Konzepte Sie in der Verkehrspolitik haben. Ich  
128 sage Ihnen klipp und klar: Wenn wir nicht auch der Automobilindustrie in Deutschland  
129 klare Rahmenbedingungen setzen, dann wird dieser Industriezweig seinen Beitrag zum  
130 Klimaschutz und zum Thema „Weg vom Öl“ nicht von selber leisten. Beim Thema Ruß-  
131 filter haben wir das Versagen der Industrie in den letzten Jahren erleben können.

132 Ich möchte nicht, dass uns beim Thema Verbrauchsobergrenzen für Kraftstoffverbrauch  
133 die Japaner, die gesetzliche Regelungen planen, und einige Bundesstaaten der Vereinig-  
134 ten Staaten, die diesen Weg gehen, technologisch den Rang ablaufen, weil die Politik in  
135 Deutschland zu wenig Druck macht. Hierzu hätten Sie sich deutlich äußern müssen.

136 Herr Umweltminister Gabriel, wir als Grüne – Frau Merkel hat das Thema Ökologie gar  
137 nicht in den Mund genommen – werden Sie immer unterstützen, wenn Sie etwas ökolo-  
138 gisch Vernünftiges machen. Aber eines ist auch klar: Wenn Sie unter dem Deckmantel  
139 der Ökologie hinter bisher Erreichtes zurückfallen, dann werden wir Sie in diesem Haus  
140 grillen wie eine Ökobratwurst, Herr Gabriel; darauf können Sie sich verlassen.

141 – Sie müssen gar nicht aufstöhnen. Die Ökologen gehen mit Ökobratwurst behutsam um;  
142 vor allem stechen sie nicht hinein. Also keine Sorge.

143 Jetzt komme ich zu einem Punkt, den auch Frau Merkel ins Zentrum gerückt hat, nämlich  
144 die Wissensgesellschaft und Bildung. Ich stelle die These auf, dass Sie keine Konzeption  
145 entwickelt haben, wie Deutschland den Übergang zur Wissensgesellschaft konkret leisten  
146 soll. Vorgesehen sind viele einzelne Schritte. Aber es ist doch klar, dass die Innovations-  
147 schwäche Deutschlands – beim PISA-Test angefangen bis hin zur Forschung und der  
148 Tatsache, dass wir zwar noch bestimmte Produkte entwickeln, aber nicht bis zur Markt-  
149 fähigkeit realisieren – damit zu tun hat, dass wir zu wenig für Forschung, Wissen und  
150 Ausbildung – und zwar für die gesamte Ausbildungskette von den Kindern bis zur Hoch-  
151 schule – tun.

152 Der Kardinalfehler dieses Koalitionsvertrags und Ihrer Regierungserklärung liegt darin,  
153 dass Sie zu dem Zeitpunkt, zu dem der Bund den Übergang zur Wissensgesellschaft auf  
154 allen Ebenen der Bildungs- und Forschungskette aktiv gestalten müsste, die Instrumente  
155 systematisch aus der Hand geben, indem Sie sie den Ländern in der Hoffnung übertragen,  
156 dass diese es vielleicht richten werden.

157 Wenn sie es aber nicht richten werden – es spricht viel dafür, dass 16 verschiedene Bun-  
158 desländer nicht alles richten können –, dann fehlt die Koordination des Bundes. Dann  
159 fehlen auch die Möglichkeiten des Bundes, im Schulbereich einzugreifen und bei der  
160 Kinderbetreuung mehr zu tun.

161 Zudem haben wir in allen Fragen, die die Hochschulen angehen, in Zukunft nur noch  
162 Bonsai-Kompetenzen. Das halten wir vom Bündnis 90/Die Grünen für völlig falsch. Wir  
163 wollen eine Bundesregierung, die die Wissensgesellschaft aktiv gestaltet. An der Stelle  
164 haben Sie nach unserer Überzeugung völlig versagt.

165 Über das Elterngeld können wir gerne reden, liebe Frau Merkel. Reden Sie doch auch  
166 einmal mit denen, die meinen, Sie wollten die Kinder nur verschieben! Entscheidend ist  
167 nämlich, dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren noch immer so schlecht ist,  
168 dass Beruf und Familie nicht miteinander vereinbar sind.

169 Insofern meine ich, dass Sie den zweiten Schritt – die Einführung des Elterngelds – vor  
170 dem ersten Schritt einer besseren Ausstattung hinsichtlich der Betreuungsplätze gehen  
171 wollen und damit eine falsche Reihenfolge vorsehen.

172 Wenn wir 2008 feststellen, dass ein gesetzlicher Zwang zu einem Betreuungsangebot für  
173 Kinder unter drei Jahren notwendig ist, dann ist das Elterngeld schon auf dem Weg. Viele  
174 werden die neuen Möglichkeiten gar nicht nutzen können, weil es immer noch an ent-  
175 sprechenden Betreuungsangeboten fehlt. Wir werden den Prozess offen und kritisch be-  
176 gleiten, damit es auch in diesem Punkt in Deutschland vernünftig weitergeht.

177 Ich möchte noch einige Anmerkungen zur Außenpolitik machen. Sie haben zu Recht über  
178 die Schwierigkeiten Europas gesprochen. Die europäische Verfassung, der Verfassungs-  
179 prozess, die Integration und die Einigung durchlaufen viele Krisen. Das hat mit der Er-  
180weiterung, den Institutionen und dem Vertrauen der Bürger zu tun. Aber Sie haben zu  
181meinem Erstaunen einen Punkt nicht angesprochen, nämlich die soziale Fragestellung.  
182Die Botschaft der Referenden in Frankreich und Holland besteht für uns darin, dass die  
183Bürgerinnen und Bürger die Vorstellung und das Gefühl haben, die europäische Einigung  
184und der Erweiterungsprozess sind ein Projekt politischer und wirtschaftlicher Eliten.

185 Wenn das Vertrauen zu Europa wachsen soll, ist die soziale Vertiefung Europas notwen-  
186dig. Zu diesem Prozess haben Sie aber keine einzige Aussage gemacht. Das Thema wird  
187aber zum Beispiel bei der Frage, wie es mit der Dienstleistungsrichtlinie weitergehen soll,  
188wieder auf die Tagesordnung kommen. Sie können sich darauf verlassen, dass die Grünen  
189das immer wieder ansprechen werden.

190 Wenn Sie am Freitag nach Polen fahren, Frau Merkel, und wenn Sie das Weimarer Drei-  
191eck stärken und die deutsch-polnischen Beziehungen verbessern wollen, dann können Sie  
192nach unserer Überzeugung mit dem Wischiwaschi und dem Hin und Her, wie Sie es in  
193Ihrer Regierungserklärung zum Thema Vertriebenenzentrum an den Tag gelegt haben,  
194nicht weiterkommen.

195 Wenn Sie in Polen mit polnischen Bürgerinnen und Bürgern sprechen, dann werden Sie  
196feststellen, dass der Vorschlag, in Berlin ein Vertriebenenzentrum einzurichten, wie er  
197aus Ihrer Fraktion von Frau Steinbach vertreten wurde, die erste und größte Hürde für ein

198 besseres wechselseitiges Verständnis bedeutet. Diese Hürde müssen Sie wegräumen. Ma-  
199 chen Sie sich den Gedanken eines europäischen Netzwerkes für ein Vertriebenengeden-  
200 ken zur Erinnerung an die Vertreibungen zu Eigen! Machen Sie es sich nicht so einfach,  
201 dass Sie in diesem Hause einen Kompromiss vertreten, in Polen vielleicht etwas anderes  
202 sagen und beim Bund der Vertriebenen dann wieder Frau Steinbach hochleben lassen!  
203 Sie müssen klar und deutlich sprechen. Alles andere hilft dabei nicht weiter.

204 Für eine klare und deutliche Sprache sind wir, Bündnis 90/Die Grünen, auch bei dem von  
205 Ihnen neu zu gestaltenden Verhältnis zu den Amerikanern. Damit Sie sich nicht täuschen:  
206 Wir sind dafür, dass Sie gute Beziehungen zu unseren amerikanischen Freunden herstel-  
207 len. Aber der neue Stil, den Sie angekündigt haben, darf natürlich nicht den Inhalt erset-  
208 zen. Wenn er einen Sinn haben soll, dann muss er den Inhalt besser transportieren und  
209 deutlich machen. Ich finde jedenfalls, dass Sie bei Ihrer Reise in die Vereinigten Staaten  
210 mit Präsident Bush auch über die Fragen reden müssen, die die deutsche Bevölkerung  
211 sehr beunruhigen. Die erste Frage ist: Wie kann es eigentlich sein, dass wir uns in Europa  
212 und insbesondere in Deutschland um den Klimaschutz bemühen, während sich die Ver-  
213 einigten Staaten, einer der größten Emittenten klimaschädlicher Gase, noch immer syste-  
214 matisch und beharrlich weigern, den entsprechenden internationalen Abkommen beizu-  
215 treten? Hier müssen Sie klar und deutlich reden. Sonst hat es keinen Sinn.

216 Sie müssen nach unserer Überzeugung ebenfalls darüber reden, wie der Terrorismus in  
217 der Welt am effektivsten bekämpft werden kann. Dabei geht es insbesondere um die  
218 Frage, wie die reichen Länder bei der Entwicklungshilfe das 0,7-Prozent-Ziel erreichen  
219 können. Sie müssen außerdem fragen, ob es Sinn macht, die Reform der Vereinten Nati-  
220 onen weiter zu blockieren, und darauf hinweisen, dass man Terrorismus – jedenfalls nach  
221 unserer Überzeugung – nur unter strenger Beachtung der Menschenrechte effektiv be-  
222 kämpfen kann. Wenn man dies nicht tut, dann liefert man ständig neue Munition für ter-  
223 roristische Unterfangen.

224 Über all diese Themen müssen Sie offen reden. Wenn Sie dies nicht tun, werden wir  
225 keinen Schritt weiterkommen.

226 Ich glaube nicht, dass es ausreicht, einfach zu sagen, die alten Schlachten sind geschlagen.  
227 Es wäre mutig von Ihnen gewesen, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt hätten,

228 dass Sie mit Ihrer Einschätzung vor dem Irakkrieg voll daneben gelegen haben. Alle Be-  
229 denken, die wir im Hinblick auf das, was nach einem Irakkrieg kommt – es war klar, dass  
230 man ihn zunächst militärisch gewinnen kann –, geäußert haben, sind von der Wirklichkeit  
231 noch übertroffen worden. Es gibt nun nicht nur eine Destabilisierung des Iraks, sondern  
232 der ganzen Region sowie ein Sammelbecken für den internationalen Terrorismus. Ich  
233 hätte es mutig gefunden, wenn Sie die Kraft gehabt hätten, dazu etwas in Ihrer Regie-  
234 rungserklärung zu sagen. Nur durch eine solche Kraft kommt es zu einer Verbesserung  
235 der Politik im Inneren wie im Äußeren.

236 Frau Merkel, ich verspreche Ihnen, dass wir, Bündnis 90/Die Grünen, eine kritische, aber  
237 auch eine konstruktive Oppositionspolitik machen werden.

238 Wir wissen sicherlich nicht alles besser. Herrn Gysi hätte ich beispielsweise fragen kön-  
239 nen: Warum läuft es denn in Berlin unter PDS-Beteiligung so toll, wenn so viel ökonomischer  
240 Sachverstand bei Ihnen vorhanden ist, und warum haben Sie sich dann in die  
241 Büsche schlagen müssen?

242 Ich bin gleich am Ende, Herr Präsident.

243 Wir werden die Auseinandersetzung mit Ihnen jedenfalls konstruktiv führen.

244 Zum Schluss möchte ich Ihnen ein Angebot machen: Die Politik in Deutschland wird nur  
245 etwas verändern können, wenn wir es gemeinsam schaffen, den Einfluss der Lobbyisten  
246 in Berlin zurückzudrängen. Wir werden uns nicht hinter den Lobbyisten verstecken und  
247 nur die Regierung kritisieren. – Ich verstehe, dass Sie, liebe Kollegen von der FDP, beim  
248 Wort Lobbyisten aufschreien. Dafür habe ich jedes Verständnis.

249 Wir werden gemeinsam versuchen, die Interessenkonflikte offen zu legen. Es geht nicht,  
250 dass Lobbyisten behaupten, sie sprächen für das Gemeinwohl, und damit die Verände-  
251 rungsfähigkeit der Politik in Deutschland untergraben. Wenn Sie dagegen angehen, dann  
252 haben Sie unsere Unterstützung. Ich weiß aber nicht, ob Sie sie überhaupt wollen.

253 Vielen Dank.

**Jürgen Trittin Bundestag November 2005 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): JTB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, liebe Frau Knoche, angesichts des  
2 Schicksals von Frau Osthoff bedarf es eigentlich keiner umfassenden Definition, was Ter-  
3 rorismus ist.

4 Das, was da betrieben wird, ist nichts anderes, als sich ausgerechnet an Menschen schad-  
5 los zu halten, die sich in besonderer Weise dafür eingesetzt haben, die Lebensverhältnisse  
6 der Menschen im Irak zu verbessern. Dieses Vorgehen zeigt: Es zielt gerade nicht nur auf  
7 den Einzelnen, nicht nur auf die Erpressung dieser Gesellschaft, sondern es zielt auch  
8 gerade darauf, jeden Ansatz der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Irak  
9 anzugreifen. Das ist der Grund, warum wir nachdrücklich gegen diese Form des Terro-  
10 rismus sind und warum wir nachdrücklich sagen: Wir wollen die Lage der Menschen im  
11 Irak verbessern und dazu gehören selbstverständlich vernünftige Beziehungen zur ge-  
12 wählten Regierung im Irak.

13 Es zeigt auch, dass es bei diesen Terroristen nicht um die Frage geht, wie sich die eine  
14 oder andere Regierung im Falle des Irakkonfliktes verhalten hat, sondern ihr Verhalten  
15 zielt ganz genau auf die offene Gesellschaft, auf Gesellschaften, in denen unterschiedli-  
16 che Lebensweisen miteinander existieren können. Das ist die Herausforderung, der wir  
17 uns zu stellen haben.

18 Wir waren 2002 nicht gegen eine Beteiligung an diesem Krieg, weil wir geglaubt haben,  
19 dadurch könnten wir unsere Bürgerinnen und Bürger vor solchen terroristischen Anschlä-  
20 gen besser oder vollständig bewahren. Es wäre naiv, das zu glauben. Wir waren vielmehr  
21 dagegen, weil wir der Auffassung waren und sind, dass diese Form des Vorgehens diese  
22 Region weiter destabilisiert hat und diese Destabilisierung die terroristische Gefahr nicht  
23 vermindert, sondern erhöht hat.

24 Ich sage das in aller Ruhe. Dies ist heute faktisch Konsens in Deutschland. Wenn Sie sich  
25 die Koalitionsvereinbarung anschauen, dann sehen Sie, dass genau diese Haltung von Jo-  
26 schka Fischer und Gerhard Schröder auch von der jetzigen Koalition geteilt wird.

27 Aber in einem Punkt will ich auch – und das geht in die andere Richtung – zustimmen:  
28 Wenn wir uns mit der realen Situation von heute auseinander setzen wollen, dann müssen  
29 wir festhalten, dass die Überwindung der globalen Herausforderungen des Terrorismus,  
30 einer anhaltenden Armut und Unterentwicklung, bestimmter Krankheiten und des Klima-  
31 wandels nur auf globaler Ebene zu erreichen ist.

32 Deswegen war es richtig, lieber Frank-Walter Steinmeier, dass Sie den Weg in die USA  
33 gemacht haben. Denn diese Herausforderungen werden sich nur mit den USA und mit  
34 den Amerikanern bewältigen lassen. Das sage ich als jemand, der nach einer sieben Jahre  
35 dauernden Auseinandersetzung um den Klimawandel bestimmte Fortschritte ohne die  
36 Amerikaner erreicht hat. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn Sie das Problem vollständig  
37 lösen wollen, dann geht das immer nur mit der einzig verbliebenen Großmacht auf diesem  
38 Globus.

39 Das gilt aber auch umgekehrt: Diese Macht allein wird die Herausforderungen von Ar-  
40 mut, Unterentwicklung, Terrorismus und Klimawandel nicht im Alleingang bewältigen  
41 können. Auch sie wird das nicht ausschließlich im Rahmen bilateraler Vereinbarungen  
42 leisten können. Das heißt für die deutsche Außenpolitik: Wir tun gut daran, den multila-  
43 teralen Ansatz unserer Außenpolitik zu stärken.

44 Dazu gehört eine Reform der multilateralen Institutionen, also der Vereinten Nationen.  
45 Es ist richtig, ihre Fähigkeit zur Prävention und zur vorbeugenden Krisenverhinderung  
46 zu stärken. Das ist der Kern einer Reform der Vereinten Nationen. Zu dieser Reform ge-  
47 hört auch – nicht ausschließlich, aber auch – die Reform des Organs, in dem solche Ent-  
48 scheidungen getroffen werden: des Sicherheitsrates. Dazu gehört auch, dass jene Schwel-  
49 lenländer dort künftig einen größeren Einfluss haben, die bisher von dem Entscheidungs-  
50 prozess ausgeschlossen sind. Und dazu gehört, dass wir und übrigens auch Japan den  
51 Erwartungen gerecht werden, die an dieser Stelle von außen an uns herangetragen wer-  
52 den. Das ist der Kern dieser Politik.

53 Wenn ich sage, dass wir diese Herausforderungen bewältigen müssen, dann ist das an  
54 bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Die erste Voraussetzung ist: Diese Herausforde-  
55 rungen sind nur auf der Basis der Herrschaft des Rechts und der Achtung der Menschen-

56 rechte zu bewältigen. Glaubwürdigkeit ist die wichtigste Waffe im Kampf gegen Unter-  
57 entwicklung und Terrorismus. Geheime Gefängnisse oder folterähnliche Verhörmetho-  
58 den als „innovativ“ schönzureden ist damit unvereinbar.

59 Ich finde es richtig und begrüßenswert, dass Frau Rice Ihnen, Herr Steinmeier, gesagt hat,  
60 sie wolle zeitnah und umfassend für Aufklärung sorgen. Aber ich will auch einmal sagen,  
61 was ich unter „zeitnah“ verstehe: Ich erwarte, dass dies im Rahmen ihres Besuchs in Eu-  
62 ropa in der nächsten Woche geschieht.

63 An dieser Stelle will ich noch eine Bemerkung machen – denn gerade in Richtung der  
64 Grünen wird gelegentlich so getan, als seien sie für die Menschenrechte zuständig, dass  
65 aber die richtige Außenpolitik eigentlich die harte Handels- und Außenwirtschaftspolitik  
66 sei –: Menschenrechtspolitik ist ein Wert an sich und darf nicht zurückstehen. Für dieje-  
67 nigen, die vornehmlich in ökonomischen Kategorien denken, will ich allerdings hinzufü-  
68 gen: Langfristige Stabilität, auch in ökonomischer Hinsicht, werden Sie nur erreichen,  
69 wenn Sie auch langfristig in Regionen tätig sind, in denen Menschenrechte und Gerech-  
70 tigkeit gewahrt sind. Die Achtung der Menschenrechte ist also auch ein ökonomischer  
71 Faktor.

72 Die zweite Voraussetzung für die Bewältigung dieser Probleme ist: Wir müssen die Glo-  
73 balisierung gerecht gestalten. Das heißt, wir brauchen ökologische und soziale Leitplan-  
74 ken. Hier wird diese Regierung in der nächsten Woche in Hongkong eine große Verant-  
75 wortung haben. Herr Glos – er ist federführend –, die Kollegin Wieczorek-Zeul und Herr  
76 Seehofer werden die Verantwortung haben, ein multilaterales Handelsregime im Sinne  
77 einer Entwicklungsrunde ein Stück voranzubringen.

78 Wir wissen, Europa hat Vorleistungen gebracht beim Umbau der Agrarpolitik – einer  
79 Agrarpolitik, für die die Kollegin Künast von Ihrer Seite oft kritisiert worden ist. Aber  
80 damit ist es nicht genug. Wir werden uns in der Frage der Exportsubventionen bewegen  
81 müssen – übrigens nicht nur wir: auch jene Staaten, die ihre Exportsubventionen elegant  
82 als „Nahrungsmittelhilfe“ deklarieren bzw. verstecken –, wenn wir Entwicklungsländern  
83 wirklich eine Chance geben wollen, zu handeln, anstatt behandelt und mit Entwicklungs-  
84 hilfe abgespeist zu werden.



85 Liebe Frau Merkel, seien Sie gewiss: Zur gerechten Globalisierung gehört es auch, dass  
86 Sie die Zusagen, die Sie heute hier und im Koalitionsvertrag hinsichtlich einer Anhebung  
87 der Entwicklungshilfe gemacht haben, tatsächlich einhalten. Sie können gewiss sein, dass  
88 wir sehr genau darauf schauen werden.

89 Die globale Entwicklung wird nicht vorankommen ohne eine Verbesserung der Umwelt-  
90 standards. Auch hier wird, ähnlich wie bei den Menschenrechten, oft eingewendet: Öko  
91 ist etwas für jene, die es wirtschaftlich geschafft haben. Aber wenn Sie verfolgen, was  
92 momentan über China und den Fluss bei Harbin berichtet wird, bekommen Sie einen Ein-  
93 druck davon, was der chinesische Umweltminister meinte, als er sagte: Bis zu 8 Prozent  
94 unseres Bruttosozialprodukts werden durch die enormen Umweltschäden, mit denen wir  
95 es zu tun haben, aufgezehrt. Eine die natürlichen Ressourcen zerstörende Wirtschafts-  
96 weise wird mehr und mehr zu einer Wachstumsbremse. Deswegen wird es keine Über-  
97 windung der Armut geben, wenn wir nicht Strategien dafür entwickeln, wie wir weg vom  
98 Öl kommen, wie wir sauberer produzieren, wie wir rohstoffeffizienter produzieren. Dies  
99 ist etwas, bei dem die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich etwas anzubieten hat zur  
100 Verbesserung der Lage der Menschen in der Welt.

101 Ein Wort zur Außenwirtschaftspolitik: Wir haben natürlich die Verantwortung, sicherzu-  
102 stellen, dass es im Iran nicht zu einer Schließung des Brennstoffkreislaufs kommt. Aber  
103 das geht nicht mit den Mitteln, die Tony Blair uns gestern zu erklären versuchte, als er  
104 sagte, das Geheimnis der Überwindung der Energieprobleme dieses Kontinents liege in  
105 der Nutzung der Atomenergie. – Das kommt mir sehr bekannt vor; so 30, 40 Jahre ist das  
106 her. Gerade am Beispiel Iran können wir sehen, dass dieser Weg mit erheblichen Risiken,  
107 mit erheblichen Problemen und mit erheblichen Anstrengungen verbunden ist. Das kann  
108 nicht der Weg sein, Armut und Klimawandel auf diesem Globus entgegenzuwirken.

109 Multilaterale Fortschritte, so unsere Erfahrung, hat es stets nur dann gegeben – in Fragen  
110 des Welthandels genauso wie bei Konventionen gegen Kleinwaffen, beim Internationalen  
111 Strafgerichtshof und bei der Bekämpfung des Klimawandels –, wenn Europa in den Ver-  
112 handlungen geeint und handlungsfähig aufgetreten ist. Nicht nur weil ich Bürger dieses  
113 Europas bin, sondern auch wegen der enormen außenpolitischen Bedeutung dieses Euro-  
114 pas finde ich den Umstand, dass dieses Europa in eine schwere Krise geraten ist, und zwar

115 nicht, wie Sie meinen, durch die Erweiterung, sondern parallel zu dem Erweiterungspro-  
116 zess, so besorgniserregend. Wir können uns mit dieser Krise nicht einfach abfinden. Lie-  
117 ber Herr Außenminister, wenn im Koalitionsvertrag steht, dies wolle man im Rahmen mit  
118 der deutschen Präsidentschaft angehen, dann ist das zwar ehrenvoll, kommt aber ein biss-  
119 chen zu spät. Dieses Europa – in Wirklichkeit die einzig praktizierte Antwort auf die  
120 Globalisierung und die Liberalisierung der Märkte – zu stärken und aus der Krise heraus-  
121 zuführen, duldet keinen Aufschub bis zum Beginn der deutschen Präsidentschaft. Damit  
122 muss jetzt begonnen werden.

123 Ich will versuchen, das an einem Beispiel deutlich zu machen. Die Menschen empfinden  
124 dieses Europa, das also eine Antwort sein soll – ein demokratischeres und in größerem  
125 Umfange bürgernahes Europa, wie es im Verfassungsvertragsentwurf beschrieben wor-  
126 den ist, war ein Schritt in diese Richtung –, häufig als etwas, was nur den Logiken des  
127 Marktes gehorcht. Darauf müssen wir eingehen. Man muss eine Balance herstellen. Wenn  
128 man für mehr Freiheit im Bereich der Dienstleistungen ist, dann muss auch die Conse-  
129 quenz gezogen werden und die Menschen müssen hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebens-  
130 bedingungen ein Minimum an Absicherung erhalten. Das heißt, Dienstleistungsfreiheit  
131 und Regelungen hierzu, die es in vielen anderen Ländern Europas gibt, beispielsweise ein  
132 entsprechend fixierter Mindestlohn, gehören zusammen. Der soziale Ausbau Europas ist  
133 der Weg, die Krise, die ungerechterweise am Verfassungsprozess offenbar geworden ist,  
134 zu überwinden.

135 Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Schluss noch eine Bemerkung machen. In  
136 der „Süddeutschen Zeitung“ heißt es zur Außenpolitik der Koalition: Vermutlich gibt es  
137 kein anderes Fach der neuen Regierungspolitik, wo das Konfliktpotenzial so offensiv ver-  
138 schwiegen wurde.

139 Lieber Herr Schockenhoff, wenn Ihre Äußerungen zur Türkei neben die von Herrn Stein-  
140 meier gestellt werden, dann tut sich in mir ein innerer Bosphorus auf.

141 Ich verspreche Ihnen: Eine Widersprüchlichkeit in diesem Punkt werden wir Ihnen bei  
142 allen Bemühungen um Konsens in der Außenpolitik nicht durchgehen lassen.

143 Vielen Dank.

**Jürgen Trittin Bundestag Dezember 2005 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): JTB1205**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will eine Vorbemerkung machen: Ich be-  
2 grüße es außerordentlich, dass die Bundesregierung sagt, diese EU könne sich die Aus-  
3 fälle von Herrn Ahmadinedschad aus dem Iran nicht gefallen lassen. Es muss hier eine  
4 klare europäische Antwort gegeben werden. Das Leugnen des Holocaust und das Infra-  
5 gestellen des Existenzrechts Israels kann von diesem Europa gemeinsam nicht akzeptiert  
6 werden.

7 Ich füge aber auch hinzu: Man muss das seriös tun. Dazu gehört für mich nicht, darüber  
8 zu spekulieren, den Iran von der Fußballweltmeisterschaft auszuschließen. Ich glaube,  
9 die Teilnahme wird eher die Zivilgesellschaft im Iran als die Macht des Klerus stärken.

10 Die Überwindung der Krise der Europäischen Union wird das große Projekt sein, das Sie,  
11 Frau Merkel, mit der Präsidentschaft 2007 anzugehen haben. Die Schlüsselfrage dafür  
12 wird sein, ob es gelingt, dieses Europa global wieder wettbewerbsfähiger zu machen, dies  
13 aber in dem Wissen zu tun, dass es dazu eines Mehr an sozialer Kohärenz und der Beach-  
14 tung einer ökologischen Nachhaltigkeit bedarf. Diesen Dreiklang zusammenzuhalten und  
15 ihn nicht in Richtung ausschließlich der Wettbewerbsfähigkeit zu verabsolutieren, wie  
16 ich das gelegentlich aus Ihrer Ecke gehört habe, ist die Grundlage, wie diesem europäi-  
17 schen Projekt als eine Antwort auf die Globalisierung wieder so etwas wie eine Sinnstif-  
18 tung gegeben werden kann.

19 Die Voraussetzung dafür ist aber, dass sich das in der Frage zuspitzt: Was wird demnächst  
20 mit den europäischen Ressourcen passieren? Die Voraussetzung wird also sein, eine Lö-  
21 sung für die Frage der finanziellen Vorausschau zu finden. Hier haben Sie eine Riesen-  
22 chance, Frau Merkel. Ich habe vorhin wieder eine abfällige Bemerkung über das Ver-  
23 ständnis von Direktorien gehört.

24 Sehen Sie, lieber Herr Hoyer, Sie wissen das selber sehr gut: Gerade die kleinen Mit-  
25 gliedstaaten in Europa erwarten von den großen Mitgliedstaaten, dass diese Verantwor-  
26 tung für das Ganze übernehmen und dieser Verantwortung auch in schwierigen Situatio-  
27 nen gerecht werden.

28 Das sage ich bewusst mit Blick auf die Widersprüche, die diesem schwierigen Projekt  
29 zugrunde liegen. Es wäre in Europa überhaupt nicht nach außen zu vermitteln, dass in  
30 diesem Europa ein Land wie Slowenien zum Nettozahler wird und in der gleichen Ent-  
31 wicklung der Britenrabatt von heute 5 Milliarden Euro auf 9 Milliarden Euro ansteigt.  
32 Das spitzt sich in diesen Stunden zu.

33 Liebe Frau Merkel, wann anders gibt es überhaupt eine Chance, an diesem Punkt unter  
34 Wahrung der Interessen hinsichtlich der Strukturfonds und auch unter Wahrung des Kom-  
35 promisses hinsichtlich der Agrarpolitik etwas zu erreichen? Die erste Säule kann man  
36 schauerlich falsch finden – ich habe da erhebliche Bedenken –, aber das war ein Teil  
37 dieses Kompromisses, den wir bis 2013 akzeptieren müssen. Wann wird wieder die  
38 Chance bestehen, in der Frage des Rabattes zu einer Lösung zu kommen, wenn nicht jetzt  
39 unter der britischen Präsidentschaft? Das ist der Kern.

40 Ich erwarte, dass diese Gelegenheit von Ihnen genutzt wird und dass Sie das, was der  
41 Außenminister gesagt hat, ernst meinen: In dieser Situation kann sich niemand an bishe-  
42 rigen Dingen dogmatisch festhalten. Diese Chance zu nutzen, dafür wünsche ich Ihnen  
43 eine feste Hand.

44 Vielen Dank.

DIE LINKE

2005

**Dr. Gesine Löttsch Bundestag Juni 2005 (fraktionslos): GLB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15180.pdf>

- 1 Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Abgeordnete der PDS.
- 2 Wir als PDS lehnen Studiengebühren ab.
- 3 Dafür gibt es soziale und wissenschaftspolitische Gründe. Die sozialen Gründe liegen
- 4 klar auf der Hand: Studiengebühren sind unsozial. Sie belasten finanzschwache Eltern
- 5 härter als finanzstarke. Nach den Vorstellungen von CDU und CSU sollen alle Studierenden
- 6 den 500 Euro pro Semester zahlen, egal ob sie Söhne oder Töchter von Bankvorständen
- 7 oder Briefträgern sind. Das ist ungerecht.
- 8 Sie geben zwar vor, eine sozialverträgliche Lösung anzustreben. Doch es gibt nach dem
- 9 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Januar aus keinem CDU- oder CSU-geführten
- 10 Land einen wirklich sozialverträglichen Vorschlag.
- 11 – Sie haben Recht, Herr Taus. – Sie haben den Eindruck erweckt, Sie hätten Ihre Vor-
- 12 schläge schon in der Schublade und würden sie nach dem Urteil sofort aus der Tasche
- 13 ziehen. Ich finde es erschreckend und verantwortungslos, dass CDU und CSU Studien-
- 14 gebühren offensichtlich ohne eine einzige sozialverträgliche Sicherung durchpeitschen
- 15 wollen.
- 16 Es gibt auch wissenschaftspolitische Gründe gegen Studiengebühren. Die OECD hat eine
- 17 schöne Übersicht über die Studienanfängerquote für ausgewählte Länder vorgelegt: Neu-
- 18 seeland liegt mit 75,8 Prozent auf Platz eins und Deutschland nur auf Platz 23. Polen liegt
- 19 auf Platz vier und Ungarn auf Platz acht. Wir dürfen also den Zugang zu Bildung nicht
- 20 durch Studiengebühren verengen, sondern wir müssen den Zugang zum Studium weiter
- 21 öffnen. Das ist das Gebot der Stunde.
- 22 In unserem Land studieren nicht zu viele junge Menschen, sondern zu wenige. Hinzu
- 23 kommt, dass sich die wenigen Studierenden noch weniger Studienplätze teilen müssen.
- 24 Nun argumentiert die CDU/CSU, dass die Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre
- 25 verwendet werden könnten. Damit treffen Sie zunächst den Nerv vieler Studierenden, die
- 26 mit den Studienbedingungen nicht zufrieden sind. Doch es ist in Anbetracht der über-
- 27 schuldeten Länderhaushalte völlig klar, dass die Universitäten auch mit Studiengebühren

28 nicht mehr Geld in die Kassen bekämen. Es wäre ein Nullsummenspiel. Denn die Stu-  
29 diengebühren würden mit den Landeszuschüssen verrechnet werden.

30 Es ist kein Luxus, wenn wir ein studiengebührenfreies Studium fordern. Im Gegenteil:  
31 Die Länder mit den besten Bildungsvoraussetzungen für die nächste Generation werden  
32 langfristig ihren Lebensstandard sichern können.

33 Ich finde es schon erstaunlich, wie sich alle Parteien um den Niedriglohnsektor streiten  
34 und chinesische Verhältnisse anstreben.

35 Wir als PDS sind die Ausnahme. Wir legen den Schwerpunkt auf den Hochlohnsektor.  
36 Wir müssen hier in Deutschland in den Hochlohnsektor investieren. Dort liegen die Pro-  
37 duktivitäts- und Wertschöpfungsreserven der Zukunft oder – für CDU/CSU-Ohren ver-  
38 ständlicher formuliert –: Studiengebühren sind Gift für den Standort Deutschland.

39 Dass die Niedriglohnpolitik gescheitert ist, sehen wir tagtäglich im Osten unseres Landes.  
40 Gerade im Osten brauchen wir eine Kehrtwende um 180 Grad. Gerade dort brauchen wir  
41 mehr Studierende, mehr hochqualifizierte Absolventen und mehr Wissenschaft und For-  
42 schung.

43 – Wenn Sie eine Frage haben, melden Sie sich doch zu einer Zwischenfrage!

44 Abschließend möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass allein die An-  
45 kündigung der Gründung einer größeren Linkspartei in Deutschland dazu geführt hat,  
46 dass in allen anderen Parteien über linkes Gedankengut in Wahlprogrammen nachgedacht  
47 wird.

48 Es wäre gut, wenn das auch über den Wahltag hinaus reichen würde.

49 Vielen Dank.

**Petra Pau Bundestag Juni 2005 (fraktionslos): PPB0605**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15181.pdf>

1 Ihr Zwischenruf, Frau Sager, war unter Ihrem Niveau. Sie sollten meine Position kennen.  
2 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bestimmt nicht übertrieben,  
3 wenn ich für die PDS im Bundestag festhalte: Die Europäische Union ist in einer tiefen  
4 Krise. Eigentlich steckt sie in mindestens drei Krisen: Wir haben eine EU-Verfassungs-  
5 krise, wir haben eine EU-Haushaltskrise und wir haben eine tief gehende EU-Legitimitä-  
6 onskrise. Das alles ist nicht gut. Es hat sich lange abgezeichnet. Schauen Sie auf die Wah-  
7 len zum Europäischen Parlament in den zurückliegenden Jahren! Die Teilnahme sank von  
8 Wahl zu Wahl. Immer mehr Menschen wurde die Europäische Union gleichgültig; viele  
9 finden sie sogar abstoßend. Das halte ich für schlimm; denn eine soziale, eine friedliche,  
10 eine demokratische Union ist eine urlinke Vision und sie wäre eine gute Antwort auf die  
11 Geschichte. Sie wäre ein wichtiger Beitrag für die Welt.

12 Deshalb mahnen wir alle: Wir dürfen die Krise der Europäischen Union nicht kleinreden.  
13 Wir müssen sie annehmen und vor allem müssen wir sie meistern. Für viele Bürgerinnen  
14 und Bürger ist die EU ein fernes Gebilde, das ihnen nicht viel Gutes verheißt. Das kann  
15 stimmen, das muss aber nicht stimmen; in vielen Fällen stimmt es auch nicht. Aber eine  
16 solche ablehnende Stimmung ist nun einmal weit verbreitet und sie hat ganz reale Ursa-  
17 chen. Politisch gesagt: Es mangelt der EU an Transparenz und an Demokratie. Genau  
18 dieses Manko musste sich über kurz oder lang negativ auswirken und es hat sich bei den  
19 Volksabstimmungen über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden auch  
20 ausgewirkt.

21 Umso mehr warne ich allerdings davor, dass sich Deutschland nun als Musterlände fühlt,  
22 nur weil Bundestag und Bundesrat die EU-Verfassung ratifiziert haben. Aus meiner Sicht  
23 war dies sogar ein großer Fehler; denn sie haben damit hierzulande das Demokratiedefizit  
24 der EU erhöht. Eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung wurde in Deutschland  
25 verhindert. Die Verhinderer haben damit den Bürgerinnen und Bürgern signalisiert: Wir  
26 schaffen die EU alleine, dazu werdet ihr eigentlich nicht gebraucht. Eine EU aber, die  
27 ihre Bürgerinnen und Bürger nicht braucht, kann natürlich auch keine Europäische Union  
28 der Bürgerinnen und Bürger sein.



29 Dieses Demokratiedefizit und die Folgen daraus sind das Resultat Ihrer Politik: der Politik  
30 von CDU/CSU, der SPD und den Grünen.

31 Nur die FDP und die PDS haben mehrfach gemahnt, auch in Deutschland eine Volksab-  
32 stimmung und damit generell mehr Demokratie zu ermöglichen. Die genannten Parteien,  
33 Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Kanzlerkandidatin Merkel, sie alle  
34 haben sich selbstherrlich darüber hinweggesetzt. Nun haben wir ein riesiges Problem, das  
35 vorhersehbar war. Kurzum, selbst nach sieben Jahren Rot-Grün ist Deutschland in Sachen  
36 Demokratie schlicht ein EU-Entwicklungsland.

37 Wir haben eine EU-Krise, die niemand ernsthaft gutheißen kann. Das Problem allerdings  
38 liegt noch tiefer. Es erschöpft sich nicht in der Form. Bürgerinnen und Bürger, die eine  
39 EU wollen, wollen natürlich auch eine EU für sich. Was sonst? Das führt dann zu der  
40 Frage, inwiefern in der EU wirklich das drinsteckt, was von der großen Politik verspro-  
41 chen wird.

42 Nicht nur in der Demokratiefrage, sondern auch hier gibt es große Defizite. Nehmen wir  
43 nur einmal den Stabilitätspakt, der den Euro hart halten soll. Er setzt Grenzen für die  
44 Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten; er ist in aller Munde und umstritten. Der  
45 CDU/CSU gilt der Stabilitätspakt sogar noch immer als Vorwand, um noch tiefer in so-  
46 ziale Netze einzuschneiden, als es Rot-Grün ohnehin schon tut. Dies führt dazu, dass viele  
47 sozial Betroffene die EU eher mit „Verlust“ übersetzen. Wir aber wollen EU als Gewinn.

48 Die PDS im Bundestag war immer skeptisch, wenn es um den Stabilitätspakt ging. Wir  
49 haben ihn damals abgelehnt. Die Alternativ- oder Ergänzungsforderung der PDS hieß  
50 immer Sozialpakt; denn wir brauchen in der EU endlich verbindliche Vereinbarungen,  
51 die Lohndumping verhindern, Steuerflucht erschweren und soziale, ökologische und de-  
52 mokratische Werte manifestieren. Genau dies wurde aber immer abgewehrt. Im Gegen-  
53 teil, mit der so genannten Dienstleistungsrichtlinie sollte der allgemeine Sozialabbau so-  
54 gar regelrecht als EU-Fortschritt verordnet werden. Dieser kapitale Unsinn verdient na-  
55 türlich Widerstand; dagegen gibt es in der EU auch zu Recht Widerstand. Ein Sozialpakt  
56 indes könnte die EU für viele entschärfen und sogar interessant machen. Darum geht es  
57 mir und darum geht es auch der PDS.

58 Danke.

## Lothar Bisky Elefantenrunde 2005: LBE05

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pHYbZRFptZM> (eigene Transkription)

1 **Herr Bisky:** Der wird nicht beginnen. Nein wieso? Also Plänkeleien gibt es ja in allen  
2 Parteien. Und wir sind auch nicht so langweilig, dass wir Meinungsverschiedenheiten  
3 hätten. Also ich will erstmal sagen ich bin rundum zufrieden. 8 Prozent habe ich immer  
4 gesagt sind ein sehr gutes Ergebnis. Und wir haben uns verdoppelt gegenüber den Wahlen  
5 zuvor. Was soll ich da klagen? Ich kann mich nur bei unseren Wählerinnen und Wählern  
6 bedanken. Vor allem auch, und das sage ich auch bewusst, bei denen im Westen. 4,7  
7 Prozent zurzeit. Vielleicht werden es noch mehr. Das hatten wir noch nie. Wir haben das  
8 beste Ergebnis der Geschichte, das wir jemals eingefahren haben. Und dafür bin ich dank-  
9 bar. Auch Ihnen von der WASG, die unseren Wahlkampf unterstützen. Der Bundeskanz-  
10 ler hatte sehr viele nicht freundliche Worte über uns gesagt. Herr Fischer auch. Herr Sto-  
11 iber war dort an der Spitze. Aber gut. Die Wählerinnen und Wähler haben sich nicht ein-  
12 schüchtern lassen. Sie haben uns gewählt und damit gibt es eine Chance für eine Partei  
13 links neben der SPD in Deutschland. Wie das etwa in skandinavischen Ländern, in ande-  
14 ren Ländern üblich ist. Und das ist heute durch dieses Ergebnis untermauert worden. Und  
15 damit werden Sie rechnen können, dass da etwas in Zukunft kommt. Wir bereiten uns  
16 also auf Landtagswahlen vor, die wir bald in Sachsen-Anhalt, in Baden-Württemberg und  
17 auch Rheinland-Pfalz haben werden. Ich warte mit Freuden auf den Tag, wo wir die 5  
18 Prozent Hürde bei Landtagswahlen in einem alten Bundesland nehmen. Und das werden  
19 wir schaffen.

20 **Herr Bisky:** Ja das sehe ich auch so. Aber vielleicht darf ich noch sagen: Ich sehe es so,  
21 dass Rot-Grün abgewählt wurde und das liegt an der Agenda 2010 und der Hartz IV-  
22 Gesetzgebung. Das habe ich immer gesagt, weil die so nicht akzeptiert wird. Es wird zu  
23 einer Großen Koalition kommen. Die wäre mir lieber als Schwarz-Gelb. Sage ich auch  
24 offen. Dafür habe ich auch geworben. Und wir sagen, dass wir eine harte Opposition  
25 bilden werden, gegen eine Fortsetzung eines Kurses, wo die Reform des Sozialstaates  
26 einseitig zu Lasten der kleinen Leute geht, der sozial Benachteiligten. Eine solche Politik  
27 werden wir aus der Opposition heraus ganz energische bekämpfen. Wir werden Alterna-

28 tiven in die Debatte bringen. Alternativen wie es anders geht, wie es auch anders finan-  
29 zierbar ist. Und mit diesen Alternativen glaube ich haben wir eine Chance zuzulegen.  
30 Auch im Westen. Das freut mich am meisten, dass wir jetzt auch im Westen zulegen.

31 **Herr Bisky:** Aber wir gehören doch zur demokratischen Linken und nicht zur radikalen  
32 Linken. Mit Frau Wagenknecht werden Sie eines Tages nochmal fertig werden. Aber das  
33 ist doch keine radikale Linke.

**Petra Pau Bundestag November 2005 (DIE LINKE): PPB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Innenpolitik, innere  
2 Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und Polizeibefugnisse reden, dann reden wir zu-  
3 gleich auch immer über Demokratie und Bürgerrechte. Das ist jedenfalls der Generalan-  
4 satz der Linksfraktion. Beide Seiten bilden zuweilen ein Spannungspaar. Wir haben es in  
5 den vergangenen Jahren am Beispiel der „Otto-Pakete“ erlebt, wie Bürgerrechte einer  
6 vermeintlichen Sicherheit geopfert wurden. Die große Koalition will offenbar diesen fal-  
7 schen Kurs weiterführen. Ich kündige Ihnen heute schon an, dass Sie damit auf den Wi-  
8 derstand der Linksfraktion stoßen werden.

9 Bevor ich zum Koalitionsvertrag komme, möchte ich über zwei Hängepartien sprechen,  
10 die das Ausmaß der Bürgerrechtsverletzungen hierzulande illustrieren. Ich meine die  
11 Spitzelaktion des BND gegen Journalisten und ein renommiertes Friedensforschungs-  
12 institut. Die BND-Spitze hat das selbst eingeräumt und einen Fehler genannt. Das ist aber  
13 kein Fehler, sondern ein klarer Verstoß gegen die Pressefreiheit und damit gegen das  
14 Grundgesetz.

15 Ich meine des Weiteren das Agieren der CIA auf europäischem und deutschem Territo-  
16 rium. Auch das sind Verstöße gegen allgemeine Menschenrechte und gegen unser Grund-  
17 gesetz. Auch dafür gibt es hierzulande politisch Verantwortliche. Ich will, dass das im  
18 Bundestag geklärt wird und nicht hinter verschlossenen Türen.

19 Nun gab es schon in den zurückliegenden Jahren kaum ein Politikfeld, bei dem sich SPD  
20 und Union so einig waren wie in der Innenpolitik. Die Zwillinge Otto Schily und Günther  
21 Beckstein sind schon legendär, allerdings nicht im Guten. Zählen Sie selbst einmal nach,  
22 wie viele Gesetze und Maßnahmen im Zusammenhang mit ihrer Sicherheitspraxis vor  
23 dem Bundesverfassungsgericht gelandet sind und dort gerügt wurden! Ich erinnere nur an  
24 den großen Lauschangriff.

25 Das hat allerdings in der großen Koalition offenbar nicht zum Umdenken geführt. Ich  
26 nenne nur den neuesten Coup, das bundesdeutsche Mautsystem zum Fahndungs- und damit  
27 zum Überwachungssystem auszubauen. Auch das lehnt die Linksfraktion ab.

28 Das gilt auch für den Einsatz der Bundeswehr im Innern. CDU und CSU wollen ihn aus-  
29 drücklich und sind bereit, dafür das Grundgesetz zu ändern. Die SPD war bis vor kurzem  
30 strikt dagegen.

31 Im Koalitionsvertrag aber klingt das Nein der SPD bereits sehr stark nach einem Jein.

32 Einen großen Schritt zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ist Rot-Grün auch schon  
33 gegangen, als Sie das so genannte Luftverkehrssicherheitsgesetz beschlossen haben. Kri-  
34 tiker haben es völlig zu Recht als „Lizenz zum Töten“ bezeichnet. Ich teile diese Ein-  
35 schätzung. Auch dieses Gesetz wird derzeit vom Bundesverfassungsgericht geprüft. Ich  
36 begrüße das ausdrücklich.

37 Die Linksfraktion will etwas anderes: Wir wollen mehr direkte Demokratie auf Bundes-  
38 ebene. Das Thema ist nicht neu, aber es drängt, auch angesichts der zunehmenden Parla-  
39 mentsverdrossenheit im Lande.

40 Seit der Vereinigung 1990 wurden zwei historische Chancen verspielt, Volksabstimmun-  
41 gen ins Grundgesetz aufzunehmen. Die erste lag auf der Hand, als es darum ging, das  
42 provisorische Grundgesetz zu einer Verfassung zu erheben, die von der Bevölkerung an-  
43 genommen wird.

44 Die zweite gab es zuletzt, als es um die EU-Verfassung ging. In nahezu jedem EU-Land  
45 kann die Bevölkerung direkt mitbestimmen. Spätestens hier wird offenbar: In Sachen di-  
46 rektter Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland ein EU-Entwicklungsland. Ich  
47 meine, das muss sich endlich ändern.

48 Es gab in der Koalition ein kurzes Kompetenzgerangel, in welchem Ressort die Beauf-  
49 tragte für Migration und Integration angesiedelt wird. Es ist ein ungemein wichtiges Amt.  
50 Das wissen wir nicht erst seit den gewaltigen Eruptionen in Frankreich vor wenigen Wo-  
51 chen. Ich bin erleichtert, dass die Wahl auf das Bundeskanzleramt und nicht auf das In-  
52 nenministerium fiel. Denn die Themen Migration und Integration sind mehr denn je Quer-  
53 schnittsaufgaben. Genau dieser Anspruch findet sich aber im Koalitionsvertrag nicht wie-  
54 der. Dort werden Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin als Störfaktoren und  
55 Kriminelle betrachtet. Diese Sicht muss endlich überwunden werden.

56 Es bedrückt mich schon, dass die Bundeskanzlerin in ihrer heutigen Regierungserklärung  
57 nicht eine Antwort auf die drängenden Fragen von Menschen mit Migrationshintergrund  
58 in diesem Land gegeben hat.

59 Lassen Sie mich ein weiteres Thema ansprechen. Wie Sie wissen, haben wir als Linke ein  
60 kritisches Verhältnis zum deutschen Beamtentum.

61 Aber wir sind dagegen, dass der Staat sein Mütchen ausgerechnet an den Beamtinnen und  
62 Beamten kühlt. Die große Koalition ist mit einer Attacke gegen Beamtinnen und Beamte  
63 gestartet. Sie sollen länger arbeiten und dafür auf Bezüge verzichten. Zugleich werden  
64 ihnen aber alle Ansprüche auf mehr Mitsprache verwehrt. Ich finde, das ist nicht klug und  
65 auch nicht gerecht. Die Linksfraktion verschließt sich nicht, wenn es um ein modernes  
66 Beamtenrecht geht, aber dann immer mit den Betroffenen und nicht gegen sie. Übrigens  
67 gilt auch hier, was mein Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi schon heute früh an der Er-  
68 klärung der Bundeskanzlerin kritisiert hat: Sie bieten den Menschen sowie insbesondere  
69 den Beamtinnen und Beamten im Osten der Republik mit Ihrem Koalitionsvertrag kei-  
70 nerlei Perspektive auf Angleichung der Lebensverhältnisse.

71 Zum Schluss habe ich noch eine Bitte an Sie, Herr Bundesinnenminister. Sie haben laut  
72 „FAZ“ 1996 gesagt, man müsse endlich weniger Demokratie wagen, und gemeint, die  
73 Verfassung verkomme zur Fessel der Politik.

74 Ich finde, es ist Zeit, das öffentlich und glaubhaft zu widerrufen. Das wäre übrigens auch  
75 ein unverzichtbarer Beitrag gegen den grassierenden Rechtsextremismus. Zumindest im  
76 Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus sollten wir uns als demokra-  
77 tische Parteien über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig werden und aktiv sein.

**Dr. Gregor Gysi Bundestag November 2005 (DIE LINKE): GGB1105**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Her-  
2 ren! Die Geiselnahme verbietet jede Polemik. Wir alle haben von diesem schrecklichen  
3 Ereignis gestern erfahren. Wir drücken unsere Hoffnung aus, dass es Ihnen, Frau Bun-  
4 deskanzlerin, und der gesamten Regierung gelingt, wenigstens das Leben dieser beiden  
5 zu retten, nachdem im Irak schon so viele sinnlos getötet worden sind. Es wäre ungeheuer  
6 wichtig, das Leben unserer Mitbürgerin und ihres Kraftfahrers zu retten.

7 Aber natürlich lohnt es sich in diesem Zusammenhang – nicht nur in diesem, sondern  
8 auch in jedem anderen –, über Außenpolitik zu streiten, weil es unterschiedliche Ansätze  
9 in unserer Gesellschaft gibt. Wir stehen vor der Tatsache, dass die Bundesregierung ihr  
10 Verhältnis zum Völkerrecht und zum Krieg klären muss.

11 Es ist von den USA – nicht nur von den USA, auch in unserem Land – immer wieder  
12 erklärt worden, man müsse einen Krieg gegen den Terror führen. Ich habe festgestellt:  
13 Der Krieg, der da geführt wird, egal wo, führt nicht zu weniger Terror, sondern zu mehr  
14 Terror. Wir müssen raus aus dieser Spirale der gegenseitigen Gewalt.

15 Das Verhältnis der Regierung Schröder/Fischer war diesbezüglich nicht bestimmt, nicht  
16 klar. Sie hat das Völkerrecht beim Jugoslawienkrieg verletzt. Sie hat dann beim Irakkrieg  
17 auf dem Völkerrecht bestanden. Deshalb sage ich: Wir brauchen hier ein klares Verhält-  
18 nis. Das muss ein Ja zum Völkerrecht sein; denn nur das Völkerrecht kann die Macht der  
19 USA in gewissen Grenzen beschneiden, kann die USA einschränken.

20 Wir haben noch einen zweiten Kampf der USA. Wir haben eine Weltwirtschaft. Also gibt  
21 es auch eine Weltpolitik. Die Frage ist: Wer macht Weltpolitik, die UNO oder die USA?  
22 Das ist die Auseinandersetzung, die gegenwärtig geführt wird. Dazu sage ich: Unsere  
23 Regierung – Sie, Frau Bundeskanzlerin – muss sich für die Geltung des Völkerrechts  
24 einsetzen. Das bedeutet dann aber auch, dass man in schwierigen Situationen, wie damals  
25 in Jugoslawien, zum Bruch des Völkerrechts Nein sagt.

26 Die USA negieren das Völkerrecht, wie wir das beim Irakkrieg erlebt haben. Sie haben  
27 noch eine andere Schwierigkeit: Das ist ihr eigenes inneres Recht. Das kann auch Präsi-  
28 dent Bush nicht so schnell ändern; denn es ist über Jahrzehnte entstanden und gewachsen.  
29 Die Gefangenenlager, die sie auf Guantanamo, in Kuba und, wie wir jetzt erfahren, auch  
30 in anderen Ländern eingerichtet haben, dienen dem Zweck, ihr eigenes Recht gegenüber  
31 den Gefangenen nicht gelten zu lassen. Das ist dreist!

32 Dass, wie man jetzt hört, auch deutsche Flughäfen zu diesem Zweck missbraucht worden  
33 sind, ist ein starkes Stück. Entschuldigen Sie, dass ich meine Zweifel habe, wenn die  
34 Regierung sagt, sie habe davon nichts gewusst. Bei der hohen Sicherheit auf unseren  
35 Flughäfen kann ich mir nicht vorstellen, wie so etwas heimlich funktionieren soll, sodass  
36 eine Regierung davon nichts erfährt. Aufklärung ist dringend geboten.

37 Ich habe gesagt, dass das Völkerrecht auch dazu dient, die Macht der Stärksten zu be-  
38 grenzen. Wenn das so ist, brauchen wir in dieser Situation gegenüber Präsident Bush  
39 starke, klare und deutliche Worte statt Zurückhaltung.

40 Nun haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, zusammen mit Herrn Müntefering einen Koaliti-  
41 onsvertrag vorgelegt. Ich glaube, es wird leider eine große Koalition zur Verschärfung  
42 statt zur Lösung ökonomischer, arbeitsmarktpolitischer, sozialer und kultureller Prob-  
43 leme in unserer Gesellschaft. Verschärft setzen Sie den falschen Kurs der SPD/Grünen-  
44 Regierung fort.

45 Sie, Herr Struck, haben eben davon gesprochen, dass es eine erfolgreiche ökonomische  
46 Politik gegeben habe. Aber 5 Millionen Arbeitslose sind der Beweis dafür, dass die Poli-  
47 tik nicht erfolgreich war.

48 Im Mittelpunkt Ihres Koalitionsvertrages steht die Haushaltskonsolidierung, mit der Sie  
49 allerdings erst 2007 anfangen wollen, weil Sie hoffen, dass 2006 irgendein Aufschwung  
50 kommt, der Ihnen nutzen könnte.

51 Ich glaube, solche Tricks funktionieren im Privatleben nicht und sie funktionieren auch  
52 in der Politik und der Gesellschaft nicht.

53 Sie wollen wieder Einsparungen im sozialen und im investiven Bereich vornehmen. Da-  
54 mit sparen Sie die Gesellschaft kaputt.



55 Sie haben zu Recht, Frau Bundeskanzlerin, auf die Chancen durch den Zusammenbruch  
56 der Sowjetunion und des Staatssozialismus hingewiesen. Damit waren Chancen verbun-  
57 den; das stimmt. Aber wir können doch nicht leugnen, dass es Vertreterinnen und Vertre-  
58 ter des Kapitals gibt, die seitdem denken, der Sozialstaatskompromiss sei vorbei und sie  
59 könnten schrittweise zurück zum Turbokapitalismus. Dagegen muss sich die Politik doch  
60 wehren. Selbst die Union hätte, wie ich meine, sagen müssen: Das Primat der Politik auch  
61 über Wirtschaftsinteressen ist und bleibt uns wichtiger. – Erst recht hätte das die Sozial-  
62 demokratie sagen müssen. Aber Sie haben es nicht gesagt.

63 Welchen Weg ist die vorherige Regierung gegangen? Sie haben die Körperschaftsteuer  
64 von 42 Prozent auf 25 Prozent gesenkt. Die Kapitalgesellschaften haben sich wie verrückt  
65 gefreut. Natürlich fehlten Milliarden im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland. Die  
66 drittgrößte Einnahmequelle Deutschlands haben Sie so geschröpft, dass noch zwei Jahre  
67 ausgezahlt werden musste. – Das ist übrigens damals auch von der Union kritisiert wor-  
68 den. – Erst danach waren allmählich wieder Einnahmen zu verzeichnen, aber viel schwä-  
69 cher als vorher.

70 Sie haben die Veräußerungsgewinnsteuer abgeschafft. „Veräußerungsgewinnsteuer“  
71 klingt kompliziert. Wenn eine Kapitalgesellschaft etwas verkauft, erzielt sie einen Kauf-  
72 preis. Auf dieses Geld muss sie eine Steuer bezahlen – bzw. musste sie unter Kohl. Die  
73 SPD hat diese

74 Steuer völlig abgeschafft und dafür die Steuern bei den Handwerkern verdoppelt. Das  
75 war ihre ökonomische Politik.

76 Sie haben den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer – ich bitte Sie! – von 53 Prozent  
77 auf 42 Prozent, also um 11 Prozentpunkte, gesenkt, so stark wie noch nie in der Ge-  
78 schichte der Bundesrepublik Deutschland. Das sind übrigens 11 Milliarden Euro Einnah-  
79 men weniger pro Jahr. Das ist eine ganze Menge, die man da so einfach an die Besser-  
80 und Bestverdienenden weggibt. Und was machen Sie dann? Dann stellen Sie sich vor die  
81 Kranken, Alten und Arbeitslosen hin und sagen: Es tut uns furchtbar Leid, aber wir haben  
82 kein Geld und müssen bei euch sparen. – Das ist unredlich, unfair und nicht solidarisch.

83 Auch die Reallöhne sind in Ihrer Regierungszeit gesunken; das muss man ebenfalls sehen.  
84 Diese Politik will die neue Regierung nun fortsetzen. Ich weiß, dass auch die FDP Anhä-  
85 nger dieser Politik ist, sogar noch konsequenter als die Regierung. Aber ich glaube, das  
86 Ganze geht in eine völlig falsche Richtung. Wir setzen etwas anderes dagegen: Nur stei-  
87 gende Reallöhne, nur mehr soziale Gerechtigkeit führen auch zu einer wirtschaftlichen  
88 Belebung; denn unsere Binnennachfrage ist eine Katastrophe und muss gestärkt werden.  
89 Dass wir Exportweltmeister sind, nutzt den Arbeitslosen gar nichts.

90 Sie haben gesagt, Sie wollen eine Unternehmenssteuerreform machen; wir erfahren aber  
91 erst 2007, welche. Da darf man ja sehr gespannt sein. Mal sehen, ob Sie die Gewinne, die  
92 im Unternehmen bleiben, anders behandeln als die, die herausgenommen werden. Es gäbe  
93 da viele Möglichkeiten, was man verbessern könnte. Wir werden es abwarten.

94 Wir begrüßen Ihre neuen Abschreibungsvorstellungen. Sie enthalten etwas Positives.

95 – Wir können durchaus lesen. – Ich sage Ihnen aber auch, dass Sie nicht den Mut haben,  
96 auch nur von einem Konzern in Deutschland 1 Euro mehr Steuern zu verlangen. Das zeigt  
97 das klägliche Verhalten der Politik gegenüber der Wirtschaft. Das ist nicht hinnehmbar.  
98 So kommen wir mit dieser Bundesrepublik nicht weiter.

99 Es wird immer behauptet, wir hätten die höchsten Quoten. Ich habe mir einmal die Zahlen  
100 angesehen. Die Steuerquote im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 20 Prozent.  
101 Damit liegen wir als eines der wirtschaftlich stärksten Länder auf dem vorletzten Platz in  
102 Europa. Geringere Steuern hat nur noch die Slowakei. Dann wird gesagt, man müsse auch  
103 die Lohnnebenkosten sehen. Also haben wir sie addiert und landen bei 34,6 Prozent. Da-  
104 mit liegen wir, Frau Bundeskanzlerin, auf Platz 16 nach Griechenland, nach Spanien und  
105 nach Großbritannien. Das ist doch ein Skandal. So können wir unsere Probleme nicht  
106 lösen.

107 Solidarität erfordert auch, dass die mit mehr Eigentum und mehr Vermögen mehr leisten  
108 als andere.

109 Ich komme zur Vermögensteuer. In Deutschland werden Steuern in Höhe von 0,8 Prozent  
110 des Bruttoinlandsproduktes auf das Vermögen gezahlt. Wissen Sie, was die „Financial

111 Times Deutschland“ geschrieben hat, welche Länder weniger von ihren Reichen verlan-  
112 gen? – Mexiko, Tschechien, Slowakei und Österreich. Für mich sind das keine Vorbilder.

113 Andere Länder, selbst die USA, verlangen deutlich mehr von ihren Eigentümerinnen und  
114 Eigentümern als wir. Hätten wir die Eigentums- und die Vermögensteuern der USA, hät-  
115 ten wir Mehreinnahmen in Höhe von 50 Milliarden Euro im Jahr. Damit könnte man eine  
116 ganze Menge anfangen.

117 Wie sehen also Ihre Lösungsvorschläge aus? Sie sagen, ab 1. Januar 2007 soll die Mehr-  
118 wertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht werden. Alle wissen, das belastet die unteren so-  
119 zialen Schichten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel mehr als andere  
120 Schichten. Das ist ökonomisch eine riesige Katastrophe. Ich könnte jetzt alle Argumente  
121 der SPD aus dem Wahlkampf wiederholen. Dies war doch Ihr zentrales Wahl-  
122 kampftema. Jeder kennt das Plakat, mit dem Sie gegen die „Merkelsteuer“ polemisiert  
123 haben.

124 In Bezug auf den gefundenen Kompromiss hat Herr Westerwelle völlig Recht. Ich dachte  
125 in meiner Naivität, dass Sie sich in der Mitte, also auf eine Erhöhung um 1 Prozentpunkt,  
126 verständigen würden. Nein, Sie erhöhen die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte. Heute  
127 sagen Sie sogar, es sei erforderlich und völlig unmöglich, etwas anderes zu tun. Dann  
128 sollten Sie wenigstens sagen, dass Sie im Wahlkampf gelogen haben. Denn das ist wirk-  
129 lich ein Wahlbetrug.

130 Ich habe mir das einmal angesehen: Wenn wir die Steuerquote und die Lohnnebenkos-  
131 tenquote von Frankreich hätten – dort sind es 10 Prozent mehr als bei uns –, dann hätten  
132 wir jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 220 Milliarden Euro. Ich bitte Sie, eine Sekunde  
133 darüber nachzudenken, dass wir über Nullrunden bei Rente, über Kürzungen bei Arbeits-  
134 losen und über Zuzahlungen bei Kranken gar nicht diskutieren müssten, wenn wir diese  
135 Art von Steuergerechtigkeit in Deutschland einführten.

136 Lassen Sie mich auch etwas zur Arbeitsmarktpolitik sagen. Wir fanden von Anfang an  
137 den Weg bezüglich Arbeitslosengeld II und Hartz IV im Kern, abgesehen von ein paar  
138 Einzelfällen, für falsch. Wir haben immer gesagt, dass die dahinter stehenden Ideen  
139 falsch sind.

140 Ich werde von meinem Beispiel nicht abrücken. Ein Ingenieur, der 50 Jahre alt ist und der  
141 25 Jahre in seinem Beruf gearbeitet hat, bekommt ein Jahr lang Arbeitslosengeld I, das  
142 nach seinem Einkommen berechnet wird. Nach diesem Jahr bekommt er nur noch einen  
143 lächerlichen Betrag in Höhe des Arbeitslosengeldes II. Aber nicht nur das! Der Gesetz-  
144 geber verlangt auch noch, dass sein Sparvermögen, seine Altersversorgung, seine Woh-  
145 nung und sein Auto nur das Niveau wie bei einem Sozialhilfeempfänger haben dürfen.  
146 Wenn er darüber liegt, weil er sich den Lebensstandard eines Ingenieurs aufgebaut hat,  
147 bekommt er gar nichts. Das darf man Armut per Gesetz nennen. In einer so reichen Ge-  
148 sellschaft wie der unseren ist das nicht hinnehmbar.

149 Gerhard Schröder hat in einem Punkt Recht gehabt. Er hat im Wahlkampf gesagt, dass  
150 gerade die Jungen besser gestellt sind. Das stimmte auch. Die Jungen waren besser ge-  
151 stellt. Aber was vereinbaren Sie jetzt miteinander? Sie vereinbaren, die Besserstellung  
152 der Jungen wieder zurückzunehmen, indem Sie sagen, dass es keinen Anspruch bis zum  
153 25. Lebensjahr gibt. Ich möchte, dass wir über folgenden Widerspruch nachdenken. Das  
154 Grundgesetz regelt die Volljährigkeit. Im Strafrecht ist festgelegt, ab wann man voll straf-  
155 mündig ist. Das Zivilrecht regelt, ab wann man zivilrechtlich voll belangt werden kann.  
156 Dem 24-Jährigen wird also gesagt, dass er voll verantwortlich ist. Aber wenn er arbeitslos  
157 wird, soll er zu Mami und Papi gehen, weil er für Sie sozusagen noch minderjährig ist  
158 und Sie für seinen Lebensunterhalt nicht aufkommen wollen. Das ist nicht hinnehmbar.  
159 Das ist ein Widerspruch in sich.

160 Nun haben Sie gesagt, sie wollten beim Arbeitslosengeld II und den übrigen Kosten noch  
161 einmal 4 Milliarden Euro einsparen. Folgendes ist ja interessant: Sie haben – das weiß  
162 kaum jemand – durch die Bundesagentur für Arbeit eine Art Subventionierung des Bun-  
163 deshaushalts festgelegt. Sie haben nämlich gesagt: Für all diejenigen, die in dem einen  
164 Jahr, in dem sie Arbeitslosengeld I beziehen, nicht vermittelt werden – das sind die meis-  
165 ten –, muss die Bundesagentur 10 000 Euro an den Bund zahlen. Damit kommt er auf  
166 eine Einnahme von über 5 Milliarden Euro. Jetzt habe ich gedacht: Da kürzen Sie irgen-  
167 detwas. Nein, da kürzen Sie natürlich nicht. Auf diese Einnahme bestehen Sie.

168 Aber Sie wollen 4 Milliarden einsparen. Das geht wieder zulasten der Arbeitslosen, zu-  
169 lasten einer, wie ich meine, völlig falschen Gruppe. Deutlich über 90 Prozent unserer  
170 Arbeitslosen wollen arbeiten. Dass es einzelne Ausnahmen gibt, braucht mir niemand zu

171 erzählen; das weiß auch ich. Das ist aber nicht unser gesellschaftliches Problem. Unser  
172 gesellschaftliches Problem sind diejenigen, die Erwerbsarbeit – auch zur Wahrung ihrer  
173 Würde – wollen und keine reale Chance dazu haben. Daran muss sich etwas ändern.

174 Jetzt haben Sie noch festgelegt, dass der Rentenbeitrag, der für die Arbeitslosen gezahlt  
175 wird, gesenkt wird. Es ist völlig klar: Dann bekommen diese nur Minirenten und wir  
176 haben später das Problem der Altersarmut. Das hilft uns doch nicht weiter. Wir verlagern  
177 hier ein Problem auf die nächste Generation.

178 Die Rentnerinnen und Rentner sollen jetzt vier Nullrunden durchmachen. Zwei Nullrun-  
179 den haben sie schon hinter sich. Es gab sogar erstmalig eine Bruttorentenkürzung und  
180 dann eine Nettorentenkürzung durch Beitragserhöhungen. Nullrunden bei Mehrwertsteuer-  
181 ererhöhungen und anderen Kostensteigerungen sind natürlich in Wirklichkeit Netto-  
182 rentenkürzungen – und das sechs Jahre lang; das muss man sich einmal überlegen. Dass Sie  
183 in einer Gesellschaft, die so reich ist, in den letzten Jahren ihren großen Konzernen sowie  
184 den Besser- und Bestverdienenden alle möglichen Geschenke machen konnten, bei den  
185 Rentnerinnen und Rentnern aber sagen: „Wir haben kein Geld“, ist nicht hinnehmbar.

186 Es soll ja noch die Rentenformel verändert werden und dann wollen Sie das Rentenein-  
187 trittsalter anheben. Sie wollen das langfristig tun. Sie betonen immer, dass die Menschen  
188 älter werden. Das stimmt; den demographischen Faktor sehen auch wir. Warum erwähnen  
189 Sie aber nicht einmal, wie sehr die Produktivität gestiegen ist? Daimler-Benz brauchte  
190 vor 20 Jahren für einen bestimmten Produktionsgang vier Arbeitskräfte; heute wird dafür  
191 nur noch eine Arbeitskraft benötigt. Das heißt, wenn damals vier Arbeitskräfte vier Rent-  
192 ner mit ernähren konnten, müsste das heute angesichts der Produktivitätsentwicklung ei-  
193 ner können. Aber die Lohnentwicklung und anderes haben damit nicht Schritt gehalten.  
194 Das ist das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

195 Wir sind die einzige große Industriegesellschaft mit einem Rückgang der Reallöhne um  
196 0,9 Prozent in den letzten Jahren. Ich bitte Sie: Selbst in den USA haben die Reallöhne  
197 um 15 Prozent zugenommen. In Großbritannien und in Skandinavien sind sie um über 20  
198 Prozent gestiegen. In anderen Ländern – sie mögen sich ansonsten sehr voneinander un-  
199 terscheiden – gibt es eine völlig andere Entwicklung als in Deutschland. Sie behaupten  
200 aber im Ernst, Sie hätten als Einzige Recht und gingen den wahren Weg.

201 Ich sage Ihnen: Dieser Weg ist auch ökonomisch eine Katastrophe. Ohne eine höhere  
202 Kaufkraft und mehr Zuversicht der Bevölkerung wird es keine Rettung für kleine und  
203 mittlere Unternehmen in Deutschland geben. Wir werden vielmehr weiter höchste Insol-  
204 venzzahlen haben.

205 Nun gibt es ja seit ewigen Zeiten den Streit zwischen Angebot und Nachfrage. Der Linken  
206 wird immer vorgeworfen, sie denke nur an die Nachfrage, und wir werfen den Konserva-  
207 tiven immer vor, sie würden nur an das Angebot denken. Es hilft nichts: Man muss ein-  
208 fach beides sehen.

209 – Nur, Herr Benneter, Ihre liebe Regierung hat über sieben Jahre ausschließlich die An-  
210 gebotsseite behandelt, statt einmal auch die Nachfrage zu erhöhen, wie es übrigens auch  
211 im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen dringend erforderlich gewesen wäre.

212 Deshalb sage ich Ihnen: Sie werden sich um die Nachfrageseite in Deutschland kümmern  
213 müssen, wenn Sie die Wirtschaft stärken und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen wollen.  
214 Wir machen das nicht aus rein ideologischen Gründen. Wir denken dabei auch ökonomisch;  
215 aber wir wollen natürlich – das ist unser Ziel als demokratische Sozialistinnen und  
216 Sozialisten –, dass es den Menschen in dieser Gesellschaft besser geht. Man sollte nicht  
217 einerseits Wasser predigen und andererseits Wein trinken. Wir haben gesagt: Wir predi-  
218 gen wenigstens auch Wein.

219 Das ist der Unterschied. Wir wollen, dass es den Leuten besser geht. Sie wollen das für  
220 viele nicht mehr erreichen. Das ist nicht hinnehmbar.

221 Frau Bundeskanzlerin, Sie sind eine Frau. – Das ist erstmalig in der Geschichte der Bun-  
222 desrepublik Deutschland; das wird man doch wohl mal erwähnen dürfen. – Ich hätte mir  
223 von Ihnen zwei, drei lohnende Sätze zur Gleichstellungspolitik in dieser Gesellschaft ge-  
224 wünscht. Ich habe nichts dazu gehört; das finde ich schade.

225 Sie kommen aus Ostdeutschland. Da hätte ich mir gewünscht, dass Sie das Ziel der An-  
226 gleichung der Lebensverhältnisse Ost und West zumindest nicht aufgeben. Das steht aber  
227 kein einziges Mal im Koalitionsvertrag und Sie haben es auch kein einziges Mal geäußert.  
228 Wenn Sie schon nicht sagen können, wann in Ost und West gleicher Lohn für gleiche  
229 Arbeit bezogen wird, dann geben Sie doch nicht auch noch das Ziel auf.

230 Wir erwarten von Ihnen zumindest einen Fahrplan, in dem Sie sagen, in welchen Schritten  
231 Sie dieses Ziel erreichen wollen. Alle Verteuerungen, zum Beispiel die Erhöhung der  
232 Mehrwertsteuer, werden sich im Osten noch verheerender auswirken als im Westen. Das  
233 kennen wir von früher. Deshalb muss man darauf hinweisen.

234 Ich glaube auch, dass wir Investitionen brauchen. Sie sprechen gerne vom Zukunftsfonds.  
235 Ich sage Ihnen nur: Eine Schummelei geht nicht. Sie können nicht immer mit Jahresbe-  
236 trägen operieren, aber, wenn es um den Zukunftsfonds geht, von dem Vierjahresbetrag  
237 reden. Es geht um 6 Milliarden Euro pro Jahr; das muss man hinzufügen. Dies ist zumeist  
238 Geld, das auch sonst ausgegeben worden wäre, mag es auch vernünftige Investitionen  
239 darunter geben. Wenn Sie aber in die Verkehrsinfrastruktur investieren wollen, können  
240 Sie nicht gleichzeitig die Zuschläge für Bus und Bahn reduzieren. Damit würden Sie  
241 nämlich Ihrem eigenen Programm einen Schlag ins Gesicht versetzen.

242 Frau Bundeskanzlerin – ein letzter Satz –, Sie sind wohl für längere Zeit einmalig in Ihrem  
243 Amt, sowohl als Frau als auch als Ostdeutsche. Das werden wir nach Ihnen so schnell  
244 nicht wieder erleben. Irgendwann müssen Sie aber aufhören, entweder freiwillig oder  
245 weil Sie müssen.

246 Sie sollten sich überlegen, dass es doch dann schön wäre, sagen zu können: Die Gesell-  
247 schaft ist friedlicher geworden. Die Gleichstellung der Geschlechter ist vorangekommen.  
248 Die soziale Gerechtigkeit hat zugenommen. Die Angleichung von Ost an West hat zuge-  
249 nommen. – Wenn Sie all das sagen wollen, müssten Sie allerdings von Ihrem Koalitions-  
250 vertrag abgehen und Ihre heutige Regierungserklärung weitgehend vergessen. Da Sie dies  
251 wahrscheinlich nicht tun werden, befürchte ich das Gegenteil.

**Bodo Ramelow Bundestag Dezember 2005 (DIE LINKE):BRB1205**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16008.pdf>

1 Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Präsident! Ich kann Herrn  
2 Gerhardt in der inhaltlichen Analyse über den hier in Rede stehenden Vorgang nur zu-  
3 stimmen, möchte aber erwähnen, dass die FDP als Antragstellerin dieser Aktuellen  
4 Stunde allen Grund hat, sich an die eigene Nase zu fassen.

5 Den Ehrenkodex im europäischen Rahmen haben wir schließlich Herrn Bangemann zu  
6 verdanken, der sich ja sehr bei Telefonica engagiert hat.

7 Das wirft ein anderes Problem auf, über das wir, wie ich denke, viel gründlicher mitei-  
8 nander reden sollten: Reicht ein Ehrenkodex für die Vorgänge, über die wir hier reden,  
9 aus oder sind nicht eher transparente Regeln für Politik und Wirtschaft notwendig?

10 Ich möchte das an einem aktuellen Beispiel verdeutlichen. Der Gammelfleischskandal in  
11 Deutschland zeigt, wie notwendig es ist, eine gläserne Produktion und regelmäßige Kon-  
12 trollen in der gesamten Kette vom Schlachthaus bis zum Supermarkt zu haben. Eine ähn-  
13 liche klare und transparente Kette bräuchten wir auch für die deutsche Politik. Das zeigt  
14 der aktuelle Vorgang.

15 – Sie können die Schlussfolgerungen ziehen, die Sie wollen. Ich würde mir nicht erlau-  
16 ben, die FDP mit Gammelfleisch zu vergleichen. Ich rede von der Kette zwischen Politik  
17 und Gesetzgebung. In dieser Kette ist einiges nicht in Ordnung.

18 Das geht mit den Verhaltensregeln für unsere Abgeordneten los. Ich möchte Sie von der  
19 FDP ermuntern, Ihren Widerstand aufzugeben. Ich denke, wir brauchen transparente Re-  
20 geln, die dazu verpflichten, dass alle Nebentätigkeiten von uns Abgeordneten offen gelegt  
21 werden.

22 – Wissen Sie, Ihre Nähe zur Stasi, die Sie gerade mit Ihrem Herrn Schröder offenbaren,  
23 sollten Sie bei sich selber ausmachen. Ich finde es absonderlich, wie Sie jetzt auf andere  
24 zeigen.



25 Aber, meine Damen und Herren, es gibt etwas viel Wichtigeres als Ihre dämlichen Zwi-  
26 schenrufe; das ist die Ministererlaubnis, mit deren Hilfe sich die Politik über Entschei-  
27 dungen von Gerichten oder Kontrollkommissionen hinwegsetzen kann. Bei Herrn Müller  
28 wusste man nie: Ist er der Vertreter der Wirtschaft in der Regierung oder gehört er zum  
29 Parlament und wird durch dieses kontrolliert? Wir fordern deswegen die Abschaffung der  
30 Ministererlaubnis

31 und sagen ganz klar: Auch bei der anstehenden Entscheidung zu Pro Sieben, Sat.1 und  
32 Springer darf es keine Ministererlaubnis geben. Wir werden eine gesetzliche Regelung  
33 einbringen und Sie dann bitten, sich klar zu entscheiden, ob Ministererlaubnisse zulässig  
34 bleiben sollen oder nicht. Wir werden die FDP klar fragen, ob die Regelungen über die  
35 Einkünfte von Abgeordneten sauber dargelegt werden. In diesem Sinne würde ich mir  
36 mehr Transparenz von den deutschen Politikern wünschen.

37 – Sie können meine Spendenabrechnungen im Internet nachlesen. Ich würde mich freuen,  
38 auch Ihre lesen zu können. Es wäre schön, wenn sie transparent wären, aber Ihnen ist es  
39 ja schon zu viel, sie dem Präsidenten zu melden.

40 Mehr Transparenz in der deutschen Politik bedeutet klare Abgrenzung. Es muss deutlich  
41 gemacht werden, dass diejenigen, die zehn Tage vor der Wahl einen Vertrag unterschrei-  
42 ben, nicht einen Monat nach der Wahl für das gleiche Unternehmen – zudem „outge-  
43 sourced“ in einem Steuersparland – die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden übernehmen  
44 können. Ich finde, Herr Westerwelle, das riecht stark nach Gammelfleisch. In diesem  
45 Sinne sind wir für Transparenz in der deutschen Politik. Wir fordern Herrn Schröder auf,  
46 das Mandat nicht anzunehmen.